



KBW: Kein Bock mehr auf Kommunismus S. 38

Jg. 12 Nr. 221 17.5.82

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

Förderpreis
DM 5Neuer
PreisBibliothek
des Ruhrgebiets

Bibliothek des IGB

SPD 3508

Arbeiterkampf

Falkland-Inseln/Malvinen

Der 3. Weltkrieg wird geprobt

1. Großbritanniens Militärexpedition vor der argentinischen Küste demonstriert in klassischer Weise den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

Die NATO, angeblich als Verteidigungsbündnis gegen die Sowjetunion konzipiert, führt in diesem Krieg ihr „Selbstverteidigung“ vor. „Verteidigung“ in der Interpretation der NATO schließt den Krieg um Restbestände der alten Kolonialimperien und sonstige imperialistische Interessen an je-

dem Punkt der Erde ein. Die „Verteidigungs“-Konzeption der NATO gestattet es auch, irgendein Gebiet der Erde großräumig zur „Kriegszone“ zu erklären und dort mit fast allen verfügbaren Massenvernichtungswaffen Amok zu laufen. Und sie erlaubt es sogar, noch außerhalb einer solchen „Kriegszone“ Menschen einer Nation anzugreifen und zu töten, mit der man sich noch nicht einmal in einem formalen Kriegszustand befindet.

2. Militärisch praktiziert wird dieses Verständnis von

„Selbstverteidigung“ aktuell durch Großbritannien. Die NATO hat ihre vollständige Übereinstimmung mit dieser Konzeption von „Selbstverteidigung“ demonstriert, indem sie sich mit der britischen Position solidarisiert und dieser Solidarität durch einen Wirtschaftsbeykott gegen Argentinien symbolischen Ausdruck gab.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO beziehen sich nur auf die Zweckmäßigkeit der britischen Kriegsführung, nicht aber auf ihre prinzipielle Berechtigung.

Fortsetzung auf Seite 2

Reagans „Radikalkur

Reagans „Radikalkur für den Frieden“

Genau berechnet auf seinen bevorstehenden Ausflug nach Europa im Juni hat Reagan die Sowjetunion öffentlich aufgefordert, „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“, möglichst noch im Juni, Kontakte über den Beginn der sogenannten START-Verhandlungen aufzunehmen.

START soll nach dem Willen von Reagan Beratern das Zauberwort der nächsten Jahre werden. Es geht, wie die Abkürzung besagt, um die Reduzierung (Verringerung) der „strategischen Waffen“, d.h. von Atomraketen mit großer Reichweite. START soll die SALT-Verhandlungen und -Vereinbarungen der 70er Jahre ablösen, die sich lediglich mit der Begrenzung (Festsetzung einiger Obergrenzen) der „strategischen“ Aufrüstung befaßt hatten. Die neue Zauberformel START knüpft an der mittlerweile nicht mehr zu verleugnenden Tatsache an, daß SALT überhaupt keine Abrüstung gebracht hat und daß es sogar in seinem bescheidenen Anspruch, die Atom-Rüstung wenigstens etwas zu verlangsamen, versagt hat. Entsprechend wohlwollend bis euphorisch wird START in den herrschenden Medien kommentiert: Die sozialliberale „Frankfurter Rundschau“ spricht von Reagan's „Versöhnung zur Beendigung des Wettlaufes“ (11.5.); die CDU-nahe „Welt“ behauptet gar: „Reagan bietet Moskau Radikalkur für den Frieden an“ (11.5.). Worum es in Wahrheit geht, hat Reagan in seiner Rede zur öffentlichen Präsentation von START ungehört ausgeplaudert: „Die größte Bedrohung für den Frieden durch nukleare Waffen ist heute die wachsende Instabilität des atomaren Gleichgewichts. Dies ist auf das wachsende Zerstörungspotential der massiven sowjetischen Raketen-Aufrüstung zurückzuführen.“

Deshalb ist es unser Ziel, die Abschreckung zu verstärken und durch bedeutende Verringerungen in den am meisten destabilisierenden Nuklearsystemen, den Raketen und insbesondere den Interkontinentalraketen, Stabilität zu erreichen“ („Frankf. Rundschau“, 11.5.).

Reagan spricht also erstens davon, daß die USA ihre „Abschreckung“ verstärken wollen, signalisiert also weitere atomare Aufrüstung statt Abrüstung. Und er spricht zweitens davon, daß die „größte Bedrohung für den Frieden“ heute in einer Veränderung des Kräfteverhältnisses bei den strategischen Waffen zugunsten der Sowjetunion liege. Der Zweck von START soll demnach die Wiederherstellung der „Stabilität“ bei diesen Waffen sein: START soll dazu dienen, das Kräfteverhältnis auf diesem Sektor zugunsten der USA zu verändern.

Daß die Großmächte sich bei sämtlichen „Abrüstungs“- und „Friedens“-Verhandlungen gegenseitig übers Ohr zu hauen versuchen, ist sowieso die Regel. Aber daß ein Politiker die Stärkung der eigenen militärischen Position so offen als Ziel angibt, ist doch ein ungewöhnliches Beispiel von Frechheit und Selbstsicherheit.

Erreicht werden soll das Ziel in einem Zwei-Phasen-Plan: In der ersten Phase soll die Anzahl von Trägersystemen und Sprengköpfen verringert werden, wobei es für die landgestützten Raketen noch eine besondere Obergrenze geben soll. In der zweiten Phase soll auch das „Wurfgewicht“, d.h. die Spreng- und Vernichtungskraft, der strategischen Raketen verringert werden.

Fortsetzung auf Seite 2



Wählt Grün-Alternative Liste (GAL)

Aufruf zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Vielleicht nicht entscheidend, aber sicherlich vorentscheidend für die Zukunft der sozialliberalen Koalition in Bonn sind die Hamburger Bürgerschaftswahlen. Wenn eines sicher ist, dann dieses: Die SPD wird am 6. Juni ihre absolute Mehrheit in Hamburg verlieren. Offen ist nur, wie tief sie in den Keller fällt. Hamburgs SPD hatte vier Jahre lang die Chance, in einer Alleinregierung zu beweisen, was sozialdemokratische Politik angeblich an Verbewerungen für den Bürger bringt. Stattdessen hat sie 1981 mit Bürgermeister Klose einen Mann und ein Stück Programm in die Wüste geschickt, die ein letztes Stück Hoffnung auf mehr soziale und mehr demokratische Politik symbolisierten. Mit dem neuen Bürgermeister von Dohnanyi sind alle Zweifel beseitigt worden: die SPD entscheidet sich für eine Rechtsentwicklung in der Politik, ohne daß hierfür eine die angeblich behindernde FDP schuldig gesprochen werden kann. Dohnanyi einstimmig, auch von den „Linken“ im Senat gebilligter Beschluß für den Bau von Brokdorf ist jüngstes Zeichen für diese Rechtsent-

wicklung. Sicht man vom knapp zweijährigen Liberalisierungstermezzo unter Klose ab (in dieser Zeit wurde die Praxis der Berufsverbote eingedämmt, die Beteiligung Hamburgs am Welterbau von Brokdorf infragegestellt, mehr an „Erfolgen“ war nicht aufzuweisen), so bleibt als Bilanz von vier Jahren Alleinherrschaft der SPD: — Der massive Ausbau der Kernenergie auf heute 42%; damit liegt Hamburg bei der Kernenergie an der Spitze der BRD. — Die fortschreitende Zerstörung des Unterbergbaus durch unheimliche Industrieansiedlung, deren traurigste Mahnmale das zerstörte Elbdom Allenwerder und die bevorstehende, auf Widerstand stoßende Zerstörung Moorburg ist. — 50.000 Arbeitslose und ein nie dagewesenes Defizit an Lehrstellen. — 50.000 Wohnungssuchende und die „Sanierung“ genannte Zerstörung ganzer Wohnviertel. — Eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, der Rentner, Behinderten und Kranken, sowie zu Lasten von Frauen und Kindern.

— Eine umweltzerstörende Politik, die die Elbe versaut, den Berufsstand der Elbfischer vernichtet hat und die Landwirtschaft durch cadmiumverseuchte Spülfelder gefährdet.

— Skandale wie der Stolzenberg Giftgas/Giftmüll-Skandal, die Persien Bau-Pleite (300 Millionen DM verpulvert) und ein kaum überschaubarer Bestechungs- und Korruptionsskandal in Hamburgs Bürokratie.

In dieser Politik allein liegt es begründet, daß heute mehr oder weniger offen über eine Große Koalition nach der Wahl spekuliert werden kann, da die Nähe von SPD-Politik und CDU-Programmen eine Tatsache ist. Alle Prognosen von der Wahl zeichnen folgendes Bild: Ein sogenanntes „Kopf-an-Kopf-Rennen“ von SPD und CDU, Zweifel, ob die FDP nicht auch dieses Mal wieder an der 5%-Klausel scheitert.

Fortsetzung auf Seite 2

pyl und alle Zweifel beseitigt worden: die SPD entscheidet sich für eine Rechtsentwicklung in der Politik, ohne daß hierfür eine die angeblich behindernde FDP schuldig gesprochen werden kann. Dohnanyi einstimmig, auch von den „Linken“ im Senat gebilligter Beschluß für den Bau von Brokdorf ist jüngstes Zeichen für diese Rechtsent-

— 50.000 Arbeitslose und ein nie dagewesenes Defizit an Lehrstellen. — 50.000 Wohnungssuchende und die „Sanierung“ genannte Zerstörung ganzer Wohnviertel. — Eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, der Rentner, Behinderten und Kranken, sowie zu Lasten von Frauen und Kindern.

Prognosen von der Wahl zeichnen folgendes Bild: Ein sogenanntes „Kopf-an-Kopf-Rennen“ von SPD und CDU, Zweifel, ob die FDP nicht auch dieses Mal wieder an der 5%-Klausel scheitert.

Fortsetzung auf Seite 2



Brokdorf-Prozeß: Rechts-Staat und Klassenjustiz

Zu fünfeinhalb bzw. drei Jahren Knast wurden die AKW-Gegner Michael Duffke und Markus Mohr nach dem lutherischen Landrecht verurteilt. Der Staat nahm damit Rache an zwei von einhunderttausend Demonstranten, die sich im Februar 1981 über die Gesetzgebung hinwegsetzten und trotz Verbots am Bau-

zaun gegen das AKW Brokdorf demonstriert hatten. Die Verurteilung stand, wie in vielen „Terroristen“-prozessen, schon vorher, ohne Rücksicht auf die Beweislage, fest. Begonnen wurde der Rachefeldzug des Staates mit einer bundesweiten Fahndung wegen „Mordversuchs“, ohne die konkreten Um-

stände der Ereignisse überhaupt zu kennen. Diese wurden dann erst durch Demonstrationen und Fotos der „ta“ aufgeföhrt, wodurch bewiesen werden konnte, daß sich der Polizeibeamte selbstverschuldet in diese Situation gebracht hatte.

Fortsetzung auf Seite 3

Der 3. Weltkrieg wird geprobt

Reagans „Radikalkur für den Frieden“

Fortsetzung von Seite 1

An dieser zweiten Phase sind die US-Militärs besonders interessiert, weil die Raketen der Sowjetunion insgesamt tatsächlich eine sehr viel größere Spreng- und Vernichtungskraft haben als die der USA. Begründet ist das in dem großen Vorsprung der US-Raketen bei der Zielgenauigkeit; was den sowjetischen Raketen in diesem Punkt fehlt, wird durch größere Kraft auszugleichen versucht. Die zweite Phase von START wäre also maßgeschneidert für die Interessen der US-Militärs: Die Sowjetunion müßte enorm herunterrosten, während die USA vielleicht sogar noch etwas Spielraum nach oben für die eigene Aufrüstung hätten.

Aber auch die erste Phase von START ist für die US-Militärs nicht ohne Reiz: Zum einen ist es so, daß in der Sowjetunion ein viel größerer Prozentsatz der Raketen landgestützt ist als in den USA; diese haben ihre strategischen Atomwaffen vorwiegend in der Luft und auf See stationiert. Diese Ausgangslage bedeutet ohnehin schon einen großen militärischen Vorteil für die USA, weil die landgestützten Raketen durch Schläge der Ozeanseite am meisten gefährdet sind. Die Festlegung einer einheitlichen Obergrenze bei den landgestützten Raketen, wie von Reagan gefordert, würde demnach erhebliche Abrüstung der Sowjetunion bedeuten, während die USA auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben oder dieses vielleicht sogar noch etwas anheben könnten. (Nach neuesten US-offiziellen Angaben haben die USA 2150 Sprengköpfe auf landgestützten Systemen, die SU hingegen 5500; andererseits haben die USA 3300 Sprengköpfe auf U-Booten stationiert gegenüber 1900 der Sowjetunion). Hinzu kommt als weitere Überlegung möglicherweise, daß die USA einen großen Vorsprung bei der Entwicklung neuer Waffensysteme mit „mittlerer“ Reichweite haben, die wirkungsvoller sind als die alten Interkontinental-Systeme.

Die Konzeption von START läuft also darauf hinaus, einen militärischen Vorsprung der USA auszunutzen, um der Sowjetunion eine einseitige Abrüstung auf Gebieten zuzumuten, auf denen sie sich technologisch sowie so im Rückstand befindet. Daß die Sowjetunion über eine so unverschämte, zudem von Reagan in aller Öffentlichkeit entschlossene Zumutung nicht ernsthaft verhandelt wird, steht heute schon fest. Die Zwecke von START reduzieren sich aufs rein Propagandistische. Ob diese Propaganda erfolgreich sein wird, darf allerdings bezweifelt

Fortsetzung von Seite 1

3. Zeitgleich mit dem britischen Kolonialkrieg gegen Argentinien hat die Konferenz der NATO-Außenminister ein Kommuniqué beschlossen, das den Anspruch der NATO als militärisches Instrument imperialistischer Weltherrschaft direkt formuliert. Das Kommuniqué stellt das „gemeinsame Interesse“ der NATO-Staaten „an der Sicherheit, Stabilität und souveränen Unabhängigkeit der Staaten außerhalb des NATO-Gebiets“ fest. Vorgänge außerhalb des definierten NATO-Gebiets (Europa und nördlicher Atlantik) könnten „die vitalen Interessen von Bündnispartnern bedrohen“. Die NATO-Staaten hätten sich daher für berechtigt, „direkt oder indirekt“ überall auf der Welt auch außerhalb des NATO-Gebiets Krieg zu führen oder kriegführende Staaten zu unterstützen. Es könne „erforderlich werden“, „daß Bündnispartner im Lichte von NATO-Konsultationen Einblicke außerhalb des NATO-Gebiets unterstützen, die den vitalen Interessen aller dienen“. Insbesondere könnten sich für die NATO „Folgerungen ... aus dem strategischen Konzept der Vereinten Staaten für Südwestasien ergeben“. Konkrete Einzelheiten über die praktischen „Folgerungen“ wollen die NATO-Verteidigungsminister in den nächsten Monaten beraten (zitiert nach dpa, 7.5.).

NATO-Konferenz in Brüssel: Der Bremer „Wagner-Kurier“ berichtet am 8. Mai in Brüssel:

„Die NATO ist von ihrem gemeinsamen getragenen Konzept, nur innerhalb des eigenen Gebiets bis hin zum Wendekreis des Krebses zu operieren, erstmals abgewichen. Sie bezieht künftig das Eingreifen einzelner Partner in entfernten Regionen wie am Persischen Golf (US-Eingriffsgruppe) oder bei den Falkland-Inseln (britisch-argentinischer Konflikt) in ihre Planungen ein. Damit verläßt das westliche Verteidigungsbündnis seit Jahrzehnten geltende Grundsätze. Bisher verstand sich die NATO als ein reines Verteidigungsbündnis. Nun aber wird der Begriff Verteidigung neu definiert, indem man ihn als Angriffsmöglichkeit auf fremde Territorien und weit entfernte Meere verstanden haben will – nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung.“

In einer anderen Region, die von der NATO ebenfalls als ihre „Interessenszone“ definiert wird, ist das schon der Fall: Seit einiger Zeit beteiligen sich Kriegsschiffe der BRD an NATO-Manövern in der Karibik, also vor der Küste Mittelamerikas. Das letzte derartige NATO-Manöver fand gerade erst im März dieses Jahres im Golf von Mexiko statt. Beteiligt waren 30 Kriegsschiffe, 80 Kampfflugzeuge und 10.000 Soldaten aus den USA, Kanada, Großbritannien, der BRD, Belgien und den Niederlanden.

Dem weltweiten Anspruch der NATO sind auch die neuformulierten Richtlinien der Bundesregierung für den Waffenexport angepaßt worden. Bisher galt die blödsinnige Regel, daß nicht „in Krisengebieten“ geliefert werden dürfe. Dabei wissen doch alle Politiker, daß praktisch jeder Teil der Erde irgendwann zum „Krisengebiet“ gemacht werden kann. Schließlich werden, abgesehen von der Niederhaltung der eigenen Untertanen, Waffen präzise für diese Eventualität produziert und gehandelt. In den neuen Richtlinien (Beschluss der Bundesregierung vom 28.4.82) ist der alte Blödsinn beseitigt worden. Jetzt heißt es, daß Waffen exportiert werden dürfen „auf Grund besonderer politischer Erwägungen“ und „vitaler Interessen“ der BRD. „Vitalen Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“. Der Waffenexport darf nunmehr ganz offiziell das tun, was er bisher etwas außerhalb der Legalität auch schon tat: sich an nichts anderem als den außenpolitischen Interessen der BRD und ihrer NATO-Partner orientieren. Dabei darf getrost vermutet werden, daß „vitalen Interessen“ der BRD und der NATO vor allem in den sogenannten „Krisengebieten“ angesiedelt sind, nämlich dort, wo der Imperialismus hofft, durch Waffenlieferungen auf die Entwicklung interessanter Widersprüche Einfluß zu gewinnen bzw. zu wahren.

4. Taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO hat das britische Vorgehen wegen der besonderen Rahmenbedingungen dieses Konflikts ausgelöst: Das argentinische Militärregime ist nicht Gegner, sondern Verbündeter des Imperialismus. Die Waffen, mit denen die argentinische Armee den Krieg führt, sind in Großbritannien, der BRD und Frankreich produziert worden. Argentinien hat diese zum Teil hochmodernen Waffen von der NATO erhalten, weil ihm in den imperialistischen Plänen eine wichtige Rolle zugesprochen ist: Die argentinische Kriegsflotte soll, gemeinsam mit Brasilien, Chile, Uruguay, Australien, Neuseeland und dem Rassistensystem Südafrikas, einen „Südantlantik-Pakt“ bilden, der den globalen Aufmarsch der NATO ergänzen soll. Die Führung der argentinischen Marine ist engstens

bunden, der den globalen Aufmarsch der NATO ergänzen soll. Die Führung der argentinischen Marine ist engstens mit den entsprechenden Stellen der USA verbunden. In Mittelamerika, vor allem in El Salvador, sollen argentinische Offiziere und Soldaten Hilfsfunktionen für die USA übernehmen.

Großbritanniens Militär-Expedition bedeutet einen Rückschlag für die Beziehungen des Imperialismus nicht bloß zu Argentinien, sondern insgesamt zu den Staaten und Völkern Lateinamerikas.

Diese Problematik schlägt sich in taktischen Einwänden mancher NATO-Politiker gegen die britische Kriegsführung nieder. Wesentlich aus dieser Konstellation erklärt es sich auch, daß der Konflikt bisher nicht als „totaler“ Krieg mit allen verfügbaren Mitteln, sondern nur mit gebremster Kraft ausgetragen wird.

5. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt die Doktrinen, die alle internationalen Probleme in das enge Schema der „Blockkonfrontation“ hineinstecken wollen. Unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-„Blocklogik“ macht dieser Krieg überhaupt keinen Sinn und dürfte eigentlich gar nicht stattfinden. Der wesentliche Punkt, von dem derzeit die Kriegsführung ausgeht, ist das Streben des Imperialismus nach totaler Unterwerfung der Erde. Daß die NATO es dabei nicht bloß mit den Staaten und Völkern der 3. Welt, sondern auch mit dem gegnerischen „Block“ des Warschauer Paktes zu tun hat, ist ein spezieller Umstand dieses Problems, aber nicht seine Ursache.

Großbritanniens Kolonialkrieg widerlegt auch die bis in Teile der Friedensbewegung hinein verbreitete Vorstellung, die Lösung Europas von den „Supermächten“ und seine Formulierung als eigener („unabhängiger“), „Blockfreier“ Block sei bereits ein Schritt zum Frieden. Die Großmächte



Das Pott-Paar des Jahres: In einer Foto-Montage posieren US-Präsident Ronald Reagan und Englands Premier Margaret Thatcher als Hauptdarsteller des Films „Vom Winde verweht“ mit der Unterzeile: „Sie verspricht, ihm bis ans Ende der Welt zu folgen. Er verspricht, es zu organisieren.“ Die Idee zu diesem Poster stammt von einem englischen Dockarbeiter, der gelegentlich für den linken „Socialist Worker“ schreibt. Das Plakat, das mehr als 40 000mal für 2,50 Mark verkauft wurde, verstärkt die Kampagne der Anti-Reagan-Briten

Westeuropas sind imperialistische Staaten mit eigenen Interessen, die auch die Realisierung mittels Krieg nicht scheuen.

6. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt die herrschende Propaganda, wonach die Aufrüstung nicht zum Zweck der Kriegsführung, sondern der Kriegsverhinderung („Abschreckung“) betrieben werde. Die Vorstellung eines bloßen „Bluff“-Aufmarsches, die Illusion unbegrenzter Drohegebarden hat sich an der Wirklichkeit der britischen Kriegsführung zerschlagen. Und dabei handelt es sich in diesem speziellen Fall noch nicht einmal um einen Gegner, der in Opposition zu den Gesamtinteressen des Imperialismus steht.

Eine realistische Betrachtungsweise muß davon ausgehen, daß sämtliche verfügbaren Waffen, und gerade auch die „modernen“, „effektivsten“ nicht zur Drohegebarden, sondern auch zum praktischen Einsatz bestimmt sind. Allerdings würde eine Kriegsführung beispielsweise in Mitteleuropa sehr schnell weit umfangreicher und schwerwiegender sein als

die relativ begrenzten Gefechte vor der argentinischen Küste.

7. Der britisch-argentinische Krieg widerlegt jene schlichte linke Gemütsart, die den Krieg ausschließlich als wirtschaftlichen Kalkulationsherzuleiten versucht – und die daraus womöglich auch noch die Unwahrscheinlichkeit von Kriegen begründen möchte, da diese heute viel zu kostspielig seien. Reine ökonomische Kalkulation ist dieser Krieg, der Gesamtökonomie in Höhe von mehreren Milliarden Mark verunsichert wird, nicht zu begründen. Hilfskonstruktionen, die auf angeblich vermutete Bodenschätze im Gebiet der Falkland-Inseln oder auf die bisher kaum analysierten Bodenschätze der Antarktis hinweisen, sind nicht überzeugend. Die allgemeine Praxis zeigt, daß die Ausbeutung von Bodenschätzen nicht von der staatlichen Souveränität des Imperialismus über die entsprechenden Gebiete abhängt, sondern daß sie ihre Zwecke über abhängige Regimes ebenso gut erreichen kann. Hinzu kommt, daß jede ökonomische Nutzung der Seegebiete um die Falkland-Inseln und

Erklärung Kubas zum

Völker Lateinamerikas

Erklärung Kubas zum Falkland-Konflikt

Völker Lateinamerikas erkennen den Feind

Londons Aggression stoppen!

Havanna, KZ – In einer am vergangenen Samstag veröffentlichten Regierungserklärung hat Kuba seine Solidarität mit dem argentinischen Volk im Konflikt mit Großbritannien um die Falkland-Inseln zum Ausdruck gebracht. Die Erklärung der kubanischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

„Während in allen Teilen der Welt die Forderung zunimmt, daß der Prozeß der Verhandlungen nicht unterbrochen werden darf, richtet sich der koloniale Hochmut der britischen Regierung, die jetzt mit der offenen Unterstützung des nordamerikanischen Imperialismus rückt, gegen das argentinische Territorium und will das mit Gewalt erreichen, was ihr rechtlich nicht zusteht. Kuba verurteilt diese unerträgliche Aggression und bekräftigt seine Solidarität mit dem argentinischen Volk, das im Kampf zur Verteidigung seiner Souveränität steht.“

Jetzt ist die Zeit der lateinamerikanischen Solidarität. Die Sache der Falkland-Inseln ist die Sache des argentinischen Volkes und daher auch die Sache Lateinamerikas und der Karibik, unsere Sache. Es ist notwendig, die Aggression zu stoppen und das Recht wiederherzustellen.

Die Länder Lateinamerikas haben die Pflicht, Argentinien in jeder notwendigen Weise zu unterstützen. Kuba ist bereit, zusammen mit den Völkern Lateinamerikas diese Pflicht zu erfüllen.“

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/433320, Abowerbung 040/433346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abdruck, sonst Pöschel Hamburg 27175-203 oder Dresdener Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00 Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abonnenten mit dem Grund der Nichtaushändigung „zurückzusenden.“

der „anschließenden“ Sektoren in der Antarktis — was ohnehin nur Zukunftsperspektive sein könnte — von der engen Kooperation mit Argentinien abhängen würde. Demnach wären, rein ökonomisch betrachtet, gute politische Beziehungen zu Argentinien weit wichtiger als die Frage der staatlichen Souveränität über die Inseln, die Großbritannien wahrscheinlich sowieso nicht mehr zu seinen Gunsten entscheiden kann.

8. Die Zwecke der britischen Militär-Expedition sind primär im Bereich der Politik und Militärpolitik zu finden. Dieser Krieg dient zum einen der Bekräftigung des Prinzips „aggression doesn't pay“ (Aggression zahlt sich nicht aus), was praktisch besagt, daß der Imperialismus aus militärischen „Vorbeugung“ seines Besitzstandes und seiner globalen Interessen bereit ist, ohne sich von Kriegskosten, militärischen Verlusten und diplomatischen Rücksichten abhalten zu lassen. Der Krieg im Südatlantik ist zum zweiten ein passendes militärisches Manöver und ein massenpsychologischer Test — wobei es unter diesem Aspekt sogar ein Vorteil ist, daß dieser Krieg sich gegen einen Verbündeten des Imperia-

Ziel des Flotten-Programms soll es sein, „die Seefriedenspolitik über die Sowjetunion wiederherzustellen und zu erhalten“.

Auch in den nächsten Diskussionen um den Ausbau der Bundesmarine wird dieses Argument gewiß auftauchen. 9. Die britische Flotten-Expedition gegen Argentinien signalisiert den Übergang zu einer Politik, die mit dem fähbaren Krieg als ständig verfügbares Mittel kalkuliert. Schauplätze solcher Kriege des Imperialismus können jederzeit sämtliche „Krisenpunkte“ der Welt werden: Mittelamerika und die Karibik (permanente Kriegsdrohung gegen Kuba und Nicaragua), Libyen, das südliche Afrika, der Iran, die arabische Halbinsel, Indochina... Neben möglichen „Konfliktpunkten“ in der Dritten Welt sollten wir allerdings auch die für die nächsten Jahre geplante Herrichtung der BRD als Kriegsschauplatz nicht übersehen. Das gerade vereinbarte „Wartime Host Nation Support“-Abkommen zwischen den USA und der BRD sieht u.a. die kriegsmäßige Instandsetzung von 26 (Zivil-)Flughäfen der BRD und die Aufstellung einer Spezialtruppe der Bundeswehr zur Sicherung von 18 US-Militärflughäfen in der BRD vor. Der Umfang der vereinbarten Maßnahmen macht nur Sinn, wenn mit der BRD nicht bloß als Hinterland für imperialistische Unternehmungen in der Dritten Welt, sondern zugleich auch direkt als Kriegsschauplatz gerechnet wird.

10. Die bisherigen Reaktionen in Großbritannien zeigen die Mobilierbarkeit von Kriegshysterie und Chauvinismus in einem der Hauptländer des Imperialismus. Die sozialdemokratische Labour Party hat sich mehrheitlich dem Kriegsausbruch angeschlossen, einschließlich mancher sogenannter „linker“ Sprecher der Partei. Proteste aus der Linken und aus der Friedensbewegung Großbritanniens sind kaum zu vernehmen. Die Stimmung ist mit dem alle Länder Europas heimsuchenden Wahnsinn zu Beginn des 1. imperialistischen Weltkriegs zu vergleichen. Und dabei handelt es sich diesmal doch „nur“ um einen weit entfernten Kolonialkrieg, der sich nicht auf die klassischen Argumente der Vaterlandverteidigung (das eigene Land sei bedroht, die Grenzen müßten verteidigt werden etc.) stützen kann und für den sich noch nicht einmal die gängigen imperialistischen Angstmacher („Die Öl-scheitels wollen uns den Hals zudrehen“ u.a.) ins Feld führen lassen. Das läßt für die mit Sicherheit kommenden größeren Konflikte der nächsten Jahre schlimmes erwarten, nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Deutschland.

Auch die westdeutsche Friedensbewegung hat gegen Großbritannien südamerikanischen Kolonialkrieg bisher kaum Engagement entwickelt — Uwe Trieschmann: „die Friedensbewegung in der DDR“ und die „Solidarität mit Solidarnosc“ beanspruchten erheblich mehr Aufmerksamkeit. Dabei wäre der britische Kolonialkrieg, der von fast allen NATO-Ländern, einschließlich der BRD, zumindest moralisch unterstützt wird, eigentlich ein brennendes Thema für die Demonstration am 10. Juni in Bonn. Überhaupt müßte, neben dem Thema „Nachrüstung“, die beachtliche weltweite Ausdehnung der NATO-Aufgaben und damit die unmittelbare Vorbereitung weiterer Kolonialkriege das zentrale Thema am 10.6. in Bonn und in den kommenden Monaten für die Friedensbewegung werden. Sonst könnte am Ende wirklich jemand auf den bösen Gedanken kommen, es gebe es nur darum, das Gebiet der BRD aus den kommenden Militärkonflikten herauszuheben, also um St.-Florians-Prinzip.

wurde die Aussage einer Frau aus einem Polizeiverhör herangezogen, die sie vor Gericht widerrief. Sie gab vor Gericht an, sie sei im Polizeiverhör psychisch unter Druck gesetzt worden, sie sei durch Fragetechniken in ihren Aussagen in eine bestimmte Richtung gedrängt worden, was sich auch im Protokoll niederschlägt. Das Gericht wertete dies als „unglaublich“ und damit im „Zweifel“ gegen den Angeklagten.

Eine der widerwärtigsten Rollen spielte in diesem Prozeß, neben dem Vorsitzenden Richter Selbmann selbst, der geistige psychologische Gutachter. Obwohl er niemals mit Michael Duffke gesprochen hatte, beschien er ihm allein aufgrund von Beobachtungen im Gerichtssaal „querulante Züge bis hin zum Fanatismus, dissozialer Verhalten“ u.a.m. Der Staatsanwalt konnte daraus ohne weiteres schließen: „Die Tat paßt zu dem Angeklagten.“ Das reichte dem Gericht.

Schon oft ist gesagt worden: es hätte jeden treffen können. Und gerade hier trifft es mehr denn je zu. Mit dieser Art des Gerichtsverfahrens, der Beweisführung und des psychologischen Gutachtens hätte tatsächlich (fast) jeder engagiert AKW-Gegner zum Täter gemacht werden können.

Wählt Grün-Alternative Liste (GAL)

Fortsetzung von Seite 1

und 7 - 11% für die GAL. Der GAL käme also bei einer zukünftigen Regierungsbildung eine Schlüsselrolle zu.

Doch die Karten sind trotz Berechnungen von verschiedenen Seiten bereits gemischt: CDU und SPD buhlen gleichermaßen um die Gunst der FDP als Koalitionspartner und hoffen, daß diese ausreichend Stimmen erhält. Die FDP ihrerseits hat offen erklärt, daß sie mit beiden zusammengehen würde, wenn dadurch eine mehrheitsfähige Regierung zustandekäme. Die einmal linksliberale Hamburger FDP mit ihrem Aushängeschild Helga Schuchardt drifft zunehmend auf Lambdorsdorff-Kurs ab. Reicht es mit der FDP nicht, hat die SPD erklärt, daß sie unter allen Umständen als Minderheitspartei weiterregieren werde. Eine Zusammenarbeit mit der GAL würde von Dohnanyi, vom SPD-Vorsitzenden König und anderen SPD-Rechten kategorisch abgelehnt.

Was aber heißt SPD-Minderheitsregierung konkret? Nach Hamburgischer Verfassung ist der Senat „ewig“, das bedeutet, er kann nur durch eine Mehrheit abgewählt werden, die in diesem Fall nur von der CDU und GAL kommen könnte. Galt wäre diese Abwahl aber nur, wenn gleichzeitig ein neuer Bürgermeister gewählt würde, worauf sich CDU und GAL bestimmt nicht einigen könnten. In dieser Situation würde die SPD als Minderheit weiterregieren und müßte sich von Fall zu Fall bei wichtigen Entscheidungen jeweils eine Mehrheit besorgen (solche wichtigen Entscheidungen sind z.B. Neuwahl von Senatoren, was in Hamburg zumindest für den oben ausgeschiedenen Finanzsenator nach dem 6. Juni ansteht, sowie Haushaltsentscheidungen). Wo sollten also die Stimmen in einem solchen Fall herkommen? Natürlich von der CDU! Alle Dementis können nicht an der Tatsache vorbeistreichen, daß hier mehr oder weniger offen eine de facto-Koalition mit der CDU vorbereitet wird.

Für die Bonner SPD/FDP-Regierung ist die Hamburger Entwicklung sehr problematisch: Kommt in Hamburg keine sozialliberale Regierung zustande, stattdessen aber eine, wenn auch nur verdeckte, Große Koalition, dann hat man zwar zunächst einmal die Zweidrittel-Mehrheit der CDU im Bundesrat verhindert (wohl bis zur Hessen-Wahl), gleichzeitig aber ein Signal zum Koalitionswechsel Richtung FDP/CDU gegeben. Denn was sollte die FDP angesichts einer Großen Koalition in Hamburg noch daran hindern, den von Teilen der FDP jetzt schon befürworteten Koalitionswechsel zur CDU vorzunehmen? Läßt es das Wahlergebnis zu (d.h.: schafft die FDP 5%), so ist für Hamburg auch eine Allparteienkoalition aus SPD-CDU-FDP denkbar. Die CDU ihrerseits braucht keine formelle Große Koalition mit der SPD einzugehen, d.h. keine Regierungsposten zu übernehmen, sondern könnte die SPD über Absprachen unter Druck setzen. So stünde sie bei den möglicherweise 1983 anstehenden Neuwahlen (nämlich dann, wenn der neue Haushalt mit Mehrheit verabschiedet werden muß) gut da, wenn die Schuld für das Scheitern der Regierung allein der SPD anzulasten wäre.

Gegenüber dieser sich klar abzeichnenden Entwicklung verhält sich die SPD-Linke völlig hilflos oder schlichtweg abgehalftert. Ex-Bürgermeister Klose läßt sich als Integrationsfigur in den Wahlkampf schicken, um zum Wohl vorläufig letzten mal den Versuch zu machen, die enttäuschten SPD-Wähler zur SPD-Wahl aufzurufen. Mit Ausnahme einer Erklärung der Jusos, unmittelbar nach der Wahl Koalitionsverhandlungen mit der GAL zu führen, schweigt die SPD-Linke beharrlich angesichts der drohenden Großen Koalition, Verdrängung des kaum zu Vermeidenden, schlichte Ignoranz oder der Endpunkt der Verkommenheit (lieber eine SPD/CDU-Regierung, als eine CDU-Allparteienregierung) scheinen hier vorzuherrschen. Die bittere Erkennt-

nis wird wohl erst am Wahlabend vorgenommen werden, wenn Dohnanyi, ganz Staatsmann, vor die Kamera tritt und die „Solidarität der Demokraten“ beschwören wird.

Über informelle Kontakte zwischen GAL und SPD-Linken hinaus haben sich letztere bislang als zu feige erwiesen, offen gegen den weiteren Rechtsruck ihrer Partei Stellung zu nehmen. Wenn denn schon nicht der Mut zur offenen Auseinandersetzung in der eigenen Partei da ist, müßte die SPD-Linke, meint sie ihre eigenen Ziele ernst, wenigstens ein Interesse daran haben, daß es eine starke GAL-Fraktion in der nächsten Bürgerschaft gibt, denn allein die GAL garantiert, daß es eine Opposition in der nächsten Bürgerschaft gibt.

Alternative: Die GALI

Die Bedeutung der Hamburger GAL liegt nicht nur in ihrem fortschrittlichen, alternativen Programm begründet. Sie liegt auch darin, daß es trotz großer Schwierigkeiten gelungen ist, eine Spaltung der Wahlbewegung wie in Hessen und einem schädlichen Alleinververtretungsanspruch der Grünen zu verhindern, was in Verbindung mit einem hoffentlich guten Wahlergebnis ein positives Signal für die bundesweite Entwicklung der alternativen Wahlbewegung setzen könnte.

Die GAL hat ein umfangreiches alternatives Programm für die Bürgerschaftswahlen vorgelegt, das vor allem in den Bereichen der Friedenspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Außenpolitik, des Kampfes um demokratische Rechte und der antifaschistischen Verpflichtung sowie in der Frauenpolitik unsere Unterstützung verdient. Sie hat sich zu demokratischer Kontrolle und Basisanbindung ihrer Abgeordneten (imperatives Mandat) verpflichtet und neben der Darstellung ihrer grundsätzlichen Alternativen zu den etablierten Parteien ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD-Linken erklärt, wenn diese dafür steht, daß in der SPD eine Kurskorrektur nach links vorgenommen wird. Für einen solchen Fall hat die GAL einen Forderungskatalog vor der Wahl verabschiedet, der nach der Wahl auch Verhandlungsgrundlage für Gespräche um die Tolerierung eines SPD-Minderheitsregimes sein könnte.

Deshalb rufen wir dazu auf:

— Wählt GAL — Liste 6!

ZITAT DES TAGES



„Großbritannien erinnert uns alle in der Falkland-Krise daran, daß gewisse Grundwerte wie Ehre, Gerechtigkeit und Patriotismus gültig bleiben und mit mehr als Worten verteidigt werden müssen.“

Henry Kissinger in einer Rede in London

FOTO: CAMERA PRESS

aus „Welt“, 12.5.82

aus „Welt“, 12.5.82

lanus richtet; so ist immerhin dafür gesorgt, daß dieser Krieg unter Kontrolle gehalten werden kann und keinen völlig unvorhersehbaren Verlauf annimmt.

Drittens bietet dieser Krieg ein wichtiges Argument für die Rüstungsdiskussion in Großbritannien: Eben erst war angekündigt worden, daß die britische Kriegsflotte aus Kostengründen erheblich reduziert würde, um Mittel für die weitere atomare Aufrüstung Großbritanniens freizumachen. Diese Kürzungspläne — oft übertrieben als „Abdankung der englischen Seemacht“ kommentiert — sind seit dem britisch-argentinischen Krieg vom Tische. Zusätzlich liefert dieser Krieg auch noch Argumente für das gigantische Flotten-Programme der USA: mit geschätzten Kosten von mindestens 96 Milliarden Dollar sollen in den nächsten fünf Jahren 133 neue Kriegsschiffe gebaut werden, darunter zwei atomgetriebene Flugzeugträger und eine Flotte von Trägerschiffen für Tausende von Cruise Missiles. Deklarier-

Rechts-Staat und Klassenjustiz

Fortsetzung von Seite 1

Den Staatsapparat interessiert dies nicht, denn er besteht auf dem Gewaltmonopol und jede Gegenwehr ist Landfriedensbruch, jedes Wehren gegen Handlungen des Staates Körperverletzung oder gar Mordversuch. Schließlich wurde aufgrund der nachgewiesenen Umstände die Anklage von „Mordversuch“ in „versuchten Totschlag“ geändert, als auch dies nicht zu halten war, in Körperverletzung. Das Strafmaß stand aber damit schon fest.

Auf Beweise, die auch noch dem Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten“ ständhalten könnten, wurde verzichtet. Michael Duffke wurde aufgrund eines Photos verurteilt, auf dem ihn ein „Fachmann“ identifiziert haben will, der die Methode seiner Arbeit nicht mitteilen konnte oder wollte und somit der Verteidigung die Möglichkeit nahm, sachliche Zweifel anzubringen bzw. Gegenbeweise anzutreten. Für das Gericht reichte es. Markus Mohr wurde verurteilt, weil er vor der Demo einen Spaten gekauft hatte, der später nicht mehr zu finden war, was selbstverständlich vom Gericht als Beweismittel vernichtet wurde. Weiterhin

ÖDP: Gegen Ausländer, für mehr Polizei

Balder Springmann und Herbert Gruhl, prominente Mitglieder der Grünen Partei, haben jetzt ihre eigene Partei, die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei). An Mut zum Risiko und zur Lächerlichkeit fehlt es nicht: Der Hamburger Landesverband (nach eigenen Angaben 58 Mitglieder) der ÖDP kandidiert zu den Bürgerschaftswahlen im Juni. Er knüpft damit direkt an seine Vorgängerin, die stark rechtslastige GLU, an. Die GLU hatte zu den Bürgerschaftswahlen 1978 in Konkurrenz zur Bunte Liste kandidiert und immerhin 1 % der Stimmen abbekommen. Die Hamburger ÖDP setzt personell und inhaltlich das Werk der alten GLU fort, in deren Reihen auch Kader der rechtsextremen „Solidaristen“ aktiv waren. Abgesehen von einigen klassischen ökologischen Forderungen, die von der GAL klarer und konsequenter vertreten werden, stellen die „Wahlausagen“ der Hamburger ÖDP ein

Sammelsurium aus den Forderungen der CDU und der HLA dar.

Galt von der CDU abgeschrieben ist der Programmpunkt: „Mehr Sicherheit für Leben, Gesundheit und Eigentum des Bürgers durch Dezentralisierung der Polizeiwachen, verbesserten Streifenbesatz und Kletterstufen in Nahrungsmittelgebieten.“ (Die Hamburger Polizei hat ihre Güte vor mehreren Jahren eingemottet. Seither fordert die CDU beharrlich, die Polizei wieder auf die Straße zu setzen. Angeblich wegen der Sicherheit in den Park-Wäldern, vermutlich aber auch mit Blick auf die Demonstrationen-Bekämpfung.)

Von der HLA übernommen ist der ÖDP-Programmpunkt: „Unterbindung des ungehinderten Zustroms und Aufenthalts von Scheinasylanten, Förderung der Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer.“ (HLA-Originale: „Für Ausländerbegrenzung — Für Förderung der Rückkehrbereitschaft — Für Verschärfung des Asylrechts.“)

In den „Wahlausagen“ der ÖDP wird als eine Folge der „Wachstums-politik“ beklagt, „wir“ hätten „in unser überfülltes Land Millionen Gastarbeiter geholt und damit den Keim für zukünftige soziale Konflikte gelegt“. — Kaum noch ökologisch wird man es wohl auch nennen können, wenn die ÖDP als Argument anführt: dadurch würden „gesunde heimische Arbeitsplätze“ zerstört, weil es sich bei den neuen „vielfach um Betriebe ausländischer Konzerne mit hohem Gastarbeiteranteil“ handele. (Ein klassisches Bekenntnis zum „gesunden“ deutschen Kapitalismus, der anscheinend weder Unsicherheit der Arbeitsplätze noch Umweltverschmutzung kennt.)

Wiederum von der CDU hat die ÖDP die Forderung abgeschrieben: „Beseitigung aller in den vergangenen Jahren eingeführten bürokratischen Hemmnisse für die Einrichtung von Ausbildungsstellen“. Gemeint ist damit, daß an dem Mangel an Ausbildungsstellen der „Sozialstaat“ schuld sei, der die Kapitalisten „bevormundet“. Gemeint ist, daß bei Fortfall formaler Schranken die Lust der Kapitalisten zur Lehrlings-Ausbildung wachsen würde.

Ein klassisches Anliegen der CDU hat die ÖDP mit der Forderung nach „drastischer Senkung der Staatsverschuldung“ aufgenommen. Da die ÖDP weder zur Einnahmen-Seite noch zur Ausgaben-Seite irgendwelche Vorschläge macht, darf man getrost annehmen, daß hier — wie bei der CDU — einer Senkung des Staatshaushalts auf Kosten der Sozialausgaben das Wort geredet wird. (Zum gesamten Bereich der Sozialausgaben, die schon heute in Hamburg wie anderswo einer massiven „Spargpolitik“ unterworfen sind, enthalten die Wahlausagen der ÖDP kein Wort.)

Weitere Forderungen sind: „Familienrechtliche Wohnungspolitik“ (in Verbindung mit der nicht näher ausgeführten These, die Wohnungsmiet sei bloß eine „Behauptung“ der etablierten Parteien und der Neuen Heimat), „energetische Drogenbekämpfung“ (hierzu mochte die ÖDP leider konkret nur das Verbot der Werbung für Tabak- und Alkoholzeugnisse nennen) sowie „Förderung mittelständischer Strukturen und besonders des Handwerks“.

Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen präsentiert sich die ÖDP ganz als reaktionäre Mittelstandspartei mit einigen „grünen“ Zutaten — also genau das, was von manchen linken Grünen allzu lange beschönigend als „Wertkonservatismus“ toleriert wurde. Die zentralen Forderungen der ÖDP (gegen Ausländer und „Scheinasylanten“, für mehr „bürger-nahe“ Polizei, ebenso wie ihre ökologischen Forderungen) sind jede für sich nicht einmal unpopulär. Nur ist das ganze Programm bereits von anderen Parteien abgedeckt. Zumind. in einer Großstadt wie Hamburg besteht für die ÖDP keine Lücke mehr. Wenn dieser Verein mehr als 0,1 - 0,2 % bekäme, wäre das erstaunlich. — Nicht ganz so erstaunlich, aber doch sehr ungesund ist die Tatsache, daß sich Heinz Brandt als Veranstaltungsdirektor für den ÖDP-Wahlkampf einspannen läßt. Zumind. die ausländerfeindlichen Töne der ÖDP hätten einen Mann wie Heinz Brandt doch eigentlich eher abschrecken müssen!...

Gegen Reagan und NATO — auf nach Bonn!

Rund 1200 Organisationen und Gruppen haben bis Mitte Mai den Aufruf zum 10.6. unterschrieben. Damit ist schon die Zahl der Unterstützungsgruppen vom 10.10. vergangenen Jahres übertroffen worden. An zahlreichen Orten haben sich Bündnisse gebildet, die gemeinsam zum 10.6. mobilisieren und die auch örtliche Demonstrationen am 5.6. vorbereiten. Die Angabe der Organisatoren, die mit 150.000 Demonstranten am 10.6. rechnen, kann man schon heute als eine eher vorsichtige Schätzung betrachten.

Die Konferenz der Landesschülervertretungen hat in einem Offenen Brief an die Kultusministerkonferenz gefordert, daß Friedensfragen, speziell die UNO-Abrüstungskonferenz, in der Vorwoche überall an den Schulen zum Thema gemacht werden und daß am 10.6. allen Lehrern und Schülern eine Teilnahme an der Demonstration ermöglicht werden soll — auch in den Bundesländern, wo an diesem Tag kein gesetzlicher Feiertag ist.

Die breite Unterstützung dieser Aktion hat wohl schon erreicht: Der Versuch, gar keine Demonstration in Bonn zuzulassen, ist gescheitert. Kräfte, die keine Demonstration in Bonn wollten, halten sich zumindest zurück.

Der Vorstoß von Bahro und anderen grünen Kräften, im Vorfeld der Aktion eine Spaltung der Friedensbewegung herbeizuführen, ist ebenfalls nicht durchgekommen.

Allerdings hat die Diskussion um diese Fragen an, und wird sicherlich nach der Aktion verstärkt geführt werden müssen.

Die Demonstration selbst soll nach wie vor durch Schikane der Behörden behindert werden. Nachdem die Bundesbahn sich anfangs durch politische Preise für die Demonstranten zu sanieren versuchte, ist immer noch unklar, ob die Demonstranten überall in Bonn (links und rechts des Rheins) anreisen dürfen (tun werden sie dies in jedem Fall). Die Polizei hat ihre Zusage, daß auch links des Rheins demonstriert werden darf, wieder in Frage gestellt. Zudem hat sie schikanöse Auflagen für die Demonstration verordnet, deren Einhaltung sie zur Bedingung der Genehmigung machen will.

Das Milliardenloch der Bundesbahn

Noch im Februar hatte das Kabinett der Bundesbahn die Weisung erteilt, möglichst gar keine Züge zum 10.6. zur Verfügung zu stellen. Nachdem ein

Noch im Februar hatte das Kabinett der Bundesbahn die Weisung erteilt, möglichst gar keine Züge zum 10.6. zur Verfügung zu stellen. Nachdem ein Übereinkommen der mit Polizei über die Demonstration in Sicht war, bot die Bundesbahn auch Züge für die Endbahnhöfe Bonn-Beul und Hauptbahnhof an. Gab es für den 10.10. noch 41 Sonderzüge der Bundesbahn, so bot sie jetzt nur 17 zu Wucherpreisen an. Besonders teuer sollte es für die Hamburger und Kieler werden, denen man jetzt 132,- (statt 35,-) und 148,- (statt 48,-) DM abknöpfen wollte; für Düsseldorf sollte es 16,- statt 9,- DM kosten. Diesen Kurs konnte Bundesbahn allerdings nur in Vertretung ihrer Transportbestimmung verfolgen, denn immerhin hat sie der CDU großzügig 36 Züge verschrieben, für Hamburg/Bonn will sie dafür nur 40,- DM haben. Großzügigerweise wird der CDU auch für den Nahverkehr in Bonn gleich Nulltarif gewährt, Busse mit Hostessen einschließlich Besichtigung des Parlaments stehen ebenfalls zur Verfügung.

Der Koordinationsausschuß gab dazu am 2.5. eine Presseerklärung mit dem Titel „Bundesbahn provoziert am Fronleichnam Verkehrschaos in Bonn!“ heraus. Darin wird festgestellt, daß die Bundesbahn dann auch die Verantwortung übernehmen müsse, wenn Bonn, einschließlich der Prozession, in einem Verkehrschaos erstickt würde, weil alle Demonstranten dann mit Bussen und PKWs kommen müßten. Dem Veranstalter liege nichts an einem solchen Chaos. Zu verhindern sei es aber nur, wenn auf derartige Wucherpreise verzichtet werde.

Am 13.5. begaben sich Vertreter des Bündnisses in Pressebegleitung ins Verkehrsministerium und erhielten dort folgende Zusagen: Es werden Preise nach dem Vorbild des 10.10. bzw. der CDU-Kundgebung gewährt, es seien auch mehr Züge möglich. Die Veranstalter erklärten, daß sie hoffen, daß noch eine „unavouierte Gestaltung der Anreise“ möglich werde. Immerhin fingen die Preise an runterzurutschen, doch nun war wieder die Polizei am Zug.

Was die Polizei „erlaubt“

Nachdem schon am 19.4. mit der Polizei vereinbart war, daß im Hbf, Bonn-Oberkassel und Beul auch vor 11 Uhr Züge anreisen könnten, sog die Polizei unmittelbar nach der Übereinkunft mit der Bundesbahn ihre Zusage zurück: Jetzt sollen die Sonderzüge erst nach 11 Uhr und auch nicht mehr im Hbf eintreffen dürfen. Die Koordination machte in ihrer Pressemitteilung dazu (vom 14.5.) darauf aufmerksam, daß dann in entsprechender Anzahl PKWs anreisen werden. Es ist auch aus den anderen Auflagen der Polizei ersichtlich, daß sie die Demonstranten (und nicht nur wegen der Prozessionen, die nur als Vorwand dienen) auf die rechte Rheinseite (jenseits des „Sicherheitsbereiches“) abschieben will.

Nach dem spektakulären Auftritt von Teilen des grünen Bundesvorstandes auf der Bonner Vorbereitungskonferenz am 4.4. hält die Diskussion über den weiteren Kurs innerhalb der Grünen an. Nur eine Minderheit im Bundeshausausschuß der Grünen trat für die Unterzeichnung des Aufrufes ein, die Mehrheit hat dies abgelehnt. Allerdings gibt es auch bei der Mehrheit deutliche Unterschiede. Ein Teil (z.B. Lukas Beckmann, Petra Kelly, u.a.) tritt für eine aktive Mitarbeit im Bündnis ein, ein anderer Teil legt vollkommen einseitig das Hauptgewicht darauf, jetzt „neue Bündnispartnerschaften“ (unter Ausschaltung „der DKP und ihrer Subsysteme“) auszusuchen (die Zitate stammen von Uli Tost und Ernst Hopplitschek auf der Pressekonferenz der Grünen vom 5.4. in Bonn). Daß es ihnen aber um Spaltung der Friedensbewegung geht, wollten die Grünen abstreiten, obwohl ja inzwischen bekannt ist, daß sich Bahro an den Grünen Tisch auf der Bonner Konferenz gleich mit den Worten gesetzt hatte: „Die Sache heute, die spalten wir“ (laut einem Vorstandspapier). Im weiteren gab es dann noch einiges Hin und Her in grünen Kreisen: Am 17./18. gab es im Bundesrat eine einstimmige Entscheidung zur Unterzeichnung (Klaus Timpe), vier stimmten für die Unterzeichnung mit Zusatz, sieben wollten eine Entscheidung erst auf dem BHA am 9./10.5. treffen. Darauf leitete Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann per Rundschreiben eine Abstimmung innerhalb der Grünen ein, um eine schnellere Entscheidung getroffen zu haben. Immerhin war man im Koordinationsausschuß im Wort, bis Anfang Mai über die Trägerschaft von Demo und Aufruf eine Entscheidung herbeizuführen. E. Hopplitschek kritisierte diese „Privatpolitik“ Beckmanns, der „bezahlter Angestellter“ und somit bloß „Exekutor“ grüner Beschlüsse sei. Es kam dann doch zu einem vorgezogenen BHA im April (am 24./25.4.). Mit 27:11:1 wurde eine Unterschrift unter den Aufruf abgelehnt. Bei sieben Gegenstimmen wurde erklärt, daß die Grünen den Aufruf nur in Zusammenhang mit ihrer Zusatzklärung verbreiten würden. Dem Koordinationsausschuß wurde mitgeteilt, daß die Grünen den Aufruf vom 4.4. unterzeichnen, aber ihre „Präambel“ für sie gleichzeitig „politischer Bestandteil des Aufrufs“ sei. Als Lukas Beckmann am 26.4. im Bündnis erklärte, daß die Unterschrift der Grünen somit auch unter dem gemeinsam verbreiteten Aufruf stünde, schien alles gelaufen. Einen Tag später sah es schon wieder anders aus: Ohne daß dies dem Bündnis vorher bekannt gemacht worden wäre, leiteten die Grünen eine Unterschriftenkampagne für ihren Text ein. Jo Leinen für den HBU, Eva Quistorp für Frauen für den Frieden und der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa“ (Steinke) gehörten zu den Erstunterzeichnern. Als Jo Leinen dies ausgerechnet auf einer Pressekonferenz des gesamten Bündnisses mitteilte, platzte der ESO der Kräfte: Sie drohte mit ihrem Ausstieg aus dem Bündnis. Der Text wird jetzt nur im Namen der Grünen verbreitet. Außerdem verbreiten die Grünen eine Erklärung von Petra Kelly und Gerd Bastian und sammeln darunter Unterschriften. Mit dieser Erklärung wird gefordert, die Vereinbarung der Bonner Konferenz im Sinne der grünen Vorstellungen im Nachhinein umzusetzen. Das wurde in einer Antwort vom Koordinations-

ursprünglich sollte die Demonstration an vier Punkten um 12 Uhr (nach den Prozessionen) beginnen. Aus der Innenstadt sollten die Demonstranten sämtlich mit Hilfe der Demo-Ordner in Nahverkehrszügen auf die rechte Rheinseite gebracht werden.

Inzwischen ist zwar ein Aufmarschplatz (linksrheinisch) genehmigt worden; allerdings sollen nach wie vor sämtliche von auswärts Anreisende von dort aus auf die rechte Rheinseite gefahren werden. Erst nach 11 Uhr soll sich am Hauptbahnhof versammelt werden können.

Hinzu kommen noch folgende Auflagen: Alle PKWs und Busse sollen in Beul (rechts des Rheins) geparkt werden. Lausprecherwagen sollen verboten sein. Niemand darf auf Transparenten und als Sprechchören „belei-

digt“ werden. Die Transparentstangen müsse dem Polizeieinheitenmaß (2 Meter lang, 2 cm dick) entsprechen.

„Tarnmittel“ und was sonst so noch als „Waffen“ zählt, sind verboten. Es sollen Demo-Blöcke zu je 100 Metern gebildet werden.

Der Hammer bei der ganzen Geschichte ist, daß die Polizei diese Genehmigung per „sofortiger Verfügung“ erlassen hat. Nur bei Einhaltung dieser Auflagen sei die „Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ zu gewährleisten; deshalb könne ein Widerspruch der Organisatoren auch keine aufhebende Wirkung haben.

Das Bündis wird nun zu beraten haben, wie es mit diesen Demonstrationseinschränkungen umgehen will.

Die Grünen und die Anti-Reagan-Demo

auschuß natürlich abgelehnt — trotzdem: Die Grünen sammeln weiter Unterschriften, ohne die Antwort bisher zu erwägen.

Nach der letzten BHA-Ausschuß-Sitzung wollen die Grünen nur dann ihre Unterschrift unter den gemeinsamen Aufruf setzen, wenn dahinter steht: „nur im Zusammenhang mit ihrer Präambel „Schwerter zu Pflugscharen““. Die Mehrheit für eine „Unterschrift“ des Aufrufes in dieser Form kam nur zustande, weil auch die Befürworter einer Unterstützung des Aufrufes dafür stimmten. Unterschriften haben den Aufruf hingegen der Hamburger Landesverband, die Kreisverbände Breisgau, Emden, Göttingen, Münster und Oberhartz.

Stellungnahmen aus den Reihen der Grünen

Der Kelly-Bastian-Brief

Dieser Brief möchte folgende Forderungen als „Ergänzung“ zum Godesberger Aufruf aufgenommen haben:

a) Die Demo richtet sich zwar vorrangig gegen die „Nachrüstung“, sei aber „keine Anti-Reagan-Demonstration, sondern eine Pro-Abrüstungs-Demonstration“.

b) Die Demonstration müsse „im Zeichen der aktiven Gewaltfreiheit stehen“.

c/d) Es wird die ausdrückliche Solidarität mit der „DDR-Friedensbewegung“ gefordert und sich für eine „blockübergreifende Friedensbewegung“ gegen die beiden Militärblöcke eingesetzt.

e) Es wird eine Stellungnahme gegen die Atomenergiewirtschaft in Ost- und West gefordert, weil zivile Reaktoren nicht von Atombomben zu trennen seien.

Während sich die letzten Punkte gegen die DKP richten, fordern die ersten beiden eine eindeutige Abgrenzung von linken Kräften, ebenso der Punkt d), sofern unter „blockübergreifender Friedensbewegung“ verstanden werden soll, die SU in gleichem Maß für die Planung eines Atomkrieges wie die USA verantwortlich zu machen, was letztlich zur Abschwächung der Front gegen die NATO benutzt wird.

Die Geschäftsführung der Demonstration verweist in ihrem Antwort-Brief sehr freundlich darauf, daß ihre Grundlage die Beschlüsse vom 4.4. sind, ohne zu erwähnen, daß es schon ein starkes, kaum demokratisches Stück von den Grünen ist, dies nachträglich noch umzusetzen zu wollen. (Der Zusatztext der Grünen zu dem Aufruf spricht an).

Landesvorstand Niedersachsen:

Der Landesvorstand erklärt seine Unterstützung für den grünen BuVo. Die angezeigte Diskussion werde nicht zu einer „Aufsplitterung“, sondern zur „Stärkung“ der Friedensbewegung führen; eine „Einheitsheutelei mit der zu Lernprozessen unfähigen DKP... darf es in der Friedensbewegung nicht mehr geben.“ (Landes-Rundbrief 7/82).

Mason Maren-Giesbrecht (Mitglied im BuVo):

Sie sei zwar nicht mit auf der Konferenz gewesen, schreibt sie im Rundbrief der Grünen Niedersachsen (7/82), aber nach den „Erzählungen Verschiedener“ erscheine der „Abgrenzungsschritt doch richtig“, auch wenn sie

Kritik an Formulierungen der grünen Pressekonferenz habe. Zur DDR-Friedensbewegung habe die Konferenz ein „Denkverbot“ verhängt; es sei kein „Bekenntnis“ zur Gewaltfreiheit im Aufruf unterzubringen gewesen; die Verschiebung des persönlichen Beitrags von Petra Kelly sei „Unterdrückung von politischen Meinungen“.

KV Emden

In mehreren Erklärungen hat der KV gegen das Vorgehen des BuVo in scharfer Form protestiert: es sei bisher „Privileg“ der Reaktionen gewesen, die Friedensbewegung als „kommunistisch gesteuert“ hinzustellen; bis zum 4.4. habe der Vorstand den Aufrufentwurf mitgetragen, heißt es in einer Presseerklärung vom 8.4. In einem Rundschreiben an die niedersächsischen Kreisverbände (Rundbrief 8/82) heißt es, der BuVo „provokiere“ mit seinem Verhalten eine „Spaltung“ der Friedensbewegung, die auch „den Beifall der NATO und des Mr. Reagan finden“ würde. „Zum ~~unangemessenen~~ Zeitpunkt“ sei eine Abgrenzung von der DKP „weder politisch notwendig, noch inhaltlich sachlich geboten“, zudem leite der BuVo mit diesem Kurs auch „die Spaltung der Grünen“ ein. Der KV fragt, ob diese Kräfte dann „Hansen und Coppik in die Arme“ getrieben werden sollen.

KV Göttingen

Mit eindeutiger Mehrheit stimmte auch der Göttinger KV für die Unterzeichnung des Bonner Aufrufs.

KV Göttingen

Mit eindeutiger Mehrheit stimmte auch der Göttinger KV für die Unterzeichnung des Bonner Aufrufs. Eine Mehrheit von Stimmen (23:20) erklärte zudem (auf Antrag des Vorstandes), daß die Aussagen von Polm und Afghanistan anläßlich eines NATO-Gipfels „hinreichend“ seien; das Vorgehen des BuVo sei in zweierlei Hinsicht „desorientiert“: Es lenke ab von der Tatsache, daß es Aufgabe sei, „gegen die Aufrüstungsbestrebungen des eigenen Blocks vorzugehen“, und daß es die NATO sei, die mit „ihrer Vorrüstungs- und Erhaltungspolitik den Rüstungswettlauf“ beschleunige. Die Anklage der Dominanz der DKP auf der Konferenz werde von anderen nicht geteilt. Wenn man der DKP „zu Recht Einzigkeit“ vorwerfen müsse, sei dies doch „kein Grund“, ihre Beteiligung „zum Grund der eigenen Abgrenzung zu machen“. Wenn dies zum Anlaß einer Spaltung genommen werde, sehe das „eher nach einem prinzipiellen Abgrenzungsversuch“ als nach Auseinandersetzung aus.

LV Hamburg

Der LV erklärt in einer vierseitigen Stellungnahme (vom 24.4.) die Zustimmung zu vielen Kritikpunkten von Petra Kelly. Allerdings sei der Anlaß, um den es ging, nämlich eine Demonstration gegen den NATO-Gipfel, dafür „nicht besonders geeignet“. Bahro sei es in Bonn offenbar um den „Vollzug eines öffentlich-wirksamen Bruchs“ gegangen, statt um eine „kritische Debatte der Streitfragen“. Dies schien auch von „anderen Sprechern in der Bundespartei vertreten zu werden“. Das „dumme Wort“ von E. Hopplitschek von der „DKP und ihren Subsystemen“ sei „von der Presse auch sehr willkommen in der herrschenden Klischees... eingepaßt“ worden. Zudem hätten Uli Tost und Hopplitschek vom „qualitativen neuen Bündnis“ bzw. „neuen Bündnisformationen“ als Quintessenz der Konferenz gesprochen. Weiterhin wird an die Strafanzeige der Grünen erinnert, in der „nach-

Die polnische Friedensbewegung meldet sich zu Wort

Solidarität mit den Friedensbewegungen der DDR, Polens und Afghanistans ist das Gebot der Stunde. Wo es sich um ein menschlich eigentlich konkret solidarisiertes soll, ist Nebenbese.

Die polnische Friedensbewegung hat sich dieser Tage mit einem die Blocklogik sprengenden Appell „gegen den sowjetischen Imperialismus“ zu Wort gemeldet. Der Text ist abgedruckt in der „Welt“ vom 28.4.82. Unterschriften haben den Appell u.a. R. Batory (Spitzenfunktionär von Solidarnosc, z.Z. BRD), Leszek Kolakowski (KOR; Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1977) sowie zwei weitere Vertreter des KOR. Kontaktstelle der polnischen Friedensfreunde ist die CDU-nahe Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt.

In dem Aufruf äußert die polnische Friedensbewegung ihre „Beunruhigung“ über die „Tätigkeit mancher deutscher Politiker, die die Gewalt, welche auf Anweisung Moskaus gegen das wehrlose polnische Volk angewendet wird, herunterspielen versuchen“. Aufgrund kurzzeitiger wirtschaftlicher Interessen seien diese Politiker „unempfindlich für die Tatsache, daß ein passives Hinnehmen dieser weiteren sowjetischen Aggressionen auch den Westen ganz unmittelbar bedroht. Das Gespenst eines „Neutrismus“, einer stufenweisen Unterwerfung, kreist über West-Europa“. Stattdessen ruft die polnische Friedensbewegung dazu auf, „gegenüber dem sowjetischen Imperialismus und seinen Warschauer Vertretern gemeinsam (zu) handeln“.

Konkret wenden sich die polnischen Friedensfreunde gegen „alle direkten und indirekten Kredite für die Regierung in Warschau und Moskau“. Außerdem wird von der Bundesregierung gefordert, „aus politischer Verantwortung“ das Erdgas-Geschäft mit der Sowjetunion zu annullieren. „Die immer enger wirtschaftliche Zusammenarbeit“ des BRD mit der Sowjetunion sei „langfristig gesehen mörderisch“. „Auch das Erdgas-Röhrengeschäft trägt zur wirtschaftlichen Aufrüstung der UdSSR bei und könnte sich außerdem als Werkzeug der Erpressung erweisen bzw. Westeuropas politische Selbstständigkeit gefährden. Diese Gefahr bedroht uns alle gemeinsam“.

Man wird die polnischen Friedensfreunde vermutlich nicht mißverstehen, wenn man ihren Appell in der Parole zusammenfaßt: „Macht Erdgas-Röhren zu Schwertern!“

LEHNENDE VERTEILUNG: SIEHE IMMERFOLGEN, wenn man ihren Appell in der Parole zusammenfaßt: „Macht Erdgas-Röhren zu Schwertern!“

gewiesen“ werde, daß die „Nachrüstung“ auch im „Rahmen der Blocklogik“ nicht zur Verteidigung, sondern zum „Erreichen der Fähigkeit... einen Entwaffnungsangriff gegen die Sowjetunion führen zu können“, diene. Wenn diese Analyse richtig sei, dann „wäre eine Organisation in unserem Land selbst dann, wenn sie sich nur von dem Interesse leiten ließe, die Sowjetunion gegen einen solchen möglichen Angriffskrieg zu schützen... ein Partner und Bestandteil der Friedensbewegung unseres Landes in diesem, aktuell absolut vorrangigen Punkt“ (Sperrung im Original).

Ansonsten sei zu fragen, was die Grünen behindert hätte, den Aufruf mitzutragen und zusätzlich „eine eigene Stellungnahme in großer Auflage... zu verbreiten“. Wo aber hätten die Grünen „Fronten aufgesteckt“. Eine unbelastete Entscheidung sei für die Grünen nicht mehr möglich, nachdem öffentlich das Motto ausgegeben worden sei: „Raus aus der Umklammerung der DKP — oder wieder rein?“.

LV NRW

In einer Erklärung vom 6.4. „mißbilligt“ der Landesvorstand das Vorgehen des Bundesvorstandes. Der Aufruf sei von den Grünen „gegen den Widerstand der DKP“ mitgetragen worden. Die Kritik gegen „undemokratische Vorgehensweisen der DKP“ müsse anders geführt werden; so reflektiere die Unterstellung „eher auf bürgerlichen Antikommunismus und dessen Subsystem“. Man fordere den BuVo auf, den Aufruf zu unterzeichnen und die Demo aktiv mitzugestalten. „Alle anderen halten wir jetzt für perspektivlos“. Zudem habe man keine Lust, „sich wie in der SPD für die oberen Ebenen entschuldigen zu müssen.“

Bonn am 10. Juni: „Internationalisierung der Friedensbewegung“

Die für den 10. Juni in Bonn geplante Demonstration ist nicht nur bei Teilen der bundesdeutschen, sondern auch der internationalen Friedensbewegung vorab auf Mißfallen gestoßen.

Am 1. und 2. März trafen sich, diesmal im niederländischen Oud-Poelgeest, zum dritten Male seit dem September vergangenen Jahres eine Reihe europäischer Friedensorganisationen (der sog. Kopenhagener Kreis). Eingeladen hatte der Interkirkelijks Vredesraad (Interkirchlicher Friedensrat - IKV), die derzeit einflussreichste Kraft der Friedensbewegung in den Niederlanden und auch nicht einflusslos im internationalen Rahmen. Genauer gesagt: der IKV hatte eingeladen in Gestalt des „International Peace Coordination and Communication Center“ (IPCC), Den Haag. Unter diesem Namen figuriert seit dem Herbst 1981 das internationale Büro des IKV, wenn es — laut eigener Darstellung — „auf Ersuchen einer großen Anzahl europäischer Friedensbewegungen Aufgaben als Verbindungsbüro zwischen diesen Bewegungen übernimmt“ (IKV-Kernblatt, Februar 1982).

Zur Konferenz in Oud-Poelgeest waren Vertreter von folgenden Organisationen geladen: von IKV (Niederlande), CND und END (Britannien), ASF/Aktion Sühnezeichen (BRD), der Nej-ti-Atomwaffen-Organisation aus Danemark und Norwegen, CODENA (Frankreich), VAKA (Belgien), von Friedensgruppen aus Schweden, Finnland, Island, Italien, Griechenland und Spanien sowie „natürlich ... auch wieder ein Beobachter namens der amerikanischen Friedensbewegungen“ (IKV-Kernblatt, Februar 1982). Alle geladenen Organisationen kommen aus dem kirchlichen, bürgerlich-paritätischen und sozialdemokratischen Teil der Friedensbewegung.

Neben Themen wie „Friedensbewegung nach Polen und Genf“, „Strategie atomwaffenfreier Zonen in Europa“ u.a. wurden die anstehenden Aktionen gegen die „Nachrüstung“ behandelt.

Im Bericht von der Konferenz in Oud-Poelgeest (IKV-Kernblatt, März 1982) wird die für den 8. Juni in London von der CND geplante Demonstration umfassend gewürdigt. Nach umfangreichen Ausführungen über die Friedenslager in Greenham Common und Molesworth heißt es dann: „Das Datum 6. Juni wurde gewählt, um die Demonstration gleichzeitig auf den Beginn der zweiten Sondersitzung der UN für Entwaffnung in New York zu beziehen und den Besuch Reagans in London (7. Juni). Auch in den Niederlanden werden wir dieser Demonstration viel Aufmerksamkeit widmen. Und zwar, um so deutlich zu machen, daß der Widerstand gegen die Modernisierung noch immer international ist. Die Konzentration des Widerstands in Ländern wie Italien und England hat den mit den fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Stationierung der Kreuzraketen in diesen Ländern zu tun. Wenn es gelingt, die Stationierung in England und Italien (Comiso) zu verhindern, dann gelingt das auch im Rest von Europa.“ Sodann folgen Ausführungen über Veranstaltungen in Comiso in den nächsten Monaten.

Die Mitteilung über das, was in Oud-Poelgeest über Reagans Visite in Bonn verhandelt wurde, fällt nach diesen Darlegungen so knapp wie befremdlich aus: „Am 7. Juni gibt die gesamte Friedensbewegung eine Pressekonferenz in Bonn. Auf dieser Pressekonferenz, auf der auch viele amerikanische Journalisten anwesend sein werden, wird die Friedensbewegung eine Erklärung präsentieren über die amerikanische Verteidigungspolitik, die NATO-Modernisierung und die Ereignisse in Polen, der Türkei und Mittelamerika.“ Der Spärlichkeit, mit der hier über Aktionen in Bonn geschrieben wird, entspricht durchaus die Großzügigkeit, mit der „die gesamte Friedensbewegung“ gehandelt wird ...

Anti-Amerikanismus

Bei der Zusammenkunft in Oud-Poelgeest war doch ein wenig mehr zur Reagan-Show in Bonn gesagt worden, als den Lesern des IKV-Blattes mitgeteilt wurde. Die „Volkskrant“ berichtet am 3.3. von einer anschließenden Pressekonferenz: Friedensorganisationen aus fünfzehn Ländern „fürchten, daß eventuelle Demonstrationen beim Besuch des amerikanischen Präsidenten im Juni in Westeuropa zu sehr einen anti-amerikanischen Charakter ha-

ben werden. Die Friedensbewegung will verhindern, sich in Aktionen beim Besuch von Reagan von Wutausbrüchen gegen Amerika „provokieren“ zu lassen.“ Journalistenfantasie? Leider nicht: „Das wurde bei einer zweitägigen Konferenz in Poelgeest abgesprochen ...“

Mient-Jan Faber, erster Sekretär des IKV, äußerte auf der Pressekonferenz, daß es zwar allen Grund gäbe, die amerikanische Politik anzugreifen, die europäische Friedensbewegung sich aber nicht von Amerika entfremden (7) dürfe: „Die USA dürfen nicht in eine Isolierung gezwungen werden. Europa ist nicht damit gedient, die Sache auf die Spitze zu treiben.“

Weshalb denn auch laut Darstellung auf der Pressekonferenz die in Poelgeest versammelten Friedensorganisationen beschlossen, beim Reagan-Besuch „(zu versuchen), die eigene Position zu verdeutlichen, um damit Abstand von anti-amerikanischen Provokationen zu nehmen“, und zwar durch eine gemeinsame Erklärung, die „am 9. oder 10. Juni“ (im IKV-Kernblatt: „am 7. Juni“) vorgelegt werden soll.

Unter der Schlagzeile „IKV will keine anti-amerikanische Aktion bei Reagans Reise in Europa“ berichtet das „NRC Handelsblad“ am 4.3. von der Pressekonferenz: „Die europäische Friedensbewegung“ werde Reagans Europa-Aufenthalt zum Anlaß „gro-

ßangelegter Demonstrationen“ nehmen, wolle „jedoch verhindern, daß diese Kundgebungen in London und Bonn in anti-amerikanische Aktionen entarten“.

Getreulich hinterdrein hoppelt die „Bevrijding“ (17.3.), die Zeitschrift der Pazifistisch-Sozialistischen Partei. Die „wichtigste“ der Demonstrationen anläßlich des Reagan-Besuches werde „die am 6. Juni in London“ sein. Und zu Bonn: „Als Höhepunkt wird am 7./8. Juni (noch) ein neues Terminangebot — der Übersetzer in Bonn, wenn Reagan sich dort aufhält, eine fundamentele Erklärung der westeuropäischen und amerikanischen Friedensgruppen herausgegeben werden.“

Anti-Krawallismus

Ein paar Wochen nach der Konferenz in Poelgeest, am 29.3., fand in Nijmegen eine Veranstaltung mit dem IKV statt, bei der u.a. über die „Internationalisierung der Friedensbewegung“ referiert wurde. Sprecher war Wim Bartels, internationaler Sekretär des IKV wie des IPCC. Bartels berichtete ausführlich über die britische und italienische Bewegung gegen die „Nachrüstung“ und die Demonstration am 6. Juni in London, verlor aber über die anstehenden Aktionen der Friedensbewegung im Nachbarland Bundesrepublik Deutschland (denen der IKV bei

den letztjährigen Demonstrationen noch recht eng verbunden war) kein Wort. Auf eine Frage aus dem Publikum fiel ihm ein, daß in der BRD im Herbst (!) wieder Aktionen geplant seien.

Hinter den Kulissen wurde der internationale IKV-Sekretär, wie u.a. aus Kreisen der Soldatenbewegung verlautet, schon deutlicher: Die Teilnahme in London sei schon früher zugesagt, es sei auch bereits ein Schiff für die Überfahrt gechartert worden. Außerdem: Freunde aus der westdeutschen Friedensbewegung hätten vor Krawallen in Bonn, die zu verhindern sie sich nicht in der Lage sähen, gewarnt.

„Internationalisierung der Friedensbewegung“? Doch wohl eher: Sozialdemokratisierung ...!

Seit Mitte April wird jetzt vom IKV der Aufruf „6. Juni — mitmachen in London!“ vertrieben. Hierin wird mitgeteilt, daß „die westeuropäischen Friedensbewegungen, die in der sog. Kopenhagengruppe zusammenarbeiten, abgesprochen“ haben, daß sie „als Gruppe einen eigenen Protest gegen die Politik, wie sie von der Regierung Reagan geführt wird, hören lassen wollen. Hierfür haben sie die Demonstration am 6. Juni in London ausgewählt.“ Dieser Aufruf enthält auch den feinsinnigen Hinweis, das IKV-Sekretariat habe Fahrboote nach Harwich reserviert, und zwar „zusammen mit der Delfter

Basissgruppe, die am 10. Oktober letzten Jahres den Friedenszug nach Bonn organisierte“.

Tendenzwende?

Die Linie — sagen wir's mal neil — des „aktiven Verschweigens“ der Bonner Demonstration durch den IKV ist bisher in den Niederlanden noch kaum durchbrochen.

Bei einer von rund 200 Frauen besuchten nationalen Konferenz der „Frauen gegen Atomwaffen“ am 24.4. in Utrecht war — auch in der speziellen Arbeitsgruppe zur „Internationalen Koordination“ — von der Bonner Demonstration nichts bekannt. Bekanntgegeben wurde im Plenum, daß am 6. Juni in London eine Demonstration stattfindet, zu der die niederländische Friedensbewegung mobilisiert, und daß am 8.6. eine Pressekonferenz „der Friedensbewegung“ in Bonn durchgeführt werde.

In Kreisen der autonomen Linken, u.a. der antimilitaristischen Aktionsgruppen „Onkrul“, ist allerdings abgemachte Sache, daß Bonn der Ort ihres Protestes gegen „Nachrüstung“, NATO und Reagan sein wird. Im süd-niederländischen Maastricht laufen seit einigen Wochen Bemühungen, für Busfahrten nach Bonn zu mobilisieren. Und in Nijmegen wurde am 12.5. von den Vertretern mehrerer örtlicher und nationaler Gruppierungen — u.a. „Stop der N-bom“, Internationaler Kommunistenbund, Mittelamerika, Anti-AKW-Gruppen — beschlossen, zumindest im Nijmegeger Raum (einer alten Hochburg des Anti-AKW-Protestes) für eine angemessene Teilnahme in Bonn zu sorgen. Na also!

Niederlande-Kommission

Klimaschwung in den USA

71 Prozent der US-Amerikaner — so ermittelten jüngst die „Washington Post“ und die US-Forschungsgesellschaft ABC — sprechen sich für einen sofortigen Atomrüstungsstopp aus. Etablierte Friedensorganisationen wie SANE und das American Friends Service Committee (Quäker), aber auch die Ende der 70er Jahre von früheren Vietnamkriegsgegnern gegründete Organisation „Mobilization for Survival“ erhalten durch Reagans ehrgeiziges Aufrüstungsprogramm einen großen Zulauf. Über 11.000 Mitglieder zählt mittlerweile die Ärzteorganisation „Physicians for Social Responsibility“, die vor allem aus medizinischer Sicht über Atomkriegsgefahren aufklärt. Breiter Protest auch unter den amerikanischen Jugendlichen: Die noch zu Carters Zeiten (Juli 1980) beschlossene amtliche Registrierung junger Amerikaner als Vorbereitung auf eine eventuelle Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde von 800.000 Registrierungspflichtigen ignoriert — trotz angedrohter Geldstrafen bis zu 10.000 Dollar bzw. fünf Jahren Knast.

Die Ursachen der Protestbewegung sind vielfältig: wachsendes Erschrecken über die markigen Erklärungen über „begrenzte Atomkriege“, „atomare Warnschüsse“, die „Gewaltbarkeit eines Atomkrieges“ aus dem Weißen Haus; Widerstand gegen die Stationierungspläne der MX-Raketen (Mormonen in Utah/Nevada); die öffentlichen Debatten über Reagans neues Zivilschutzprogramm, das von vielen zu Recht als Vorbereitung auf einen Atomkrieg angesehen wird; Reagans aggressive El-Salvador-Politik (3) und nicht zuletzt die desolate wirtschaftliche und soziale Situation.

Die bedeutendste Initiative ist s.Z. die „Freeze Campaign“, die ein beiderseitiges „Einfrieren“ des atomaren Wettrüstens der USA und der Sowjetunion fordert. Über 1 Million Amerikaner haben mittlerweile ihren von verschiedenen Gruppen unterstützten Aufruf unterschrieben.

Für ein Moratorium sprachen sich 159 townmeetings (Städteversammlungen) im US-Bundesstaat Vermont aus (4). In elf Bundesstaaten haben sich beide Kammern der Staatsparlamente die Forderung zu eigen gemacht, darüber hinaus das Repräsentantenhaus von Kansas, der Senat von Kansas und die Staatsversammlung von New York. In verschiedenen Bundesstaaten sollen im November im Zusammenhang mit den Kongresswahlen Volksabstimmungen zu dem Thema stattfinden. Über 750.000 Einwohner Kaliforniens — mehr als das Doppelte der notwendigen Zahl — haben sich mit ihren Unterschriften für ein Referendum eingetragen. (5)

Was ist Freeze?

Der Aufruf der „Freeze Campaign“ (6) knüpft an einer weitverbreiteten Furcht vor einem fortgesetzten atomaren Rüstungswettrüsten u.a. d. vor einsei-

tigen Abrüstungsmaßnahmen an. „Um die nationale und internationale Sicherheit zu erhöhen“, wird von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gefordert, „das atomare Wettrüsten (zu) beenden. Sie sollten sich über ein beiderseitiges Einfrieren hinsichtlich des Testens, der Herstellung und der Stationierung von Atomwaffen sowie von Raketen und Flugzeugen, die in erster Linie als atomare Trägersysteme vorgesehen sind, verständigen. Dies ist ein wesentlicher, überprüfbarer erster Schritt, das Risiko eines Atomkriegs zu vermindern und die atomaren Arsenale zu verringern.“

Zweifelsfrei verhilft die Forderung nach einem beiderseitigen Moratorium der „Freeze Campaign“ bis weit in konservative Bevölkerungsschichten hinein zu großem Zuspruch. Nach Angaben von Mark Solomon, dem stellvertretenden Vorsitzenden des amerikanischen Friedensrats, sei die Kampagne bewußt so angelegt worden, um „die von der Regierung geschürten Ängste vor einseitigen Abrüstungsmaßnahmen“ abzubauen. (9)

Der Verzicht auf die Forderung nach einseitigen Abrüstungsmaßnahmen könnte sich als wirksamer politischer Hebel für die bereits in großer Zahl in der „Freeze-Kampagne mitwirkenden bürgerlichen Spitzenpolitiker erweisen, der Bewegung zu gegebener Zeit den Zahn zu ziehen. Bereits heute soll das ursprüngliche Bündnis, das mit der Vorbereitung einer nationalen Großdemonstration anläßlich der 2. UN-Abrüstungskonferenz am 12.6. in New York befaßt war, auseinandergebrochen sein: „Auf der einen Seite stehen die kirchlichen Gruppen, etablierte Abrüstungsorganisationen wie „SANE“ und die Umweltschützer, darunter „Greenpeace“, und auf der anderen Seite bewegen sich militantere schwarze Gruppen und jene, die auch für eine einseitige Abrüstung votieren. Die letzteren wollen nicht hinnehmen, daß der Demonstrationsaufmarsch nichts zum Thema Dritte Welt sagt und zu El Salvador und dem Problem der Rüstungsschweige.“ (10)

Das Kreuz mit den Kirchen

Große Unterstützung erhält die Freeze-Kampagne von amerikanischen Kirchenleuten verschiedener Konfession. 133 der insgesamt 280 katholischen US-Bischöfe unterstützen inzwischen die Forderung nach einem Atomrüstungs-Moratorium. (11) 54 Bischöfe wurden Mitglieder der Pax-Christi-Bewegung, während 29 Bischöfe eine Erklärung unterzeichneten, die bereits den Besitz von Atomwaffen als verwerflich bezeichnet.

Noch in den 50er Jahren hatte die katholische Kirche der USA den kalten Krieg gegnert, und auch zu Zeiten des Vietnamkriegs zählte sie keineswegs zu den energischen Kritikern des US-Imperialismus. Der Sinneswandel ist wesentlich durch ureigene Erfahrungen mit dem von der US-Regierung geschützten Terrorregime in El Salvador einge-

treten, dem u.a. auch der salvadorianische Erzbischof Romero und vier amerikanische Frauen, die für die Kirche arbeiteten, zum Opfer gefallen sind. (12)

In jüngster Zeit machten insbesondere der Bischof Leroy Mathieson aus Amarillo (Texas), Erzbischof John Quinn aus San Francisco und der Erzbischof von Seattle, Raymond Hunthausen, von sich reden.

Mathieson forderte die Beschäftigten der Firma Pantex, wo der letzte Produktionsschritt für alle Atomsprenghöpfe ausgeführt wird, dazu auf, sich einen neuen Job zu suchen.

Erzbischof Hunthausen wurde durch Pläne aufgeschreckt, in der Nähe von Seattle die neuen Trident-U-Boote zu stationieren. Es sei moralisch gerechtfertigt, die Einkommensteuern um die Hälfte (entsprechend dem Anteil der Rüstungsausgaben am Steuereinkommen) zu kürzen. Hunthausen selbst ging mit gutem Beispiel voran.

Bischof Quinn gab den katholischen Krankenhäusern seiner Diözese den Rat, nicht bei den von der Regierung angeordneten Planspielen für die medizinische Versorgung im Falle eines Atomkriegs (14) mitzumachen.

Auf protestantischer Seite ist die Riverside Church (New York) hervorzuheben, die mit einem intensiven Vortrags- und Kursprogramm über Atomrüstung aufklärt und im Hinblick auf die im Juni tagende 2. UNO-Abrüstungskonferenz mobilisiert. Für die Unterstützung von Freeze sprach sich auch der Nationale Kirchenrat aus. Die ab extrem konservativ bekannte Kirche der Mormonen wurde mobil, als Carter sich anschickte, vor ihrer Haustür (in den Bundesstaaten Utah und Nevada) die neuen MX-Raketen einzugraben.

72 Prozent für „Jobs with Peace“

226 Milliarden Dollar will die Reagan-Regierung im Haushaltsjahr 1982 für die Rüstung ausgeben; gleichzeitig wurden die Sozialprogramme um 35 Mrd. gekürzt. Die Arbeitslosenquote näherte sich Ende letzten Jahres der 9%-Quote; täglich melden 1200 Firmen den Bankrott an. Rund 30 Millionen Arme gab es 1981 in den USA, vier Millionen mehr werden es voraussichtlich in diesem Jahr sein. (16)

Ergänzend zur Freeze-Bewegung setzt sich die Ende der 70er Jahre gegründete Kampagne „Jobs with Peace“ das Ziel, Arbeiter, Arbeitslose, Mitglieder der unterdrückten Minderheiten, alte Menschen und andere für den Erhalt sozialer Leistungen, eine Sicherung der Arbeitsplätze und gegen die Aufrüstungspolitik zu mobilisieren.

Den bislang durchschlagenden Erfolg konnte die Bewegung im Herbst letzten Jahres in Boston erzielen. In einem Referendum mit der Forderung nach erhöhten Bundesaufwendungen für soziale Programme „durch Reduzierung des Anteils, der von unseren

Steuergeldern für Atomwaffen und Projekte für militärische Interventionen im Ausland ausgegeben wird“, wurde von 72 % der Wählerstimmen unterstützt.

Ziel der Kampagne ist es, im ganzen Land eine politische Mehrheit zu erreichen, die den Kongreß unter Druck setzen kann, Gelder aus dem Rüstungsetat abzurufen und für soziale Ausgaben bereitzustellen. (17)

Der Kampf der westeuropäischen Friedensbewegung wird in der US-Friedensbewegung wohl mit Sympathie beobachtet. Vorstellungen, was z.B. der NATO-„Nach“-Rüstungsbeschluß bedeutet, sind hingegen kaum vorhanden. Lokales wäre es für die hiesige Friedensbewegung, eigene Kontakte zur amerikanischen Bewegung zu knüpfen und auch sie für den Kampf gegen die NATO-„Nach“-Rüstung zu gewinnen.

J., Westberlin

Anmerkungen:

- 1) enthält
- 2) enthält
- 3) Nach einer Umfrage von „Newsweek“ sprechen sich 80 % der Amerikaner gegen eine Entsendung von Truppen aus, jedoch Protesten wollen nicht, daß Waffen geliefert werden, 45 % wünschen, daß sich die USA überhaupt aus El Salvador herausziehen. (Lt. Vorwärts, 4.3.82)
- 4) Spiegel, 8.3.82
- 5) Wahrheit, 3.5.82
- 6) enthält
- 7) enthält
- 8) vollständig nachgedruckt in: Blätter für dt. und intern. Politik 4/82, S. 412f.
- 9) In: ebd., S. 403 und 404. Kennedy/Hatfield beschreiben die Anfänge der Freeze-Kampagne so: „Im Sommer 1979 nahm das „American Friends Service Committee“ (AFSC) einen Vorschlag für ein „nukleares Moratorium“ an, mit dem die Vereinigten Staaten aufgefordert wurden, die Produktion und Installation neuer Atomwaffen für die Dauer von drei Jahren auszusetzen; das AFSC ging davon aus, daß die Sowjetunion dem Beispiel folgen würde und daß beide Seiten dann dazu übergehen könnten, über subnukleare Verringerungen ihrer Atom-Arsenale zu verhandeln. Aber der Vorschlag war umstritten, weil er empfand, daß die Vereinigten Staaten einseitig handeln, ohne daß sich die Sowjetunion zu ähnlicher Zurückhaltung verpflichtete.“ (In: ebd., S. 412f.)
- 10) TAZ, 27.4.82
- 11) Tagespiegel, 26.4.82
- 12) 250 Kirchenführer aller Konfessionen und Quasireligionen versammelten im Frühjahr in einem Brief an die Reagan-Regierung, die Militärausgaben für El Salvador zu stoppen.
- 13) enthält
- 14) Notwendigkeiten in Krankenhäusern gehören zu Reagan großangelegtem Zivilschutzprogramm gegen einen Atomangriff, das z.Z. die Computer in den USA erhöht. Besondere Begünstigung rief der stellvertretende Universitätssekretär im US-Verteidigungsministerium, T.K. Jones, mit seinem frech-fröhlichen Ratschlag hervor: „Jeder kommt durch, sofern es genügend Schuttschilde gibt.“ Grabe ein Loch, lege ein paar Türen drauf und dann noch mal einen Meier Erde. Die Erde macht den Unterschied.“
- 15) enthält
- 16) In: Blätter für dt. und intern. Politik 4/82, S. 408; ebd., 15.4.82; Spiegel, 30.11.81
- 17) Alle Angaben über „Jobs with Peace“ in: „Blätter“ 4/82. Auf den Seiten 421ff. ist eine informative Flugschrift der „Jobs with Peace Campaign“ aus Boston nachgedruckt.

Freeze kontra Reagan



Innerhalb weniger Tage waren die ersten 200.000 Exemplare restlos ausverkauft. Die Rede ist von dem Mitte letzten Monats erschienenen Buch „Freeze!“ aus der Feder der US-Senatoren Edward Kennedy und Mark Hatfield. Dank tatkräftiger Hilfe des „Spiegels“ konnte auch der bundesdeutsche Leser gut eine Woche später in dieser – wie im Klappentext überschwänglich heißt – „Bibel dieser neuen Friedensbewegung“ blättern.

Etwas nüchterner ausgedrückt, handelt es sich bei „Freeze!“ um ein publizistisch wirksam aufgemachtes Plädoyer für ein beiderseitiges Einfrieren der amerikanischen und sowjetischen Atomrüstung, für das sich Kennedy/Hatfield bereits am 18. März im US-Kongress eingesetzt hatten.

Senat und Repräsentantenhaus war folgende Resolution vorgelegt worden:

„1. Als ein sofortiges Ziel zur Kontrolle der strategischen Rüstung sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion

- a) einen völligen Stopp des atomaren Wettrüstens anstreben;
- b) beschließen, wann und wie ein wechselseitiges und überprüfbares Einfrieren der Versuche, der Produktion, der weiteren Installierung atomarer Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme zu erreichen ist; und
- c) ihre besondere Aufmerksamkeit jenen destabilisierenden Waffen zuzuwenden, deren Installierung ein solches

Einfrieren erschweren würde.

2. Ausgehend von diesem Einfrieren sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine weitreichende wechselseitige und überprüfbare Verringerung der atomaren Sprengköpfe, Raketen und anderer Trägersysteme auf der Basis jährlicher prozentualer Reduzierungen oder ähnlich wirksamer Methoden und in einer Art anstreben, welche die Stabilität kräftigt.“ (1)

Unterstützt wird die Initiative bislang von 25 Senatoren und 168 Mitgliedern des Repräsentantenhauses.

In ihrem Buch „Freeze!“ setzen Kennedy/Hatfield ihre Auseinandersetzung mit Reagans Rüstungspolitik öffentlich fort. Das Gerede über ein amerikanisches „Fenster der Verwundbarkeit“ wird ins Reich der Mythen und Legenden verwiesen: Zwischen den USA und der Sowjetunion bestehe ein ungefähres strategisches Gleichgewicht; „es gibt keinen einzigen vernünftigen Menschen im Bereich der Militärs oder der Politik, der unsere strategischen Streitkräfte gegen das sowjetische Arsenal eintauschen würde.“ (S. 150)

Entgegen der von der Reagan-Administration systematisch geschürten Illusion, Atomkriege seien zu begrenzen, zu gewinnen und zu überleben, wird der amerikanische Leser damit konfrontiert, welche verheerenden Folgen die amerikanischen Atombomben in Hiroshima und Nagasaki angerichtet haben. Bei einem nuklearen Schlagabtausch der USA und Sowjetunion könnte möglicherweise ein Teil der US-Bevölkerung überleben, „aber die Menschen würden in einer Anomalie leben, die dem frühen Mittelalter angemessener wäre.“ (S. 67)

Das im März von Reagan angekündigte 4,2-Milliarden-Dollar-Programm

für den Zivilschutz wird von Kennedy/Hatfield als nutzlose Fassade und „Teil einer Strategie zur Führung eines Atomkrieges“ angegriffen. (S. 64)

Die einzige Möglichkeit, sich vor einem Atomkrieg zu schützen, bestehe darin, die Atomrüstung einzufrieren und schrittweise abzubauen.

Argumente für ein Freeze

Für ihr Freeze-Konzept führen die Senatoren drei Argumente ins Feld:

1. Ein sofortiges beiderseitiges Einfrieren vermeide die Schwächen und Fehler bisheriger Rüstungskontrollverhandlungen/-vereinbarungen. Weder der gefährlichen technologischen Weiterentwicklung der Waffen noch der ständig steigenden Zahl von Sprengköpfen sei Rechnung getragen worden (z.B. wurde über die zahlenmäßige Begrenzung von Interkontinentalraketen verhandelt, ohne die Entwicklung der Mehrfachsprengkopf-Technologie zu berücksichtigen). Ein umfassender Atomrüstungsstopp sei (zumindest hinsichtlich Erprobung und Stationierung) leichter zu kontrollieren als Rüstungskontrollvereinbarungen über spezielle Waffensysteme.

2. Heute näherten sich die Supermächte einem wichtigen historischen Scheideweg: Die Gelegenheit für ein beiderseitiges Moratorium sei heute besonders günstig, weil z.Z. ein ungefähres atomares Gleichgewicht zwischen beiden Seiten bestehe; andererseits biete sich heute möglicherweise zum letztenmal eine Gelegenheit, den Atomarsenal eine sinnvolle Beschränkung aufzulegen: „Die Vereinigten Staaten und

Fortsetzung auf der nächsten Seite

— Ein Diskussionsbeitrag — Rüstungskonversion —

„Statt Waffen nützliche Dinge“; „Alternativen zur Kriegsproduktion“; „Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion“ – Schlagworte, die derzeit in der Friedensbewegung hoch im Kurs stehen. In dem Bemühen, der Demagogie „Rüstung schafft Arbeitsplätze“ etwas entgegenzusetzen, wird über Loks statt Leos, Offshore-Anlagen statt Freigallen oder Meerwasserentsalzungsanlagen statt Tornados diskutiert. Zur Begründung wird meist angeführt, daß die Kriegsproduktion eine enorme Vergeudung von Rohstoffen, Maschinen und menschlicher Arbeitskraft darstelle, daß mit gleichem Kapitaleinsatz erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und daß gesellschaftlich nützliche Produkte nicht ausreichend zur Verfügung stünden.

In den bisher erschienenen Veröffentlichungen wird vor allem die wirtschaftliche Seite der Rüstungsproduktion sowie die technische Möglichkeit der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion diskutiert, während das politische Interesse, das hinter der Rüstung steckt, kaum thematisiert wird. Das führt dazu, daß zur Realisierbarkeit von Konversionsvorschlägen (Konversion = Umwandlung, Umkehrung) nur vage Aussagen gemacht werden, und es kann dazu führen, daß die Beschäftigung mit diesem Thema in der Friedensbewegung mehr Illusion weckt als die zur Verbreiterung der antimilitaristischen Bewegung beitragen kann.

Die reale Konversion

Die Beschäftigung mit Alternativmodellen birgt die Gefahr, daß die Analyse der Realität vernachlässigt wird. Wer das Wort 'Rüstungskonversion' hört, denkt selbstverständlich an die Umstellung von Kriegsauf Friedensproduktion, obwohl derzeit in der BRD genau das Gegenteil, nämlich die Ausweitung der militärischen Produktion, betrieben wird. Wird über Rüstungskonversion diskutiert, so fällt garantiert der Name des britischen Flugzeugherstellers Lucas Aerospace, ohne daß immer bekannt ist, daß die dortigen Konversionsvorschläge vom Unternehmen nie realisiert wurden.

Wäre es da nicht sinnvoller, nicht Alternativmodelle, sondern die vom Staat forcierte Ausweitung des militärischen gegenüber dem zivilen Produktionssektor zum Ausgangspunkt der Debatte zu machen? Die Zahlen sind alarmierend genug:

Die BRD nimmt von allen NATO-Staaten die zweite Position ein in der absoluten Höhe der Rüstungsausgaben, bei den Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung und beim Anteil der Rüstungsausgaben am Gesamthaushalt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die realen Militärausgaben erheblich höher liegen, als im Haushalt für das Verteidigungsministerium ausgewiesen sind. (Eine Untersuchung von Eberhard Dähne kommt zu dem Ergebnis, daß die realen Ausgaben doppelt so hoch sind, wie im Haushalt dafür ausgewiesen (nach (1), S. 17).

Gerade die Ausgaben für militärische Beschaffungen haben nun in den letzten Jahren enorme Zuwachsraten, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht; (nach (2), S. 20):

	von 1981 auf 1982		von 1979 auf 1982	
	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %
Gesamtausgaben	9614	4,2	39994	18,1
Arbeit und Sozialordnung (einzelplan 11)	32	-0,06	7964	17,0
Bildung und Wissenschaft (einzelplan 11)	172	4,0	240	7,0
Jugend, Familie und Gesundheit (einzelplan 15)	1965	-9,7	4	0,03
Verteidigung darunter:	1767	4,2	7164	19,5
„Verteidigungsausgaben“	1227	8,7	3499	29,7
„Militärische Beschaffungen“	839	7,9	3470	42,0

Quelle: Bundeshaushalt 1982, Entwurf des Haushaltsrechnungsausschusses (BRHA), Bundesrat (Sitzung vom 1. 5. 1982)

Quelle: Bundeshaushalt 1982, erstellt auf Grundlage des Haushaltsgesetzes 1981, veröffentlichte Daten von 1.5.1982

Im Mai 1978 beschloß die NATO ein langfristiges „Verteidigungsprogramm“, zu dessen Realisierung die Mitgliedsländer ihre Militärausgaben in den 80er Jahren um 3% real jährlich erhöhen sollten. Bei der Bundeswehr läuft gegenwärtig eine Rundenerneuerung von Waffen und Gerät an, deren Realisierung in den 80er Jahren über 100 Mrd. DM kosten wird.

Da derartige Ausgabensteigerungen über den normalen Etat nicht mehr abzudecken sind, wurden im Nachtragshaushalt '80 zusätzlich 950 Mio. DM, im Dezember 1980, bei der Entdeckung der sog. „Tornado-Lücke“, weitere 700 Mio. DM und im Mai 1981 noch einmal 850 Mio. DM bewilligt. Bei der Berechnung der Jahressteigerungsraten des Verteidigungshaushalts werden diese Gelder stillschweigend dem Vorjahresansatz zugeschlagen und ergeben entsprechend geringe Steigerungsraten. Das am 15.4.82 zwischen der BRD und den USA unterzeichnete Abkommen „Unterstützung durch den Aufnah-

mostaat in Krise und Krieg“, nach dem die USA sich verpflichtet, im Spannungsfall ihre Streitkräfte in der BRD zu verdoppeln, wird der Kriegsindustrie weitere Aufträge verschaffen. Nach diesem Abkommen, das ein Finanzvolumen von 1,2 Mrd. DM hat, schafft die BRD schon jetzt die logistischen Voraussetzungen für die zusätzlichen amerikanischen Truppen, ab daß diese ohne Bewaffnung eingeflogen werden können.

Die Verschiebung der Staatsausgaben zugunsten des Rüstungshaushalts (und hier insbesondere zugunsten des Teils militärische Beschaffungen) führt nun zu einer Vergrößerung des Anteils der militärischen Produktion bei vielen Konzernen. Dazu einige Beispiele:

1978 wurde das Fregattenbauprogramm gestartet. Für die Werften AG Weser und Bremer Vulkan in Bremen führte dies zu einem Neuzugang ins Rüstungsgeschäft; bei Blom & Voss wurde der Anteil der

militärischen Produktion von 15% (1977) auf ca. 50% ausgeweitet (auch aufgrund von Rüstungsexporten).

Im Luftfahrzeugbau stieg der Anteil der militärischen Produktion am Gesamtumsatz bei Dornier von 42% (1977) auf 55% (1979), bei MBB von 60% (1977) auf 67% (1979).

Beim Panzerproduzenten Krauss-Maffei stieg der Anteil des Rüstungsumsatzes von 45% (1977) auf 78% (1978).

Für die Ausdehnung der militärischen Produktion sind nicht nur die inländischen Rüstungsaufträge, sondern auch die Rüstungsexporte verantwortlich. Wenn der Umfang auch noch gering ist, so sind die Steigerungsraten jedoch enorm. Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, hat die BRD bei den Rüstungsexporten die größten Wachstumsraten in der Welt. Die jetzt von der Bundesregierung beschlossene Lockerung der Restriktionen für Waffenexporte wird diese Entwicklung noch beschleunigen:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Rüstungsexporte (1968 bis 1977, real)

Welt	6,8 %
Bundesrepublik Deutschland	16,8 %
Frankreich	15,5 %
Großbritannien	11,7 %
UdSSR	4,7 %
USA	4,1 %

Die vom Staat initiierte Ausweitung der militärischen Produktion ist nun bei der Diskussion über die Realisierbarkeit einer Rüstungskonversion von Bedeutung. Der Ansatzpunkt für die Entwicklung eines Alternativplans bei Lucas Aerospace war der Rückgang der militärischen Aufträge zu Beginn der 70er Jahre, auf den die Geschäftsführung mit Entlassungsankündigungen reagierte. Um die Arbeitsplätze zu sichern, wählten sich die Shop Stewards nach einer alternativen Produktpalette um. In der gegenwärtigen Situation steigender Kriegproduktion dürfte die Argumentation, daß Arbeitsplätze in der Rüstung nicht sicher seien und man sich deshalb nach alternativer Fertigung umschauen müsse, auf wenig Zustimmung stoßen. Sie trotz gefüllter Auftragsbücher nach alternativen Produkten umzuschauen, erfordert ein erhebliches politisches Bewußtsein, das kaum durch die Beschäftigung mit Alternativplänen, sondern nur durch das Aufzeigen der mit der Aufrüstung verbundenen Kriegsgefahr geschaffen werden kann.

Das staatliche Interesse an der Rüstungsproduktion

Ansatzpunkt für die Verfechter der Rüstungskonversion ist natürlich der einzelne Betrieb, der Rüstungsgüter produziert und der jetzt durch Alternativpläne dazu gebracht werden soll, auf nützliche Waren umzustiegen.

Dieser Ansatz übersieht, daß der Staat Umfang und Entwicklungsrichtung der Kriegproduktion diktiert und wie sonst in kaum einem Wirtschaftsbereich mit den Rüstungs-

unternehmen verflochten ist. Adressat der Konversionsforderung müßte also der Staat sein, der allerdings für die Rüstungsproduktion politische Motive hat, von denen er auch mit lukrativen Alternativvorschlägen nicht abzubringen sein wird.

Indem der Alternativplan den Blick auf den einzelnen Betrieb konzentriert, werden hier Ursache (Auftraggeber) und Wirkung (Kriegsproduktion) vertauscht.

Das deckt sich auffällig mit dem sozialdemokratischen Ansatz, der dem Staat zwar Gutwilligkeit zubilligt, ihm aber zugestimmt, daß er durch die Macht der großen Konzerne daran gehindert sei, zum Wohle der Lohnabhängigen zu wirken: „Tatsächlich erwartet es sich aber immer wieder, daß es dem Staat sehr schwerfällt, die von der Rüstung ausgehenden Schwierigkeiten zu beseitigen und sich Forderungen der Rüstungsindustrie in Bezug auf Auslastung, Erhaltung oder gar Erweiterung der Arbeitsplätze zu widersetzen“ ((3), S. 177).

Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Staat und Rüstungsindustrie ergibt aber das große staatliche Interesse an der Rüstungsproduktion.

Bei 10 Rüstungsfirmen in der BRD gibt es eine staatliche Mehrheitsbeteiligung. Der Staat ist also nicht nur (fast) alleiniger Abnehmer der Rüstungsprodukte, er beteiligt sich auch in erheblichem Umfang als Rüstungsproduzent.

Von den 30 größten Rüstungsunternehmen gehören vier dem Staat (darunter HDW); VFW/MBB hat

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von voriger Seite

die Sowjetunion arbeiten an der Entwicklung und Installation eines komplexen Aufbaus neuer Waffen, die für das atomare Waffensystem der anderen Seite durchaus eine erste schlagende Bedrohung darstellen könnten." (S. 108)

3. Rüstungskontrolle könne in dem gegenwärtigen Klima des Mißtrauens, der Unsicherheit und Spannung in der Welt weniger denn je auf bloßem Vertrauen gründen. Vereinbarungen zwischen den Widersachern müßten — durch „nationale technische Mittel" (2) — zumindest z.T. überprüfbar sein: „Die neue Satelliten-Technologie und die Fortschritte im Radarwesen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Supermächten möglich gemacht."

„Je weiter wir uns jedoch dem 21. Jahrhundert nähern, desto wahrscheinlicher ist es, daß die Kontrollmöglichkeiten durch die Art der Trägersysteme unterlaufen werden." (S. 114f.)

Die 4000 konventionell wie atomar ausrüstbaren seegestützten Cruise Missiles der USA, die während der 60er Jahre gebaut werden sollten, seien wegen ihrer geringen Ausmaße und der Möglichkeit, sie auch auf Tankern, Handels- und anderen nichtmilitärischen Schiffen zu stationieren, kaum noch zu kontrollieren.

Ein neuer Friedenspakt?

Unbestreitbar hebt sich Kennedys und Hatfields Vorschlag, erst die Atomrüstung einzufrieren und dann Reduzierungen auszuhandeln (4), positiv von den bislang üblichen Rüstungskontrollverfahren ab, von Reagans Hochrüstungprogramm ganz zu schweigen.

Ihr Moratoriumsvorschlag wäre für die Sowjetunion annehmbar, im Gegensatz zu Reagans durchgängiger „Nulloption" und seinem jüngsten Vorschlag an die Sowjetunion, die Anzahl der von ballistischen, land- und seegestützten Interkontinentalraketen beförderten Atomsprenköpfe um ein Drittel zu reduzieren. Der US-Friedensbewegung mag die prominente Schützenhilfe dabei helfen, ihre Aufklärungskampagne über die Gefahren eines von Reagan und Co. einkalkulierten Atomkrieges zu verstärken.

Nichts wäre jedoch verfehlt, als Kennedy zum neuen Papst der Friedensbewegung zu erheben. Kennedy/Hatfield sind offensichtlich davon überzeugt, daß es nicht möglich ist, einen Atomkrieg (z.B. auf Europa) zu begrenzen, daß es den USA nicht gelingen wird, die Sowjetunion so eindeutig im atomaren Rüstungswettlauf zu distanzieren, daß die USA im Falle eines nuklearen Schlagabtausches reelle Überlebenschancen hätten. Sie treten aber erklärmaßen dafür ein, „die Abschreckung als Hauptziel unserer Verteidigung (zu) erhöhen". (S. 146) Kennedy ist nicht einmal bereit, „jeglichem Einsatz unserer atomaren Potentia abzuschwören, solange wir nicht konventionell in Westeuropa und anderen Spannungsbereichen der Welt ein ungefähr Gleichgewicht mit der Sowjetunion erreicht haben". (5)

Kennedy/Hatfield sorgen sich um das gigantische Defizit im Staatshaushalt (ca. 100 Mrd. Dollar); durch ein Einfrieren könnten mindestens 18 Mrd. Dollar jährlich gespart werden, noch mehr, wenn Reduzierungen vereinbart würden. Im Unterschied zur „Freeze Campaign", die die Einsparungen für Sozialausgaben verwenden will, webt Kennedy/Hatfield vor, die

eingesparten Gelder (teilweise) dazu zu benutzen, „die Kampfbereitschaft und die Zuverlässigkeit unserer konventionellen Streitkräfte zu verbessern". (S. 147), die wie die Wirtschaft vernachlässigt worden wären und schwer unter dem Koss der atomaren Aufrüstung gelitten hätten. (7)

Während die zweite Nationalkonferenz der „Nuclear Freeze Campaign" sich ausdrücklich auch gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa aussprach (8), erklären Kennedy/Hatfield zumindest ein auf Europa beschränktes Einfrieren mit reichlich windigen Argumenten (9) für unannehmbar.

Nichtsdestotrotz sind hiesige Medien bemüht, Kennedy als Führungsfigur der amerikanischen Atomrüstungsgegner zu verkaufen und ihn gleichzeitig der westdeutschen Friedensbewegung als großes Vorbild anzudienen. (10) Die Wahrheit dürfte sein, daß sich Kennedy, getragen von der Welle der neuentstehenden Friedensbewegung, als Reagans Gegenspieler aufbauen will; bereits im November dieses Jahres soll zum Kongreß gewählt werden.

Darüber hinaus geht es aber auch um eine Grundsatzdebatte über die amerikanische Militärstrategie.

Mit dem Vorschlag, die Doktrin vom nuklearen Erstschlag der USA in Europa zu revidieren, trat jüngst eine Gruppe prominenter US-Politiker an die Öffentlichkeit: McGeorge Bundy (Sicherheitsberater der Präsidenten Kennedy und Johnson), George F. Kennan (Ex-Diplomat), Robert McNamara (Verteidigungsminister unter Kennedy und Johnson, Weltbank-Präsident) und der frühere SALT-Unterhändler Gerard Smith. Diese vier Senatoren der US-Außenpolitik gehen wie Kennedy/Hatfield davon aus, daß sich der Ein-

satz nuklearer Waffen nicht auf Europa beschränken ließe und die Gefahr eines unkontrollierten nuklearen Schlagabtausches provozieren würde. Ein Verzicht auf die Erstschlagsdoktrin könne die NATO stärken, da er den Ängsten der Europäer Rechnung tragen würde. Erstzweimal wird vorgeschlagen, das konventionelle Potential der westeuropäischen und der in Westeuropa stationierten NATO-Armeen zu verstärken. (11)

Mit sicherem Instinkt für das Wesentliche brachte es einer der Mitstreiter Kennedys, der ehemalige CIA-Direktor Colby, auf den Punkt: „Schlecht und gefährlich für unser Land wäre nur die einseitige Abrüstung, wie sie manche in der europäischen Friedensbewegung fordern. Gerade weil ich gegen solche Schwarmgeister bin, habe ich die Kennedy-Resolution unterschrieben." (12)

J. Westertlin

Anmerkungen:

- 1) vgl. H. Edward M. Kennedy/Mark O. Hatfield: Stopp die Atomrüstung, Reprint 1982, S. 16f. Die Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.
- 2) In den 50er Jahren hatten die USA Abrüstungsverhandlungen des öfteren durch die Forderung platzen lassen, Kontrollvereinbarungen müßten durch Kontrollen vor Ort überprüft/verifiziert werden können. Vgl. dazu David Horowitz: Kalter Krieg, Westertlin 1969. „Nationale technische Mittel" meint, z.B. durch eigene Satelliten die Rüstung der anderen Seite auszuspiionieren.
- 3) erfüllt.
- 4) Kennedy/Hatfield plädieren für eine Reduzierung von mindestens 50 % in den atomaren Arsenalen beider Seiten (bis Ende dieses Jahres) und für jährliche Kürzungen von 7 % (S. 145).
- 5) Spiegel, 3.3.82.
- 6) Vgl. den Aufruf der „Freeze Campaign", in:

Blauer für dt. und intern. Politik 4/82, S. 402f.

7) Deutlicher wird Kennedy noch im Spiegel-Interview: „Mein Verteidigungshaushalt muß man zwischen konventionellen und atomaren Waffen unterscheiden. Und ich bin schon der Meinung, daß wir unsere konventionellen Streitkräfte verstärken müssen. Ich habe bereits erklärt, daß ich eine totale Erhöhung von bis zu fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr unterstützen würde."

8) La. Süddeutsche Zeitung, 21.2.82.

9) Ein auf Europa begrenztes Einfrieren „würde beide Seiten nur veranlassen, ihre Anstrengungen auf atomare Aufrüstung in andere Gebiete zu verlegen." (S. 169). Offensichtlich spielt die europäische Situation für Kennedy/Hatfield nur eine kleine Rolle, als durch amerikanische Diskussionsüberlegenheit Atomkrieg etc. die Glaubwürdigkeit der NATO in Europa haben zu gehen droht und „Bewegungen für eine einseitige europäische Abrüstung" an Gewicht gewinnen" (S. 154).

10) Am unverhohlenen formuliert es Schmidt-Speil Theo Sommer in der „Zeit": „Die junge Wende der Dinge in den Vereinigten Staaten muß Bundeskanzler Schmidt Luft schaffen: einerseits gegenüber der westdeutschen Friedensbewegung, andererseits gegenüber der Reagan-Administration. Die Friedensbewegung in einem Land kann Schmidt darauf hinweisen, daß ihre amerikanischen Freunde nicht nur westliche Gegenseitigkeit verlangen, nicht einseitige Rüstungsverzichte postulieren. Reagan jedoch kann er nun in dem Bewußtsein gegenüberstellen, daß der Streit über Rüstung und Abrüstung seinen Wesen nach kein deutsch-amerikanischer Streit ist, sondern eine Kontroverse, die ganz durch beide Nationen geht." (19.3.82).

11) Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith in Europa-Archiv, Folge 7/82, S. 183ff.

12) H. Stern, 1.4.82. Recht eindrucksvoll in mittlerweile die Schär hochläufiger imperialistischer Politik (meist aus früheren US-Regierungen), die als Unterstützer für Freeze auftraten: z.B. Paul Warnke (jetzt Carter Chef der US-Delegation bei den SALT-II-Verhandlungen), George W. Ball (Staatssekretär im Außenministerium unter J.F. Kennedy und Johnson), die ehemaligen Außenminister Edmund Muskie und Dean Rusk, Ex-Verteidigungsminister Clark Clifford und der einstige stellvertretende CIA-Direktor Herbert Goldhamer.

Ein Beitrag zur Abrüstung? —

Fortsetzung von voriger Seite

einen staatlichen Anteil von 41,75% und ist der größte Rüstungsproduzent der BRD. Albrecht/Lock kommen zu dem Ergebnis, daß die Rüstungsproduktion heute dadurch gekennzeichnet ist, „daß nahezu alle Aspekte dieser besonderen Warenproduktion von staatlichen Entscheidungen abhängig sind. (...) Der Staat trägt die Forschungs- und Entwicklungskosten. (...) Auch die Einrichtung der Produktionsanlagen und Komponentenbeschaffung für die Produktion wird heute vom Staat finanziert. Ferner ist die Rüstungsbranche durch einen hohen Anteil an Staatsregulierungen gekennzeichnet. Ohne aufwendige staatliche Verkaufsförderung, Kredite und Kreditzicherung ist ein großer Teil der internationalen Waffengeschäfte überhaupt nicht vorstellbar. Schließlich fällt auf, daß staatlicher Druck zur Unternehmenskonzentration in diesem Bereich besonders häufig ausgeübt wird" (13).

Zu den Besonderheiten der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft gehört auch, daß die kapitalistische Konkurrenz (auf der Ebene eines Staates) hier fast vollständig ausgeschaltet ist. Nur 2-4 % der Rüstungsaufträge werden öffentlich ausgeschrieben. Bei 76% aller Aufträge werden nur von einigen wenigen Anbietern Angebote eingeholt, die Aufträge werden „freihändig" vergeben (14).

Dies ermöglicht den Rüstungskonzernen überdurchschnittliche Profitraten. Erhöhter Wert ist auch der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis, in dem führende Kräfte der Wirtschaft und des Staates (darunter der Verteidigungsminister) Informationen über militärische Anforderungen und technische Entwicklungen austauschen.

Der militärisch-industrielle Komplex

Aufgrund des staatlichen Interesses an der Rüstungsproduktion reichen für den einzelnen Kapitalisten akzeptable Alternativpläne nicht aus, um eine Reduzierung der Rüstungsproduktion durchzusetzen. In den Diskussionen um den Alternativplan von Lucas Aerospace wird dieser Aspekt häufig vernachlässigt, da die britische Regierung zum damaligen Zeitpunkt weniger Militäraufträge an das Unternehmen vergab.

Wenn heute unter den Bedingungen verstärkter Aufrüstung über Rüstungskonventionen diskutiert wird, darf dieser Gesichtspunkt auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Der der DKP nahestehende Bremer Professor Jörg Hufschmidt hat nun Überlegungen angestellt, „wie der Prozeß der Abrüstung in



Blahn & Voss-Kollegen am 1. Mai 1982

Gang gesetzt und durchgeführt werden kann, ohne wirtschaftliche Einbrüche und politische Umwälzungen mit sich zu bringen" (15). Dies sei möglich, so Hufschmidt, da nicht der Staat, sondern nur Teile der herrschenden Klasse Interesse an Rüstung hätten und damit auch noch entgegen ihren eigenen langfristigen Interessen wirken würden.

Bei Hufschmidt heißt es: „Abrüstung setzt unter den heutigen Bedingungen keineswegs voraus, daß der Kapitalismus zunächst als Gesellschaftsordnung bewußt als Maßstab (...) Abrüstung wird zwangsläufig damit verbunden sein, daß der Einfluß der besonders aggressiven und reaktionären Kräfte zurückgedrängt wird. Die Frage der Rüstung und Abrüstung ist damit zu einer Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen dem Interesse der Finanzoligarchie, aufgrund bestimmter ökonomischer und politischer Bedingungen militärischer Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik einzusetzen und den entgegen gesetzten Interessen der Friedenskräfte, die in der Erhaltung der Friedens, in friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit die Perspektive ihrer weiteren Existenz und der Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts und Wohlfahrts in der Welt überhaupt sehen" (16).

S. 180).

Aufgrund ähnlicher Differenzen innerhalb des Großkapitals — so heißt es bei Hufschmidt — konnte 1972 die Entspannungspolitik durchgesetzt werden. Die politische Funktion der wirtschaftlichen Öffnung nach Osten scheint hier bis heute nicht begriffen worden zu sein, obwohl sie doch am Beispiel Polen offen zutage getreten ist.

Als Handlungsorientierung wird das alte DKP-Rezept empfohlen, „den Einfluß der aggressivsten Kreise des Großkapitals, insbesondere den militärisch-industriellen Komplex zurückzudrängen" (17).

Die Rüstungsmonopole seien schon seit langem eine selbständige Triebkraft der Aufrüstung, da sie — um Rüstungsprofite zu erzielen — das Wettrennen forcierten.

Hufschmidts Schlussfolgerungen: „Diese theoretische Verarbeitung der faktischen Militarisierung der Wirtschaft als nicht ökonomisch systemnotwendiger, aber historisch integrierter Prozeß kapitalistischer Entwicklung wirft ein Licht auf die Perspektive des Kampfes um Abrüstung: Abrüstung im Kapitalismus ist nicht prinzipiell unmöglich" (18).

„Der MİK (militärisch-industrieller Komplex) ist weder eine systemnotwen-

dige, noch der einzige, noch notwendigerweise der dominierende Machtblock der Kräfte und Strategien zur Sicherung monopolkapitalistischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, er konkurriert mit anderen Konzeptionen, die ihre sozial-ökonomische Basis ebenfalls im Monopolkapital und in enger Verbindung mit staatlichen Stellen haben" (19).

Und schließlich leugnet er sogar den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Rüstung und Militarismus, um die These von der „friedlichen" Kapitalfraktion halten zu können:

„Die Behauptung einer prinzipiell unzerbrechlichen Verbindung zwischen Rüstung und Kapitalismus würde dagegen den Kreis der für Abrüstung mobilisierbaren Menschen auf den Kreis der Kapitalismuskritiker einengen, die bekanntlich in den kapitalistischen Kernländern zur Zeit noch mehr oder minder große Minderheiten darstellen" (20).

Hufschmidt versucht damit, ein retisches Gerüst zu zimmern, in dem es nur einen historischen, aber keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Rüstung und Kapitalismus gibt.

Dies geschieht auf zweierlei Weise: Zum einen über die Konstruktion des „militärisch-industriellen Komplexes", zum anderen über eine Reduktion der Rüstung auf ihre ökonomische Funktion im Kapitalismus.

An der Theorie des MİK scheint mir richtig zu sein, daß sie die Verbindungen zwischen Vertretern des Staates und der Rüstungsindustrie zu einem (personell untereinander auch austauschbaren) Komplex richtig benennt. Ihr Fehler scheint mir zu sein, daß damit ein Gegensatz zwischen „friedlichen" Kapitalisten, die lieber zivile Fertigung betreiben würden, und den „aggressiven" Teilen des Großkapitals aufgebaut wird, der real nicht besteht.

„In der BRD gibt es — von wenigen Waffen- und Munitionsherstellern abgesehen — den klassischen Rüstungsbetrieb nicht", schreibt dazu völlig richtig das „Wirtschaft" 1979. Zu den größten Rüstungsunternehmen der BRD gehören Siemens mit einem Rüstungsanteil von 6 %, aber einem Rüstungsumsatz von 2557 Mio DM und AEG mit einem Rüstungsanteil von 15 %, aber einem Rüstungsumsatz von 2202 Mio DM. Wie soll man da zwischen aggressiven Kapitalisten und möglichen Bündnispartnern differenzieren?

Die reale Verquickung zwischen „militärisch-industriellem Komplex" und zivile Fertigung treibenden Teilen der Großindustrie führt aus keineswegs dazu, daß Hufschmidt seine theoretischen Grundlagen und seine Bündnisstrategie überdenkt, sondern sie ist für ihn nur ein zusätzliches Argument, um die Machbarkeit der Rüstungskonvention unter den bestehenden Mach-

verhältnissen nachzuweisen:

„Da das Rüstungskapital in der BRD nicht eine festgefügte Gruppe von Unternehmen ist, die unter allen Umständen auf verstärkte Hochrüstung setzen müssen, um zu überleben, sondern zum größeren Teil fast verflochten ist mit anderen Teilen des Monopolkapitals, die in anderen Bereichen tätig sind, ist auch die Flexibilität in Bezug auf den Übergang von Rüstungs- auf Zivilproduktion größer (...). Abrüstung wäre vielmehr nur Einschränkung bestimmter Produktionsabteilungen innerhalb der großen Monopole zugunsten anderer Abteilungen, in die die staatlichen Ersatzaufträge hineinfließen würden" (21).

Vom ökonomischen Standpunkt müßte sich also für das Monopolkapital — das als integrale Abteilung des Rüstungskapital enthält — die Alternative stellen: Entweder weiterhin hohe Rüstungsaufträge und hohe Profite in der Rüstungsabteilung bei gleichzeitig fortschreitender Zerstörung der eigenen Reproduktionsgrundlagen; oder aber: weniger Rüstungsaufträge, mehr Aufträge für Umweltschutzanlagen, Verlagerung des Profits also in eine andere Abteilung, wobei die Umweltschutzanlagen vom Staat installiert werden und zur Erhaltung der staatlichen Reproduktionsgrundlagen der Unternehmen beitragen würden" (22).

Das Problem ist dabei nur, daß man die Sache nicht nur vom ökonomischen Standpunkt aus betrachten kann. Dem einzelnen Kapitalisten mag es egal sein, ob er Seife oder Kanonen produziert, aber dem nationalen Kapital ist dies nicht egal, da die Rüstung auch der Herrschaftssicherung und der Ausweitung der Einflusssphären dient.

Die Reduktion der Rüstung auf ihre ökonomische Systemfunktion hat einige Tradition. Galbraith und auch Fritz Vilmar haben die These aufgestellt, daß Rüstungsausgaben die krisenhaften Tendenzen der Wirtschaft überdecken können und somit zur Prosperität der Wirtschaft beitragen (woll es antizyklisch vergeben werden können). Die DDR-Literatur hat bisher vertreten, daß Rüstungsausgaben nur kurzfristig und zeitweilig dem Ausbruch von Wirtschaftskrisen entgegenwirken können, und Hufschmidt entwickelt jetzt, daß Rüstungsausgaben weder kurzfristig noch langfristig geeignet seien, den instabilitätstendenzen kapitalistischer Wirtschaft und ihrem offenen Ausbruch in zyklischen und strukturellen Krisen entgegenzuwirken. Hufschmidt belegt seine Auffassung mit den knappen werdenden Rohstoffen und den ökologischen Problemen, die auch das Kapital dazu bringen müßten, sich nach anderen Methoden der Konjunktursteuerung umzusehen:

Fortsetzung auf Seite 29

SPD-Parteitag: Ausblick auf eine Mitte-Rechts-Opposition

Die Genossen aus Niedersachsen prophezeiten den Genossen aus Hessen: „Ihr seid die Nächsten!“ Die Hamburger nickten bedächtig mit dem Kopf.

Die SPD unter der Münchner Zirkuskuppel — demonstrativ geschlossen hinter Schmidt, aber ratlos. Die Regierungspolitik wurde eindrucksvoll bestätigt, die Delegierten erfüllten das ihnen abverlangte Soll an Unterwürfigkeit und wußten doch, daß ihnen der Wähler am 6. Juni in Hamburg und im Herbst in Hessen die Rechnung präsentieren und die CDU die fälligen Beträge abkassieren wird.

Die Parteiführung redete sich „Mut zur Zukunft“ ein und konstatierte ein „neues Selbstbewußtsein der Partei“. Das Gegenteil ist der Fall. Die SPD ist ziemlich am Ende. Zugrunde gerichtet durch die prokapitalistische Politik der Parteiführung und durch das Stillhalten der „Linken“, hat die SPD einen Parteitag veranstaltet, der schon nicht mehr die Grundsätze sozialistischer Regierungspolitik diskutierte und abstimmte, sondern die Partei still und leise auf eine Mitte-Rechts-Opposition für die nächsten Jahre festlegte.

Die Sicherheitsdebatte

Nach dem Westberliner Parteitag der SPD 1979 war aus den Reihen der SPD-Linken zu hören, die Parteiführung habe sich im Handreich die 90 %ige Zustimmung zum „Nachrüstungsbeschluß“ ergaunert. Die übergrößen Mehrheit der Delegierten, ahnungslos in der komplizierten Rüstungsdebatte und voll guten Glaubens in die Verhandlungsbereitschaft der USA, habe gar nicht gewußt, was sie da beschloß. Nach drei Jahren Friedensbewegung wurde in München die Raketenendebatte „auf einem erstaunlich hohem Niveau“ („FR“) geführt. Glückwunsch! — Mit dem Ergebnis, daß die Beschlüsse von 1979 in den wesentlichen Punkten wortgetreu von 75 % der Delegierten bestätigt wurden:

1. die SPD bekämpft sich zum festen Platz der BRD in der Nato und zur Freundschaft mit den USA;
2. die SPD hält am Nato-„Nachrüstungsbeschluß“ fest;
3. die Stationierungsvorbereitungen für Pershing II und Cruise Missiles gehen weiter;

4. die Genfer „Verhandlungsposition“ der USA („Nulllösung“) wird unterstützt.

Die Presse hat dieses Ergebnis zufrieden, aber eher beiläufig zur Kenntnis genommen, so als wäre nichts Außergewöhnliches passiert, als hätte sie vorher keineswegs eine „Zerreißprobe“, einen „Aufstand der Basis“ prognostiziert und den Kanzler „mit dem Rücken an der Wand“ gesehen.

Den Platz an der Wand hatte sich einzig die SPD-Linke reserviert. Erstens hat sie in keinem Beitrag den „vorausweisenden Gehorsam der Bundesregierung gegenüber den USA“ (Hansen) angegriffen. Das sicherheitspolitische Credo der SPD-Führung (die feste Verankerung im westlichen Bündnis) wird von der SPD-Linken nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern gegenüber linker Kritik ausdrücklich verteidigt.

In einem Interview mit der MOZ (4/82) hat der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen (er zählt zum äußersten linken Flügel der SPD) betont: „Ich will damit sagen, daß es niemand etwas bringt, jetzt als Bundesrepublik aus der Nato auszutreten, son-

dern ich glaube, daß es viel wichtiger wäre, eine Politik, die voll auf Abrüstung ausgerichtet ist, im Bündnis stattfinden zu lassen... Bündnis ist gleichbedeutende Partnerschaft.“

Mit diesem strategischen Bekenntnis zur NATO, die einfach in eine perspektivische Abrüstungsgemeinschaft uminterpretiert wird, schlägt die SPD-Linke sich selbst jede Möglichkeit aus der Hand, die weltweite Konfrontationspolitik, die die USA mit und in der NATO betreibt, beim Namen zu nennen und ihren imperialistischen Charakter aufzuzeigen. Je deutlicher die realen Kriegsvorbereitungen dieses „Sicherheitsbündnisses“ werden, desto verblassener muß gerade die SPD-Linke die Augen vor den Tatsachen schließen. Eppler hat in seiner Rede auf dem Parteitag ausgerechnet einem Ronald Reagan „Friedenswillen“ attestiert und ihm lediglich „Friedensfähigkeit“ abgesprochen („FAZ“, 23.4.) Was zunächst einmal als Verharmlosung subjektiver Absichten des amerikanischen Präsidenten erscheint, ist in Wirklichkeit ein programmatisches Herunterspielen der politischen Strategie der US-Regierung. Wenn Schmidt die feste Freundschaft der SPD mit den USA betont, fördert die Linke, dieses Verhältnis müsse aber auch angemessen kritisch sein. Brandt richtet daraufhin einige deutliche Worte an die Adresse „unserer Freunde“ jenseits des Atlantiks und schon ist der SPD-Linken der Wind aus den Segeln genommen.

Die Alternative zur Infragestellung der NATO ist für die SPD-Linke die Stärkung „Europas“ in der NATO gegenüber den USA. Jansen: „Ich glaube, Europa ist stärker als es sich selbst zutraut, wenn es schaffen würde, seine Eigeninteressen zwischen den beiden Blöcken viel deutlicher noch vorn zu bringen.“

Was sind die „Eigeninteressen Europas“, die da nicht nach links oder nach rechts, sondern „nach vorn“ gebracht werden sollen? Die Partnerschaft mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten in der „3. Welt“, denen der „europäische“ mitgehaltene Weltmarkt immer mehr die Kehle zuschnürt? Friede, Freundschaft, Abrüstung? In der be-

grifflosen Abstraktion „Europas Eigeninteressen“ wird bewußt der imperialistische Charakter dieser in Teilbereichen vom US-Imperialismus verschiedenen Interessen der westeuropäischen Staaten zu einer klassenneutralen strategischen Differenz zu den USA umgelenkt. Und das angesichts der imperialistischen Abenteuer Großbritanniens und des Beifalls dazu aus der EG. Die SPD-Linken kommt so über eine linksinterpretierte Unterstützung der westdeutschen (und der westeuropäischen) Bourgeoisie im innerimperialistischen Konkurrenzkampf strategisch nicht hinaus.

Zweitens hat die SPD-Linken schon im Vorfeld des Parteitags demonstrativ ihre Bereitschaft bekundet, Schmidt „keine Schwierigkeiten“ zu bereiten und ihm den Rücken zu stärken. Nach langen internen Auseinandersetzungen hat sie sich überhaupt erst dazu durchgerungen, einen alternativen Antrag zur Aufkündigung des „Nachrüstungsbeschusses“ zu stellen. Allerdings haben die Linken gleichzeitig durch die Blume zu verstehen gegeben, daß sie erstens diesem Antrag keine Chance geben und daß zweitens eine Mehrheit für ihn in München am Himmel willigen nicht zustande kommen dürfte, weil dies Schmidt zum Rücktritt veranlassen könnte. Weil sie diesem Konzept der Erpressung keine Gegenstrategie entgegengesetzt wollten, war ihr Antrag auf Aufkündigung des NATO-Beschusses von vornherein augenzwinkernd den Delegierten zur Abstimmung vorgelegt worden. Das Ergebnis war entsprechend: 75 % dagegen.

Drittens war der eigentliche Antrag der Linken, der mit dem irreführenden und völlig unzutreffenden Begriff „Moratorium“ gehandelt wird, ein schwerwiegendes Zugeständnis an den „Nachrüstungsbeschluß“. Unter „Moratorium“ stellt man sich gemeinhin die Selbstverständlichkeit vor, daß sich während der Dauer von Abrüstungsverhandlungen beide verhandelnden Seiten verpflichten, nicht weiter aufzurüsten, und die materiellen Vorbereitungen zu weiteren Aufrüstungsschritten stoppen. Dies beinhaltet die „Moratoriumsforderung“ von

Lafontaine und Eppler gerade nicht! Wörtlich heißt ihr Antrag (der als „Ergänzungsantrag zum Leitartikel des Vorstands“ eingebracht wurde):

„Die SPD fordert darüber hinaus ein Stationierungsmoratorium für Raketen- und Kurzstreckenraketen und kürzerer Reichweite. Um Vereinbarungen zu erleichtern, fordert die SPD die UdSSR auf, während der Verhandlungen die Zahl der auf Europa gerichteten atomaren Gefechtsköpfe auf das Niveau des Jahres 1978 zu reduzieren. Im Zuge dieser Reduktion sollen die Stationierungsvorbereitungen zur Halierung (Aufstellung, AK) neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa eingestellt werden.“

1. Der Antrag fordert von der Sowjetunion einseitige Vorleistungen. Nur wenn die SU ihre Gefechtsköpfe reduziert („im Zuge...“) sollen die Vorbereitungsmaßnahmen für Pershing II und Cruise Missile gestoppt werden. 2. Diese Forderung liegt exakt auf der Linie der offiziellen Nato-Propaganda, die eine „sowjetische Vorrüstung“ im Bereich der Mittelstreckenraketen behauptet und damit die Notwendigkeit der „Nato-Ausrüstung“ rechtfertigt. Die SPD-Linken ist auf diesen Propagandazug aufgesprungen und hat sich für den Fall, daß die Sowjetunion nicht auf das NATO-Ansinnen („Nulllösung“) eingeht, selbst die Hände gebunden.

Möglicherweise hat Lafontaine diese Entwicklung schon einkalkuliert. Die FAZ vom 20.4. berichtet, daß in dem Initiativantrag der SPD-Linken die Aufstellung 1 a n d gestützter Raketen unter Berufung auf Helmut Schmidt kritisiert wird. „Lafontaine bringt damit seine Bevorzugung seegestützter Waffen wieder ins Spiel“, kommentiert die FAZ. Es ist durchaus möglich, daß sich einige Abrüstungsstrategen in der SPD überlegen, auf einem Parteitag der SPD 1983 den Initiativantrag einzubringen, die Pershing II nicht zu Land sondern in der Nordsee zu stationieren. Immerhin wäre das das kleinste Übel, für das 40 % der Stimmen immer gut sind...

Fazit

Die fortschrittliche SPD-Basis quält sich seit langem an dem Widerspruch ab, daß einerseits sozialdemokratische sich seit langem an dem Widerspruch ab, daß einerseits sozialdemokratische Politik, so wie sie sie vertreten will, nur gegen Schmidt in der Partei durchzusetzen ist, daß aber andererseits eine reale Alternative zu Schmidt nicht existiert. Über jedem Angriff auf die Schmidtische Regierungspolitik schwebt das Damoklesschwert Rücktritt (Platzten der Koalition, CDU-Regierung). Solange die Wortführer der SPD-Linken nicht offensiv nachweisen, daß diese Logik der Unterwerfung die SPD-Politik immer weiter nach rechts auf CDU-Kurs bringt, der CDU Teile der traditionellen SPD-Wähler in die Arme treibt, die Partei demokratisiert und in einem mit Leichtigkeit aus der Regierung zu legenden Trümmerhaufen verandelt, — solange die Linken also nicht den Bruch mit der rechten Parteiführung suchen, sondern dieser immer noch die besten Absichten und lautersten Motive unterstellen, verbleiben sie in ihrer Rolle, den Verfall der Sozialdemokratie und den Machtantritt der CDU ohnmächtig mit ansehen zu müssen.

Lafontaine hat diese Rolle selbstbewußt mit folgenden Worten angenommen: „Es ist aber, daß man die Nachrüstungsgegnerschaft in eine Gegnerschaft zum Kanzler hineingeredet hat.“ (FAZ, 23.4.)

Die Beschäftigungsdebatte

Willy Brandt hatte vor dem Parteitag betont, daß in München nicht die FDP, auch nicht die Koalition, sondern die SPD lagen würde. Und nirgends wurde diese sozialdemokratische Annahme frecher in Tat und Beschlüsse umgesetzt als in der Beschäftigungsfrage.

Hier bin ich Sozialdemokrat, hier darf ich sein — die Delegierten, so wollten es die Parteitagsgescheisse, durften sich ausleben und munter beschließen, was sozialdemokratische Sache ist: mehrjährige, nach einem staatlichen Entwicklungsplan gesteuerte Investitionsprogramme, die nicht nur durch den „kleinen Mann“, sondern auch durch Beamte und Selbständige (Arbeitsmarktabgabe), durch Ehegatten (Wegfall des Splitting bei der Einkommenssteuer) und durch Anhebung der Spitzensteuersätze finanziert werden sollen. Natürlich soll die Lebensarbeitszeit herabgesetzt und die Mitbestimmung ausgeweitet werden. Keine Frage: der Bildungsurlaub soll erhöht und die Vermögensbildung (!) in Arbeitnehmerhand gefördert werden.

Jeder Delegierte wußte, als er sein

Der Historiker Helmut Schmidt hat in den Annalen der SPD geblättert und ist auf ein Ereignis gestoßen, dessen Analyse ihm das notwendige historische Bewußtsein und die Kraft zum Weiterdenken verschafft hat: der Sturz des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers in der Weimarer Republik Hermann Müller im März 1930.

Hermann Müller sei 1930 deswegen gestürzt, so Helmut Schmidt 1982, weil sich die SPD „nicht über einen Solidaritätsbeitrag (!) zugunsten der Arbeitslosenversicherung einigen konnte.“ Er wolle nicht behaupten, heute sei eine vergleichbare Lage. „Aber worauf es mir ankommt, ist, daß der März 1930 zeigt, wohin man geraten kann, wenn man ohne Not das Heft aus der Hand gibt und anderen anvertraut.“ („Sozialdemokratisches Magazin“, 4/82, S. 11).

Tatsächlich weist der März 1930 erstaunliche Parallelen zum Mai 1982 auf, und es ist interessant wie die heutige SPD-Führung ihre Geschichte verarbeitet, und welche Schlussfolgerungen sie zu ziehen gedenkt.

Nach den Wahlen im Mai 1928 (mit Stimmengewinnen für SPD und KPD) wurde eine Regierung aus SPD, DDP, Zentrum, DVP und BVP gebildet. Diese große Koalition wurde von den bürgerlichen Rechtsparteien ausdrücklich als ein „Provisorium“, also als eine Regierung auf Abruf definiert, die vor allen Dingen die anstehende Neuregelung der Reparationsfrage, eine verschärfte Aufrüstung und eine prokapitalistische Wirtschaftspolitik bewältigen sollte.

Die SPD funktionierte von Anfang an zur vollen Zufriedenheit ihrer rechten Koalitionspartner. Noch im Jahr der Regierungsabstimmung stimmte sie dem Bau des Panzerkreuzers A zu, nachdem sie den Wahlkampf unter der Parole: „Kinderspielzeug statt Panzerkreuzer!“ geführt hatte. Begründung: Wenn wir nicht nachrüsten, „bricht die Koalition“. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 verzeichnete die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgrund der sprunghaft gestiegenen Arbeitslosenzahlen ein Defizit von

500 Millionen Mark. Dies war der Startschuß für eine brutale Sanierungspolitik auf dem Rücken der Arbeiter, die binnen kurzer Zeit breite Teile der Bevölkerung unter das Existenzminimum drückte.

Zunächst wurde eine „Reform des Systems der Sozialversicherung“ in Angriff genommen, deren wesentliches Ziel es war, die Zahl derjenigen, die bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten, drastisch zu reduzieren. Die SPD ging in die Koalitionsverhandlungen mit der Linke: „Die SPD und Gewerkschaften kämpfen gegen jeden Abbau der Leistungen und (!!) schlagen die Beteiligung von Männern und Frauen sowie die befristete Erhöhung der Beiträge (zur Arbeitslosenversicherung, AK) vor.“ Die Rechtsparteien lehnen die SPD-Vorstellungen ab und nach „Zähnen“ Koalitionsverhandlungen kam es im Oktober 1929 zu einem „Kompromiß“, der die ursprünglichen Vorstellungen von DVP bis Zentrum enthielt und die SPD-Forderung nach Beitragserhöhung verwarf. Obwohl sich die Reaktionäre auf der ganzen Linie durchgesetzt hatten, wurde in der Presse ein großes Geschrei über das Ende der Koalition, über unüberbrückbare Differenzen und über die mangelnde Zuverlässigkeit der SPD angestellt. Allerdings dachte die Bourgeoisie (noch) nicht daran, die SPD abzuschmeißen. Es gab noch viel zu tun...

Im Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie ein Memorandum, in dem als Konsequenz der kapitalistischen Krise gefordert wird: — einschneidende Senkung der Löhne und Gehälter — Reduzierung der staatlichen Sozialausgaben — Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der Wirtschaft — sukzessive Beseitigung des Tarifsystems — Beseitigung der Sozial- und Arbeitslosenversicherung — höhere Besteuerung der Bevölkerung, insbesondere durch indi-

rekte Steuern.

Sofort trat die Regierung in Verhandlungen über diese Vorschläge zu einer Gewaltkur des „Sozialstaates“ ein, beschloß eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, eine drastische Senkung der Steuern für die Kapitalisten und als Bonbon für die Gewerkschaften, eine 0,5%-Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, was die schon arg geschöpften Werktätigen zusätzlich belastete. Die SPD hatte die dritte Kröte innerhalb kürzester Zeit willig geschluckt — und ersetzte erneut nur den Uodank ihrer Herren. „Die Koalition in der Krise“ lautete die Schlagzeile der Presse, die Mehrheiten im Kabinett wurden immer knapper, die Stimmen innerhalb der Gewerkschaften, die diesen Kurs nicht mehr mitmachen wollten, mehrten sich, die SPD-Basis begann zu murmen, allein die sozialdemokratischen Reichsminister hielten das Steuer des Schiffes, das sie bald verlassen sollten, fest in den Händen.

Nach mehreren Koalitionstrüben, Ministerrücktritten (u.a. Hilferding) und Presekkampagnen gegen die SPD war es dann im März 1930 so weit: Nach einer weiteren Verdopplung der Arbeitslosenzahl einigte sich die Koalition zunächst auf eine Anhebung der Verbrauchssteuer und auf eine erneute Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge um 0,25%. Um die SPD zu noch weitergehenden Zugeständnissen zu erpressen, lehnte die Reichstagsfraktion der DVP diese Vorschläge ab und verlangte weitere Kürzungen. Das Zentrum arbeitete einen Kompromiß aus, der weitgehend die Vorstellungen der DVP aufnahm. Die SPD-Minister schluckten auch diese Kröte und stimmten zu. Aber was zu viel war, war zu viel. Wie sollte diese Politik den Arbeitern noch verkauft werden? Wie sollte sich die Gewerkschaftsführung vor der rebellischen Arbeiterbasis rechtfertigen? Wie sollte mit dieser Politik noch der Einfluß der KPD gestoppt werden? Die Reichstags-

fraktion der SPD lehnte den Kompromiß ab. Hermann Müller trat zurück. Es folgten die Notverordnungenkabinette Brüning, Schleicher, Papen, denen gegenüber die Sozialdemokratie eine Tolerierungspolitik betrieb. Bis dann Hitler 1933 die 1928 unter Kanzler Müller begonnene Arbeit

Helmut Schmidts Analyse lautet nun: Wenn die SPD 1930 dem ausgehandelten Kabinettskompromiß auch noch zugestimmt hätte, wäre das Folgende nicht passiert. Diese Schlussfolgerung ist erstens falsch und zweitens bezeichnend. Falsch, weil Schmidt nicht begreift, daß die Bourgeoisie sehr zielstrebig eine „Absatzschlacht“ gegen die SPD mit dem Ziel geführt hat, sie in der Öffentlichkeit völlig zu diskreditieren und sie als machtpolitischen Faktor auszuschalten. Sie hat die SPD solange in den Sesseln der Macht gewähren lassen, wie sie ihre Funktion, die ersten einschneidenden Maßnahmen der Krisenpolitik, den Abbau demokratischer Rechte und die Aufrüstungspolitik durchzusetzen, ohne den Aufstand ihrer Basis zu riskieren, erfüllen konnte.

Die Grenze des Zumutbaren war im März 1930 erreicht, was der Widerstand der SPD-Reichstagsfraktion der Bourgeoisie signalisierte. Selbst wenn die Fraktion nochmals dem „Kompromiß“ zugestimmt hätte, wären ihr kurze Zeit später erneut Spar- und Kürzungsvorschläge von den Parteien der Bourgeoisie auf den Fraktionschef gefallert. Der unmittelbare Beteiligung der Sozialdemokratie an der Form der Krisenbewältigung, wie sie von der bürgerlichen Seite angestrebt wurde, war, trotz devoter Selbststempfung der Parteiführung, durch die soziale Basis der SPD Grenzen gesetzt.

Schmidts Schlussfolgerung ist bezeichnend, weil sie seinen unbedingten Willen verrät, dieses Mal alles in der Partei durchzusetzen, was er im Interesse der kapitalistischen Krisenlösung für notwendig hält und was aus den Vorstandsetagen an ihn herangetragen wird. Ich heiße Schmidt und mache alles mit, Schön. Und trotzdem kommt der Tritt.

vor 52 Jahren ...

gewichtiges Stimmkartchen für diese Forderungen hob, daß er sich selbst zum Statisten in einer grotesken Degradation, die selbst in der Geschichte der SPD-Parteitags einmalig sein dürfte.

Die Beschlüsse nämlich, die aus einem neuen sozialdemokratischen Selbstbewußtsein heraus nahezu einstimmig der kapitalistischen Krise und der FDP entgegen geschleudert wurden, hatte man schon einmal, zudem noch in konjunkturell besseren Zeiten mit Beifall und öffentlichkeitswirksamen Gefallen auf dem Parteitag 1979 in Westberlin. Einige, jetzt ganz heiß diskutierte Forderungen, wie die nach staatlicher Investitionslenkung, sind schon seit Hamburg 1977 geltende Beschlüsse in der SPD. Schon die Tatsache, daß man diese Beschlüsse z.T. das dritte Mal unverändert zum unveränderten Bestandteil sozialdemokratischer Politik erklärte, zeigt, wie beharrlich die Sozialdemokraten in der Regierung auf sie verzichten haben.

Und diese Genossen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß dies so bleiben wird. Noch nicht einmal die Illusion wurde den Delegierten zugesandt, daß die sozialdemokratischen Minister die Parteiforderungen als Auftrag zur Durchsetzung in der Koalition verstehen. Im Gegenteil: gerade weil diesen schönen sozialdemokratischen Profildarstellungen das Schicksal, reine Makulatur zu bleiben, von Anfang an zugesagt war, wurden sie verabschiedet, und zwar von Schmidt bis Eppler von Löwenthal bis Traube.

Und so beschloß der sozialdemokratische Parteitag genau das, was die sozialliberale Koalition zuvor definitiv verworfen hatte: zusätzliche Steuererhöhungen zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms — und schloß aus, was die Koalition zuvor ebenso definitiv beschlossen hatte: Steuererhöhungen für die kommenden Jahre.

Jedem Delegierten war klar, daß dieser Beschlüßparadoxon zugunsten der Koalitionsbeschlüsse aufgelöst werden würde. Ihnen mußte ebenso klar sein, daß dies keineswegs nur daran liegt, daß die Kapitalistenfreunde in der FDP eine zünftige sozialdemokratische Beschäftigungspolitik hintertreiben.

Denn erstens hat Schmidt seinen treuesten Knecht, Manfred Lahnstein, zum Finanzminister ernannt.

Lahnstein würde den „Willen“ des Parteitages nicht offensiver im

Bundeskabinett zur Geltung bringen, wie dieser Bourgeois-Ökonom, der, salig, karrieregeil und also immer korruptionsverdächtig, wie kein zweiter die Heruntergekommenheit der modernen Sozialdemokraten verkörpert.

Lahnstein hat in einem „Spiegel“-Gespräch die Leitlinien für sein künftiges Wirken im Finanzministerium so umrissen:

1. Die absolute Priorität hat die private Kapitalakkumulation, die Förderung der Investitionsbereitschaft des Kapitals;
2. dazu brauche man nicht „mehr Staat“, schon gar nicht
3. höhere Steuern, sondern
4. die Förderung von Leistungswillen und Unternehmertum.

Zum letzteren führte sich Lahnstein im übrigen schon immer stark hingezogen: um ihm zu freierer Entfaltung zu verhelfen, verschaffte er z.B. Pöck das berühmte 840-Millionen-Steuergeheimnis. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn, weil er sich einen ausschweifenden Altsiedlerfestbummel in Düren vom Flickkonzern finanzieren ließ (vgl. „Spiegel“, Nr. 17/82).

Im Bundesrat hat Lahnstein nach dem Münchner Parteitag verkündet, er werde keinen Anstieg der Steuerbelastung zulassen (was die SPD vehement beschlossen hatte) und auf jeden Fall an der Investitionszulage festhalten, selbst wenn, was inzwischen passiert ist, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer an der CDU-Bundesratsmehrheit scheitert. Der so entstandene Finanzbedarf müsse über Streichungen im Haushalt gedeckt werden. Am vergangenen Mittwoch haben sich CDU, FDP und SPD im Vermittlungsausschuß über die „Gemeinschaftsinitiative“ geeinigt. Überraschend schnell, wie die Presse anerkennend vermerkte.

Zweitens hat Schmidt selber in einer vor dem Parteitag im „Vorwärts“ veröffentlichten „Zwischenbilanz 82“ seine künftige wirtschaftspolitische Linie so umrissen:

1. „Ohne einen kräftigen Anstieg der Investitionsfähigkeit lassen sich weder neue Arbeitsplätze noch neue Ausbildungsplätze bereitstellen. ... Deshalb sind Investitionen für neue Produkte, zur Energieeinsparung und zur Kostenrationalisierung unerlässlich.“ (Schmidt spricht übrigens of-

fen davon, daß der Staat den Kapitalisten dabei behilflich sein muß, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, um Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Nichts anderes verbirgt sich nämlich hinter den „Investitionen zur Kostenrationalisierung“.)

2. „Die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte von den Konsumtiven auf die investiven Ausgaben (d.h. der Abbau unproduktiver staatlicher Sozialleistungen, AK) kann jedoch nicht durch einen Gewaltakt bewerkstelligt werden. Auch dies kann nur durch eine längerfristige Anstrengung Schritt für Schritt erreicht werden.“ Die Alternative zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung durch einen Gewaltakt ist die schrittweise soziale Demontage ...

3. „Deshalb ist eine Einschränkung der Möglichkeiten zum Mißbrauch des sozialen Netzes ein Gebot der Solidarität, auch wenn dies vielfach oberflächlich als unsozial abgetan wird ... Aber ohne Zweifel gibt es vielerlei Nassauer und Mitnehmer — hier liegen derzeit unangenehme, aber unabweisliche Aufgaben der Sozialpolitik.“ („Vorwärts“, 15/82, S. VI, VII, IX)

Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß den Delegierten in München, namentlich den „Linken“, des Kanzlers und seines Alltags-Linse nicht bekannt war. Sie mußten wissen, was mit ihren Beschlüssen passiert, und daß sie nur zur gefälligen Täuschung der den Sozialdemokraten davonlaufenden Wähler gedacht waren. Es lag ebenfalls auf der Hand, daß Schmidt und Lahnstein schon die Messer für weitere Schnitte ins „soziale Netz“ wetzten, während sie ohne mit der Wimper zu zucken der sozialdemokratischen „Willens“-bekundung zustimmten, keinen weiteren Sozialabbau zuzulassen. Die Arbeiterfreunde in der SPD haben flüchtig an Wolkenkuckuckshoden gebastelt (Investitionskontrollen, Vermögensbildung ...) und dabei noch nicht einmal vernünftig die Nase über die neokonservative Kloake im eigenen Lager gerümpft. Niemand ist in München aufgestanden und hat Schmidt die demagogischen „Nassauer“, mit Gerede vom „Mißbrauch des sozialen Netzes“ um die Ohren gehauen.

Gefolgschaftsweu, nicht Wider-

stand gegen den sozialdemokratischen Thatcherismus auf Raten war in München angesagt. Mag sein, daß jeder schlichtere Versuch, die Schmidt'sche Krisenpolitik zu kritisieren, die sozialliberale Koalition noch mehr in Schwierigkeiten gebracht hätte. Aber auch Unterwürfigkeit rettet die Koalition und die Sozialdemokratie nicht. Sie ist überhaupt nicht mehr zu retten.

SPD am Ende

Die SPD ist nach dem Parteitag mehr denn je entschlossen, „das soziale Bündnis von Arbeitnehmerschaft, fortschrittlichem Bürgertum, junger Generation und gelungem Deutschland immer wieder neu herzustellen.“ (Münchner Erklärung) Ratlosigkeit gibt sich gern theatralisch.

Das real existierende Bürgertum z.B. zeigt der händeringende SPD die kalte Schulter. Es konstatiert gelassen, daß sich seine Forderungen über Schmidt in der SPD eindrucksvoll durchgesetzt haben — und kommentiert seinen Sieg mit der Versicherung, daß auch so die Tage der SPD gezählt sind. Die Atomindustrie streicht die eben bewilligten 120 Millionen für den Hochtemperatur-Reaktor ein und nimmt interessiert zur Kenntnis, daß Hamburg nicht aus Brokdorf aussteigt. Die Rüstungsindustrien sind in Bombenstimmung; das Bundeskabinett hat soeben beschlossen, daß Rüstungsgüter überall dorthin exportiert werden können, wo vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der BRD dafür sprechen.

All das, so die FAZ, kann „die von Schmidt sonst häufig beschworene Berechenbarkeit seiner Politik kaum erhöhen.“ (25.4.82) Natürlich ist Schmidts Politik berechenbar. Gegenteiliges Versprechen und Ermutigung, auf dem berechneten Weg mutig weiterzuschreiten.

Das voranschreitende Bürgertum (mit Ausnahme ihrer total vernagelten und fanatisierten Vertreter, die selbst in Schmidt noch einen Handlanger Moskau sehen) weiß ziemlich genau, daß die SPD-Führung fest entschlossen ist, jede an sie herangetragene Forderung zu erfüllen und sich voll und ganz in den Dienst dieser aufstrebenden imperialistischen Macht zu stellen. Die Schwierigkeiten, diese Politik in der Partei durchzuset-

zen, werden zwar traditionell aufgeblasen, im übrigen aber nüchtern als nicht besonders gravierend eingeschätzt. Wenn die politisch handelnden Teile der Bourgeoisie und ihr Meidengedanke sich trotzdem darauf verständigt haben, das Zweckbündnis mit der Sozialdemokratie aufzukündigen, dann im wesentlichen aus folgendem Grund: Das „soziale Bündnis“, dieses wertvollste Geschenk, was die Sozialdemokratie dem Bürgertum anzubieten hat, könnte in Gefahr geraten, wenn Schmidt den Weg der sozialen Demontage und der Kriegsvorbereitung weitergeht. Nicht das marode Parteiengedörs SPD und ihre prokapitalistischen Mecher, sondern die Anhängerschaft der Sozialdemokratie ist unberechenbar. Die Atomenergie- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung hat bereits eine nützliche außerparlamentarische Opposition hervorgebracht. Der vorgezeichnete Weg des sozialen Kaltschlages wird die Arbeiter zum Kampf treiben und an der sozialdemokratischen Hegemonie in den Gewerkschaften rütteln, falls die SPD weiter mitregiert und die volle Verantwortung für die Krisenpolitik zu tragen hat. Wenn die bürgerliche Klasse weiter das Bündnis mit der SPD (und der Gewerkschaftsführung) aufrecht erhalten und gleichzeitig das Risiko von Arbeiterkämpfen ausschalten will, müßte sie in der Durchsetzung ihrer Politik gewisse Tempoverluste hinnehmen, hier und da der SPD gegnert, sich gegen die größten Säulen des Systems zur Wehr zu setzen etc. Genau dazu ist sie nicht mehr bereit. Wozu sollte sie auch? Die SPD hat es verstanden, den Reformgedanken in weiten Teilen der Bevölkerung zu diskreditieren. Sie hat sich als besserer CDU zu profilieren versucht und gerade dadurch den Reaktionen seit parlamentarischen Mehrheiten verschafft. Sie hat über die Gewerkschaftsführung die Arbeiter schutzlos dem Klassenkampf von oben ausgeliefert und die größte Einheitsgewerkschaft der Welt paralyisiert. Sie hat aus ihrer eigenen Partei ein Trümmfeld gemacht, auf dem durch eine Befehl- und Gehorams-Hierarchie immer mehr Sozialdemokraten gebrochen und resigniert zurückgeblieben. Eine saubere Leistung — und sie wird belohnt werden. Spätestens nach den Hagen-Wahlen ...

Lohnrunde '82 Für die Arbeiter geht es bergab

„Die Unternehmer können mit dem Krefelder Lohnergebnis ganz gut leben ... Der gewinnträchtige Lohnkompromiß entspricht den internen Lohnvorgaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.“

So sieht die Kapitalistenzeitung „Capital“ vom 12. März 1982 den 4,2%-Abschluß der Metallindustrie, der gleichzeitig die Obergrenze der diesjährigen Lohnrunde markiert.

Neben der Bauindustrie lagen auch andere krisengeschüttelte Industriezweige (Stahl u. a.) teilweise noch erheblich unter dem Metall-Abschluß; einige noch ausstehende Branchen dürften am Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Was den Kapitalisten der „freien Marktwirtschaft“ als „angemessen“ erschien, reichte dem Staat keinesfalls. Mit der Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 3,14 % (umgerechnet auf zwölf Monate) mutet er keinen Beschäftigten ein Ergebnis zu, das noch um ein Viertel niedriger liegt. Wie in der Weimarer Republik übernimmt auch in der derzeitigen kapitalistischen Krise der Staat ein weiteres mal die Vorreiterstellung beim Lohnabbau. Für die ÖTV-Führung ist dieses Ergebnis um so beschämender, als sie noch zum Anfang des Jahres verkündet hatte, gegebenenfalls streiken zu wollen. Am wenigsten ernst genommen wurde dieses Odeon offenbar von Klunker selbst. Lautstark verwahrte er sich gegen Forderungen nach einem „Sonderopfer“ der öffentlich Bediensteten. Als es dann um die Forderungsaufstellung ging, empfahl die ÖTV-Führung 5,3 %, womit sie bereits einen Prozentpunkt unter der IGM-Forderung lag, also genau um den Betrag, den der Staat als „Sonderopfer“ angemeldet hatte. Bei dem ganzen von Klunker aufgetauchten Stroh ging es unter dem Strich darum, daß dieses „Sonderopfer“ nicht per staatliches Dekret, sondern in „freier Verhandlung“ unter „Wahrung der Tarifautonomie“ zustandegebracht werden sollte.

Krise der Lohnpolitik

Die diesjährige Lohnrunde ist vorläufiger Höhepunkt in der rückgängigen Entwicklung der Reallohne der letzten Jahre (1980: -0,4 %; 1981: -1,3 %;

1982 — voraussichtlich —: -2,1 %). Sie fällt zusammen mit steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau („Operation '82“) und wirkt sich von daher besonders nachhaltig auf die Lebenslage der Lohnabhängigen aus. Schon jetzt steht fest, daß durch den Lohnverzicht nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen oder gesichert gemacht wird. Alle einschlägigen Prognosen gehen davon aus, daß die Zurückhaltung bei den Löhnen zwar zu einem langsamen Anwachsen der Kapitalistengewinne führen wird, gleichzeitig aber auch zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen.

Besonders in der jetzigen Krise erweisen sich die westdeutschen Gewerkschaften als Partner einer Politik des kapitalistischen Krisenmanagements, wie sie von der sozialliberalen Koalition in Bonn betrieben wird. Ihre Zurückhaltung in der Lohn- und Tarifpolitik (seit 1978 gab es keine nennenswerten, länger dauernden gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe) und ihre gebremsten Aktivitäten gegen den Sozialabbau stellen diese Politik nicht infrage. Der DGB trägt dazu bei, daß Staat und Kapitalisten heute einen Einbruch in das Denken großer Teile der Arbeiterklasse bewirken: Opfer beim Lebensstandard und der sozialen Sicherung werden weiterhin zumindest als „nicht abwendbar“ angesehen bzw. werden teilweise schon als „vernünftig“ akzeptiert.

Das westdeutsche Kapital konnte und kann es sich aufgrund seiner relativen Beweglichkeit erlauben, diesen „Umdenkungsprozeß“ behutsam und über Jahre hinweg durchzuführen. Im Gegensatz zu manchen anderen kapitalistischen Gesellschaften wurde die Reallohnsenkung schrittweise durchgesetzt und nicht in einem Schob.

Daß dieser „Umdenkungsprozeß“ so relativ reibungslos verläuft, ist sicherlich einer der nachhaltigsten Erfolge von Staat und Kapitalisten. Eine gewerkschaftliche Tarifpolitik, die Jahr für Jahr einen Abbau von Löhnen festschreibt und immer weniger Einfluß auf die Lebenslage der Lohnabhängigen nimmt, verliert nach und nach in den Augen der Mitgliedschaft jeden Sinn und gerät somit zwangsläufig in die Krise. Auf der Suche nach neuen „Begründungen“ für ihre Sanktionierung der Lohnraubpolitik hat sich die DGB-Führung bei der diesjährigen Lohnrunde einiges einfallen lassen.

Alle neuen tarifpolitischen Vorschläge, die durchweg aus dem rechten Gewerkschaftsspektrum stammen, machen deutlich, daß die DGB-Führung an alles andere als eine „Rückbesinnung“ auf die gewerkschaftliche Kampfkraft denkt.

Auf der Suche nach neuen Wegen

Drei Stationen der Lohnrunde 1982 deuten die neue Richtung gewerkschaftlicher Tarif- und Lohnpolitik an. — Zum ersten Mal bietet die Gewerkschaft an, unter bestimmten Bedingungen auf einen Teil des Lohnes freiwillig zu verzichten. Einmal, wie es heißt, um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Gemeint ist die IG Chemie, die angeboten hat, bei den laufenden Tarifrunden neben den Löhnen auch über eine Tarifrunde zu verhandeln.

Zwar wurde ihr konkreter Vorschlag vorerst von den Chemiekapitalisten verworfen, keinesfalls aber aus prinzipiellen Erwägungen heraus. Weitere vergleichbare Tarifrundenmodelle werden derzeit diskutiert (z. B. das Döding/Ehrenberg-Modell). Tarifrunden basieren im Kern, daß alle Lohnabhängigen auf einen Teil der Tarifierhöhung verzichten, um damit die Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Daß dabei ältere Arbeiter (soweit sie mit zusätzlichen Lohn- und Renteneinbußen einverstanden sind), früher aus dem Betrieb ausscheiden und ihre Stellen gegebenenfalls früher neu besetzt werden können, ist dabei nur das Bonbon, wird aber in der Praxis keine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes bringen.

Letzteres würde allerdings bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit der Fall sein.

— 1982 ist aber gleichzeitig das Jahr, in dem der Kampf um die 35-Stunden-Woche endgültig zu Grabe getragen wurde. Lediglich der IG-Druck-Vorstand Mahlein hält heute noch an Appellen zur Solidarität aller Einzelgewerkschaften zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche fest, er steht damit jedoch am Rande.

Auch beim IGM-Vorstand (die Konzentration auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche war jahrelang das Argument gegen andere Tarifkämpfe) stößt er inzwischen auf taube

Ohren. Der liebgeliebte inzwischen ebenso mit den Modellen der Tarifrunde.

Nachdem der erste Vorstoß zur Einführung der Tarifrunde gescheitert ist, werden jetzt auf Bezirksebene die Weichen gestellt. Als erster IGM-Bereich hat sich inzwischen Köln dazu entschieden, 1983 in die Tarifierverhandlungen die Tarifrunde mit einzubringen („Westdeutsche Zeitung“, 28.4.82). — Eher noch am Rande notiert, aber dennoch nicht unbedeutend ist ein weiterer tarifpolitischer Vorstoß aus dem rechten Gewerkschaftsspektrum. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil/Bekleidung Keller regte für die diesjährige Verhandlung das Modell eines sogenannten „Investivlohns“ an.

Neu ist dieses Modell nicht. Vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung schon 1972 vorgestellt und wenig später von der CDU in ihr vermögenspolitisches Programm übernommen, ist es jetzt erstmals in wesentlichen Teilen von einem Gewerkschaftsvertreter übernommen worden. Der „Investivlohn“ sieht eine Aufspaltung der Tarifverträge vor, wonach ein Teil des Lohns in das jeweilige Unternehmen investiert wird. Die Restauszahlung des Lohns erfolgt — in seiner Höhe von der Bruttogröße des Betriebes abhängig — dann erst ein Jahr später.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Tarifabschlüsse und Schlichtungen 1982

Bereich	Gewerk.	Betr.	Ergebnis
Textilreinigungsgewerbe	GTB	14200	4,2%, Erhöhung des Urlaubsg.
Haarwirtschaft, Bayern	NOG	30000	4,5%, Ersetzung der Altersstufe, Verkürzung der tarifl. Arbeitszeit von 42 auf 40 Std.
Deutsche Seeschiffahrt	OTV	31700	4,3%, Erhöht. d. Verpflegung.
Priv. Bankgewerbe	HBV	310000	4,2%, Verlängerung d. Urlaubs
Einzelhandel, Hessen	HBV	124000	4,35%
Großhandel, Hessen	HBV	100000	4,35%
Großhandel, Bayern	HBV/OTV	180000	4,2%
Fleischerhandwerk, Nieders.	NOG	19100	3,0% einseit. Lohnausgleich f. Arbeitszeitverkürz. 16,4% f. Ang.
Fleischerhandw., Hessen	NOG	11300	4,3%
Tischlerhandw., Südbaden	GHK	1500	3,02% 1,85% Stufen ab 1.12.82
Tischlerhandw., Südl.-H.	GHK	4000	3,34% 1,35% Stufen ab 1.5.82
Tischlerhandw., Rh.-Pflz.	GHK	9700	2,86% 1,9% Stufen ab 1.10.82
Tischlerhandw., Saar	GHE	2400	3,18% 1,99% Stufen ab 1.11.82
Papier- u. Paperverarb.	Drupa	108500	4,3%
Holzverarb. Ind., Nieders.	GHK	12400	4,7% l. Durchschn., Neuregelung d. Altersstufe, bez. Pause 15 min/Std.
Holzverarb. Ind., Nordrh.	GHE	6500	4,75%
Metallindustrie	IGM	593300	4,2%, f. d. Mon. Februar 120 DM
Feinmechanik, Nieders.	IGM	6500	4,5%
Elektro- und Stahlind.	IGM	300200	4,2%, Laufzeit 14 Monate
Seidenindustrie, NRW	GHK	12100	3,99%, Stufenl. 0,66% ab 1.11.82
Seidenindustrie*	BBE		3,5%, Stufenl. 0,7% ab 1.10.82
Druckindustrie	Drupa		4,2%
Öffentlicher Dienst*	OTV		3,6%, Einmalzahlung 40 DM
Versicherungen	HBV	200000	4,2%
Bäckerhandwerk, Nieders.	NOG	25000	4,22%, Arbeitszeit f. Verkaufsförderung von 41 auf 40 Std.

* Bisher erst Schlichtungsprozeß, dessen aber die Gewerkschaftsvertreter zugestimmt haben.

(aus KVZ-Extra, 1.5.82)

„Behaltet euren Sozialplan — Wir wollen unseren Arbeitsplatz“

Nach den Massenentlassungen bei Triumph-Adler (1.600) und den Vereinigten Deutschen Metallwerken VDM (1.700) rollt die Welle von Betriebsstillegungen, Massenentlassungen usw. in Betrieben der Frankfurter Metallindustrie weiter. Die Situation auf dem Frankfurter Metall-Arbeitsmarkt ist so verheerend, daß eine Entlassung auf unabsehbare Zeit zur Dauerarbeitslosigkeit wird: 60 % der entlassenen VDM-Kollegen haben bis jetzt noch keine neue Stelle gefunden.

In dieser Situation führte die geplante Verlagerung einer Teilproduktion bei Rockwell-Golde in Frankfurt zu einer mehrtägigen Werkstorbeseitzung. Rockwell-Golde ist ein Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie und stellt Schiebedächer und Fensterheber (VW Golf und Volvo) her. Die Firma gehört zum Rockwell-Konzern, der weltweit 100.000 Menschen beschäftigt (Rockwell produziert in den USA das Space-Shuttle-Programm). Im Februar wurde bekannt, daß von den 340 Kollegen im Frankfurter Werk 115 entlassen werden sollten, weil die Geschäftsleistung die Fensterheberproduktion nach Como/Italien verlagern wollte. Nachdem der Betrieb von 900 Beschäftigten (1974) auf 340 „runtergefahren“ und die Belegschaft schon dreimal mit Sozialplänen verkleinert wurde (jedesmal sollten die restlichen Arbeitsplätze dadurch „gesichert“ werden), lehnte der Betriebsrat diesmal von Anfang an Verhandlungen über einen Sozialplan und Massenentlassungen ab. In deutlichem Unterschied zur Strategie der IGM-Ortsverwaltung, die in allen bisher stattgefundenen Konflikten bestmöglich auf einen höheren Sozialplan orientierte, klärte der Rockwell-Betriebsrat die Kollegen von Anfang an darüber auf, daß der beste Sozialplan nichts nütze, wenn anschließend Dauerarbeitslosigkeit kommt. Neben dem Betriebsrat waren es auch ehemali-

ge und heute arbeitslose VDM-Kollegen, die ihre Erfahrungen weitergaben und in Flugblättern und Gesprächen die Kollegen informierten.

In einer Phase gesteigerter Unruhe im Betrieb begann die Geschäftsleitung mit einer Reihe von Provokationen (Feststellung von „Räufelführern“ in Diskussionen u. a. m.) und ging schließlich soweit, eine Werkshalle abzuschließen, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter an den Maschinen „vergreifen“. Mit dieser kalten Aussperung war der Bogen überspannt: Sofort wurden die Werkstore besetzt und die Abfahrt fertig beladener LKWs verhindert. Nach fünftägiger Torbesetzung, Nervenkrieg und Verhandlungen endete der Kampf schließlich mit einem Teilerfolg:

- die angekündigten Entlassungen sind „zunächst“ vom Tisch;
- die Streiktage werden bezahlt, und es gibt keinerlei arbeitsrechtliche Maßnahmen.

Die Kröte, die die Kollegen schlucken sollten, besteht darin, daß über die Wegrationalisierung von 50 bis 70 Angestelltenarbeitsplätzen verhandelt werden soll. Außerdem soll versucht werden, mit anderer Produktion des Konzerns und Kurzarbeit eine „Durststrecke“ bis 1984 zu überbrücken. Die kämpferischen Teile der Belegschaft (vor allem türkische Kollegen) haben bis zum Schluß versucht, auch diese Punkte vom Tisch zu bekommen, was ihnen aber nicht gelungen ist. Insgesamt kann man aber von einem beachtlichen Teilerfolg ausgehen. Vor allem die enorme Geschlossenheit und Zielstrebigkeit hat dazu geführt, daß der Kampf der Rockwell-Kollegen große Anerkennung unter den Frankfurter Metallern und darüber hinaus gefunden hat.

Mit Sicherheit hat der Ausgang des Konflikts bei Rockwell-Golde auch die Auseinandersetzung bei DEMAG/

Mannesmann beeinflußt. Bei der DEMAG sind ca. 630 Kollegen beschäftigt. Die Produktion soll teilweise in ein Zweigwerk in Simmern/Hunsrück verlagert werden. Insgesamt geht es um 200 Arbeitsplätze. Die Belegschaft sieht diese Verlagerung als die Vorstufe zum endgültigen „Aus“ für das Frankfurter Werk an. Ähnlich wie bei VDM kursierten auch bei DEMAG Gerüchte über einen möglichen Verkauf des günstig gelegenen Firmengeländes.

Nachdem es am 16. April einen kurzen Warnstreik gab, herrschte zunächst wieder Ruhe, bevor am 28. April eine Torbesetzung begann, die bis zum 10.5. andauerte. Auch dieser Kampf hat die Unterstützung anderer Belegschaften. Ähnlich wie bei VDM hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Im

Unterschied zu den Auseinandersetzungen bei Triumph/Adler, VDM und Rockwell, wo die IGM-Ortsverwaltung sich zum Teil in skandalöser Nichtstun- und Abwiegelerei hervortat, unterstützt sie die Torbesetzung bei der DEMAG.

So am die Spitze gespart, kontrolliert sie allerdings auch recht gut die Entwicklung der Auseinandersetzung. Als „Joker“ in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung präsentierte die Ortsverwaltung Eugen Loderer, der als stellvertretender Vorsitzender im Mannesmann-Aufsichtsrat sitzt.

Günther Otto, 1. Bevollmächtigter der Frankfurter IGM, behauptet, Loderer sei vom Mannesmann-Konzern „nur unvollkommen“ informiert worden (7). Zu den angekündigten und am

17. Mai ausgesprochenen fristlosen Kündigungen von 18 Torbesetzern meinte Otto noch am 30.4.: „... ein Weltunternehmen wie Mannesmann könne es sich wohl kaum leisten, durch fristlose Kündigungen und andere Maßnahmen gegen die beteiligten Arbeitnehmer in Frankfurt vorzugehen“ (nach „Frankfurter Neue Presse“ vom 30.4.).

Ob es der IGM-Spitze gelingt, mit solchem Schnick-Schnack ihr rampo-

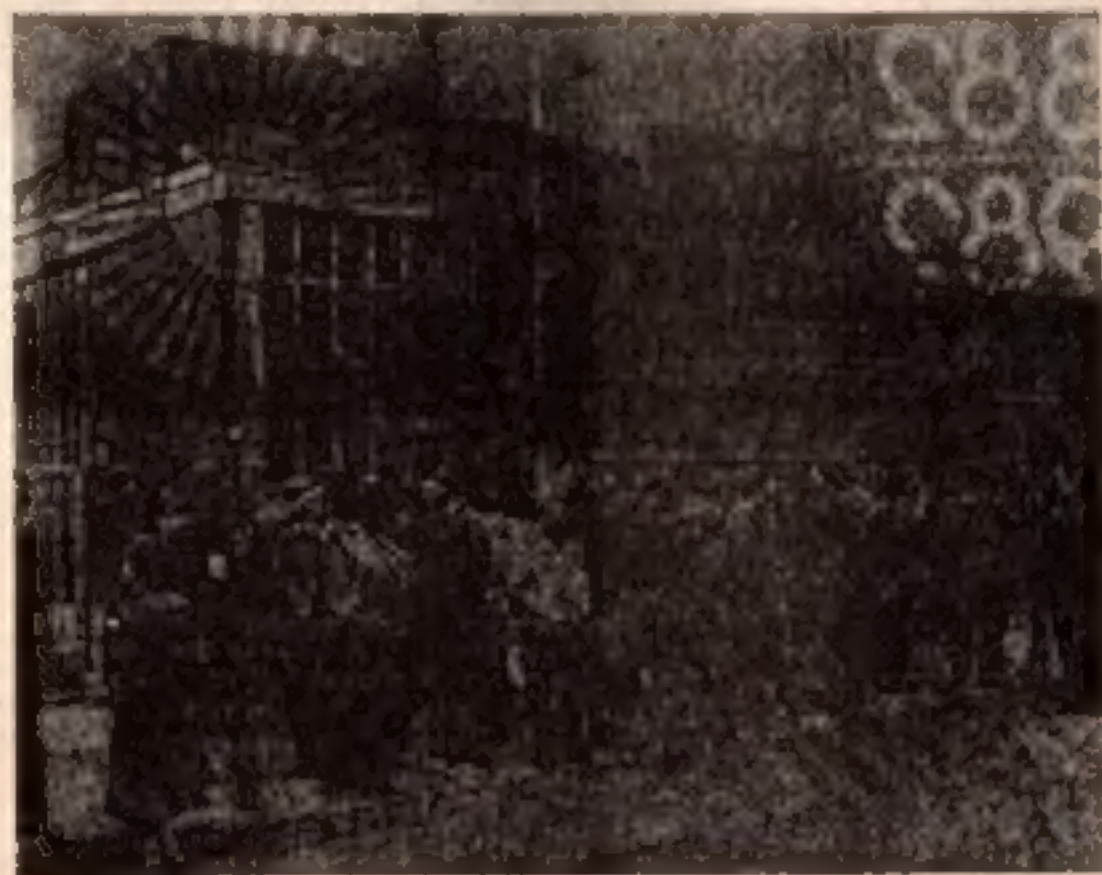
niertes Image wiederherzustellen, darf bezweifelt werden. Dies wird auch davon abhängen, welches Ergebnis bei der Beendigung des Kampfes am 10.5. tatsächlich erzielt wurde. Angeblich sollen die Entlassungen auf ca. 50 Kollegen (nach anderen Informationen: 30) beschränkt werden. Das Frankfurter Werk soll nicht geschlossen werden und „andere Produktionen“ übernehmen. Die Streiktage werden nicht bezahlt, die fristlosen Kündigungen hingegen zurückgenommen; arbeitsrechtliche Konsequenzen soll es nicht geben.

„Ruhe“ wird damit wohl kaum in der Frankfurter Metallindustrie einkehren. Es wird bereits gemunkelt, daß als nächstes bei Hartmann & Braun sowie bei VDO Entlassungen anstünden.

Unter Betriebsräten und Gewerkschaftlern kursiert nun das Schlagwort vom „neuen Bewußtsein“, das man heute, in der Krise, brauche. Dies, so war in einer Rundfunksendung am 2. Mai zu hören, betreffe auch das Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Kollegen. In den Kämpfen habe es keine nationalen Vorurteile gegeneinander gegeben. Nur gemeinsam sei man stark.

Schade, daß so etwas nur im „Programm für unsere ausländischen Mitbürger“ zu hören ist.

KB/Gruppe Frankfurt



Fälschung — oder: Mit welchen Methoden im DGB Politik gemacht wird

Ob nun in Sachen „kommunistischer Unterwanderung“, zum Thema Atomkraftwerke, Wohnungs- oder Friedenskampf — eine Zeitschrift im ohnehin nicht gerade pluralistischen Blätterwald des DGB hebt sich dennoch von allen ab. Gemeint ist die IG Bergbau und Energie (IGBE) und ihre rechte Kampfschrift, die „einheit“. Wo immer es um die Behandlung gesellschaftlicher Minderheiten, um außergewerkschaftliche politische und soziale Bewegung geht, drischt sie drauf los und überschreitet nicht selten auch Schwellen, die selbst Springers „Bild“ aus Opportunitätsgründen von Zeit zu Zeit berücksichtigen mag. Daß auch hinsichtlich der journalistischen Methoden die Redakteure der „einheit“ einen Vergleich mit Springers Schreiberrängen keineswegs zu scheuen brauchen, verdeutlicht schon ein kurzer Blick in diese Zeitung.

Daß hier wo dort gelogen, zensiert, entstellt wird, beweist das nachstehende Schriftstück von Georg Benz (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGM und hier verantwortlich für die Jugendarbeit) an seinen Kollegen Helmut-Werner Meyer (geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IGBE). Es ist datiert auf den 11. November letzten Jahres, gelangte aber erst jetzt auf Umwegen an die Öffentlichkeit (dokumentiert in: „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Heft 4/82). Benz beschränkt sich in seinem Brief auf die Behandlung der DGB-Jugendarbeit durch die „einheit“ und konzentriert sich im wesentlichen auf zwei Punkte, an denen er der „einheit“ Zensur und größte Fälschung nachweist. Insgesamt hat Benz seinem Brief elf derartige Artikel als Kopie beigelegt (liegen uns nicht vor). Elf Artikel allein aus den letzten Publikationen der „einheit“, und das wohlgernekt nur zum Thema Jugendarbeit des DGB.

Worum ging es?

Benz Kritik richtet sich allgemein gegen die rechtslastige und entstellende Darstellung der DGB-Jugendarbeit in der „einheit“. Der konkrete Anlaß seines Briefes ist deren Berichterstattung über das IBFO-Jugendtreffen Ende August 1981 in Sevilla, für ihn das Faß zum Überlaufen brachte.

Im Mittelpunkt der Auseinander-

setzung in Sevilla stand die Diskussion und Verabschiedung einer Resolution zum Thema Frieden und Abrüstung. Schon im Vorfeld scheiterte der Versuch der Rechten, die Jugenddelegationen der Einzelgewerkschaften auf eine gemeinsame „ausgewogene“ Resolutionsvorlage festzulegen. Versuche des DGB-Bundesjugendsekretärs Brauser, im Einklang u. a. mit den Vertretern der IGBE, eine besondere Bedrohung durch die Sowjetunion (SS 20) in die Debatte zu bringen und in der Resolution zu verankern, scheiterten an den Mehrheitsverhältnissen in Sevilla. Während sich schließlich auch die Mehrheit der westdeutschen Delegierten auf eine Resolution einigte, in der u. a. die einseitige Abrüstung des Westens gefordert wurde, erstarrte Brauser für seine Ausführungen Mißfallens- und Kundgebungen.

Dies war der Anlaß für eine Artikelserie in der „einheit“, in der die Mehrheit der westdeutschen Delegierten als „Friedensimperialisten“ diffamiert wird, wobei auch behauptet wird, daß vor allem hauptamtliche Jugendsekretäre der „dogmatischen Linie“ gefolgt wären und dabei Absprachen gebrochen hätten.

Ganz gezielt pickte sich dann die „einheit“ Exponenten der Mehrheit der westdeutschen Delegation heraus. Neben Horst Richter (IGM-Bundesjugendsekretär) wurde auch Georg Benz angegriffen.

Sevilla war für die „einheit“ willkommenes Anlaß, das Gespenst von der „kommunistischen Unterwanderung“ auszumalen und dabei zunehmend Vertreter kritischer Positionen auf höherer Funktionärsstufe ins Schußfeld zu bringen.

Der DGB steigt ein

Die Berichterstattung von Norbert Römer in der „einheit“ schien der Mehrheit der DGB-Führung so zu gefallen, daß derselbe Autor nunmehr auch die Möglichkeit bekam, seine Ansicht über Sevilla auch noch in der DGB-Funktionärszeitschrift die „Quelle“ zu publizieren, ohne daß der Mehrheit Gelegenheit gegeben wurde, ihre Position darzustellen. Die von Römer ausgedachten Stories wurden hier erneut aufgetischt, die Namen Benz und Richter wurden auch hier angeführt. Die hierauf aufbauende Kommentierung

der Ereignisse in Sevilla waren damit offiziell „Allgemeingut“ des DGB und so konnte sie sonnmehr ohne Bedenken auch von Zeitungen wie der „Frankfurter Rundschau“ — die Positionen, wie sie in der „einheit“ vertreten werden, eher reserviert gegenübersteht — publiziert werden.

Der massive Druck auf die hiesigen Funktionärebene der DGB-Jugendarbeit hat sicher mit dazu beigetragen, daß sich praktisch alle DGB-Jugendsekretäre (mit Ausnahme von Horst Richter — IGM — und Dretel Schmidt — HBV —) der Einzelgewerkschaften in der Jugendfunktionärszeitung „Solidarität“ (Ausgabe 9/10/81) genötigt sahen, sich direkt oder indirekt von der westdeutschen Delegationsmehrheit zu distanzieren. Die Auswertung von Sevilla wurde somit gewerkschaftsintern eindeutig ein Punktstieg der Rechten. Auch die Tatsache, daß auf der nachfolgenden Bundesjugendkonferenz im November ein Beschluß zum Thema Frieden und Abrüstung nicht zustande kam und somit der DGB-Jugend in dieser Frage weiterhin die Hände gebunden sind, dürfte ebenso zu den „Nachwirkungen“ von Sevilla gehören.

Schweigen im Walde ...

Im Gegensatz zur „Bild“-Zeitung, deren Lumpenjournalismus hin und wieder durch Enthüllungen a la Wallraf aufgedeckt wird, scheint die Gefahr einer Veröffentlichung vergleichbarer Fälle bei der Gewerkschaftspresse kaum zu bestehen. Der Brief von Benz war lediglich für die Mitglieder des IGM-Vorstands gedacht, also keineswegs für die (Gewerkschafts-)Öffentlichkeit.

Benz ist in dieser Angelegenheit ein Beispiel für das Verhalten vieler Kritiker im DGB. Im falschen Verständnis von „Einheitsgewerkschaft“ legen sie sich Zurückhaltung auf bis hin zur Selbstzensur, während die Rechten im DGB öffentlich draufloslaufen und — wie im dokumentierten Brief geschehen — dabei selbst hohe Funktionäre anderer Gewerkschaften pameitlich diffamieren, entstellen und zensieren. Die unheilvolle Allianz von schweigsamer Abstinenz über stille Toleranz bis hin zur offenen Deckung sorgt dafür, daß solche Schweinereien nie oder höchst selten und durch Zufälle an das Licht

der (Gewerkschafts-)Öffentlichkeit gelangen. Dies ist gewiß eine Ermütigung der Rechten, mit diesen Methoden auch weiterhin „Gewerkschaftsmelange“ zu produzieren.

Trotz Nachweises von Georg Benz wurde die auf Fälschungen aufgebaute Berichterstattung von Römer nicht richtiggestellt. Der Brief, der dies dokumentiert, ist schlichtweg ignoriert worden. Offensichtlich gehört dieser Vorfall zu einem der zahlreichen Kapitel des DGB, in denen er sich seine eigenen Gesetze gibt; in diesem konkreten Fall schien es halt opportun, selbst einfachste Geflogenheiten bürgerlichen

Presserechts für sich außer Kraft zu setzen. Die DGB-Führung deckt nachgewiesene Fälschungen, wenn es in ihr politischen Kalkül paßt.

Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, wer heute mit seiner Position in den Führungsgremien der „größten Friedensbewegung“ gefragt ist. Die DGB-Linke täte gut daran, ihre falsch verstandene Zurückhaltung aufzugeben, die Machenschaften, mit denen solche Positionen nach oben gepowert werden, aufzudecken und öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Gegendarstellung

„Zumutbar: Ehrenberg auf dem Bau“ überschreibt der ARBEITERKAMPF 220 eine Polemik, in der der Eindruck erweckt wird, einem ehemaligen Minister könne aufgrund der neuen Zumutbarkeitsbestimmungen ein Wechsel zur Arbeiterrentenversicherung und eine Aushilfsfähigkeit auf dem Bau zugemutet werden. Der Zweck dieser und ähnlicher tendenziöser Veröffentlichungen („Sozialstaat gerupft“, „Sozialabbau“ etc.) ist es, Unsicherheit unter den abhängig Beschäftigten zu verbreiten und die Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition in den Dreck zu ziehen. Tatsache ist, wie ich schon bei der Vorstellung des sich aus der „Operation 12“ ergebenden neuen Sozialversicherungsrechts sagte, daß unsere soziale Sicherung Bestand hat.

Da Sie sich in der Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF 220 mit meiner Person auseinandersetzen und die Vision einer Abqualifizierung zu einer Aushilfsfähigkeit auf dem Bau entwerfen, will ich Ihnen an diesem Beispiel aufzeigen, daß die soziale Absicherung in der Bundesrepublik in keiner Weise dem von Ihnen entworfenen Horrorgemälde entspricht.

Tatsache ist, wie Sie schon richtig vermuteten, daß ich als Minister aus dem Kabinett Schmidt ausgeschieden bin. Sie verkennen aber völlig das System der sozialen Sicherung, wenn Sie davon ausgehen, daß ich, nachdem ich am 29.4. aus der Hand unseres Bundespräsidenten meine Entlassungsurkunde

in Empfang genommen hatte, den Weg zum Arbeitsamt antreten mußte. Unser sozialer Rechtsstaat ermöglicht mir für drei Monate den Weiterbezug meines Ministergehalts in Höhe von 16.300 DM monatlich. Da ich auch dem 8. Deutschen Bundestag als Abgeordneter angehöre, beziehe ich zusätzlich Abgeordnetenentlohn in Höhe von 3.750 DM sowie eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 4.300 DM. Nach dieser Drei-Monats-Frist erhalte ich für die Dauer von 33 Monaten das um die Hälfte gekürzte Ministergehalt, also monatlich 8.250 DM, wozu dann noch die Abgeordnetenentlohn zu rechnen sind. Wenn dieses Übergangsgeld in drei Jahren ausläuft, so werde ich knapp 7.000 DM Ruhegeld erhalten. Sollte ich auch in den 9. Deutschen Bundestag gewählt werden, so betrüge mein Einkommen 7.000 DM Pension, 1.750 DM Abgeordneten-Entlohn sowie 4.300 DM Aufwandsentschädigung, was zusammen ungefähr 13.000 DM ausmacht.

Ich gebe gerne zu, daß nicht alle Bundesbürger, die eine Arbeit aufgeben müssen, derart gut gestellt sind. Nur kam der Versuch, das System unserer sozialen Sicherung gerade am Beispiel meiner Person in den Schmutz zu ziehen, von Ihnen.

Ich erwarte, daß Sie diese sachlichen Richtigstellungen Ihren Lesern zur Kenntnis geben.

Herbert Ehrenberg

Über die Rolle der SPD an der Restauration der alten kapitalistischen Machtverhältnisse sowie der Remilitarisierung in der BRD ist heute zumindest einiges bekannt, über den Anteil und die Rolle des DGB dagegen viel zu wenig.

Wenn überhaupt, so steht im Mittelpunkt der Kritik an der damaligen Politik der DGB-Führer der Vorwurf der „Halbherzigkeit“, ihrer mangelnden Entschlossenheit also, alle Kampfmöglichkeiten einzusetzen (bis hin zum Generalstreik), um diese Entwicklung zu verhindern, ihre Fixierung auf das Parlament, der reine Appellationscharakter ihrer Forderungen usw.

Im Grunde ist diese „Kritik“ verschleiend, denn sie unterstellt der damaligen DGB-Führung, überhaupt ein grundlegendes politisches Interesse an der Verhinderung von Restauration und Remilitarisierung gehabt zu haben. Das teilweise wortradikale Oertse einiger Gewerkschaftsführer zu diesem Thema, einige Resolutionen usw. müssen als Beleg für diese Behauptung herhalten. Gescheitert sei dieser „Kampf“, weil diesen Entwicklungen aufgrund der reformistischen Illusionen und Beschränkungen des DGB-Apparats nicht konsequent genug entgegengetreten werden konnte. Eher umgekehrt wird ein Schuh draus. Denn gerade weil alle Reformisten sind, haben die DGB-Führer nie auch nur beabsichtigt, die Wiederherstellung der alten Verhältnisse oder die Aufstellung einer Armee aufzuhalten oder zu verhindern. Denn der Reformismus kann als politisches System und als Apparat nur im Rahmen der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft leben und hat daher nie Schwierigkeiten mit der Lücke in Notwendigkeiten kapitalistischer Politik gehabt. Seine Funktion besteht vor allem darin, die Arbeiter mit den Erfordernissen und geforderten Opfern dieser Politik auszuheilen, zumindest aber ihren Widerstand „in Grenzen“ zu halten. Das gilt besonders für die Geschichte des deutschen Reformismus und erst recht für die von extremem Antikommunismus und — als Gegenstück dazu — extremer prowestlicher (= kapitalistischer) Orientierung geprägten westdeutschen DGB-Führung.

Die Remilitarisierung (mit dem offiziellen Nato-Befehl 1953) signalisiert nur das Ende einer Phase, in der sich der alte deutsche Imperialismus (wenn auch auf kleinerem Territorium) innen- und außenpolitisch restauriert hatte und sich nun mit dem Aufbau einer Armee darankam, die alten Ziele, nunmehr an der Seite des US-Imperialismus, zu verfolgen.

Alle entscheidenden Schritte, die in diese Richtung führten — die Westintegration, Gründung eines westdeutschen Teilstaates, Beibehaltung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, stramme antikomunistische Ausrichtung im Inneren usw. — wurden von der DGB-Führung nicht etwa nur geduldet, sondern aktiv befürwortet und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt. D.h. natürlich nicht, daß sie in allen Fragen mit der offiziellen Politik konform gingen; ihre Vorstellungen stellten sie jedoch überhaupt nicht grundsätzlich in Frage, sondern waren nur reformistische Varianten dieser Politik. Selbst mit ihren Reformvorschlägen lagen die Gewerkschaftsführer allerdings sehr schnell auf dem Bauch, begriffen sie es doch als ihre Hauptaufgabe, für Ruhe an der „Arbeitsfront“ zu sorgen, um eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung der imperialistischen Ziele zu schaffen.

Einen nicht unerheblichen Anteil an der Entwicklung dieser Politik hatten die Westalliierten, vor allem die USA und England. Es ist eine irrtümliche Annahme, die DGB-Gewerkschaften seien nach 1945 aus den Betrieben und ihren Kämpfen entzogen. Betriebsräte, Aufsichtsräte, Ausschüsse und lokale gewerkschaftliche Gruppen drückten hier vielmehr den direkten Willen der Arbeiter aus. Tatsächlich wurde der DGB-Apparat von denselben sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern aufgebaut, die schon in der Weimarer Republik an der Spitze standen und die Arbeiterbewegung dem Faschismus des Meier lieferten (deshalb ist es auch sinnvoll, kurz auf diese Phase einzugehen). In der Gewerkschaftspolitik und ihrer politischen Orientierung gab es also eine personelle und politische Kontinuität.

Nur war allerdings, daß von der ersten Stunde an die Westalliierten entscheidenden Einfluß auf Politik und Aufbau der westdeutschen Gewerkschaften nahmen, vor allem im Sinne einer strikten antikomunistischen Ausrichtung. Hier kam ihnen ein Obacht politischer und personeller Bindungen zugute, das sich während der Exilzeit sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer in ihren Gastländern herausgebildet hatte. Der englische und amerikanische Geheimdienst, die britischen und amerikanischen Gewerkschaften (die ja bekanntlich engsten aus dem Geheimdienst kooperierten) und verschiedene Stellen und Organisationen



den der westlichen Militärregierungen in den Westzonen standen Parte bei der Entwicklung des DGB-Apparats.

Der Untergang

„Rei- und Hilflosigkeit ... herrschten bei denen, die das Verhängnis sahen, ohne die Kraft zum Widerstand zu finden“, so beschreibt die IG Metall in einer Jubiläumsschrift die Haltung des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) in der Weimarer Republik zur Errichtung der faschistischen Diktatur 1933. Diese Art von „Geschichtsschreibung“ soll offensichtlich die wirkliche Rolle der Gewerkschaftsführer bei Vorbereitung und Errichtung des Faschismus verschleiern helfen.

Schon vor dem Januar 1933 unterstützte die ADGB-Führung mehr oder weniger stark verschiedene Notstandsregierungen und erwog sogar den Eintritt ihres Vorsitzenden Leipart in ein Kabinett (diese Regierungen herrschten nur noch mit sogenannten Notvollmachten und ernannten Hitler den Weg). Diese Politik des „Bürgerfriedens“ mit den reaktionären Kräften, das Angebot der Gewerkschaftsführer, den ADGB direkt in den Staat zu integrieren, führte zu zunehmenden Differenzen mit der SPD, deren Vorwürfe allerdings von Leipart selbstbewußt abgebuget wurden. „Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen“. Bei der NSDAP, deren Bügel wurden, „wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen“. Bei der NSDAP, deren Machübernahme unmittelbar bevorstand, rief diese Erklärung helles Entzücken hervor: „... Sie eröffnen weite Ausblicke in die Zukunft“ (beides zit. nach H. Heer, Bürgerfrieden oder Klassenkampf, S. 99).

In der Tat. Als am 30. Januar Hitler die Macht übernahm und große Teile der Arbeiterklasse auf ein Zeichen aus des Gewerkschaftszentralen zum aktiven Widerstand und Niederschlagung der Nazi-Diktatur warteten, wogelten die Gewerkschaftsführer ab: „Kühles Blut und Besonnenheit ist erstes Gebot“, „Organisation nicht Demonstration“, das ist die Parole der Stunde“. Zwar seien die Forderungen nach Generalstreik „menschlich begreiflich“, aber die Gewerkschaften würden „die Interessen der deutschen Arbeiter schädigen, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden“ (alles ADGB-Zitate, nach Heer, S. 101).

Trotz des faschistischen Terrors gegen Gewerkschaftler, Massenverhaftungen, Totschlag und Verwundungen vieler Gewerkschaftsführer durch SA-Banden, bot Leipart Hitler am 31. März schriftlich die Mitarbeit des ADGB als unpolitischem Verband in der Nazi-Diktatur an; am 29. März sagte er abermals Hitler die endgültige Lösung von der SPD zu (Heer, S. 106). In Hamburg wurde diese Unterwerfungspolitik konsequent in die Tat umgesetzt. Im April 33 sagten sich in der Bürgerschaft die fünf gewerkschaftlichen Vertreter von der SPD-Fraktion los, getrieben von der vagen Hoffnung, so den Bestand ihres gewerkschaftlichen Apparats zu sichern (J. Klein, Hand in Hand gegen die Arbeiter, S. 197).

Die ADGB-Führer hatten mit dem Faschismus ihren Frieden geschlossen. „Die Forderung eines gesunden Sinnes und Volkes“, also die faschistische „Volksgemeinschaft“ war das erklärte Ziel der Führer. Gewerkschaft wurde mit den Nazis um den Erhalt des bürokratischen Apparats, dessen Nutzung die

Gewerkschaftsführer den Nazis für die Verwirklichung ihrer Ziele anbot. Daß sie sich dabei durchaus über die Art dieser faschistischen Ziele keinen Illusionen hingaben, zeigen folgende Auszüge aus der Gewerkschaftszeitung vom 15. April 1933:

Ohne die Arbeiterkraft sei „weder eine friedliche Entfaltung noch eine kriegsrechtliche Auseinandersetzung der Nation möglich. Beides, die friedliche Entwicklung wie die gewaltsame Lösung, liegen im Schoße der nächsten Zukunft. Man erinnere sich, daß die Haltung der deutschen Arbeiterschaft beim Ausbruch des großen Krieges 1914 zunächst unklar abwartend, differenziert war. Erst die Stellungnahme der Spitzenverbände der damaligen Generalcommission der Gewerkschaften, gab der schwankenden Massenstimmung die einheitliche Willensrichtung. So vollzog sich das „deutsche Wunder“, die überwältigende Einmütigkeit eines Volkes, die nicht wenig zu den strategischen Erfolgen beitrug ... Die positive Einstellung der Arbeiterschaft zu gemeinsamen nationalen Aufgaben (ist) nur durch die zentrale eigene Willensbildung gewährleistet“ — damit war der ADGB gemeint (zit. nach Heer, S. 174f).

Diese Herren haben gewußt, welche „gemeinsamen nationalen Aufgaben im Schoße der Zukunft“ der Weg bevorstand — und boten kaum noch verdeckt den Faschisten geflüsterlich ihre Dienste als Vollzugsgehilfen an!

Geholfen hat's ihnen allerdings auch nicht mehr allzu viel. Nachdem der ADGB die deutsche Arbeiterklasse auch zur „Pflichterfüllung“ an den faschistischen Märfen 1933 aufgerufen hatte, wurde er am 2. Mai verboten.

Die Gewerkschaftsführer hatten allerdings unter dem neuen Regime ein anderes Schicksal als die meisten deutschen Arbeiter und Widerstandskämpfer zu tragen. Hohe Funktionen, vor Gericht gestellt, wurden freigesprochen bzw. mit „milden“ Urteilen bedacht. Vielen gelang — z.T. ohne „Fluchthilfe“ der Nazis — der Weg ins Exil. Einige stellten sich dem deutschen Staatsapparat weher zur Verfügung, sei es als „Orientierung“ im Auswärtigen Amt (Furtwängler) oder als fachliche Berater für die Nazi-Gruppeneinrichtung (W. Pahl, der übrige — nach repräsentativ, aber bezeichnend — bis 1933 Chefredakteur des theoretischen DGB-Organ „Gewerkschaftliche Monatshefte“ war).

Es ist sinnvoll, sich dieser Entwicklung vor 1933 zu erinnern, wenn man die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Gewerkschaften richtig verstehen will, denn zwischen beiden besteht eine enge politische und personelle Kontinuität.

Natürlich hat es viele Gewerkschaftler gegeben, die gegen den Faschismus kämpften und von denen viele ihr Leben ließen, aber es waren Gewerkschaftler, die keinerlei Einfluß auf die Politik des ADGB hatten — und nach der Niederlage des deutschen Faschismus auch keinen Einfluß im neuen DGB erlangten. E. Schmidt hat in seinem Buch „Die verhinderte Neuordnung“ (S. 481f) nachgewiesen, daß es diejenigen ADGB-Führer waren, die mit den Faschisten kooperierten, die später den DGB aufbauten. Für die Entwicklung in der BRD hatte das weitreichende Folgen.

Liberty und DGB

Der Anteil des DGB an Restauration und Remilitarisierung — seine Zusammenarbeit mit den amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO und der CIA

Gewerkschaftsführer im Exil — die Restauration wird vorbereitet

Die meisten ADGB-Führer emigrierten ins Ausland, wo sie eigene Gewerkschaftsgruppen aufbauten. Die wenigen Verbindungen zu den in Deutschland kämpfenden illegalen Gewerkschaftsgruppen brachen — vor allem nach Ausbruch des 2. Weltkrieges — aufgrund des faschistischen Terrors schnell ab, so daß sich die Arbeit der Exilgruppen auf die gegenseitige Entlastung und die Linderung von Vorstellungen für die Nachkriegszeit wach konzentrierte.

Großere Gruppen gab es in den USA, England, Schweden, Frankreich und der Schweiz, wobei es im folgenden hauptsächlich um die ersten beiden geht.

Hier im Exil, wo die Emigranten-Gruppen Mitglieder der nationalen Gewerkschaften sein mußten (in England TUC, in USA waren es AFL und CIO, in Frankreich CGT), entstanden enge Verbindungen, Kontakte und konzentrierte Einflüsse zwischen den emigrierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, den nationalen Gewerkschaften und staatlichen Stellen, die stark den Aufbau der westdeutschen Gewerkschaften prägen sollten.

Entscheidender Stellenwert kam natürlich der Diskussion darüber zu, welchen Charakter und welche Rolle die Gewerkschaften in Deutschland spielen sollten — ohne daß darüber eine klare gemeinsame Programmatik erarbeitet worden wäre. Übergangsweise bestand zwar in der Auffassung, daß die Gewerkschaften in Zukunft eine „zentrale Rolle“ spielen sollten, wieweit aber ihre Einflüsse politisch oder ökonomisch Entscheidungen reichen sollte, blieb „unklar“ (folgt hier was das höchste der Gefühle die Forderung nach „Mitbestimmung“ in wirtschaftlichen und politischen Gremien). Während die meisten Landesgruppen die Sozialdemokratie der Grundstoffindustrie und des Schiffbaus forderten (was ihnen bereits als der Anbruch des Sozialismus galt), umschiffte die US-Landesgruppe dieses Thema geistlich. J. Klein führt dies vor allem auf den starken Einfluß des AFL (American Federation of Labor) zurück.

Dem späteren Antikommunismus in den westdeutschen Gewerkschaften wurde schon im Exil die Weichen gestellt. Die amerikanische Landesgruppe bekannte sich ausdrücklich dazu, die britische setzte ihn sogar noch während des Krieges praktisch um. 1943 (!) lehnte sie Aufnahmeanträge von Emigranten „wegen früherer RGO-Teilnahme“ ab (Klein, S. 106); damit war das Verhältnis zu den Kommunisten eindeutig festgelegt. Es ist wohl in diesem Zusammenhang nicht ganz uninteressant, daß die Landesgruppe enge Kontakte zum sozialdemokratischen Parteivorstand unterhielt, der ebenfalls nach London emigriert war.

Nicht anders war es bei der Frage, ob sich die Arbeiter in Industrieverbänden oder in einer Einheitsgewerkschaft organisieren sollten. Bei ersterem folgt der Zusammenschluß der kapitalistischen Arbeiterbewegung, Holz- und Metallarbeiter z.B. organisieren sich in verschiedenen Branchengewerkschaften, während sie sich bei der Einheitsgewerkschaft in einem Verband vereinigen. Diese Frage spielte damals eine

große Rolle. Alle in Deutschland illegal kämpfenden Gewerkschaften sprachen sich für die Einheitsgewerkschaft, gegen den Industrieverband aus (wie sie sich ebenso selbstverständlich für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ausgesprochen). Alle spontanen Gewerkschaftsgründungen nach 1945 waren wie selbstverständlich nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufgebaut. Sie wurden meist von den Sozialdemokraten aktiv sabotiert und von den Militärregierungen verboten. Mit einem derart unklaren, reformistischen Gesellschaftsprogramm, dafür einer unsozialeren antikomunistischen Ausrichtung, gestützt und gestützt von prowestlichen (= kapitalistischen) Gewerkschaften und staatlichen Institutionen — so kehrten 1945/46 die alten ADGB-Führer nach Deutschland zurück. Für die Westalliierten ein idealer „Partner“ gegenüber der Arbeiterklasse in den Westzonen, die prowestliche Restauration der alten kapitalistischen Verhältnisse durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und amerikanischen Institutionen, insbesondere dem AFL/CIO, ist heute etwas heller geworden. Es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen.

Eine Gewerkschaft steht dem DGB Pate

Daß der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL/CIO eng mit der CIA zusammenarbeitet, ist spätestens seit den sechziger Jahren durch eine Fülle von Fakten und Enthüllungen ehemaliger Agenten (u.a. Philip Agee) belegt. Von den Gewerkschaftsführern selbst wird diese Komplizenschaft zwar meist penetrant geleugnet, z.T. allerdings auf eine geradezu verblöffende Weise: „Ich bin sehr stolz auf die Arbeit, die wir im Ausland geleistet haben, und ich habe was dagegen, wenn der CIA sich jetzt vordrängt (!) und behauptet, er habe einen Teil davon vollbracht“ (George Meany, AFL/CIO Präsident, CIA-Mitarbeiter und Masfon). Wirklich gemein dieser CIA — mit Arbeit er mit einem zusammen, dann beschuldigt er diesen deswegen und das nur, um die Lorbeeren für die gute gemeinsame Arbeit für sich allein einzuhaken.

In der Tat braucht der AFL/CIO nicht sein Licht unter den Scheffel des CIA zu stellen. Schon während des 1. Weltkrieges entwickelte sich zwischen dem US-Staat und dem AFL (der CIO kam erst 1955 dazu) etwas Hebung der Kriegsmoral der amerikanischen Arbeiter eine institutionelle Zusammenarbeit. Während des 2. Weltkrieges wurde sie weiter ausgebaut, u.a. saßen Gewerkschaftsvertreter in Rekrutierungsbehörden und in der „Labor“-Abteilung des Office of Strategic Services (der OSS-Geheimdienst). „Labor“-Abteilung des Office of Strategic Services (der OSS-Geheimdienst war Vorläufer des 1947 gegründeten CIA). 1943 wurden erstmals AFL-Gewerkschaftler als sog. „Labor-Attaches“ den US-Auslandmissionen beigeordnet, innerhalb von 10 Jahren waren es an 34 Botschaften der USA in aller Welt vertreten, so auch ab 1943 in eigenen Abteilungen der „manpower-division“, bei der US-Militärregierung und der US-Hochkommission in Deutschland (entsprechende Einrichtungen mit „Gewerkschaftsbeauftragten“ gab es auch bei der britischen Militärregierung) — (dies und im folgenden hauptsächlich nach W. Link).

Um sich nicht dem Vorwurf des Erfüllungsgelübes der US-Regierung auszuweichen und die eigene politische Durchdringungsfähigkeit zu erhöhen, baute der AFL (und auch der CIO) zusätzlich ein „unabhängiges“ Netz gewerkschaftlicher Auslandsmissionen auf allen Kontinenten auf. Sündige Beauftragte des AFL für Europa bzw. Deutschland wurden Henry Rutz und Irving Brown, wobei zumindest für letzteren seine direkte Zusammenarbeit mit der CIA verbürgt ist (s. Marchetti/Marks in „CIA“, S. 84).

Für die Einflüsse auf die entstehende Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen konnte vor allem auf die im Exil entstandenen engen Verbindungen zu deutschen Gewerkschaftlern zurückgegriffen werden. Die Zurückkehrenden wurden — zumindest in der ersten Zeit — einer genauen Auswahl unterworfen. Die USA und England ließen direkt zum Kriegsende nur „ausgewählte“ Emigranten und dann auch nur über „Hilfsdienste“ der britischen und amerikanischen Armee oder über das OSS nach Deutschland zurückkehren, um das unmittelbare nach der Kapitulation entstandene politische Machtvakuum vornehmlich mit ihren Kräften auszufüllen. Wahrscheinlich veranlaßte diese Rolle „eine ganze Reihe“ Gewerkschaftsführer dazu, ihre Namen zu ändern, um nicht innerhalb der Arbeiterschaft bei ihrer neuen Auf-

gabe als „Handlanger“ der USA oder Englands angesehen zu werden (Informationen nach Klein, S. 244).

Viele ehemalige Emigranten traten in die direkten Dienste von AFL oder CIO. So kehrten Max Brauer (späterer Hamburger Bürgermeister) und Dr. Katz (als waren Vorsitzender bzw. Sekretär der deutschen Exilgruppen in den USA) als unmittelbare Beauftragte des AFL im Sommer 1946 in die britische Besatzungszone zurück, um hier im Sinne des AFL den Gewerkschaftsaufbau zu beeinflussen. Die beiden waren durchaus keine Einzelfälle: Hans Gottfrucht, Leiter der gewerkschaftlichen Landesgruppe in England, Mitglied im Präsidium des TUC, reiste mehrmals 1945-47 als Beauftragter des TUC in die britischen Staatssekretäre für Deutschland und Österreich, John Hynd, durch die westlichen Besatzungszone, um beim Gewerkschaftsaufbau zu „beraten“ und „eine gewisse, wenn auch nur sehr geringe Kontrollfunktion“ wahrzunehmen (Klein, S. 138). Das ist beschränkend. Tatsächlich wurden die Ratschläge des TUC, wenn sie von den westdeutschen Gewerkschaften nicht freiwillig angenommen wurden, ihnen von der Militärregierung aufgegeben.

So stellten sich schnell „Erfolge“ ein. Schon im April 1946 genehmigte die US-Militärregierung eine erste Konferenz der Gewerkschaften der amerikanischen Besatzungszone (Hessen, Baden-Württemberg, Bayern). Joe Keenan, AFL-Mitglied und Leiter der „manpower division“ bei der Besatzungsregierung stellte die Tagesordnung zusammen, beschloß die Gründung gewerkschaftlicher Kommissionen, deren Leitung jeweils einem Vertreter der „manpower division“ oblag und überwachte die Bildung eines Zonenausschusses, der „eng mit der Militärregierung zusammenarbeiten“ sollte (Klein, S. 326). Markus Schleicher lobte: „die zusage getretene Einmütigkeit zwischen der Militärregierung und den Gewerkschafts-Vertretern... es sei nun Aufgabe der einzelnen Delegierten, auf das, was sie hier gehört haben, bei ihrer Rückkehr in die Kreise der Arbeiterschaft hinarbeiteten“ (aus: Protokoll über die Gewerkschaftskonferenz... zit. nach Klein, S. 326).

Der Vollständigkeit halber sei noch das umfangreiche „Reiseprogramm“ erwähnt, von dem US-„Beobachter“ sagten: „die deutschen Gewerkschaftsführer werden durch ihren Aufenthalt in den USA tief beeinflusst werden und seien in der Position, diesen Einfluß weiterzuleiten“; oben erwähnter Markus Schleicher sei beispielsweise ein „Botschafter amerikanischer Demokratie“ geworden (zit. nach W. Link, S. 53).

Umgekehrt hielten sich sehr häufig führende Gewerkschaftsvertreter aus den USA zu „Beratungen“ in den Westzonen auf, u.a. George Meany (AFL-Präsident) und Walter Reuther (CIO-Präsident) (nach Link, S. 197). (AFL-Präsident) und Walter Reuther (CIO-Präsident) (nach Link, S. 197). Tom Braden, ein ehemaliger Agent, 1950-54 Leiter der Abteilung für internationale Organisationen beim CIA, sagte in den sechziger Jahren aus, daß dieser Walter Reuther Gelder vom Geheimdienst genommen habe, um Gewerkschaften in Westdeutschland „zu stützen“ (Marchetti/Marks, S. 85).

Unterschätzen sollte man auch nicht die zahlreichen Hilfsprogramme für die westdeutschen Gewerkschaften und die SPD (Papierzuteilung 1946-48 und Lebensmittellieferungen usw.) wurden allein vom AFL zweifach 1700 Gewerkschaften mit Care Paketen beschenkt — Maßnahmen, die helfen, eine positive proletarische „Grundstimmung“ zu schaffen.

Zentraler Impuls und Ziel in der Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und westdeutschen Gewerkschaftsführern war der militante Antikommunismus, oder wie sie es nannten, die „Abwehr der kommunistischen Unterwanderung“ aus dem Osten und die Integration der Westzonen in die kapitalistische Staatenwelt. „Die wichtigste Aufgabe, die sich heute bei der Entwicklung freier, demokratischer Gewerkschaften stellt, ist die Begrenzung des Einflusses der Kommunisten“. Gelänge die Abwehr der kommunistischen Gefahr nicht, „dann würde Rußland Herr über Deutschland sein und dadurch den gesamten Kontinent kontrollieren“ (aus Berichten des AFL, zit. nach Link, S. 57 und 66).

Es ist interessant, daß die amerikanischen Gewerkschaftsführer aufgrund ihrer guten Verbindungen und der genauen Kenntnis der Situation in Deutschland zu Lageberichten und daraus abgeleiteten Vorschlägen für die US-Politik kamen, die vorformulierten, was wenig später offizielle US-Politik wurde.

Im Oktober besuchte unter der Leitung von W.C. Doherty eine AFL-Delegation zwei Monate die Westzonen, um dann Präsident Truman einen „Empfehlungskatalog“ vorzulegen. U.a. stellte sie den „völligen Schiffbruch“ der Viermächtekonferenz fest und forderte die Schaffung einer deut-

lichen Zentralregierung, was unter den konkreten Umständen nur die gezielte Spaltung und Integration der Westzonen in den kapitalistischen Westen bedeuten konnte. Die Kommission empfahl ein massives Hilfsprogramm, um die Westzonen fest mit dem Westen ökonomisch zu verbinden und durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der „kommunistischen Unterwanderung“ entgegenzuwirken (Mitte 1947 wurde der Marshallplan verkündet). Für die AFL-Delegierten war für die westdeutschen Gewerkschaftsführer der Bericht größtenteils Unterstützung von Seiten der Militärregierung, um den Gewerkschaftsapparat aufzubauen.

— Interessant ist, daß W.C. Doherty, unter dessen Leitung obige Vorschläge ausgearbeitet wurden, in den 60er Jahren eine Schlüsselposition in einem AFL/CIO-Programm für lateinamerikanische Gewerkschaften innehatte. Dieses Institut (American Institute for Free Labor Development, AIFLD) — in dem der CIA direkt engagiert war — schulte antikommunistische „Gewerkschaften“, die u.a. in Brasilien, Guyana und Chile an den Militärschulen beteiligt waren (J. Weisman, Hg., Das trojanische Pferd, S. 129ff).

W. Link schreibt in seiner Untersuchung, daß die AFL-Führungslinie direkten Zugang zum Weißen Haus bzw. den „zuständigen Regierungsabteilungen“ hatte und daß es gerade ihren politischen Initiativen zu verdanken war, daß sich in der US-Führung die Erkenntnis von der Bedeutung antikommunistischer Gewerkschaften zur Kontrolle der Arbeiterklasse durchsetzte. Um diese Einflußnahme noch effektiver zu gestalten, wurde Ende 1946 ein „Trade Union Advisory Committee on International Affairs“ der amerikanischen Gewerkschaften gebildet, das eng u.a. mit dem Kriegsministerium zusammenarbeitete.

Erste Erfolge zeigten sich relativ früh für die Gewerkschaftsführer ein. Henry Ruiz (ständiger AFL-Vertreter für Deutschland) schrieb im April 1948: „Ich habe Vertrauen in die deutschen Arbeiter. Im Gegensatz zu den Arbeitern Frankreichs und Italiens haben sich die deutschen Arbeiter, in den Zonen, in denen sie sich frei entscheiden konnten, kommunistischer Kontrolle entzogen“ (zit. nach Link, S. 68).

Nachdem sich der erste organisatorische Aufbau gefügt hatte und sich auch die politische Position der alten Gewerkschaftsführer konsolidierte, gingen sie, zusammen mit dem AFL, daran, die SBZ/DDR zu infiltrieren. Diese Phase begann etwa Ende 1947/Anfang 1948 und konnte zunächst auf schon bestehende heimliche Kanäle der SPD (deren Mehrheit im Osten sich mit der KPD zur SED vereinigt hatte) in der SBZ zurückgreifen. AFL, DGB, SPD und die Gewerkschaften in der SBZ zurückgreifen. AFL, DGB, SPD und die Gewerkschaften in der SBZ zurückgreifen.

„(1) Informationen über die Entwicklung sowohl der Gewerkschaften, als auch des allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lebens in der sowjetischen Zone zu erhalten; (2) durch die Gewerkschaften und durch allgemeine Propaganda aktiv gegen das Regime (in der SBZ) zu arbeiten“ (nach Link, S. 68).

Es handelte sich also um eine einseitige Spionage- und Zersetzungsarbeit gegen die SBZ/DDR. Dies bestätigt Link wenig später ausdrücklich, wenn er als „positive Leistung“ die Sammlung von Informationen hervorhebt. 1953 wurde die Basis dieser Infiltrationsfähigkeit erweitert, als der internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) — ein Produkt der Spaltung der AFL und CIO gegen den kommunistisch beeinflussten Weltgewerkschaftsbund — einen „Berlins-Ausschuß“ gründete, dessen Vorsitzender Albin Karl (DGB) wurde. Er verfügte über ein monatliches Budget von 40 000 DM, das zur Hälfte von den amerikanischen Gewerkschaften, zu einem Drittel vom DGB aufgebracht wurde.

„Zentrale Bedeutung hatte das Berliner Büro, es diente als Kontakt- und Aktionszentrale. Es unterhielt zahlreiche Untergrundverbindungen zu Einzelpersonen und oppositionellen Gruppen in der DDR...“ (Link, S. 69). Von einem Düsseldorf Büro wurde eine Monatszeitschrift „Die Wahrheit“ publiziert und in einer Auflage von 20 bis 25 000 Exemplaren heimlich in der DDR vertrieben.

Soll ein Resümee aus dem Ganzen gezogen werden, kann man sagen, daß der DGB unter der politischen und organisatorischen Kontrolle der Westalliierten und hier der USA (die de facto ab 1947 in allen Westzonen bestimmt) aufgebaut wurde. Um das strategische Ziel — Westintegration und Errichtung eines separaten BRD-Staates als aggressives „Bollwerk“ gegen die

„Volksdemokratien“ im Innern der westlichen Besatzungszone durchzusetzen, forderten die USA (und England) nach Kräften den Aufbau von Gewerkschaften, um durch sie eine Massenkontrolle zu erlangen. Der DGB-Apparat mit seinem ausgeprägten, militanten Antikommunismus und einer reformistischen Variante der Westintegration paßt nahtlos in dieses strategische Konzept der Imperialisten. Diese Einmütigkeit mit den Imperialisten ging so weit, daß der DGB seine Verbindungen und Möglichkeiten zu Spionage- und Infiltrationsarbeiten zur Verfügung stellte.

Bei dem Bemühen der DGB-Führer die reformistische Massenkontrolle herzustellen, konnten sie fast auf die Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaften (mit einem starken Apparat und Einflußmöglichkeiten auf die Regierungspolitik) bauen. Dabei wäre es völlig blödsinnig, von einer „Unterwanderung“ des DGB durch den AFL zu reden oder der DGB-Politik eine starke Abhängigkeit von den amerikanischen Gewerkschaften zuzuschreiben. Genauso blödsinnig wäre es, über die Unterwanderung des AFL/CIO durch den CIA zu klagen, denn beide sind nur verschiedene Abteilungen des Imperialismus, die schon immer ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zusammengeschlossen haben. So haben auch die westdeutschen Gewerkschaftsführer die Hilfe aus den USA gerne und freiwillig entgegengenommen, entsprechen doch die grundlegenden Linien der amerikanischen Strategie ihren eigenen.



Bergleute-Demonstrationen

1945 — Die Restauration beginnt

Sofort nach dem Einmarsch der alliierten Truppen entstanden aus den überlebenden Kadern der Arbeiterbewegung überall antifaschistische Ausschüsse, Volkskomitees, Betriebsräte und lokale gewerkschaftliche Zusammenkünfte, die sich — frei durch die Erfahrungen des gemeinsamen illegalen Widerstandes — aus Kommunisten und Sozialdemokraten zusammensetzten. Diese Organe regelten zunächst das Lebensnotwendige (Wohnen, Versorgung, Aufbauseiten usw.) leisteten aber auch z.T. die von den (belasteten) Kapitalisten verlassenen Betriebe und begannen mit einer eigenen Entnazifizierung.

Obwohl sie zum Teil den Alliierten ihre Zusammenarbeit anboten, wurden sie sofort (noch vor der offiziellen Kapitulation am 8. Mai 1945) verboten. Das Motiv beschreibt Herold Zink, Historiker der amerikanischen Militärregierung in Deutschland: „Man war der Ansicht, daß bei einer langsamen Reorganisation der Gewerkschaften in Deutschland das offene Risiko, daß diese Organisationen durch Kommunisten übernommen werden, wesentlich verringert, wenn nicht ganz ausgeschaltet wurde“ (zit. nach Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, S. 8). Auf Drängen der Sowjetunion — die ihrerseits den Aufbau von Gewerkschaften in der SBZ forderte — mußten USA und England im August 45 im Potsdamer Abkommen lokale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zulassen, ihre Konstituierung als Massenorganisationen verhielten sie allerdings bis zum Herbst 46.

Die Westalliierten versuchten Zeit zu gewinnen, um in die Arbeiterorganisationen Reformisten zu schleusen, die die Kontrolle der Arbeiterklasse garantierten. Diese Leute fanden die Alliierten in den alten ADGB-Führern.

„Schon beteiligten sich führende Arbeiterführer wie Schleicher, Richter, Hagen und Schiefer (später auch Tarnow) als demokratische Führer und stützten sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander“, schrieb befriedigt der US-Militärgouverneur Lucius Clay (zit. nach E. Schmidt, Die veränderte Neuordnung 1945 - 1952, S. 33).

In der Tat gab es einigen Grund zur Unruhe für die Westalliierten. Aus den Betriebsräte-Wahlen im Herbst 1945 gingen die Kommunisten als die stärkste Gruppe hervor. Im Bergbau stellten sie Ende 1946 666 Betriebsräte von insgesamt 1738 gegenüber nur 632 sozialdemokratischen (Huxter u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration, S. 194). Diese Wahlergebnisse zeigten, daß die Arbeiterklasse durchaus nicht — trotz ihrer großen Opfer während des Faschismus vor allem aus den Reihen der KPD — nur demoralisiert und entpolitisiert war. Im Gegenteil. Größere Teile der Arbeiterklasse waren bereit — gerade auch an der Seite der Kommunisten — für grundlegende gesellschaftliche Änderungen einzutreten.

Allerdings war die Nachkriegszeit absolut in keiner Weise mit der revolutionären Situation nach dem 1. Weltkrieg vergleichbar. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedenkten sich jedoch schon in der damaligen Zeit bewährter Methoden, um die Bewegung nach 1945 in reformistischen Bahnen zu halten.

Phrasenhafter Wortradikalismus, radikal klingende Forderungen nach

hoben werden sollte. Im Vorstand saßen drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten. Innerhalb weniger Wochen beantragten 30 000 Arbeiter ihre Aufnahme. Vom ersten Tag ihres Bestehens an wurde die SFG allerdings von den rechten Sozialdemokraten um Franz Spödi bekämpft. Schließlich wirkten sie am 18. Juni 45 das Verbot durch die britischen Besatzungsbehörden: „Entscheidend für diesen Ausschluß war, daß alle wirklichen Gewerkschaftsführer der Meinung sind, daß die politische Betätigung der SFG nicht den wahren Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Politische Betätigung und politische Zielsetzung in den Gewerkschaften stehen nicht im Einklang mit den Anforderungen der Militärregierung“ (aus dem Auflösungsbeschuß, zit. nach Schmidt/Fichter, S. 15).

Mit dem Verbot der SFG erhielten die rechten Sozialdemokraten zugleich Möglichkeiten und Unterstützung, von ihnen kontrollierte Gewerkschaften in Hamburg aufzubauen. Fast überflüssig zu sagen, daß der Apparat allein von ihnen kontrolliert wurde. Das Scheitern der SFG hatte starke Auswirkungen auf den Gewerkschaftsaufbau in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen. (Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der SFG befindet sich in J. Klein, S. 192ff.)

(Teil 2 folgt im nächsten AK)

R. (Autosome Schauspieler, Hamburg)



Sozialisierung und nach Beteiligung der Gewerkschaften an der gesamtwirtschaftlichen Lenkung und scharfster Antikommunismus — das waren die Kernpunkte ihrer Politik. Dabei unterstützten sie gleichzeitig vorbehaltlos die Politik der Westintegration und Spaltung Deutschlands.

Der Mann, unter dessen Führung der DGB diese Politik verfolgte, Hans Böckler, brachte die dazu notwendigen Erfahrungen mit: 1918/19, während des Bestehens des Deutschen Reichs, hatte er die Bewegung in seiner Funktion als Sekretär der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten — u.a. unter der Parole des „Interessenausgleichs“ und der „Sozialisierung“.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber das Repertoire der sozialdemokratischen Trickkiste ist — wie man weiß — beschränkt.

Zunächst gab es jedoch Auseinandersetzungen um das Organisationsprinzip der zukünftigen Gewerkschaften. Während die Westalliierten und die sozialdemokratischen Emigranten für das Industrieverbandsprinzip eintraten, waren die spontan aus den Kämpfen entstandenen Zusammenschlüsse nach dem Einheitsprinzip aufgebaut. Hierin kam der — vor allem in der Erfahrung des Faschismus begründete — Wunsch der Arbeiter nach größter Einheit, ohne Zersplitterung in politische und autonome Industrie- oder Berufsverbände zum Ausdruck. Dort, wo sich das Industrieverbandsprinzip nicht „freiwillig“ durchsetzte, wobei die Alliierten meist auf die Sozialdemokraten bauen konnten, wurde es ganz einfach erzwungen. So im Rheinland, in Niedersachsen, in Hessen und Hamburg. Die britischen Trade Unions (TUC) und die amerikanischen Gewerkschaften spielten hierbei eine wichtige Rolle (s.o.). In Hamburg gründete sich am 8. Mai 1945 die „Sozialistische Freie Gewerkschaft“ (SFG) als Ansatz einer Einheitsorganisation, in der die Trennung von gewerkschaftlichem und politischem Kampf aufge-

Literaturhinweise

- Werner Link, Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsführer 1946-78. Eine Studie über transnationale Beziehungen, Droste Verlag Düsseldorf.
- Eberhard Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Die politische Rolle der Gewerkschaften, Suhrkamp.
- derselbe, Die veränderte Neuordnung, die Arbeit, Berlin, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Oldenbourg Verlag, 1969.
- Lanny Segal, Geheimdienstgewerkschaft? AFL-CIO in S. Weisman (Hg.), Das trojanische Pferd, Die „Auslandshilfe“ der USA, Rotbuch Verlag.
- Henri Claude, Der Marshallplan (zur Rolle der AFL bei der Spaltung der europäischen Gewerkschaftsbewegung), Dietz Verlag 1949 abgedruckt in: Mendelsohn, Claude, Ubricht, Die Weltgewerkschaften des US-Imperialismus, Verlag Kommunistischer Texte (VKT).
- Huxter, Kufner, Scherer u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration, Suhrkamp.
- Die Bewegung der Atomwaffengeegner in den 60er Jahren und die Politik der SPD, Unser Weg, herausgegeben vom KB.
- Theo Fikler Die blinde Macht, Bd I und II, Zur Politik des DGB nach 1945, Verlag Öke und Vektor.
- Wentz, Entnazifizierung und Wiederbewaffnung in Deutschland, Oldenbourg Verlag.
- Jörgen Klein, Hand in Hand gegen die Arbeiter, Christian, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaften gegen die Arbeiter Verlag Association.
- Hanne Meier Baughliger oder Klassenkampf? Zur Politik des ADGB, Sammlung Luchterhand.
- Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Rotbuch.

Rassistischer Terror in Hamburg

In den letzten Wochen im es in Hamburg verstärkt zu ausländerfeindlichen Übergriffen und Anschlüssen gekommen.

- So wurde ein Einbruch in die Geschäftsräume der „Arbeiterwohlfahrt“ in Altona verübt, in denen sich u.a. eine Asylberatungsstelle befindet. Hinterlassen wurde ein Schriftstück mit der Parole (eingetastet): „Buch hat man alle vergessen zu vergessen“.
- Bei der „Deutsch-Ausländischen Arbeitsgemeinschaft“ in Hamburg-Harburg (Helmweg) wurden zehn Scherben gezielt eingeworfen. Am gleichen Tag wurden am Harburger Frauenbuchladen Hakenkreuze geschmiert.
- In Hamburg-Wilhelmsburg wurde ein türkischer Lehrer von drei deutschen Jugendlichen über eine Stunde festgesetzt, mißhandelt und genötigt.
- In Barmbek wurden 3 ausländische Jugendliche verprügelt; in Wandbek soll ein mit einem LKW motorisiertes „Rollkommando“ von Schlägern ebenfalls gegen Ausländer vorgegangen sein.
- In Hamburg-Dulsberg haben am letzten April-Wochenende ca. 25-30 uniformierte, bewaffnete und teilweise maskierte Schläger einen Disco-Abend im Haus der Jugend am Alten Teichweg überfallen. Mit Baseballschlägern, Gaspistolen und schwarzen Holzkeulen stürmten sie das gerade laufende Fest und hieben und schossen wahllos auf türkische Jugendliche. Dabei wurden zwei Türken schwer verletzt. Die Rassistengruppe nennt sich „Whithead“ und ist bereits durch ähnliche Aktionen hervorgetreten.

Dieser sicherlich nicht vollständige und im Detail sehr lückenhafte Überblick könnte und müßte ergänzt werden. Hierzu bitten wir unsere im Raum Hamburg wohnenden Leser ganz dringend um Zusendung weiterer Informationen.

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Vertrauensmann der Bürgerinitiative möchte ich mich im Namen aller Mitstreiter in Nordrhein-Westfalen bei Ihnen bedanken. Ihr Einsatz hat der Bürgerinitiative neue Freunde gebracht und damit den Einsatz gesichert. Wenn auch der Landesinnenminister die Listenauslegung zum Volksbegehren vorerst verweigert hat, so ist das Volk doch wacher gerufen. Wir werden vor das Landesverfassungsgericht gehen.

Die Bürgerinitiative hat beschlossen, mit der HLA Hamburg Liste für Ausländerstopp an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg teilzunehmen.

Dazu brauchen wir die Hilfe aller Freunde der Bürgerinitiative. Ich bin überzeugt, daß meine Bitte nicht vergebens ist. In Hamburg zu helfen durch Einsatz und durch Spenden. Das muß unsere Antwort sein auf die Verweigerung der Listenauslegung in Nordrhein-Westfalen. Alle auf nach Hamburg!

Ihre Spenden für Hamburg an die Bürgerinitiative mit dem Vermerk HLA versehen, damit sie auch in Hamburg eingesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Prof. Hagen Preiß
Vertrauensmann der B I

Die NPD ruft in der Mai-Ausgabe ihrer „Deutschen Stimme“ Parteimitglieder zur bundesweiten Unterstützung der HLA-Kandidatur auf.

Der Kampf um die Vorhaut

Im Wege linker Ausländerpolitik

Der Vorgang, der hier erzählt werden soll, liegt mittlerweile schon ein paar Monate zurück: Die Sache ereignete sich im vergangenen Herbst. Einer näheren Betrachtung wert ist der Vorfall immer noch, zumal eine Selbstkritik der Akteure anscheinend bis heute nicht erfolgt ist.

Hauptperson der Geschichte ist jener Würstzopf, der in unseren Breiten den meisten männlichen Jugendlichen anhängt, die sogenannte Vorhaut. Einen praktischen Nutzen, außer als Dreckkammer, erfüllt dieses Körperteilchen nicht. Andere Völker sind deshalb schon vor Jahrtausenden auf den Gedanken gekommen, das Überflüssige bereits am männlichen Kleinkind operativ zu entfernen. In einigen Religionen (z.B. Juden und Mohammedaner) gilt diese kleine Operation, die sogenannte Beschneidung, als unvermeidliches Ritual.

Die Bunte Liste Freiburg witterte in der Beschneidung einen barbarischen Brauch im Gewand religiöser Aberwitz und wurde aktiv. Sie stellte Strafanzeige wegen „gefährlicher Körperverletzung“ gegen „namentlich nicht bekannte“ Ärzte der Universitätsklinik Freiburg. Den Ärzten wird vorgeworfen, sie würden Beschneidungen an türkischen Jungen durchführen. Beim Vorwurf der Körperverletzung mochten es diese guten Janten aber nicht bemerken. In ihrer Anzeige behaupten sie auch die bundesdeutschen „Juden Sitten“, mit denen sich die Beschneidung als „barbarischer Brauch fremder Völker“ nicht vereinbaren lasse.

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich – unter Hinweis auf die Freiheit „religiöser Anschauungen“ – wenig geneigt, der Klage nachzugehen, zumal die BuLi keine Ärzte namentlich angeben konnte, die solche Operationen ausgeführt hätten. Immerhin räumte der befaßte Oberstaatsanwalt aber ein, hier liege „ein mögliches juristisches Problem“. Über das man sich zunächst mittels eines Gutachtens durch das Orientalische Institut Klarheit verschaffen wolle.

Die Freiburger SPD ließ sich die glänzende Gelegenheit nicht entgehen, sich gegen die BuLi als Vorkämpferin von nationaler Eigenart und Kultur unserer türkischen Mitbürger zu profilieren. Die Bunte Liste Freiburg gab daraufhin eine Pressemitteilung (datiert 14.9.81) heraus, die zum Allerhöchsten und Scheußlichsten gehört, was hierzulande im Namen von Linken bisher auf den Markt geworfen wurde. Die Beschneidung wurde eingeordnet in einen bunten Reigen, der die Judenvernichtung der Nazis, angebliche barbarische Sitten bei Eskimos und Sarden (Ermordung alter Menschen), KZ's in der Türkei und Südamerika sowie den religiösen Terror im Iran umfaßt. Ohne weitere wurde die Beschneidung türkischer Jungen (wohlgerneht ausgeführt unter Klinikbedingungen) gleichgesetzt mit den Genitalverunstaltungen an jungen Mädchen bei afrikanischen Völkern und mit dem Handabhacken als Strafe für Diebstahl in manchen islamischen Ländern. In großer moralischer Pose hieß das Fazit:

„Wir brauchen nicht vor Grausamkeiten, auch wenn die Altertümer sind, auch nicht vor Mehrheiten, die Unrecht begreifen. Die BUNTE LISTE stellt sich immer bedingungslos der Aufgabe, den Opfern des Unrechts zumindest jenen Schutz zukommen zu lassen, den wir ihnen bieten können: durch stete Aufklärung grausamen Bräuten schließlich den Boden zu entziehen. Nur dann kann die Humanität schrittweise der ganzen Menschheit zugute kommen, wenn alle aufgeklärten Demokraten uns folgend diese Aufgabe wahrnehmen, statt die Opfer der Unmenschlichkeit mit Raubhetzparolen in ihrem eigenen Saft, Blut oder Rauch schmoren zu lassen.“

Die Pressemitteilung enthält in der durch Flugblatt (datiert 25.9.81) publizierten Fassung außerdem noch einen Nachtrag: „Wie wir zu unserem Entschluß nach Ablesen des Textes

erfahren haben, sitzen auch in deutschen Krankenhäusern gegen deutsche Kinder die Beschneidungsmeister locker. Unter dem medizinisch oftmals nicht gerechtfertigten Vorwand einer Phimose (Vorhautverengung – Anm. AK) reisen Ärzte häufig zu einer Beschneidung von Neugeborenen, auch wenn die medizinisch in keiner Weise gerechtfertigt ist. Wir werden über die Sache genauer berichten, sobald wir Näheres ermittelt haben und bitten daher um Zeugenberichte. Gemäß unserem Programm und unseren Grundsätzen kämpfen wir gegen jede Art von Körperverletzung und Vergewaltigung, besonders von Wehrlosen, wobei uns Sprache, Nationalität und Hautfarbe völlig egal sind. Im Kampf um Humanität und Selbstbestimmung müssen alle Menschen zusammenstehen.“

Über die spezielle Neigung bundesdeutscher Linker, die Nazi-Vorbrechen dadurch zu verharmlosen, daß man sie ständig mit ganz anderen Dingen auf die gleiche Ebene setzt, ließe sich vieles sagen. Ich möchte das aber hier nicht vertiefen. Auf jeden Fall wäre es interessant, bei wem sich die BuLi Freiburg eigentlich ihre medizinischen Kenntnisse abgeholt hat, bevor sie ihre Kampagne zur Rettung der Vorhaut gestartet hat. Die Vorhautbeschneidung mit den in der Tat grausamen Genitalverstümmelungen an Mädchen in irgendeinem Zusammenhang zusammenhang zu bringen, kann nur dem totalen Lalen in den Sinn kommen. Geht es doch bei den letzteren um Eingriffe wie Entfernung der Clitoris. Zusammenhängen der Scheide u.ä., also wirkliche Verstümmelungen, während die Entfernung der Vorhaut mit keinerlei Nachteilen verbunden ist. (Nebenbei: Auch dem Laien müßte doch einleuchten, daß in einer patriarchalen geprägten Gesellschaft die Verstümmelung des männlichen Glieds ein Übel ist.)

Im Gegenteil lassen sich zugunsten der Beschneidung möglicherweise sogar medizinische Vorteile anführen: Israelische Ärzte behaupten, daß dort Unterleibskrebs bei Frauen wesentlich seltener auftritt als hiezulande, das wird darauf zurückgeführt, daß die Vorhaut ein Sammelpunkt für allerlei Dreck, darunter auch krebserregende Stoffe, ist. U.a. wohl aus diesem Grund ist beispielsweise in den USA die Beschneidung neugeborener Jungen eine übliche Operation.

Die humanitär aufgeplusterte Kampagne der BuLi Freiburg ist also rein sachlich eine Übung am ungeeigneten Objekt. Sie ist aber auch abgesehen von diesem Umstand eine politische Dummheit. Wer sich ein bißchen mit der Geschichte des nationalsozialistischen Völkermordes an den Juden befaßt hat, weiß, welche Rolle in der jeweiligen Vorbereitung dieser Verbrechen der Angriff auf religiöse und nationale Besonderheiten der Juden gespielt hat. Darunter fällt natürlich an erster Stelle auch die Beschneidung. In einer Zeit zunehmender Ausländerfeindlichkeit eine solche Kampagne gegen angebliche „barbarische Bräute fremder Völker“ zu führen, verleiht Kurzsichtigkeit und verurteilt auch einen kräftigen Schuß nationaler Überheblichkeit. Gibt es nicht beispielsweise im Bereich bundesdeutscher Religionskritik Stoff genug für die Kampagnen der nächsten zehn Jahre? Warum muß sich hoher moralischer Anspruch ausgerechnet gegenüber einer nationalen Minderheit produzieren, die ohnehin im Zentrum schwerer Angriffe steht? Bundesweit ist der Mangel an Aufklärung über die vermeintlich reaktionäre Bewußtsein der in der BRD lebenden Ausländer mit Hilfe bundesdeutscher Gerichte auf das Niveau unserer „guten Sitten“ fallen zu wollen.

Kt., Hamburg

Kurzmeldungen

NRW: Nazi-Volksbegehren abgelehnt

Ende März lehnte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Zulassung eines durch die NPD-eigene „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ beantragten „Volksbegehrens“ ab. Ziel dieses „Volksbegehrens“, für das die NPD 3786 Unterschriften vorlegte, ist die Einrichtung von „muttersprachlichen“ Regelklassen, errichtet werden soll damit die generelle Aussonderung ausländischer Kinder aus dem „deutschen“ Schulbetrieb und ihre Abschiebung in sog. „Nationalitätsklassen“. Eine ähnliche Apartheidspolitik im Schulsektor wird in Bayern bereits seit Jahren praktiziert und ist neuerdings auch in anderen Bundesländern im Kommen, sodaß sich die Nazis durchaus begründete Hoffnungen über die Zulassung ihres „Volksbegehrens“ machen konnten. In ihrer Ablehnungsgründung bezieht sich die NRW-Landesregierung auf ein UNESCO-Abkommen von 1960, das sich speziell gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen wendet. Interessanterweise erfolgte allerdings keine Bezugnahme auf einschlägige westdeutsche Gesetze (z.B. Artikel 3 GG). Die „Bi-Ausländerstopp“ hat jetzt beschlossen, in dieser Angelegenheit den nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof in Münster anzurufen.

Unmittelbar nach Ablehnung des „Volksbegehrens“ hat die SPD Fakten geschaffen, die dem Nazi-Antrag immerhin ein Stück entgegenkommen: NRW-Kultusminister Gugensohn stellte am 26. März einen Erlass vor, demzufolge die Einrichtung neuer Ausländerklassen in NRW jetzt erlaubt werden soll (Bulanz hatte es solche Klassen dort nicht gegeben). Zwar beharrt Gugensohn darauf, daß derartige Einrichtungen die „Ausnahme“ bleiben sollen, wie er angesichts forciertem „Sparpolitik“ auch im Schulsektor verstanden will, daß diese „Ausnahmen“ schließlich zur Regel werden, hat er allerdings nicht verstanden...

CSU-Hilfstruppe fordert millionenfache Ausländer-„Rückführung“

Die CSU-nahen „Konservative Aktion“, die u.a. auch schon von F.J. Strauß mit einem größeren Geldbetrag unterstützt wurde, fordert den Rückbau aller „nicht integrationsfähigen“ Ausländer. Vornehmlich solche Menschen, die zu „völlig fremden Kulturkreisen“ gehören, sollten in höchstens einem (!) Jahr in ihre Heimat „zurückgeführt“ werden. Insgesamt sollte die Ausländerzahl auf 2 Mio. gedrückt werden, was nach heutigem

Stand die Austreibung von fast 3 Mio. Menschen bedeuten würde.

Vorsitzender der „Konservativen Aktion“ ist übrigens der Exil-Tscheche (!) und CSU-Mitglied Ladak Pachmann. Neben Pachmann gehören dem Kreis auch diverse Professoren an, ebenso auch der ZDF-Moderator Gerhard Löwenhiel.

Antilicher Rastismus

Drei türkische Mädchen und ein türkischer Junge wurden am 14. April zwei Wochen lang vom Unterricht ausgeschlossen worden, weil sie – muslimischer Sitten entsprechend – auch im Unterricht ihre Kopftücher getragen hätten. Der für die Entscheidung verantwortliche Schulleiter verteidigte diese Diskriminierung unter Hinweis auf ein Rundschreiben der mittelfränkischen Regierung, in dem Lehrer und Schulleiter aufgefordert werden, darauf zu achten, „daß das Tragen von Kopftüchern in der Schule unterbleibt“ („FR“, 19.3.82). Begründet wurde das mit der Gefahr von Kopfläusen und Erklärung durch warme Kleidung im Klassenzimmer...

Wilhelmshavener Gründung von ausländerfeindlicher Liste verurteilt

Ca. 80 Antifaschisten aus Wilhelmshaven und Emden verurteilten am 14.4. die Gründung der „Wilhelmshavener Liste für Ausländerbegrenzung“. Zur Gründung der WLA hatten die „Jungen Nationaldemokraten“ (NPD), ein „Grüner Bürgerblock“ eine „Aktion Umweltschutz“ und eine „Bewegung für das Leben“ in die Wilhelmshavener Kneipe „Westbahnhof“ geladen. Als Einladungs wurde zusätzlich auch die Junge Union (CDU) genannt, die sich in der „Wilhelmshavener Zeitung“ v. 13.4. allerdings von dem Vorhaben distanzierte.

Als Redner für die WLA-Gründung war u.a. der bekannte Weinheimer Neonazi und NPD-Stadtrat Günter Deckert vorgesehen. Die geplante Veranstaltung fiel allerdings ins Wasser, nachdem die Antifaschisten am Veranstaltungsort aufgetaucht waren und der Eigentümer der Kneipe die Nazis aufgefordert hatte, seine Räumlichkeiten zu verlassen (Er war offensichtlich nicht darüber informiert gewesen, daß in seinem Lokal eine Nazi-Veranstaltung stattfinden sollte und sollte daraufhin den Antifaschisten den Veranstaltungsort zur Verfügung). Die Rastisten versuchten sich daraufhin anderswo zu treffen, wurden aber wiederum durch Antifaschisten an ihrem Vorhaben gehindert und mußten schließlich unverrichteter Dinge nach Hause fahren.

Gegen den Neonazi Hartmut Heger, der Antifaschisten zweimal tätlich angriff, wurde Strafanzeige erstattet. Außerdem wurde Hegers PKW derart besetzt, daß er den Helmweg verunmöglicht zu Fuß antreten mußte. Mit von der Partie war auch der stadtbekannte Nazi-Schläger Ingo Cordes, der für das Flugblatt zur WLA-Gründung verantwortlich geschaltet hatte.

Terror gegen Ausländer

In München haben Ende April 30 Mitglieder einer Nazi-Bande namens „Söldner“ unter dem Ruf „Raus ihr Schweine!“ ein Lokal gestürmt und ausländische Gäste bedroht. „Die Polizei meldete lakonisch, daß es zu einem Handgemenge mit der vom Wert gerufenen Polizei und fünf Festnahmen gekommen sei. Anführer der seit einem Jahr mit Schlägereien hervortretenden Gruppe „Söldner“, der zumeist Jugendlichen angehören, ist ein Mann, der in Interviews als Ziel der Vereinnahmung erklärt: „Wir werden alle Ausländer über die Grenzen prägen“ („UZ“, 29.4.).

Zu massiven Übergriffen auf ausländische Teilnehmer kam es in Frankfurt auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB. Einige hundert Fans des 1. FC Nürnberg und des HSV, die anlässlich des für diesen Tag anstehenden Pokalendspiels nach Frankfurt gekommen waren, schrien: „Sieg Heil“, „Kastanien raus“ Rufen in die ca. 15 000 Menschen umfassende Kundgebungsmenge. Ziel der Attacke waren ausländische Kollegen (insbesondere die Rastisten), denen die Rastisten Transparenzen entzogen, Infotische zerstörten und einige von ihnen schwer verletzten. Während DGB-Redner zur „Besonnenheit“ aufriefen, riefen sich insbesondere türkische und kurdische Kollegen kräftig zur Wehr. Unter dem Einsatz von Transparenten gelang es ihnen, die Rastisten in die Flucht zu schlagen. Die Polizei nahm später 65 „Fans“ fest, setzte allerdings alle nach Feststellung der Personale wieder auf freien Fuß. Insgesamt hat dieser Vorfall gezeigt, daß heute die Bereitschaft zu ausländerfeindlichen Krawallen beileide nicht mehr auf das „traditionelle“ nazistische Potential begrenzt ist. Allerdings verdient es festgehalten zu werden, daß die großenteils angetrunkenen Rastisten offenbar unter Beteiligung einschlägig bekannter Neonazis agierten. Geachtet wurde in diesem Zusammenhang Michael David, Ex-Aktivist der Hamburger Hanau-Bande um Michael Kühnen. David war vorübergehend in der Hamburger Punk-Szene untergetaucht, um sich danach dem HSV-Club „Löwen“ anzuschließen.

AG Ausländer

Zur Diskussion

Was macht die Neonazis attraktiv?

Das verstärkte Bemühen von organisierten Neo-Nazis um Aufbau einer „Massenbasis“ (Ausländerfeindlichkeit, Jugendbanden) gibt Anlaß, ihr Auftreten genauer unter die Lupe zu nehmen. Offensichtlich reicht es heute nicht mehr aus, sich darüber zu empören und an die öffentliche Wachsamkeit zu appellieren, da der Faschismus wieder hoffähig gemacht wird, da die Neo-Nazis sich in der Öffentlichkeit provokativ zum Faschismus bekennen. An die Existenz von Neo-Nazis hat sich die Öffentlichkeit weitgehend gewöhnt wie an die MPs bei Polizeikontrollen. Das verdrängte Attentat von München ist dafür ein makabres Indiz. Inzwischen muß darüberhinaus untersucht und entlarvt werden, was die Neonazis den Massen anbieten. Insbesondere die Konfrontation ihrer „revolutionären“, „systemgegnereichen“ und „massenfreundlichen“ Phrasen mit ihrer tatsächlichen massenfeindlichen und

terroristischen Praxis und Ideologie wird eine der wichtigsten Aufgaben antifaschistischer Arbeit der nächsten Zeit sein, und zwar nicht nur im Rückgriff auf die Nazi-Erfahrungen, sondern auch in der konkreten aktuellen Auseinandersetzung mit ihrer heutigen Politik. Auch für die Zukunft gilt sicher, daß wir nicht mit organisierten Nazis diskutieren, sondern gegen sie agieren und agitieren. Allerdings werden wir mit ihren potentiellen Ansprechpartnern mehr als bisher über die angeblichen Ziele der Nazis sprechen müssen, wenn wir den Spielraum für Nazi-Propaganda einsengen und auf eine Isolierung der organisierten Nazis in Gruppen und Bewegungen hinwirken wollen, was eine wesentliche Bedingung für jedes weitere gezielte Vorgehen gegen einzelne Nazis oder Nazi-Gruppen ist. Im Folgenden bringen wir ein paar erste Überlegungen, die dieser Aufgabe dienen sollen.

Wir konzentrieren uns auf die Aktivitäten von Michael Kühnen. Er ist nicht nur exemplarisch für die Generation der militanten jungen Rechten in der BRD, wie sie sich aus und neben der NPD entwickelt hat, er ist auch der z.Z. bekannteste Nazi-Aktivist und vor allem -Propagandist. Daran ändert auch die kürzlich erfolgte Verurteilung seiner Haftstrafe um 9 Monate bis zum Juni '83 nichts wesentliches. Bereits während seiner Hansa-Banden (ANS)-Umräume 1977/78 war er Kühnen, der in Interviews und diversen Pamphleten wie dem „SA Sturm“ u.ä. die Provokationslinie seines Lehrtrios

Schönborn-Röder-Christophersen propagierte und praktisch in der Szene durchsetzte. Inzwischen hat er aus seiner Haft in Celle nicht nur mehr als 1400 Briefe geschrieben und diverse Besuche erhalten (u.a. von jenen „Kameraden“, die anschließend das schwule ANS-Mitglied Blücher verurteilten), sondern er konnte auch (im Februar) mit Billigung der Vollzugsbehörden ein Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ veröffentlichen lassen, das den Neuaufbau der ANS/Hansa-Banden und die Entwicklung einer massenlichen Massenbewegung propagiert. Darüberhinaus vermittelte er - ganz selbstlos - den Vertrieb Hitler-Veröffentlichungen (in Kassel eine „Pragmatik der NS“ (Die zweite Revolution“), deren Verbreitung allerdings zunächst gerichtlich ge-stoppt worden ist.

Die neue Linie: „national-revolutionär“

Kühnen propagiert in dem DAS-Interview die Linie: weg vom bisherigen Provokationskurs, hin zur Entwicklung einer langfristig orientierten „national-revolutionären“, bzw. „national-sozialistischen“ Massenpolitik. Träger der Politik soll die wiederbelebte ANS sein. Dabei werde man sich im Unterschied zu früher „bemühen, eben nicht in antiproduktiver provokativer Form gegen die bestehenden Gesetze zu verstoßen“ (Interview). Die Begründung: „Diese Phase (der provokativen Enttarnung des Nazismus - Annm. AK) ist zwar nicht ganz abgeschlossen, das wird es immer wieder geben, aber sie ist nicht mehr Schwerpunkt der Arbeit. Denn heute ist es allgemein bekannt, daß es was gibt. Wir brauchen uns jetzt nicht mehr bekanntzumachen. Jetzt geht es darum, Sachpositionen zu gewinnen, ein Problem zu finden, das tatsächlich die Masse der Bevölkerung als Problem bewegt und das nur von Nationalsozialisten gelöst werden kann...“ (ebenda).

Kühnen verändert die neue Linie mit „revolutionärer“ Emphase und in ausdrücklicher Abgrenzung zur alten Richtung der ANS und Co., die als „National-Demokraten“ „keinen anderen Staat wollen, sondern die im Grunde ja die beste CSU sein wollen, die es je gab“ (ebenda). Demgegenüber entwickelte sich die „national-revolutionäre“ Linie: „Das sind die, die einen anderen Staat wollen, eine andere Gemeinschaft wollen. Die auch von einem anderen Weltbild ausgehen als dem liberalistischen, liberal-kapitalistischen Weltbild, so, wie es hier in der BRD sich verwirklicht“. Und überhört: „Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen“ (ebenda). An diesem Punkt sei man sich sogar mit den Kommunisten einig und auch in den Protestbewegungen gebe es viele Leute, die sich „aus ganz ehrenwerten Motiven bestimmte Aspekte des Systems stellen“ (ebenda). (Wov? Was für ein Lob?). Auf dieser Grundlage könne er sich sogar „eine Art Stillehalteabkommen... mit einigen linken Gruppen vorstellen...“ (ebenda).

Dieser strategische Einwand zielt auf die allgemeine Staatsverdrossenheit der Protestbewegungen, besonders der Jugendlichen. In einem früheren Interview Kühnens anläßlich einer verbotenen Versammlung der Hansa-Bande am 26.11.77 ließ es dazu: „Wir sind eine neue Generation, die erkannt hat, daß alle etablierten Strömungen im Grunde unfähig sind, die Probleme der Zukunft zu meistern und darin haben wir heute unser Hauptreservoir... Mitglieder und Sympathisanten haben wir hauptsächlich bei der Jugend, das heißt hauptsächlich Schüler und Lehrer, meistens aber Lehrlinge“. Im übrigen wende man sich, aber spezielle Gruppen wie die arbeitslosen Jugendlichen u.ä. hinaus, an all jene, „die sich von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre bedroht fühlen“ (26.11.77).

Ganz dem linken Sprachgebrauch angelegentlich bleibt es dazu im Interview Kühnens im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“: „Es müssen alle Gefühle, die gegen dieses System bestehen und die heute ein diffuses Mißbehagen darstellen, gebündelt und organisatorisch gegen das System gerichtet werden. Volksgemeinschaft von Fremdkörpern aller Art usw. heißen hier die Denkmuster. Drittens, „National Neutralismus“. Besonders angehen zeigt sich Kühnen vom „Nationalneutralismus“ und „Patriotismus“ der Friedensbewegung, der ihn zu folgenden Ausführungen inspiriert: „Inwiefern begrüße ich dies als Zeichen einer ökonomischen Normalisierung, d.h. des Endes einer sogenannten Nachkriegszeit, daß eben auch bei Linken dieser Patriotismus sich entwickelt, daß sich auch bei Linken das Gefühl dafür schärft, daß wir eben ein tatsächlich besetztes Land sind, das nicht souverän ist. Und ich muß auch sagen, daß durch diese Entwicklung zum Beispiel Ausdrücke und Gefühlshaltungen über „Spiegel“, über „Stirn“, über die Friedensbewegung bei Leuten geweckt werden und verbreitet werden, die wir ja mit unserer Propaganda nie erreichen könnten“.

Vielleicht „Kulturrevolution“. Unter



2. von links: Christian Graboch, heute Mitglied der „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, bis vor kurzem sogar in deren Vorstand. 1. von rechts: Tibor Schwarz: Kontaktmann der ANS zur „Jugendzone“ und nach der Festnahme von Enk, Frühauf, Wegener und den Zwillingen König „Stathalter“ Kühnens bis zu dessen Entlassung aus dem Kessel. 2. von rechts: Michael Kühnen, z.Zt. JVA Celle. 3. von rechts: Michael David, erst bei den Punks, dann bei der „Savage Army“ und heute bei den „Löwen“, einem HSV-Fan-Club. Beteiligt bei den Überfällen auf ausländische Kollegen am 1. Mai 82 in Frankfurt. 4. von rechts: Lutz Wegener, z.Zt. im Kessel.

2. von links: Christian Graboch, heute Mitglied der „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, bis vor kurzem sogar in deren Vorstand. 1. von rechts: Tibor Schwarz: Kontaktmann der ANS zur „Jugendzone“ und nach der Festnahme von Enk, Frühauf, Wegener und den Zwillingen König „Stathalter“ Kühnens bis zu dessen Entlassung aus dem Kessel. 2. von rechts: Michael Kühnen, z.Zt. JVA Celle. 3. von rechts: Michael David, erst bei den Punks, dann bei der „Savage Army“ und heute bei den „Löwen“, einem HSV-Fan-Club. Beteiligt bei den Überfällen auf ausländische Kollegen am 1. Mai 82 in Frankfurt. 4. von rechts: Lutz Wegener, z.Zt. im Kessel.

des...

Das psychologische Rezept für die nazistische Bauernfängerel ist denkbar einfach und wurde von Kühnen schon frühzeitig nach unverkennbarem Vorbild formuliert: „Wir bieten Ideale und verlangen dafür auf der anderen Seite strenge Disziplin...“ (Norddeutscher Rundfunk - Pop und Politik, 21.1.78).

Schwerpunkte der Nazi-Propaganda

Als Schwerpunkte einer „national-revolutionären“ Massenpolitik lassen sich aus dem Interview folgende Punkte herauskristallisieren:

Erstens, „Überfremdungsdiskussion“. „Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren - unabhängig von der Frage des NS-Verbots, die immer nebenbei laufen wird - hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion...“ Zweitens, „Umweltfragen“. „Ich hoffe langfristig darauf, daß es gelingen wird, die Frage der Umweltzerstörung und Überfremdung in eine einheitliche systemgegnereiche Organisation zu bringen. Das wäre die strategische Langzeitrichtung, diese beiden Themen zusammenzukoppeln und damit gegen das System anzutreten. Das ist meine einzige Sicht, wie wir 'ne Massenbasis bekommen können'“ (Interview). So ektozatisch diese Zusammenstellung dem aufgeklärten Menschen erscheint, für faschistisches Denken ist der Zusammenhang logisch: sauberes Land für saubere Deutsche, Reinigung der

der Marke „Kulturrevolution gegen den Amerikanismus“ erhofft sich Kühnen eine Massenbewegung „von unten herauf... direkte Aktionen von Massen gegen bestimmte Vorkommnisse“. Was für „Vorkommnisse“ er meint, sagt er deutlich: „Es gibt endlos viele Menschen in diesem Land, die sich darüber aufregen, wenn weiße Mädchen mit Negern aus der Diskothek kommen. Es gibt endlos viele Menschen, die sich darüber aufregen, daß sich die Ghettos in den Innenstädten bilden. Es gibt Leute, die sich darüber aufregen, was an den Theatern passiert, was in den Kinos gespielt wird“.

Eine verächtlich heftige Absage erteilt Kühnen dem Terrorismus seiner eigenen Szene. Er lehnt ihn zwar nicht prinzipiell ab. „Das habe ich nie getan. Dafür sehe ich keinen Grund. Ich lehne (aber) einen Terror ab, der sich gegen Unschuldige richtet. Ich verstehe jede Aktion, die sich gegen dieses System richtet und auch gegen dieses Repressivsystem dieses Systems richtet. Ich muß hier ein bißchen vorsichtig sein mit meinen Worten, aber das Stichwort „klammheimliche Freude“ können sie also dann durchaus zitieren. Nur sehe ich darin für mich keinen politischen Sinn... Ich glaube, durch die Entwicklung der Friedensbewegung, Antiatombewegung, ist die Dursicht der Linken wohl weitgehend vorbei. Es gibt wieder legale Möglichkeiten für die Linken, eine Massenbasis zu gewinnen. Wie ich ausgeführt habe, sehe ich bei der Rechten auch die Chancen, auf legale Weise, zumindest auf politisch-propagandistische Weise, eine Massenbasis zu gewinnen“.

Zum Münchner Attentat befragt, Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wer ist Michael Kühnen?

Schon als Schüler engagierte sich Michael Kühnen im Umkreis der NPD. Von 1969 bis ungefähr 1971 war er Schülerkader und wurde Schulsprecher seiner Schule (einer Privatschule). 1971 trat er gemeinsam mit der NPD-Absektion „Aktions Neue Rechte“ aus der NPD aus, fand aber dort bald keinen organisatorischen Rückhalt mehr, da die ANR sehr bald in kleine und kleinste Gruppen von „Nationalrevolutionären“ zerfiel.

Heute verbreitet Kühnen gern die Story, daß er in den darauf folgenden Jahren eine „Jugendzone“ begangen habe. Er habe bei der KPD/AG (Vorläufer der inzwischen aufgelösten „KPD“) mitgemacht, der „nationalen“ linken Organisation, wie Kühnen sagt. Möglich, daß er hier einfach jugendlich interessiert zu machen Nachprüfbar hingegen ist, daß er während seiner Bundeswehrzeit (er war im Sommer 77 zuletzt Leutnant) als Hamburger Kontaktdame einer „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchistischen Gedankens e.V.“ - „Tradition und Leben“ in Erscheinung getreten ist; dieser Verein will in der BRD (möglichst natürlich in „Großdeutschland“) die Hohenzollernmonarchie wieder einführen.

1975 war Kühnen an der Gründung des Hamburger Landesverbands der „Aktionsgemeinschaftliche Partei“ (AVP) beteiligt und kam dort in den Landesvorstand. Späterem hier lernte er den bekannten Hamburger Nazi, Rassist und Anwalt von Nazi-Terroristen, Jürgen Rieger kennen, der ebenfalls im Landesvorstand der AVP saß, dann aber - als seine Aktivitäten ruchbar wurden - dort gehen mußte. Kühnen gibt an, etwa um diese Zeit (1975/76) mit dem Kreis um die Radau- und Krawall-Nazis Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn bekannt geworden zu sein und sich an deren Provokationsreisen quer durch die BRD beteiligt zu haben. Auf jeden Fall aber hat er während sei-

ner Bundeswehrzeit Kontakt zu anderen Nazis bei der Bundeswehr gehabt. So zu Lothar Schulte, der - „unehrenhaft“ aus der Bundeswehr entlassen - später bei den kriminellen Anschlüssen der Hansa-Bande beteiligt war. Wahrscheinlich hatte Kühnen damals auch schon Kontakt zu Friedhelm Enk, der - ebenfalls „unehrenhaft“ entlassen - nach einem vergeblichen Raubüberfall am 28.5.1981 den schwulen Nazi Johannes Bögner umbrachte. In seinem Prozeß gab Enk, der schon am 20.5.81 Kühnen im Kessel besucht hatte, an, daß er Lothar Schulte bei der Bundeswehr kennengelernt habe, wo gemeinsame Hitlerfeiern etc. auf der Tagesordnung gestanden hätten.

Kühnen findet jedenfalls Anfang 1977 schnell Zugang zu Hamburger Nazi-Kreisen, insbesondere kommt sein Konzept bei der Hamburger JN und der Viking Jugend so gut an, daß er diese beiden Vereine nahezu völlig auf sich einwirft und im Herbst 1977 die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANf) gründet, die das Konzept der öffentlich vorgetragenen Nazi-Provokationen praktisch umsetzt. Innerhalb des Zeitraums Herbst 77 bis August 78 gelingt es Kühnen durch seinen Hamburger Aktivitäten, zum „Star“ innerhalb der bundesdeutschen Nazi-Szene zu werden.

Parallel zu den aggressiv vorgetragenen Provokationen in der Öffentlichkeit bildet sich um Kühnen eine Terror-Bande, die sich selbst als „Wehrwolf-Untergrundarmee“ bezeichnet und diverse Anschläge verübt.

Kühnen wurde im Sommer 1978 nach mehreren vorübergehenden Festnahmen endgültig verhaftet und im Sommer 79 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, seine Verurteilung stützt sich allein auf seine NS-Propaganda, nicht aber auf seinen Anteil bei den terroristischen Aktivitäten. Auch Kühnens Nachfolger Christian Worch wurde Anfang 1979 zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

Kühnen wurde im Sommer 1978 nach mehreren vorübergehenden Festnahmen endgültig verhaftet und im Sommer 79 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, seine Verurteilung stützt sich allein auf seine NS-Propaganda, nicht aber auf seinen Anteil bei den terroristischen Aktivitäten. Auch Kühnens Nachfolger Christian Worch wurde Anfang 1979 zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

Der Terror der Hansa-Bande

Von Anfang an beschränkte sich die Bande (ANS) nicht auf „propagandistische Einsätze“. Schon ihr erstes Auftreten am 15.5.77 war von Schlägereien gekennzeichnet. Als „Ordnung“ auf einer Veranstaltung des Neonazis Frey („Deutsche Nationalzeitung“) schlugen sie mehrere Antifaschisten zusammen.

1.11.77: Mehrere ANS-Mitglieder - gerade von einer „Wehrsportübung“ zurückgekehrt, schlagen einen Vorkäufer des ARBEITERKAMPF zusammen; Dez. 77, Hannover: Mehrere aus Hamburg angereiste Nazis schlagen einen Hannoveraner Antifaschisten zusammen; 9.1. und 8.5.78: Die Scheiben des Hamburger Buchladens „Arbeiterbuch“ werden eingetreten; 15. 5. 78 Plakatkleber der „Bunten Liste“ werden von Nazis verfolgt, im Januar 1978 erklärt Kühnen öffentlich, daß „viele von ihnen“ eine paramilitärische Ausbildung suchen in Flugblättern Arbeit er für eine neue SA.

In paramilitärischen Ausbildungslagern der Bande werden weiterreichende Pläne entwickelt und in die Tat umgesetzt; 22.11.77: zwei Mitglieder der Bande dringen in die Kaserne Wentorf ein, schlagen die Wachhabenden nieder und erbeuten ein Gewehr sowie Munition;

2.12.77: Lutz Wegener und Lothar Schulte überfallen einen Kölner Kaufmann. Beute: Waffen, Munition und ca. 65.000 DM;

19.12.77: Lutz Wegener und ein Komplize überfallen eine Haspa-Filiale in Hamburg Volksdorf. Beute: 60.000 DM;

5. 2.78: Ausgehend von einem größeren Ausbildungslager überfallen Lutz Wegener, Lothar Schulte, Uwe Rohwer, Manfred Böhm und Klaus-Dieter Pule einen holländischen Nato-Wachposten in Münsterlager und erbeuten 4 Maschinenpistolen. Ende Mai 1978 werden Frank Stubbsmann, Peter Teuffert und Robert Marchis verhaftet. Sie sollen einen Sprengstoffanschlag, einen Banküberfall und Waffendiebstahl geplant haben; 26. 9.78: Die schweliegende ANS-Mitglieder Jürgen Töpke, Manfred Böhm, Ernst August Möller und Armin Peil aus Hannover rauben einen Nato-Sicherheitswürfel mit Geheimdokumenten, um damit Rudolf Heß freizusetzen.

Kühnen selbst hat im Herbst 1977 auf einem norddeutschen NSDAP-Treffen eine Rohrbombe erhalten (vom VS-Agenten Lepapen und dem Braunschweiger NSDAP-Chef Otto). Was aus dieser Bombe geworden ist, wurde im Prozeß gegen Kühnen nicht geklärt.

Woher kommen Kühnens Anhänger?



Kühnens selbst geht oft mit der Behauptung hausieren, die Mehrzahl seiner Anhänger stamme gar nicht aus „nationalsozialistischen Elternhäusern“, und es gebe „Kameraden“, geradezu die „wertvollsten“, die „von der anderen Feldpostnummer“ zu ihm herüber gekommen seien (Damit meint er ehemalige Anhänger linker Organisationen).

Für seine Bande stimmen beide Behauptungen nicht. Alleis von den beiden jetzt im Lübecker Prozess angeklagten Zwillings Torsen und Olaf König ist bekannt, daß Kühnens sie in einem Hamburger „McDonalds“ imbiß aufgefressen hat, ihnen ihre Uniformen gestohlen hat und bei den — die ohne Beruf (Gelegenheitsarbeit) ausführen — auf diese Weise zu einem neuen Selbstbewußtsein verholfen hat.

Alle anderen Aktivisten der Hansa-Bande waren schon lange Zeit vorher durch die ideologische Schule der NSD durch die ideologische Schule der NSD eingeweiht. Nahezu der komplette, Anfang 1977 gewählte, Landesvorstand Hamburg der JN kam zu Kühnens Bande, die Hamburger Wikingjugend

genau wie Teile der JN Schleswig-Holstein.

Angehänger von Kühnens „Selbstverteidiger“ Christian Worch über Tibor Schwarz, Michael David, Philipp Schönmann, Friedhelm Pützmann, Ulrich Thetard, Christian Grabsch, Matthias Weber, Peter Reich, Lutz Wegener, Lothar Wrobel, Michael Buchmann — der gesamte Kern der Bande hatte vorher schon in NSD und JN Funktionen inne.

Im schleswig-holsteinischen Ableger der ANS/Hansa-Bande sind insbesondere Peter Touffert, Robert Marzahn, Uwe Rohwer, Manfred Böhm und Frank Stubbemann, die aus NSD/JN bzw. „Stahlhelm“ (Stubbemann) kamen, ebenso wie Ernst August Möller, Jürgen Lohpe oder Gertner von der aus Kühnens bestes bekanntes NS-Gruppe Tönnig.

Insbesondere die Gruppe um Uwe Rohwer sowie Teile der Hamburger Gruppe (Lutz Wegener, Michael Buchmann) hatten schon Jahre vor ihrem Engagement bei Kühnens Bande als bekannte braune NSD-Schläger vor sich reden gemacht.

Fememordprozeß in Lübeck: Mordbefehl vom VS-Spitzel

Erst ist der Verfassungsschutz in ein Verbrechen der Neonazis verwickelt. Der VS-Spitzel Michael Frühau, einer der Tatbeteiligten, soll — so die Aussagen der Militärs — als einer der Führer der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (Hansa-Bande) den Befehl zur Ermordung des 26-jährigen schwulen Nazis Johannes Bögner gegeben haben.

Angeklagt sind in diesem Prozeß 5 Neonazis. Die Zwillinge Torsen und Olaf König (20 Jahre), Will Wegener (29), Friedhelm Enk (29) und Michael Frühau (26). Gemeinsam sollen sie in Wegeners Wohnung am 28.3.81 den Mord geplant haben. Olaf König, Enk und Frühau führten dann zum Lokal „Can-Can“, in dem Bögner sich aufhielt und das früher (damals noch unter dem Namen „Endstation“) der Hansa-Bande als Treffpunkt gedient hatte. Dort lockten sie Bögner unter dem Vorwand, eine Nachricht von Kühnens für ihn zu haben, ins Auto und führten nach Steinwarde vor den Toren Hamburgs, wo Enk ihn erst zusammenschlug und anschließend mit 20 Messerschritten tötete.

Einen Tag später meldete sich Michael Frühau im Begleitung zweier Rechtsanwältinnen bei der Polizei und gestand den Mord, den angeblich allein Enk begangen hätte. Er, Frühau, sei davon ausgegangen, daß Bögner nur ein paar Ohrfeigen und einen „Klapp auf den Hintern“ bekommen sollte und dann ausgesetzt würde.

Im Prozeß stellte sich heraus, daß Michael Frühau nach mehrmaligen Versuchen, mit dem Verfassungsschutz ins Geschäft zu kommen, am Tag vor dem Mord, am 27.3.81, vom Verfassungsschutz gegen ein Honorar von 500 DM als Spitzel eingestellt worden war. Angeblich sollte Frühau Informationen entweder über die „Hilfsorganisation Nationaler Offensiver“ (HNO, ein Dachverband von Nazi-Gruppen zur Betreibung ihrer einflussreichen Aktivitäten) oder — nach anderen Berichten — über die Aktivitäten der Doms-Gruppe, einer „Wehrsportgruppe“ in Hamburg-Blankenese, liefern. Merkwürdig genug: Ausgerechnet der Vorname, in dem Frühau führend tätig war, die ANS/Hansa-Bande sollte nicht zum Langzeitgeheim der neuen Spitzels gehören.



VS-Spitzel Frühau 1. von rechts im hellen Trenchcoat

Enk eine führende Rolle in der Hamburger Gruppe gespielt hätten, stützt aber jede geistige Urheberschaft für den Mord ab. Dieser — so Kühnens — sei eine VS-Intrige gegen die ANS gewesen, und der Mörder Enk sei ein „unschuldiges Opfer“. Christian Worch, ebenfalls als Zeuge vernommen, schlug in dieselbe Kerbe: Mord gehöre nicht zur Politik der ANS.

Der, einer der Nazi-Aktivisten der „ersten Stunde“, der schon 1974 durch mehrere Waffendiebstähle und Überfälle (u.a. Polibula in Göttingen) bekanntgeworden war. Gemeinsam mit Harald Müller von der „NS-Kampfgruppe Mainz“, Ralf Ollmann (heute Weatherlin) und einem gewissen Hans-Joachim Neumann (Ex-NSD, heute angeblich Soldner in Südafrika) hatte Wegener als einer der ersten den Aufbau einer NSDAP begonnen. Nach seiner Haftentlassung (er hat noch eine längere „Bewährungszeit“) schloß sich Wegener der Hamburger Bande an.

Überhaupt, und auch das bringt dieser Prozeß zutage, war die Hamburger ANS gar nicht so tot, wie sie der Staatsschutz so gerne hinstellen will. Immer wieder tauchten in dem Prozeß Zeugen auf, die von internen Treffen berichteten. So ein Gastwirt aus Reinbeck, der eine Nazi-Feier mit ca. 10 ANS-Leuten in seiner Gaststätte abbrach, indem er die Bande kurzerhand vor die Tür setzte, so weitere Bandenmitglieder, die von internen „Schulungsabenden“ berichteten, in denen sehr ausführlich über „Verräter und Homosexuelle“ diskutiert worden sei.

Schulungs-Info Nr. 8

Arbeitsmaterial des zweiten Teils der Schulung: Entwicklung des Imperialismus seit 1945 und die Rolle der BRD in diesem Zusammenhang.

Inhalt des Info:

Bericht über den 1. Schulungs-

teil der A.B.-Gruppe Nürnberg

- Einführungsvortrag zum 2. Teil

Struktur eines Referats zur

Geschichte der BRD

- Protokolle der AGs und des

Plenums

- Wegweiser für den Umgang mit

den Texten dieser Schulung

- Zusatzpapiere zur ökonomischen

Expansion der BRD an

Beispielen

Bestellungen: nur gegen Voraus-

kauf (DM 5,00) an die

Hamburger Satz- und Verlags-

kooperative, Postfach 7665,

2000 Hamburg 19

Einzahlung auf Postcheckkonto

Hamburg, Konto-Nr. 27175-203

Vorankündigung

Aus dem Institut

Chronologie der Inneren Aufstellung (Antifaschismus-Kommunisten des KB), Mitgeheimter Gewalt — Die Argumente von Herstellungen, Innenminister und Polizeibehörden (Falco Werkentin, Mitherausgeber des Informationsdienstes „Bürgerrechte und Polizei, CHIP“), Prägung des Politischen — Die GdP im Dilemma (F. Werkentin); Die Demonstrationenfreiheit steht schiefenweise (Hartmut Scharmer, Rechtsanwalt aus Hamburg); Die körperlichen Folgen der Polizeigewalt (Sanitätsgruppe Hamburg); Testfeld Nordbrink (Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee - WISK); CS für die Königin — Technologie politischer Unterdrückung in den Niederlanden (Boat Rika, NL); Zürich — Zwischenbilanz eines Kampfes (K. Müller, POCH - Zürich); Trainings, Retzkampfstoffe — Die Gasse der Weidengruppe (Dr. rer. nat. Alfred Schrempf, Institut für Internationale Friedensforschung, München); Kriegswaffe CS — Die mi-

litärische Verwendung von Retzkampfstoffen (A. Schrempf), Retzkampfstoff CS — Toxikologie, Wirkung und Einsatz (Dr. rer. nat. Rainer Grieshammer, Öko-Institut Freiburg) CS im Vietnamkrieg (Karl-Rainer Fabig, stellv. Vorsitzendes der Freundschaftsgesellschaft BRD - Sozialistische Republik Vietnam, niedergelassener Arzt in Hamburg); Der Bluff mit dem Frauhofer-Gutachten (Dante Lutz Freiburg); Selbstschutz und Erst Hilfe bei CN und CS (Sanitätsgruppe Hamburg); Der fliegende Boxhandschuh — Gummis für die Polizei (Sanitätsgruppe Chammo-laden, Westberlin); „Tod als unvermeidbares Resultat“ (Sanitätsgruppe Chammo-laden)

Vertrieb: BUU - Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Bartelstr. 26 2000 Hamburg 6 Tel. 040/439 86 71 Auslieferung ab 1. Juni 1982

Ruhe oder Chaos

Technologie politischer Unterdrückung

erweiterte Dokumentation Hrsg. Gesundheitsladen zum Gesundheitstag 1981, Hamburg e.V. 136 Seiten, 52 Fotos Endpreis: 7,50 DM

Von wem stammt der Mordbefehl

Von wem stammt der Mordbefehl

Frühau war nicht irgendwer in dieser Bande. Nachdem nach Kühnens auch Christian Worch als dessen Nachfolger in der Führung der Hamburger Bande erst einmal im Knast verschwunden war, waren es nämlich Frühau und später Enk, die die vom Staatsschutz schon als „zerschlagen“ bezeichnete Bande zusammenhielten.

Eine Woche vor dem Mord besuchten Enk und Frühau Kühnens im Ceiler Knast, und einen Tag später, am 21. Mai 81, verfaßte Frühau jene „interne Information Nr. 2“, die dem Auftrag enthielt, „gegen Pervert, Homosexuelle und Verräter scharf vorzugehen“. Namentlich erwähnt wird neben einem zweiten auch Johannes Bögner. Diesen beiden wird in dem Papier befohlen, „mit sofortiger Wirkung jeglichen Kontakt zu nationalen Leuten, Kameraden und Organisationen abbrechen, anderenfalls wir Wege wissen, uns vor wichtigen Elementen zu schützen“. Nach Ansicht eines Staatsanwalts war das Gespräch mit Kühnens ein Vortrag für die Abfassung dieses Mordpapiers „nicht ohne Ursachlichkeit“.

Mit Spannung wurde daher die Aussage Kühnens im Prozeß erwartet. Dieser bestätigte zwar, daß Frühau und

Die Täter

Die Täter

Unumstritten ist Friedhelm Enk derjenige, der Johannes Bögner erschossen hat. Enk, erst wenige Monate vor der Tat aus dem Gefängnis entlassen, wo er wegen versuchten Raubmordes gesessen hatte, hatte schon zu seiner Bundeswehrzeit Kontakt zur Hansa-Bande. Enk wurde schließlich „unehrenhaft“ aus der Bundeswehr entlassen, wo er als „extrem hart und brutal“ bekannt war. Der Mord an Bögner — so Enk — sei genauso ausgeführt worden, wie er es dort gelernt habe.

Zum alten Kreis der Hamburger Bande gehören die Zwillinge Torsen und Olaf König. Sie hatten 1977/78 Kühnens in einem McDonalds-Imbiß kennengelernt und sich ihm angeschlossen. Ebenfalls zum alten Stamm der Bande gehört der VS-Spitzel Michael Frühau. Von ihm — wie Christian Worch Rechtsanwaltgehilfe — wurden Briefe aus dem Jahre 1978 bekannt, in denen er sich über seine Einstellung zur Homosexualität ausläßt. Adressat dieser Briefe ist pikanterweise eben der Nazi, der als zweiter — neben Bögner — in der „inneren Information Nr. 2“ als jemand bezeichnet wurde, gegen den scharf vorzugehen sei.

Zu diesen stieß nach seiner Haftentlassung „Zündel-Wulf“ Will Wegener.

Letzte Meldung:

Nach neuesten Agentur Meldungen, veröffentlicht in „Hamburger Morgenpost“ und „Hamburger Abendblatt“, soll Kühnens am 23.6.82 entlassen werden. Die neuerliche Verurteilung durch das Flensburger Landgericht (9 Monate) ist noch nicht rechtskräftig. Ob Mordbefehl ausgestellt wird, war bisher nicht in Erfahrung zu bringen.



Innenministerkonferenz: „Störerkartei“ und CS-Gas

Eine schwere Geburt beendeten die Innenminister der Länder und des Bundes auf ihrer am 29. April turnusgemäß abgehaltenen Konferenz in München nach jahrelangen Problemfeldern verabschiedeten die Richtlinien für den „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“. Eine weitere Entscheidung stellt den Ländern die Einführung des Vietnamkampfstoffes CS in eigene Entscheidungshoheit.

Die seit den militanten Aktionen gegen die Rekrutenverpflichtung im Bremer Weserstadion vor genau zwei Jahren wieder hochgekochte Debatte über die innere Sicherheit kreiste von Anfang an um zwei zentrale Punkte: Die Ausrichtung der Polizei mit „Distanzwaffen“ und eine Verschärfung der Demonstrationsgesetze.

In Sachen „Distanzwaffen“ sind Polizei und Innenminister mittlerweile von den anfangs geforderten Gummigeschossen abgerückt und favorisieren überwiegend den Kampfstoff CS. Mit ihm hoffen sie nicht nur, Demonstranten auf eine Distanz außerhalb der Reichweite eines Steinwurfes halten zu können, die vorübergehend Reaktionsunfähigkeit erzeugende Wirkung soll darüber hinaus für eine Erhöhung der Festnahmeziffern sorgen.

Erstmals als polizeiliche „Distanzwaffe“ ins Gespräch gebracht wurde der in Zypern, Nordirland und Vietnam erprobte Kampfstoff CS nach der großen Brokdorf-Demonstration im Februar 1981. Bayerns Innenminister Gerold Tandler präsente eine Woche nach den Nürnberger Messenfestnahmen die bemerkenswerte Begründung: „Nur dann kann gewährleistet werden, daß wir auch in Zukunft den Schußwaffengebrauch vermeiden können, wobei ich ganz eindeutig erkläre, daß es Situationen geben kann, in denen er auch in Bezug auf den Einsatz zur Diskussion stehen muß.“ (1)

Nach einer Textvorführung auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne und SS-Schule des KZ Dachau gab das bayerische Kabinett im Juli 81 „grünes Licht“ für die Einführung von CS. (2)

Der bayerische Vorstoß bot den Vertretern eines „kritischen Dialogs“, den „Tauben“, vielfältige Gelegenheiten, sich als liberale Kräfte zu profilieren. Der damalige Vorsitzende der GdP, Helmut Schürmeyer, vertrat die Ansicht, daß härtere polizeiliche Einsatzmittel eher dazu dienen, „wirkliche Macht und die staatliche Gewalt zu demonstrieren“, und dies könne man nicht zulassen (3). Seit seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten von Bielefeld ist Schürmeyer ein überzeugter CS-Anhänger; auch die GdP tritt für die bundesweite Einführung ein, wenn auch mit möglichst niedrigen Konzentrationen (4). Liberal bedeckt hier fast auch Gerhard Baum: Die Ausrichtung des BGS mit CS wird im Bundesinnenministerium weiterhin mit dem Hinweis abgeblockt, man wolle noch ein paar zusätzliche Untersuchungen über die Wirkung von CS in engen Straßen und außerdem über die psychologische Wirkung eines derartigen Einsatzes auf Menschenmassen abwarten (5). Die Position sozialdemokratischer Sicherheitsexperten formulierte schon vor einem Jahr Hamburgs Innenminister Alfons Pawelczyk: „Wir sind stärker als die Gewalttäter. Wir brauchen keine neuen Waffen und Geschosse!“ Sals Konzept, knapp formuliert: „Wir müssen angemessen reagieren, reagieren mit Augenmaß. Überreaktionen der Polizei schaffen Sympathisanten für die Gewalttäter

schneiden uns von der kritischen Jugend ab“ (6).

Nach knapp einjähriger Debatte war die Zeit für einen wahrhaft faulen Kompromiß der Innenministerkonferenz (IMK) reif: die Herren beschlossen, daß die Ausrichtung der Polizeien und des BGS auch weiterhin Sache der Länder bzw. des Bundes sei. Diese Kompetenz ist in dem Gesetz über den unmittelbaren Zwang und die „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“ eh seit mehreren Jahren festgelegt.

Die CDU/CSU regierten Länder haben sich bis auf das Saarland inswei-

haben sich bis auf das Saarland inzwischen alle für CS entschieden (7). Die sozialliberal geführten Bundesländer vertrauen weiterhin auf den Kampfstoff CN und das übrige Arsenal polizeilicher Distanzwaffen wie die chemische Superkeule „RS5G“ der Firma Heckler & Koch mit einer Reichweite von 25 m, die „Tränengaswurfkörper“, die sich auf 100 Meter Entfernung zielgenau von Pistolen und Langwaffen abfeuern lassen, die neuen Wasserwerfer und andere Produkte aus den Laboratorien sicherheitsorientierter Herstellerbetriebe.

Die wütesten Erklärung für die derzeitige Ablehnung von CS lieferte Hessens Innenminister Ekkehard Gries (FDP). Er nannte es „politisch falsch“, ein „nicht hinreichend erprobtes Mittel“ einzusetzen. Kurz zuvor hatte seine Startbahn-Polizei einem 30-jährigen mit einer metallbommentierten Gaspetrone das Nasenbein zertrümmert. (8, 9) Gries und seine sozialliberalen Kollegen können beruhigt die Ergebnisse des neuerlichen Entwicklungsauftrages der IMK über eine „Distanzwaffe“ abwarten, die noch geeigneter als die bisher verfügbaren sein soll.

Computerfutter

Das Projekt hatte viele Namen: „Störerkartei“, „Schlägerregister“, „Datensammlung gewalttätiger Störer“ – das Endprodukt lautet jetzt ganz amtdeutsch „Kriminalpolizeilicher Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“.

Bereits nach der Grohnde Demonstration im Jahre 1977 wurde im BKA-PIOS-System eine Sammlung über 800 Personen eingerichtet, die „bei der Vorbereitung und Durchführung gewalttätiger Demonstrationen beteiligt“ waren. Da PIOS nur wenigen örtlichen Polizeidienststellen zugänglich ist, und sich die Datensammlung damit im polizeilichen Alltag als Fehlkonstruktion erwies, kostete es Gerhard Baum zwei Jahre später nur ein liberales Grinsen, die Beseitigung der Daten anzukündigen. (10)

Anfang 1981 wurde ein erneuter Anlauf unternommen, alle Personen zu erfassen, gegen die zu jener Zeit „im Zusammenhang mit politischen Aktionen“ ermittelt wurde oder die zur Gewalt aufgerufen oder Gewalt verübt hatten. Insgesamt 7453 Personen wurden erfasst, doch die Auswertung erwies sich nur als eine Bestätigung von Allgemeinplätzen: Da überwiegend bei Hausbesetzungen aufgeschrieben wurde, ergab sich folgerichtig, daß 62 Prozent der Gemeldeten Hausbesetzer, deren zugeordneter

Strafbestand wiederum folgerichtig zu über 90 Prozent auf Hausfriedensbruch lautete. Auch die These von den herumtrollenden Demonstrationen erwies sich als theoretisches Konstrukt: gerade 162 von 7453 erfaßten Personen (= 2,1 %) fielen der Polizei als „sowas Täter“ auf. Die Erklärung aus Wiesbaden stützte dazu fest, daß vor allem die Hausbesetzer wohl als „bodenständig“ zu bezeichnen seien – wech eine Überraschung! Gesamtresultat: Die Daten von 80 Prozent der in dieser Sammlung gespeicherten Personen waren aus polizeilicher Sicht für einen Meldedienst zur Erfassung des „harten Kerns“ nicht brauchbar.

Mit Formulierungshilfe aus dem Bundesinnenministerium wurden die jetzt verabschiedeten Richtlinien ausgearbeitet. (11) Ziel des Meldedienstes ist:

„durch die zentrale Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen überregional oder staatsweit handelnde Straftäter und Tatzusammenhänge zu erkennen.“

Meldespflichtig sind angeleitete Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen, „soweit die Tat in einem örtlichen, zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit einer politisch bestimmten öffentlichen Versammlung oder einem solchen Aufzug steht“. Landfriedensbruch ... Schwerer Hausfriedensbruch ... Straftaten mit Gewalttätigkeiten (aggressiver Einsatz physischer Kraft) – gegen Leib oder Leben gegen fremde Sachen... – Plünderungen...

Aufforderungen zu den vorgenannten Straftaten sollen ebenfalls gemeldet werden. Bei Verfahrenseinstellung, Freispruch und nach einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren sollen die Daten angeblich gelöscht werden, die Einspeicherung bezieht Meldungen über die vorgenannten Straftaten rückwirkend bis Juli 1981 ein.

Gespeichert werden die Datensätze im BKA, wo die „zur Verhütung von Straftaten... aus aktuellem Anlaß für einen auf Anforderung der für den Einsatz zuständigen Polizeidienststelle des betroffenen Landes... festgesetzten Zeit- und Fehndungsraum... zur Abfrage im INPOL-Fahndungsbestand bereitgehalten“ werden. Die Übernahme der Daten in den aktuellen Fahndungsbestand geschieht weitestgehend nach polizeilichem Ermessen und ermöglicht eine gezielte Vorabüberprüfung einschlägig bekannter Straftäter.

In Verbindung mit Polizeigesetzen wie dem Westberliner „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG), das die kurzfristige Festnahme vor Demonstrationen schon jetzt legitimiert, bildet dieser Meldedienst die technische Grundlage für großräumig angelegte Kontrollen und Festnahmen vor zukünftigen Demonstrationen. Da bei Kontrollen „besonders darauf zu achten“ ist, „ob Gegenstände mitgeführt werden, die eine unfriedliche Teilnahme oder eine Störung der öffentlichen Versammlung oder des Aufzuges befürchten lassen“, so der Text der Richtlinien, entwickelt sich eine einmündige Speicherung möglicherweise zu einem Dauerverbrenner: jede weitere Kontrolle wird – je nach polizeilicher Absicht – wiederum „Gegenstände zur Ausübung von Gewalt“ hervorzaubern, es folgt ein

erneutes Verfahren, erneute Speicherung, erneute Kontrolle. Das auf diese Weise entstehende größere Aufkommen an Ermittlungs- und Strafverfahren macht u.a. auch die Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen fast überflüssig.

Einer allerdings mochte sein Land nicht am BKA-Meldedienst beteiligen: Hamburgs Innenminister Alfons Pawelczyk. Seine Behörde will zwar – wie bisher schon – eigene Erkenntnisse den jeweiligen Polizeibehörden direkt zur Verfügung stellen (12), den Umweg über das BKA will man sich – nicht zuletzt aus wahltaktischen Überlegungen – vorerst ersparen. Die Hamburger Innenbehörde ist über Demonstrationen im übrigen so gut informiert, daß Ordner, Demonstranten und andere bekannte

„Gesichter“ von „ihrem“ Zivil bestraft mit dezentem Kopfnicken zur Demonstration begrüßt werden. Ähnlich locker ist die Reaktion unter den Betroffenen: bei ihnen kursiert seit Kurzem der Spruch: „Im das Band erst ruiniert, demonstriert es sich ganz ungeniert“.

Anmerkungen
(1) Tagesspiegel, 12.3.81
(2) SZ, 14.7.81
(3) FAZ, 13.3.81
(4) FR, 20.7.81
(5) Welt, 28.4.82
(6) Mopo, 10.4.81, Bild-HM, 21.5.81
(7) SZ, 6.5.82
(8) FR, 30.4.82
(9) FR, 29.4.82 und Pressekonzert der GdP
(10) FR, 3.4.82 Text der Richtlinien aus FR, CILIP, Dez. 81
(11) SZ, 30.4.82

„Fesseln spürt, wer sich bewegt“

Diesen hübschen Titel trägt ein neuer Film über die Auseinandersetzungen an der Startbahn West von Thomas Carle und Dietmar Klein. Der schwarz-weiß Film (Dauer 67 Minuten) beginnt mit kleinen Interviews mit Menschen aus der Bürgerbewegung: Freaks aus dem Hüttendorf, Frauen aus der Waldorfer Frauengruppe, Umweltschützer... Die Bilder einer trügerischen Sommeridylle weichen dann schnell den Polizeieinsätzen, von der ersten bis zur letzten Räumung der verschiedenen, immer wieder neu aufgebauten Hüttendorfer. Besonders interessant – weil bislang nicht so bekannt – sind die Aufnahmen hinter dem Netodraht vom

sogenannten „Nackten-Sonntag“ am 8.11.81: ob nun vorher ein Agreement getroffen worden war oder nicht, jedenfalls hielten sich die Polizeitruppen nicht daran. Die Nackten wurden rumgeschoben, angegriffen, getreten. Sowohl die Bilder als auch der Ton sind hervorragend. Den Film, der sich gut für Diskussions- und Informationsveranstaltungen eignet, kann man sich bestellen.

Verleihgesellschaft der Filmemacher
Altenstraße 1, 8000 München 19
(Tel.: 089/1901208).
Korten ca. 100 DM

Berichtigung

In dem Artikel „Noch keine Schußwaffen“ – Rechtsradikale gegen Antimilitaristen“ (AK 220, S. 15) berichteten wir über die rechtsradikale „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit“ („Werkgroep voor recht en vrijheid“) und die Zusammensetzung ihrer Führungsgremien. Wir schrieben u.a.: „Ein vierter Unterzeichner (des Aufrufs der Arbeitsgruppe) ist führendes Mitglied der 'Vereinigung von ex-politischen Gefangenen' (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener)“ (Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener), eine ehrenwerte Gesellschaft ehemaliger niederländischer SS-Angehöriger und ehemaliger Mitglieder der NSB, der niederländischen Faschistenpartei vor 1945.“ Bei der Charakterisierung dieser Vereinigung hatten wir uns auf eine sonst zuverlässige Quelle gestützt.

In Genosse aus Utrecht teilt uns nun mit, daß wir mit dieser Charakterisierung bis dancengehauen haben. Bei den Mitgliedern der „Vereinigung“ handele es sich nämlich (nach „Onder-

drukking en Verzet – Nederland in Oorlogstijd“, Teil 4, S. 238) um Niederländer, die im Zweiten Weltkrieg aus politischen Gründen von den deutschen Besatzern gefangen-gesetzt oder als Geiseln genommen waren. Die „Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener“ beschloß zwar 1949, kommunistische Mitglieder auszuschließen bzw. abzuhängen und bezweigt, wie uns der Genosse mitteilt, heute „äußerst konservative Standpunkte“ (wovon der Umstand, daß ein führendes Mitglied der „Vereinigung“ gleichzeitig zur Führungscrew der rechtsradikalen „Arbeitsgruppe für Recht und Freiheit“ gehört, extremer Ausdruck ist). Das alles ist aber eben doch etwas qualitativ anderes als ein Haufen von Alt-Nazis, wie wir die Vereinigung dargestellt hatten. – Wir bedauern unseren Mißgriff!

Niederlande-Kommunisten



Honi soit
qui mal y pense

Als nach der Oktoberrevolution Hunderte zaristischer Offiziere an vorgezogen ihr Leben außerhalb der Sowjetunion zu führen, waren bei vielen die notwendigen Vermögen schnell aufgezehrt. Da nicht jeder ein Berufsmenschenleben mit Schachermäusen über die Barbarei in hinteren Rußland einträglich vermarkten konnte, sahen sich viele zu einem Berufswechsel gezwungen, sie gründeten Einzelgruppen, von denen die bekannteste, Sergei Jaroff's „Echter“ Don-Kosaken-Chor, auch hierzulande noch manchmal Konzerte und kleineinfesthalten kann. Das ist - historisch gesehen - eine verwunderliche Erscheinung, und wir werden ihr keine Träne nach.

Umso mehr wird wir erstaut, daß die bundesdeutsche Polizei — ebenfalls historisch betrachtet — in die Zukunft denkt und sich nach neuen Berufseldern umschaut. Denn anders kann es ja nicht sein, wenn man sich eine gewisse Zeitlang planlos über Wasser halten will, ohne auf dem Wasser zu schwimmen. Und das ist die Aufgabe der Polizei, nicht nur die Sicherheit zu gewährleisten, sondern auch die Freiheit zu wahren. Und das ist die Aufgabe der Polizei, nicht nur die Sicherheit zu gewährleisten, sondern auch die Freiheit zu wahren.

die bundesdeutsche Polizei – ebenfalls historisch betrachtet – in die Zukunft denkt und sich nach neuen Berufsfeldern umschaut. Dann andere Klängen wie es uns kaum erklären, daß zu einem Zeitpunkt glänzender Wachumschancen einzelne Vertreter des Polizeisystems im Showgeschäft Fuß zu fassen versuchen. Eine alte Meldung, Ende Februar über die Licker verbreitet, im es, die uns aus der spätwinterlich-unterkühlten Stimmung weckt: wir lesen von einem Bonner Bullenbellet, in dem ausschließlich Kriminalbeamte aus der Bundeshaupstadt tanzen. Nach einem Auftritt im WDR-Fernsehen es ihnen jetzt der künstlerische Durchbruch gelungen. Noch zweifelnd am Wahrheitsgehalt dieser Meldung erfahren wir weiter, daß diese Corps de Ballet ursprünglich eine Notlösung war, mit der der Bund deutscher Kriminalbeamter (BÜK) die Kosten für Karnevalsguppen bei einer ähnlichen Verteilung des Bullenordens drücken wollte. Nach dem Motto „Selbst ist der Mann“ hatte vor vier Jahren Hauptkommissar Werner Schwab den Aufbau einer haus-eigenen Truppe in die Hand genommen, um trotz Sparmaßnahmen die Verteilung des Bullenordens auch weiterhin angemessen über die Bühne zu bringen. Der Bullenorden, ebenfalls ein Produkt polizeilichen Witzes, wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die innere Sicherheit verdient gemacht haben. Wir wundern uns nicht, unter den Trägern Männer wie Kurt Neubmann, Hans-Ulrich Wegener und Hans-Dietrich Genscher zu finden.

Für die Idee des Bullenballetts gewannen die Ordnungshüter die Bonner Balletttruppe Rudi Zitzke, die sich bereit erklärte, den „Bullen“ für ihre Auftritte auf die Sprünge zu helfen. Anfangs war es schwer, so Schwab, acht Mann und zwei als Reserve zusammenzubringen, da die Kollegen der Meinung waren, Tänzern sei unähnlich doch Hemmungen wurden mit Erfolg abgebaut.

Für ihre mittlerweile zahlreichen Auftritte bei gesellschaftlichen Ereignissen aller Art haben sich die Kriminalisten eigene Kluft zugelegt: schwarze Hose, schwarzes Hemd, gelber Schuhs, schwarzer Hut mit gelbem Hutband. Am Gürtel hängt wie beruhigend — lediglich eine Spielzeugpistole, die Handschellen daneben sind jedoch echt. Zu ihren beliebtesten Nummern gehört der Kriminaltango zu vier Paaren.

Bar jeder karnevalistischen Stimmung gerieten wir ins Nachdenken.

liegt in diesem sportlichen Hobby das Geheimnis jener ausdauernden Kondition von Läufer- und Greiftruppen, deren Fähigkeiten wir gelegentlich schon verspüren mussten? Sollten sich unsere Kontrahenten gar mit Exerzieren an der Ballett-Menge für ihre Auftritte wachmachen, anstatt dumpf brüllend die Stunden vor dem Einsatz mit Skatenspielen totzuschlagen? Ist jenseits der Fachpresse vielbeklagte *burning out* syndrome Überlaster Polsteren in Wirklichkeit gar die Folge unmaßgebender Trainings perfekter Schrittfolger?

Nein, distert uns unser tiefer-
wurzeltes Feindbild zu. Bulle bleibt

bulle, auch beim Pas de Deux! Und doch, der Gedanke läßt uns nicht los — wir sind es gewohnt, notorisch Hintergedanken zu wittern — was können wir in Zukunft bei Auftritten in der Bundeshauptstadt, beispielsweise anläßlich Regense Auftritte, erleben? Vielleicht Hundertschaften, die mit lockeren Doppel- und Dreischrittweisen aus den Heisgaragen und Kirchen einzeln, sobald die Einweihung den Zeitpunkt für gekommen hält — oder doch wieder nur jenes unbehagliche Hervorwärtzen zum Hauptauftritt-Tango? Wir werden jedenfalls schon einmal den Sterbenden Schwan über.



Die ist die dritte Aufforderung!



Mit den vom SEK-Göppingen!



Mir san vom SEX-Gedächtnis!



Halt, hier beginnt die Mannrolle!

Liberalismus — Folter: Neue Wege der Terrorismus-Bekämpfung

In der BRD erleben wir seit einiger Zeit eine Renaissance der „Liberalisierungs“- und „Aussteiger“-Debatte. Seit Peter-Jürgen Boock kurz nach seiner Verhaftung sich öffentlich von der RAF losgesagt und gleichzeitig seine Absicht kundgetan hat, keine belastenden Aussagen gegen seine ehemaligen Genossen machen zu wollen (1), gibt es in der BRD nach dem berühmten Mahler-Baum-Gespräch von 1979 (2) den ersten praktischen Fall, wo die von Baum damals befürwortete „liberale“ Linie der Terrorismusbekämpfung in die Tat umgesetzt werden könnte. Doch statt der versprochenen „milden“ und „verhältnissen“ Behandlung werden in Wirklichkeit auch gegenüber Boock noch nicht einmal die Mindestanforderungen humanitärer und fairer Behandlung eingehalten (3).

Neben seinem „Freundeskreis“, seinen Anwälten und der „faz“ ist neuerdings auch das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ mit der Forderung an die Öffentlichkeit getreten, man möge die an die Adresse von „Aussteigern“ gemachten Versprechungen doch einhalten. Baum hatte erst vor wenigen Monaten – diesmal in einem Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen Rognoni – im „SPIEGEL“ einen zweiten Anlauf in seiner Anti-Terrorismus-Kampagne gestartet (4). Unter dem Titel „Neue Wege der Terrorismusbekämpfung“ soll dort der Eindruck erweckt werden, als sei die bisherige Methode der Terrorismusbekämpfung mit polizeilichen Mitteln uneffektiv gewesen und als müßten daher „neue Wege“ begangen werden, die weniger repressiv seien. Als Beispiel wird Italien vorgeführt, wo diese „neuen Wege“ in Gestalt des Kronzeugen-Gesetzes angeblich schon eingeschlagen worden sind. Inzwischen ist tatsächlich der erste „reife“ Terrorist, Carlo Fioroni, der eigentlich zu 22 Jahren Haft verurteilt worden war, in den Genuß der Haftverschonung gekommen, die nach diesem Gesetz vom Dezember 1979 vorgesehen ist, und ist entlassen worden (5).

Zur selben Zeit aber läuft in Italien – nach der Dozier-Befreiung durch italienische „Sicherheitskräfte“ – eine beispiellose Welle der Terrorismus-Verfolgung. Die Festnahmen bzw. Verhaftungen waren von der Öffentlichkeit nicht mehr nachzuvollziehen, täglich wurden neue Zahlen gemeldet. Es bestand allenthalben Einigkeit: „Italiens Polizei erfolgreich bei der Terrorismusbekämpfung“ (6). Nur wenige Wochen nach dieser gigantischen Verhaftungs- und Verfolgungswelle gelangten Berichte von Gefangenen in die Öffentlichkeit, daß sie nach ihrer Verhaftung gefoltert worden seien (7). Die von ihnen durch Mißhandlungen erpreßten Geständnisse und Aussagen sollten die Grundlage für weitere „Fahndungserfolge“ werden (8).

Diese bemerkenswerten Parallelen von – scheinbar – widersprüchlichen Ereignissen wirft angesichts der neu belebten „Liberalisierungs“-Hoffnungen in Teilen der westdeutschen Linken und bei demokratischen Kräften die Frage nach den wirklichen Chancen für eine „liberale Lösung des Terrorismusproblems“ aktuell auf.

Die Folterungen an politischen Gefangenen in Italien erscheinen manchen als Eskalationsstufe einer ausufernden „terroristischen“ Bewegung und einer entsprechenden „harten“ Linie bei der staatlichen Terrorismusbekämpfung. So berichtete die „faz“ in einem ersten Kommentar zu den Mißhandlungen von einer angeblichen Tendenz bei vielen Linken in Italien, die das Problem auf ein „abgeschlossenes gewalttätiges Ritual zwischen Untergrundkämpfern und Polizisten“ zu reduzieren versucht. Die „legale“ Linke könne das dann nur noch als „Verengung des Raumes für die politische Artikulation derer, die außerhalb des Kampfes zwischen Terroristen und staatlichen Antiterroristen stehen“ begreifen. Darin komme „das Verständnis zwischen Politik und Terrorist als eine Art Privatangelegenheit zum Ausdruck“, aus der sich die übrige Linke dann heraushalten könne (9).

Im Widerspruch zu dieser Bestandsaufnahme könnte die italienische Kronzeugen-Regelung als ein Indiz für den Versuch gewertet werden, dem Terrorismus durch positive Anreize zum „Aussteigen“ des Bodens zu entziehen – ein Gedanke, der hierzulande das besondere Stachelstück von Baum in und der weit mit der sogenannten „weichen“ Linie in Verbindung gebracht wird.

„Innerer Zerfall“ der Terrorgruppen statt „ordinärer Fahndungserfolge“?

In seinem „SPIEGEL“-Gespräch mit Baum warb Rognoni für die italienische Kronzeugenregelung. Das Gesetz sieht Strafmilderung für diejenigen vor, die der Gewalt abswagen, sich von ihren Gruppen lösen und mit der Justiz zusammenarbeiten. Nach Rognonis Ansicht soll der Anreiz vor allem auf solche Jugendlichen zielen, die nicht zum „harten Kern“ gehören, sondern bloß „kleinere Delikte“ verübt haben wie Wohnungen zu beschaffen, Plätze zu besetzen usw. Diese Leute sollen „aussteigen“ können und dann so behandelt werden, daß auch für andere davon ein Anreiz ausgeht.

Diese Darstellung verleiht jedoch bereits das wesentliche Motiv der Kronzeugenregelung Italiens. Wie man an dem Gesetz selber sehen kann, geht es weniger um das „Aussteigen“ an sich und die davon erhoffte Signalwirkung, sondern um konkrete Fakten, Hinweise für die Strafverfolgungsorgane. Wer nicht mit der Justiz zusammenarbeitet, bekommt keine Vergünstigungen.

Baum gibt sich damit als Modell für die BRD nicht ab. Er will auf mehr hinaus. Der „Zerfallsprozeß“ ist die Schwächung des Terrorismus entscheidend. „Und durch Terror,

den ein Kronzeuge begeht, erreichen wir wiederum nur die ordinären Fahndungserfolge, nicht den inneren Zerfall der Gruppen“ (10). Baums Anliegen ist also weniger die Frage, wie der Staat noch bessere Fahndungserfolge erzielen kann bei der Bekämpfung des „Terrorismus“ mit polizeilichen Mitteln – ihm geht es um die endgültige Auflösung der bewaffneten Gruppen, um die Erledigung des politischen Phänomens Terrorismus.

Damit scheint Baum auf einer grundsätzlich anderen Schiene zu fahren als die Italiener während es dort um die „ordinären Fahndungserfolge“ geht, strahlt Baum für die Bundesrepublik eine politische Lösung des „Terrorismusproblems“ an, indem man dem Terrorismus ideologisch den Boden entzieht. „Die Abklingen sind das Ergebnis einer Selbstreflexion... Ich setze auf die Kraft dieser Selbstreflexion“ (11). Wobei in der italienischen Linie das, was mit den politischen Gefangenen jetzt passiert ist, als Möglichkeit vorzuziehen angeht, während solche Übergriffe ausgeschlossen scheinen, wenn das Ziel des „inneren Zerfalls“ und der ideologischen Auflösung verfolgt wird.

Tatsächlich besteht dieser prinzipielle Unterschied zwischen den italienischen Methoden der Terrorismusbekämpfung und Baums „liberalem“ Konzept allerdings gar nicht. Denn auf der einen Seite macht sich selbstverständlich auch Rognoni für eine politische Bekämpfung des Terrorismus stark. „Wo es scharfe soziale Spannungen gibt, kann sich auch eine Kultur der Gewalt breitmachen. Man muß zunächst einmal eine demokratische Verhaltensweise entgegenzusetzen... Die Demokratie muß funktionieren können, und die Bevölkerung darf ihr nicht gleichgültig gegenüberstehen. Um den Terrorismus zu bekämpfen, brauchen wir den besonderen Korpus mit der Jugend“ (12).

Auf der anderen Seite heißt Baums Endziel des „inneren Zerfalls“ der bewaffneten Gruppen auch keineswegs, daß auf „ordinäre Fahndungserfolge“ verzichtet werden soll. So unternimmt Baum an keiner Stelle den Versuch, Rognoni etwa von den Vorteilen der „weichen“ Linie zu überzeugen zu wollen, sondern räumt ganz im Gegenteil ein, daß die italienischen Bedingungen „eine besondere Veranlassung“ geben, durch handfeste Anreize Erfolge zu erzielen (13). Und auf die Behauptung des „SPIEGEL“, die repressive Bekämpfung des Terrorismus in der Vergangenheit habe nur „mageren Erfolge“ gehabt, während die Aussteigerdiskussion aufweichend und verunsichernd gewirkt habe, erwidert Baum: „Wir müssen da unterscheiden. Die Terroristen des harten Kerns erreichen wir weder durch Anreize noch



Innenminister Baum, Rognoni:
Neue Wege der Terrorismusbekämpfung?

durch Argumente... Mit geistlichen Anreizen können wir auskämpfenden Terroristen keine Aussteiger machen“ (14). Bleibt zu ergänzen: Wo weder „Anreize“ noch „Argumente“ fruchten, wird wie gehabt auf die klassischen Methoden der politisch-justiziellen Verfolgung zurückgegriffen. „Ich glaube, daß die Kronzeugenregelung gegenüber Terroristen allenfalls eine Rolle spielen kann nach der Festnahme, wenn das einzelne Ich zusammenbrechen droht, und nicht schon, wenn jemand noch in der Gruppe ist“ (15). Das ist klar. Man muß die Leute durch einen entsprechend aus- und aufgerüsteten Fahndungsapparat also einmal kriegen, um sie dann umzuwandeln und zu Aussagen zu bringen. Aber was ist daran eigentlich so neu? Auf diesem Gebiet waren die bisherigen Erfolge der Strafverfolgungsorgane in der Bundesrepublik auch keineswegs besonders „mager“. Immerhin ist es der Justiz noch in jedem größeren RAF-Prozess gelungen, mit Hilfe von „Kronzeugen“ die Angeklagten zu überzeugen, meist lebenslänglichen Knaststrafen zu verurteilen.

Diese Gesprächsphasen machen deutlich, daß es nicht um die grundsätzliche Frage des „weichen“ oder „harten“ Linien bei der Terrorismusbekämpfung geht. Es handelt sich vielmehr um faktische Varianten ein und derselben Strategie, die auf möglichst weitgehende Zurückdrängung des politischen Phänomens Terrorismus dort, wo hier aus ist. Der Staatsapparat ist in der Lage, flexibel auf diese

Phänomen zu reagieren, sowohl was die konkrete historische Situation angeht – „besondere Veranlassung“ in Italien – als auch bezüglich unterschiedlicher Zielgruppen – „wie müssen da unterscheiden“.

Baums „Bereitschaft zum Dialog“

Baums Pessimismus hinsichtlich des „harten Kerns“ muß als klare Aufgabe seiner vielbesprochenen These von der „Signalwirkung“ verstanden werden, die ein „verschölicher“ Umgang des Staates mit Aussteigern angeblich auf die Terroristen-Szene habe. Die Minderen, über diesen Weg die „Terrorgruppen“ endgültig zerschlagen zu können, hat sich überholt. „SPIEGEL: Sie (die Terroristen-Szene, Anm. AK) war in den Jahren 1978 bis 1980 personell geschwächt und vom politischen Mißerfolg ihres Untergrundkampfes demoralisiert. Wäre da der Zeitpunkt für ein Signal politischer Art nicht besonders günstig gewesen? – BAUM: Solche Signale hat es gegeben... Aber Ruhepausen hat es auch früher schon gegeben. Wir können daraus nicht zu weitgehende Schlüsse ziehen...“ (16).

Gerade angesichts der italienischen Verhältnisse, wo der Terrorismus inzwischen schon zu einem Massenphänomen geworden ist, von dem ganz unterschiedliche soziale Schichten ergriffen werden, wird es immer deutlicher, daß der Terrorismus als politisches Phänomen durch keine auspräventive Lösung zu „stimulieren“ ist. Durch

kein Konzept also, daß sich innerhalb der Logik von „Terrorgruppen“ und staatlichem Anti-Terrorismus bewegt. Die Entstehungsbedingungen des „Terrorismus“ müßten in das Blickfeld einbezogen werden.

„SPIEGEL: Befürchten Sie, daß sich die deutsche Terrorismuspolitik und logistisch an die neue Protestbewegung und ihre Ziele anknüpfen könnte? Könnte es sein, daß sie wie in Italien Spannungen innerhalb der Gesellschaft auslöst und deshalb auch vielleicht eine gewisse Breitenwirkung erzielen könnte? – BAUM: Das wollen sie zweifellos“ (17).

Die Einschätzung Baums hierzu ist äußerst differenziert. Kein Wunder, wird doch diese Frage von den BRD-Sicherheitsdiensten ebenfalls für zentral gehalten und in entsprechenden Analysen und Prognosen untersucht, deren Ergebnisse Baum hier nur nachschälen braucht.

Erste Anhaltspunkte für eine „neue Strategie“ der RAF ergaben sich für die Behörden aus einem Schriftstück, das im Herbst 1980 in einer konspirativen RAF-Wohnung entdeckt und zugleich als der „bedeutendste Fund aus dem Intimbereich der Stadtguerilla seit langem“ qualifiziert wurde (18). Darin wurde eine Tendenz zum „Umdenken“ diagnostiziert. „Durch die Aufbereitung neuer Themen – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, Wohnungsmot unter Studenten, Pro-

radikalismus in der Bundesrepublik, Wohnungsmot unter Studenten, Protest gegen Kernkraftwerke – soll eine wohlgeordnete Basis geschaffen werden... Das BKA sieht jedenfalls die Gefahr, daß die „nunmehr aus dem Problembereich Kernkraftwerke, Hausbesetzungen und Wohnungsmot entstehenden Protestströmungen auf eine terroristische Ideologie stoßen, die dieses Potential anleitet“ (19).

Inzwischen zieht man im Sicherheitsapparat erste Bilanz. Als „besorgniserregend“ bezeichnet Herold-Nachfolger Boden auf einer internationalen Terrorismuskonferenz im Februar, „daß die Terrorakte der RAF in einem Klima zunehmender Gewaltbereitschaft stattfinden“ (20). Beispiele sieht er in den Widerständen gegen Atomkraftwerke und Flughäfen, Hausbesetzungen und Angriffe auf militärische Einrichtungen „sowie in öffentlichen Demonstrationen gegen die Bundeswehr, insbesondere gegen den NATO-Doppelbescheid“ (21). Als die „schwierigsten Gegner“ werden in diesem Zusammenhang die revolutionären Zellen eingeschätzt, die „ihre Finger hart am Puls der Protestströmungen“ haben (22). Sorgen bereitet den Sicherheitsträgern auch die „Guerrilla Diffuse“, deren Kampf „ohne ideologische und strategische Komponenten... sich allgemein gegen Herrschaftsstrukturen“ richtet. Diese Strömung verfüge über weitaus mehr Anhänger als die RZ mit der „Tendenz zu einer Fortentwicklung“ (23).

Diese Analysen führen – beim Wort genommen – zu einer zwingend zu jener Schlußfolgerung, die von sozial-liberalen Spitzenpolitikern im Sonntagsgespräch auch gerne bemüht wird: weder neue Gesetze und harte Strafverfolgung, noch deren Nichtanwendung „fördern die innere Sicherheit in der Bundesrepublik. Voraussetzung dafür ist vielmehr der soziale Frieden im Land“ (Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor; 24). Auch Bundesjustizminister Schmude berührt sich den Kopf über den „Beitrag der Rechtspolitik zum inneren Frieden“, da dieser Voraussetzung für „innere Sicherheit“ sei (25).

Eine „politische Lösung des Terrorismusproblems“ wäre also nur zu erreichen über die Herstellung des sozialen Friedens. Doch was die Hüter der „inneren Sicherheit“ einschätzen können – so wortkarg und schwammig wird man bei der Frage nach dem Weg zum „inneren Frieden“.

„BAUM: Wir müssen den Jugendlichen im Umfeld (der Terroristen – Anm. AK) mit Argumenten begegnen. Der demokratische Staat, die liberale Gesellschaft ist doch offen für Veränderungen. Wer aber wirklich etwas

Fortsetzung von voriger Seite

verändern will, darf keine Gewalt anwenden. ... Wir müssen die Bereitschaft erkennen lassen, anders umzugehen mit Menschen, die anderer Meinung sind als wir und die fundamentalen Bindungen haben gegen die Art, wie unsere Parteien Politik machen. - SPIEGEL. Die modische Fokabel von der „Bereitschaft zum Dialog“ aus dem Munde der Politiker hängt doch inzwischen sogar dem größten Teil der nicht gewalttätigen Jugend zum Hals heraus. - BAUM Ich habe das Wort „Dialog“ nicht erwähnt. Die Situation ist deprimierend genug“ (26). Das war's. An eine wirklich materielle Veränderung der Situation von Jugendlichen und anderen Unzufriedenen, deren zunehmende Gewaltbereitschaft hier beklagt wird, ist keineswegs gedacht.

Die italienische Gesellschaft ist in Punkto „soziale Spannungen“ der BRD um einiges voraus. Aber auch bei uns ist mit einer zunehmenden Erschütterung des „sozialen Friedens“ zu rechnen, die mit der Verschärfung der innen- wie außenpolitischen Widersprüche - Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, Sozialstaatsabbau und Kriegsfahr - einhergehen wird. Die Hausbesetzungen und der Widerstand gegen die Startbahn West geben heute erst eine Ahnung davon, wie sich Widerstandsformen radikalisierten, und zwar massenhaft. In diesem Zusammenhang erschelen die Befürchtungen der staatlichen Sicherheitsstrategen über eine Zunahme militanter „Terrorgruppen“, die auf Teile der radikalisierten Bewegung eine Anziehungskraft ausüben, nicht ohne Grund. Daß die bewaffneten Gruppen durch eine womöglich massenhafte Verbreitung auch an ideologischer Geschlossenheit und Stärke verlieren - was in Italien deutlich zu beobachten ist - gibt dem Staatsapparat zwar neue Chancen, durch Kollaborationsangebote Einzelne herauszubringen. Eine „Selbstaufklärung“ der Gruppen, wie Baum es sich wünscht, wird es dadurch allerdings nicht geben. Auch dafür zeigt die italienische Entwicklung. Das „liberale“ Modell der Terrorismusbekämpfung, das auf den inneren Zerfall der Gruppen setzt, ist am Ende mit seinem Leben.

Vom alltäglichen Fahndungs- und Knast-Terror zur Folter

Der Abschied von einer „politischen Lösung des Terrorismusproblems“ erfolgt aber ebenso wenig in Gestalt eines klar erkennbaren Bruchs, wie die Unterscheidung zwischen „harter“ und „weicher“ Linie überhaupt. Vielmehr haben wir in den vergangenen zwölf Jahren in der BRD ungeachtet aller „Dialoge“ und Appelle gleichzeitig eine äußerst repressive Vorgehensweise des Staates gegen die RAF und andere mutante Gruppen erlebt. Neben dem Aufbau und der Ausweitung entsprechender Strukturen wurde auf der psychologisch-ideologischen Seite zunächst gezielt ein Bewußtsein geschürt, das die RAF zum Staatsfeind Nr. 1 hochstilisierte. Innerhalb der mit der Terrorismusbekämpfung befaßten Sonderapparate in Polizei, Justiz und Vollzug konnte aufbauend auf diesem Bewußtsein eine Mentalität herausgebildet und vorgegetrieben werden, die die Bereitschaft zu gewalttätigen und eindeutig rechtswidrigen Vorgehensweisen heinhaut.

Eine besondere Rolle spielt hier neben den zahlreichen Todesurteilen die seit Jahren systematisch praktizierte Politik der **Sonderbehandlung** der politischen Gefangenen in den Knästen. Diese

alltägliche Sonderbehandlung bildet wiederum die Voraussetzung dafür, in geeigneten Situationen, bei „gegebenem Anlaß“ exemplarisch staatlich sanktionierte Terrormaßnahmen gegen die Gefangenen durchzuführen. Bei jeder dieser beispielhaften Aktionen wird eine weitere Brechung des Bewußtseins geschlagen, wonach Gewalt gegen diese Gefangenen gerechtfertigt sei.

An erster Stelle stehen hier auch wie vor die Ereignisse 1977, insbesondere im Stuttgart-Stammheim als Höhepunkt der gegenüber der RAF seit 1972 per Zielfahndung und Knast betriebenen Vernichtungsstrategie. Bis heute läßt sich noch nicht endgültig abschließen, was sich in den Wochen der Kontaktsperre in den Knästen abgespielt hat. Die bisher vollständigste Herauslösung der betroffenen Gefangenen aus dem normalen Anstaltsvollzug - durch totale Isolierung von jedem Kontakt nach außen und gleichzeitiger totaler Kontrolle und Überwachung innerhalb des Knastes - stellte die Situation des völligen, schutzlosen Ausgeliefertseins her. Perfektioniert wurde dieser **Knast** in Stuttgart Stammheim noch dadurch, daß während der Kontaktsperre das gewöhnliche Anstaltspersonal im 7. Stock durch einen Sondertrupp mit spezieller Ausbildung etc. ausgetauscht wurde. Noch heute ist der Öffentlichkeit nicht bekannt, was sich unter diesen Bedingungen im 7. Stock am 18.10.1977 wirklich zutragen hat.

Ganz unter dem Augen einer aufmerksamen Öffentlichkeit fand dagegen ca. zwei Jahre später die Belagerung der Hochsicherheitsstrakte statt. Diese endgültige Durchsetzung des Sondervollzugs wurde ohne Zögern und z.T. unter äußerst brutaler Gewaltanwendung herbeigeführt. Unter dem Vorwand „notwendiger Sicherheitsmaßnahmen“ sollten sich z.B. die gefangenen Frauen in Berlin und Lübeck vor der Verlegung in den Trakt nackt ausziehen. Als sie sich weigerten, wurden ihnen von Volkstribunen mit männlicher (1) Beamtin mit brutaler Gewalt die Kleider vom Körper gerissen. Da im gesellschaftlichen Bewußtsein und den allgemeinen Wertvorstellungen die „Würde und Integrität der Frau“, ihre „Geschlechtsscham“ auch von der staatlichen Gewalt zu respektieren ist, stellte das Überschreiten dieser Schwelle seinerzeit tatsächlich eine neue Qualität staatlicher Gewaltanwendung dar (27).

Auch in jüngerer Zeit sind wieder Fälle von Mißhandlungen politischer Gefangener in BRD-Knästen bekannt geworden. Sigurd Debus und Lutz Tauber (27 a) Die Angriffe auf Lutz Tauber erfolgten - im Gegensatz zu den Überfällen auf Sigurd Debus - eher „zielförmig“, d.h. nicht als unmittelbarer Bestandteil eines akuten, sondern als gezieltes Vorgehen des Staatsapparates. Damit sollen die Mißhandlungen nicht verharmlost und als vereinzelte Übergriffe, die nur von den betreffenden Beamten persönlich zu vertreten wären, abgetan werden. Vielmehr sind auch solche „Übergriffe“ durchaus notwendige Folge der schrittweise betriebenen Vernichtung, d.h. gezielte Verbrechen. Vielmehr sind auch solche „Übergriffe“ durchaus notwendige Folge der schrittweise betriebenen Vernichtung des Personals. Sigurd Debus ist bei den Mißhandlungen bei der Zwangsernährung ums Leben gekommen. Nach dem, was wir derzeit über seine Todesumstände wissen, ist sein Tod bei der Durchführung der Zwangsernährung bewußt im Kauf genommen worden (28). Vor dem Hintergrund einer von höchster staatlicher Stelle zur Schau getragenen Haltung gegenüber hungerstreikenden Gefangenen, wo bewußt das Leben der Häftlinge auf Spiel gesetzt wird, ist sein Tod keine Einzelheit eines fanatischen Mediziners. Vielmehr geschahen die allmorgendlichen brutalen Überfälle in völliger Übereinstimmung mit der offiziellen

Linie der Politik, die alles darauf abgelegt hatte, den Hungerstreik zu **knastern**.

Wie weit selbst bei einem Mediziner das Selbstverständnis von der staatlichen Doktrin des Anti-Terrorismus geprägt ist, zeigt folgende Äußerung des verantwortlichen Arztes Dr. Freidland. „Meine Damen und Herren, ich möchte dies mit allem Ernst sagen, hierbei handelt es sich nicht um Nahrungswettkämpfe des herkömmlichen Stils. ... Es ist alles eine Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte mit zu verteidigen haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich möchte auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer Auffassung ist, hat er meines Erachtens als beamteter Arzt im Dienste dieses Staates ... nichts zu suchen. ... Dies ist ein Kampf und die Fortsetzung eines Kampfes, den wir mit zu verteidigen haben“ (29). Dies läßt nur eine Ahnung davon aufkommen, wie weit dieses Bewußtsein, wo der Gefangene als persönlicher Gegner ausgemacht wird, erst bei exponierten Trägern der Terrorismusbekämpfung, bei Mitgliedern von Sonderkommandos, ausgebildet ist.

Genau dieses Bewußtsein aber, gekoppelt mit der schrittweise gemachten Erfahrung, daß Gewaltanwendung gegen Terroristen staatlich sanktioniert und öffentlich akzeptiert wird, bildet die psychologische Voraussetzung von Folterungen wie in Italien, die offenbar auch von Sondereinheiten durchgeführt worden sind (30). Freilich unterscheiden sich die Folterungen von anderen Mißhandlungen und Übergriffen, die nicht gezielt zur Erpressung von Aussagen eingesetzt werden und daher eher als Terror gegen die Gefangenen bezeichnet werden müssen. Genau dieser Terror, der auch in den BRD-Knästen herrscht, wird in Italien seit langem praktiziert. Er ging der Folter voraus. Der qualitative Sprung von gewalttätigen Angriffen wie wir sie aus der BRD schon kennen zu Folterungen wie in Italien war möglich unter der besonders zugespitzten italienischen „Sicherheitslage“ nach der Dozier-Befreiung. Die dafür erforderlichen psychologisch-ideologischen wie strukturellen Voraussetzungen sind seit langem geschaffen worden. Dieser Apparat kann in gegebener Situation jederzeit auch in der BRD zum Einsatz kommen.

Anmerkungen

- (1) „Spiegel“ vom 23.2.1981
- (2) „Spiegel“ vom 31.12.1979
- (3) vgl. nebenstehenden Artikel
- (4) „Spiegel“ vom 10.10.1981
- (5) „Süddeutsche Zeitung“ v. 6.7.2.1982
- (6) vgl. Anm. 5
- (7) „taz“ vom 12.2.1982
- (8) vgl. Anm. 7
- (9) „taz“ vom 20.3.1982
- (10) vgl. Anm. 4
- (11) vgl. Anm. 4
- (12) vgl. Anm. 4
- (13) vgl. Anm. 4
- (14) vgl. Anm. 4
- (15) vgl. Anm. 4
- (16) vgl. Anm. 4
- (17) vgl. Anm. 4
- (18) „Spiegel“ vom 3.11.1980
- (19) vgl. Anm. 19
- (20) „Süddeutsche Zeitung“ v. 19.2.1982
- (21) vgl. Anm. 20
- (22) „Süddeutsche Zeitung“ v. 23.2.1982
- (23) vgl. Anm. 22
- (24) „FR“ vom 23.12.1981
- (25) „FR“ vom 8.3.1982
- (26) vgl. Anm. 4
- (27) AK 174
- (27 a) vgl. nebenstehenden Artikel
- (28) vgl. nebenstehenden Artikel
- (29) „taz“ vom 8.4.1982
- (30) vgl. nebenstehenden Artikel

Folter in Italien

Es brauchte Wochen, bis Presse und Öffentlichkeit Notiz nahmen von den schwerwiegenden Vorwürfen über Folterungen in den italienischen Gefängnissen. Und nur wenige Wochen dauerte es, bis diese Anklagen wieder mit einem Mantel des Schweigens zugedeckt wurden - obwohl das Kabinett seitens der Regierung, das Justiz- und Polizeiparagrafen bis heute nicht erfolgte, die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen, ja nicht einmal beim Namen genannt worden sind!

Bereits Mitte Januar machten die Rotbrigadisten Petrella, Di Rocca und Val Aussagen über ihnen zugelegte Folterungen. Die drei gehören zu den Hunderten, die im Zuge der Fahndung nach den Entführern des NATO-Generalen D'Amico verhaftet wurden. Alle drei von Januar bis März waren es um die 400, die als mutmaßliche Terroristen von zahlreichen Verhaftungswellen erfaßt wurden. Einige verschwanden für Wochen an unbekannten Orten, ohne daß Angehörige und Anwälte auch nur die geringste Nachricht erhielten. Von Todesdrohungen, „Selbstmord-Angeboten“, Prügel, Tritten, Erstickungsversuchen, Verbrennungen, sexuellen Mißhandlungen und anderen Qualereien berichten an die 30 der Inhaftierten. Folter im Stil faschistischer Diktaturen! Die Dunkelziffer der Betroffenen ist sicherlich nicht gering, da viele sich nicht an die Öffentlichkeit trauen, andere inzwischen mit dem Staatsapparat kollaborieren.

Der Journalist Pier Vittorio Buffa war es, der durch einen Artikel im italienischen Magazin „L'Espresso“ den Stein ins Rollen brachte. Den offengelegten Fakten über Mißhandlungen wurde nicht nachgegangen, aber Buffa wurde verhaftet, weil er sich weigerte, seine Informanten preiszugeben. Doch nahm der Prozeß gegen den Journalisten eine ganz andere Wende als erwartet. Zwei Polizeibeamte, Mitglieder der Polizeige-

Ein Agent der speziellen Eingreiftruppe QIS der Carabinieri

werkchaft Sulp, bestätigten Buffa Aussagen und gaben sich als seine Informanten zu erkennen.

... auf Anweisung von oben ...

Vorwürfe über Folterungen in den italienischen Knästen sind in den letzten Monaten keinesfalls das erste Mal aufgelaufen. Seit Jahren protestieren Gefangene und ihre Verwandten nicht nur gegen die unhaltbaren sanitären Zustände, die Überbe-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Nachtrag

Wenn im AK schon die Arbeiten von (z.B.) Karikaturisten - teils aufgrund vorliegender Erlaubnis, teils aus „Gewohnheitsrecht“ - honorarfrei abgedruckt werden, dann sollten diese Arbeiten doch zumindest mit den Namen der Zeichner und der Quelle, aus denen ihre Arbeiten entnommen sind, versehen werden.

Wie bei den Karikaturen - die zur Illustration des Artikels „Die NATO-Nachrüstung - Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Atomwaffen“ (AK 220, S. 20-22) verwendet wurden, zu bezeichnen ist hat sich diese Gewohnheit der „Ankennung“ bzw. der „Hoflichkeit“ im AK doch noch nicht ganz

durchgesetzt. Vermutlich aufgrund eines „technischen Versehens“ sind die von uns vorgelegten Quellenangaben nicht montiert worden.

Diese Angaben seien also hier nachgetragen: Die Karikatur auf - S. 20 stammt von Peter van Kraatten und erschien erstmals in „Vrij Nederland“ am 13.12.1969, - S. 21 stammt von Gal und wurde seinem Band „Kraatten, Carter, Coe & Co.“, Antwerpen 1977 entnommen, - S. 22 stammt von Fritz Müller und erschien erstmals in „Haagse Post“ vom 25.9.1976.



Der Journalist Pier Vittorio Buffa

Fortsetzung von voriger Seite

gung und die ungenügende Ernährung. Prügel, Tritte und andere Mißhandlungen sind, insbesondere in den Spezialgefängnissen - hier werden die politischen und andere als „gefährlich“ eingestufte Gefangene konzentriert - an der Tagesordnung. Auch von Foltermethoden wie Verbrennen durch Zigaretten und Einflößen von Salzwasser war bereits in den vergangenen Jahren zu hören.

Neu ist allerdings, daß im Rahmen der Fahndung nach den Döller-Entführern Folter systematisch, gezielt und auf Anweisung „von oben“ angewandt wurde. In einem Bericht der Polizeigewerkschaft heißt es, daß „solche Praktiken durch Anweisungen von oben geduldet oder geradezu ermutigt wurden“ (1). Franco Fedeli, Direktor der Zeitschrift „Nuova Polizia“ und einer der Gründer der Polizeigewerkschaft, erklärte: „Durch Aussagen aus Polizeikreisen habe ich erfahren, daß die dienstliche Aufforderung zum harten Vorgehen sofort nach dem Erfolg der Befreiung Döllers gegeben wurde, und zwar aus den Spitzengremien der Polizei, die sich im Innenministerium mit der Terrorismus-Bekämpfung befassen. Die Anweisung „Sich nicht mit Kleinigkeiten aufhalten, sondern die Sache zünde bringen!“ kam von ganz oben“ (2).

Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten, daß die Folterungen in den vergangenen Monaten vorrangig von Sonderkommandos durchgeführt worden sind. Die meisten Gefangenen wurden - häufig für mehrere Tage - an unbekannte Orte verschleppt. Über den Kopf gestülpte Kapuzen verhinderten die Identifizierung des Ortes und der Folterer. Paola Maturi - ebenfalls an einem unbekannten Ort gefoltert - berichtet, der Beamte der polizeilichen Polizei Digos, dem sie später auf dem Polizeirevier von den Folgerungen erzählte, sei offensichtlich ungläubig gewesen. (3)

Einige Mißhandelte berichten von Injektionen und Getränken, die ihr Bewußtsein völlig verwirrt haben. Vermutungen, diese chemischen Substanzen und die wissenschaftlichen Verhörtechniken seien von US-Spezialisten eingeführt worden, wurden laut, können bis heute aber nicht bewiesen werden.

Rognoni: Alles Lüge!

Lärm und Unbeindruckt reagieren Christ- und Sozialdemokraten auf die erschreckenden Aussagen. Während einer parlamentarischen Anfrage des radikal-demokratischen Abgeordneten Marco Boato glänzten sämtliche Abgeordnete der DC und der PSI durch Abwesenheit. Innenminister Rognoni seinerseits glänzte durch diffuse und völlig unglaubwürdige De-

mentis. Konkrete Antworten auf konkrete Fragen unterließ er, versuchte sich stattdessen im Ergreifen unmöglicher Ursachen für die unübersehbaren Verletzungen der Gefolterten.

Proteste und Forderungen nach endgültiger Aufklärung kamen (und kommen) aus vielen Ecken. Abgeordnete liberaler Gruppen, linkssozialistischer Parteien und der PCI stellten weitere Anfragen und gründeten einen informellen Ermittlungsausschuß, die demokratische Richtervereinigung „Magistratura

goethejahr

goethe liebt
den italienischen

rechtzeitig
blüht dort wieder alles
besonders die folter

nota bene europai

ke 1.4.82

Democratia“ verlangt endlich wahrheitsgemäße Erklärungen; auf Initiative von Familienangehörigen der Gefangenen und der Radikalen Partei bildete sich ein „Komitee gegen die Anwendung der Folter“. Doch selbst ein Protestschreiben von Amnesty International blieb unbeantwortet.

Notstandsparagraf in Kraft gesetzt

Immer wieder weisen Anwälte und Angehörige darauf hin, daß sich ihre Besorgnis nicht allein gegen die bevorstehenden Ereignisse der letzten Zeit richtet, sondern daß die systematische Anwendung der Folter nur möglich war auf dem Boden eines Strafsystems, das die Rechte der Gefangenen sowieso schon weitgehend beschnitten hat.

Selbst diejenigen, die von direkten Folterungen verschont blieben, und immer noch betroffen von der Anwendung des Artikels 90, ein Notstandsparagraf (in etwa vergleichbar mit dem westdeutschen Konfliktsperrgesetz), der mit der sogenannten Gefängnisreform im Jahre 1975 geschaffen wurde. Am 5. Januar dieses Jahres wurde er in allen italienischen Spezialgefängnissen für ein halbes Jahr in Kraft gesetzt. Nur noch einen privaten Brief pro Monat dürfen die Gefangenen schreiben, keine Pakete oder Drucksachen erhalten und nicht telefonieren. Die Freistunden wurden drastisch eingeschränkt,

Durchsuchungen der Zellen und Körperkontrollen verstärkt.

Das „Reugen“-Gesetz

Die zahlreichen Geständnisse, die in den letzten Monaten zu massenhaften Festnahmen führten, sind mit Sicherheit - unter anderem - eine Folge der Folterungen. Einige haben die erpressten Aussagen später widerrufen. Anders nicht! Denn der italienische Staatapparat arbeitet nach dem klassischen Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“.

Das neue „Reugen“-Gesetz, das im März verabschiedet wurde, verspricht den Angeklagten je nach Schwere ihrer Straftat Strafminderungen. Doch Abgabe an den bewaffneten Kampf und „Reus“ allein reichen längst nicht aus, um tatsächlich in den „Genuß“ der Vorteile zu kommen. Der Staat verlangt mehr bedingungslosen Verrat der ehemaligen Genossen und Genossen, uneingeschränkte Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz.

Beispielhaft für die Auswirkungen des neuen Gesetzes ist das Ergebnis des Prozesses gegen die 17 vermeintlichen Döller-Entführer.

Obwohl aktiv an der Entführung beteiligt, kam R. Volina mit der niedrigsten Strafe (2 Jahre, 2 Monate) davon. Er hatte das Versteck des NATO-Generals preisgegeben.

Ein relativ geringes Strafmaß (16 Jahre, 6 Monate) erhielt auch der Hauptangeklagte A. Savasta, obwohl er als Anführer galt und des mehrfachen Mordes beschuldigt wird. Seine umfassenden Aussagen haben die Verhaftung zahlreicher Rotbrigadisten ermöglicht.

C. di Leonardo dagegen - laut WELT „verrückter Rotbrigadist“ - erhielt die höchste Strafe von 27 Jahren. Aussagen hatte er strikt verweigert und stattdessen während des Prozesses gegen die ihm zugefügten Folterungen protestiert.

Und R. Zanca schließlich, von dem selbst die Kronzeugen behaupten, er habe gar nicht gewußt, worum es eigentlich ging, soll für 14 Jahre in den Knast, bloß weil er sich mit einem Arzneikoffer an einem Treffpunkt bereithalten sollte. Der Staatsanwalt machte deutlich, daß Zanca nicht genug zu bieten hatte, eine große Distanzierung von den Roten Brigaden reicht eben nicht aus.

Mit dem „Reugen“-Gesetz hält das italienische Gesetzbuch nun schriftlich fest, was in der Praxis schon lange so gehandhabt wird. Verurteilt wird nicht die Tat, sondern die politische Gesinnung.

S., Hamburg

Anm.:
(1) „L'Espresso“, 21.3.82
(2) ebenda
(3) laut „tat“, 29.3.82

C. di Leonardo dagegen - laut WELT „verrückter Rotbrigadist“ - erhielt die höchste Strafe von 27 Jahren. Aussagen hatte er strikt verweigert und stattdessen während des Prozesses gegen die ihm zugefügten Folterungen protestiert.

Und R. Zanca schließlich, von dem selbst die Kronzeugen behaupten, er habe gar nicht gewußt, worum es eigentlich ging, soll für 14 Jahre in den Knast, bloß weil er sich mit einem Arzneikoffer an einem Treffpunkt bereithalten sollte. Der Staatsanwalt machte deutlich, daß Zanca nicht genug zu bieten hatte, eine große Distanzierung von den Roten Brigaden reicht eben nicht aus.

Mit dem „Reugen“-Gesetz hält das italienische Gesetzbuch nun schriftlich fest, was in der Praxis schon lange so gehandhabt wird. Verurteilt wird nicht die Tat, sondern die politische Gesinnung.

S., Hamburg

Anm.:
(1) „L'Espresso“, 21.3.82
(2) ebenda
(3) laut „tat“, 29.3.82

Notstandsparagraf in Kraft gesetzt

Immer wieder weisen Anwälte und Angehörige darauf hin, daß sich ihre Besorgnis nicht allein gegen die bevorstehenden Ereignisse der letzten Zeit richtet, sondern daß die systematische Anwendung der Folter nur möglich war auf dem Boden eines Strafsystems, das die Rechte der Gefangenen sowieso schon weitgehend beschnitten hat.

Selbst diejenigen, die von direkten Folterungen verschont blieben, und immer noch betroffen von der Anwendung des Artikels 90, ein Notstandsparagraf (in etwa vergleichbar mit dem westdeutschen Konfliktsperrgesetz), der mit der sogenannten Gefängnisreform im Jahre 1975 geschaffen wurde. Am 5. Januar dieses Jahres wurde er in allen italienischen Spezialgefängnissen für ein halbes Jahr in Kraft gesetzt. Nur noch einen privaten Brief pro Monat dürfen die Gefangenen schreiben, keine Pakete oder Drucksachen erhalten und nicht telefonieren. Die Freistunden wurden drastisch eingeschränkt,



Das Leben läßt sich nicht austreiben ...

Ein kleines Gedichtbändchen mit Texten von Karlheinz Barwasser und Drucken von H.J. Vincenti Dudek kommt uns soeben druckfrisch auf den Tisch. Titel: „... Doch Zufall ist hier nichts“. Es ist ein Lebenszeichen aus dem Knast. Beide Autoren „sitzen“ seit mehreren Jahren. Karl Heinz Barwasser seit 1979, H.J. Vincenti Dudek seit 1977. Karl Heinz bezeichnet sich als „Schreiber aus der Notwendigkeit zu überleben“. Er hat bereits andere Veröffentlichungen hinter sich, so „Kaputte Sommertage im S.“ und „Schwulenhut im Knast“ (beide Vg. Pustetbäume), außerdem Beiträge in Anthologien. H.H. Vincenti Dudek „malt sich die Tage erträglich“, Bilder von ihm fanden Aufnahme in Literatur- und Kunstzeitschriften. In Hamburg hatte er dieses Jahr eine Ausstellung.

In ihrem Brief an uns schreiben die beiden u.a.: „Wir haben uns ganz gut bei der Arbeit gefühlt: haben getextet, gemalt, layoutet, Cover entworfen, Druckereten und Vertriebe kontaktiert und ... Schulden gemacht (der Drucker war aber sehr billig). Wir hielten es an der Zeit zu beweisen, daß Kreativität im Knast was mit Lebenwollen zu tun hat. Meuern halten uns nicht auf! Wir lassen uns unseren Anspruch auf Leben nicht durch Vollzugsverwalter austreiben. Da schießt der Hund drauf!“ Genau! pflügen die Norddeutschen nach so einem Satz zu sagen. Hier ein paar Proben.

Das Leben läßt sich nicht austreiben ...

Ein kleines Gedichtbändchen mit Texten von Karlheinz Barwasser und Drucken von H.J. Vincenti Dudek kommt uns soeben druckfrisch auf den Tisch. Titel: „... Doch Zufall ist hier nichts“. Es ist ein Lebenszeichen aus dem Knast. Beide Autoren „sitzen“ seit mehreren Jahren. Karl Heinz Barwasser seit 1979, H.J. Vincenti Dudek seit 1977. Karl Heinz bezeichnet sich als „Schreiber aus der Notwendigkeit zu überleben“. Er hat bereits andere Veröffentlichungen hinter sich, so „Kaputte Sommertage im S.“ und „Schwulenhut im Knast“ (beide Vg. Pustetbäume), außerdem Beiträge in Anthologien. H.H. Vincenti Dudek „malt sich die Tage erträglich“, Bilder von ihm fanden Aufnahme in Literatur- und Kunstzeitschriften. In Hamburg hatte er dieses Jahr eine Ausstellung.

In ihrem Brief an uns schreiben die beiden u.a.: „Wir haben uns ganz gut bei der Arbeit gefühlt: haben getextet, gemalt, layoutet, Cover entworfen, Druckereten und Vertriebe kontaktiert und ... Schulden gemacht (der Drucker war aber sehr billig). Wir hielten es an der Zeit zu beweisen, daß Kreativität im Knast was mit Lebenwollen zu tun hat. Meuern halten uns nicht auf! Wir lassen uns unseren Anspruch auf Leben nicht durch Vollzugsverwalter austreiben. Da schießt der Hund drauf!“ Genau! pflügen die Norddeutschen nach so einem Satz zu sagen. Hier ein paar Proben.

Ach ja, Bezug: Fohldruck-Verlag, Eleonorenstr. 8, 3 Hannover 81 oder nach Zusendung von DM 5,- (nur Briefmarken!) an K. Barwasser Pf. 301 JVA 4760 Werl

F., Hamburg

Stefano Petrella:

Durch Folter zur Falschaussage gezwungen

Stefano Petrella wurde am 4.1. dieses Jahres gemeinsam mit Ennio Di Rocca und Lino Val verhaftet. Erst am 11.1. wurden die drei Rotbrigadisten dem Richter vorgeführt, obwohl die italienischen Gesetze bestimmen, daß dies nach maximal 48 bzw. 96 Stunden zu geschehen hat. Wir dokumentieren im folgenden die Aussage Petrellas vor dem Richter und ergänzende Erklärungen seines Rechtsanwaltes Edoardo Di Giovanni.

Petrella

„Man hat mich mit Gewalt zu einigen Pseudoausagen gezwungen, d.h. ich bin einer Reihe von psychischen und physischen Behandlungen unterzogen worden: Einige Stunden mußte ich mit eng anliegenden Handschellen verbringen, die Arme hinter dem Rücken. Ich bin dann an den Handschellen vom Boden hochgehoben worden. Ich hatte immer eine Kapuze auf dem Kopf, vom Moment meiner Festnahme an bis zur Ankunft der Sicherheitszelle der Quätur. Ich bin ununterbrochen durch die Kapuze hindurch ins Gesicht geschlagen worden. Ich bin auf den Kopf geschlagen worden. Ich denke, mit einem Pistolenknopf. Ich bin gegen die Mauer gestoßen worden und auf die Beine geschlagen worden, wahrscheinlich mit Stöcken, besonders auf die Knie, auch auf die Fußsohlen. Während ich verhört wurde, hatte ich immer die Kapuze über dem Kopf und die Augen verbunden. Ich bin mit den Fäusten in den Bauch und Magen geschlagen worden. Mir sind

die Muskeln am Hals und den Schultern verdreht worden. Ständig wurde mir mit dem Tode gedroht. Und das alles, während die, die folterten, sagten: „Das können wir machen, weil wir hier in einer Situation von Illegalität sind.“ Mir ist die linke Fußferse verdreht worden. Ich habe zahlreiche Schläge auf die Hände bekommen. Ich bin mit den Armen und den Beinen festgebunden worden, weiterhin unter der Kapuze, ich nehme an, auf einer harten Fläche, den Kopf nach hinten hängend. Mir ist die Nase zugestopft worden und es wurde eine Erstickungsversuch gemacht, indem man mir kaltes Wasser in den Mund geschüttet hat, während mir jemand die Nase zuhielt. Das ist geschehen in der Nacht des 4. Januar, d.h. mit der Nacht der Festnahme.

Nach der Festnahme wurde ich in den 1. Polizeibezirk gebracht. Von dort wurde ich in die Kammer der römischen Polizei transportiert. Dort wurde ich in einen Raum gesteckt, den ich für einen Erhöhrungsraum hielt, weil dort ein Stillekissen stand. An einem bestimmten Punkt kamen drei Personen herein, die alle drei eine Kapuze trugen, eine Schirmmütze. Die drehten die Handschellen eng um meine Handgelenke, hinter dem Rücken, banden mir eine Binde vor die Augen, setzten mir eine Kapuze auf und brachten mich dann in einem Auto an einen Ort, den ich nicht kenne. Dort wurde der Erstickungsversuch wiederholt. Auf einem Tisch festgebunden, nahmen sie mir die Kapuze ab und schütteten mir Salzwasser in den Mund, bei jedem Ver-

mich zu atmen. Von dem Raum hatte ich den Eindruck, daß es ein Privathaus sei.“

Di Giovanni (der Rechtsanwalt Petrellas) berichtet weiter, daß Petrella in diesem Raum bis zur Nacht des 7. Januar gehalten wurde. Er wurde weiterhin ständig geschlagen und mißhandelt. Danach brachte man ihn an einen anderen Ort, wo er bis zur Nacht des 9. Januar blieb. Hier fand auch der Erstickungsversuch nach schweren Todesdrohungen statt, bis ihm schließlich Schriftstücke vorgelegt wurden. Und man sagte ihm, wenn er wolle, daß diese Behandlungsmethoden aufhörten, solle er unterschreiben. Was er unterschrieb, wußte er nicht.

In der Nacht des 9. Januar ist er dann in die Räume der Quätur gebracht worden. Petrella trug die Zeichen dieser Behandlung, die er erfahren hatte, so daß der vernehmende Richter sie im Protokoll erwähnte. Er protokollierte: Petrella hat am rechten und linken Handgelenk kreisförmige Abschürfungen, mit Spuren von getrocknetem Blut, außerdem einen Bluterguß unter dem linken Auge und eine Abschürfung auf der Nase sowie eine der Beine Abschürfungen und Blutergüsse, Kratzer am linken Bein. Petrella sagt, daß diese Verletzungen ihm mit einem metallenen Gegenstand zugefügt wurden und darauf Salzwasser gegossen wurde, oder eine andere brennende Flüssigkeit.

(laut „tat“ vom 12.2.82)



„Komitee für Grundrechte und Demokratie“: Petition für Peter-Jürgen Boock

In der Petitionskommission
des Deutschen Bundestages
Bonn, 3300 Bonn

Betr.: Petition zugunsten von Herrn Peter-Jürgen Boock

Die Unterzeichner unterstützen die Petition des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. vom 8.2.1982 an den Deutschen Bundestag zugunsten von Herrn Peter-Jürgen Boock und schließen sich insbesondere den Forderungen an, daß der Prozeß

gegen Herrn Boock nicht in Stuttgart-Stammheim stattfindet, daß darauf verzichtet wird, Herrn Boock zum „Kronzeugen“ machen zu wollen, daß Herrn Boock menschenwürdige Haftbedingungen gewährt werden, daß Herrn Boock eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens ermöglicht wird, daß Herr Boock Besucher grundsätzlich ohne Trennscheibe empfangen kann und daß die Verteidigung ausschließlich durch Anwälte, die Herrn Boocks Vertrauen haben, erfolgt

(Text einer Unterschriftensammlung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, etc.)



Sigurd Debus starb an der Zwangsernährung

Am 8. April 1982 berichtete die „taz“, „die Hamburger Staatsanwaltschaft hält die Behauptung, er (Sigurd Debus) sei infolge des Hungers gestorben, nicht mehr aufrecht“.

Die Todesursache des am 16. April letzten Jahres im Hungerstreik gestorbenen Sigurd Debus war – das steht jetzt fest – eine Gehirnblutung, die zum Absterben von Hirngewebe geführt hat. Noch bestritten wird von der in der Todesermittlungssache zuständigen Justizbehörde, daß diese Gehirnblutungen auf äußere Gewaltanwendung zurückzuführen ist. Dieser Verdacht aber wird durch ein von der Staatsanwaltschaft bestelltes Gutachten des Neuropathologen Prof. Colmant nahegelegt, der bei der Obduktion der Leiche streifenförmige Blutungen am Hirnstamm feststellte. Sie gelten als Symptom für traumatische Schädigungen durch stumpfe Schläge auf den Kopf („taz“, 8.4.). Jedenfalls können die Massengehirnblutungen weder Folge des Hungerstreiks noch der Infusionsnahrung sein. Sie lassen sich nur durch die brutale Prozedur erklären, der Sigurd Debus seit Beginn der Zwangsernährung am 19.3. täglich bis zum 7.4. unterworfen war. Es „würden echt Mann die Zellen packen mich an den Beinen, Armen, und an der Hüfte, schleifen mich zu einer vor der Zelle stehenden fahrbaren Luke, werfen mich mit dem Bauch nach unten darauf,

verdrehen mir die Arme und setzen sich auf die Beine, pressen den Kopf auf die Luke. So ging's ins Zentralkrankenhaus...“ (Bericht von Sigurd, „taz“, 5.4.82).

Die ganze Dimension dieses Vorgangs wird aber erst klar, wenn man/ frau weiß, daß die Zwangsernährung zur medizinischen Behandlung des Hungerstreikenden gar nicht zwingend indiziert war, wie es § 101 St-VollzG vorschreibt. Danach dürfen hungerstreikende Gefangene erst dann zwangsweise ernährt werden, wenn akute Lebensgefahr besteht. Und diese Lebensgefahr war bei Beginn der Zwangsernährung nicht gegeben, wie der ebenfalls von der StA beauftragte Gutachter Konrad Kolius feststellte („taz“, 5.4.82). Zudem ist die Infusionslösung von dem verantwortlichen Arzt Dr. Friedland so unzureichend dosiert worden, daß sie „gerade ausreichend war, den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrecht zu erhalten“ (aus dem Gutachten). Mit anderen Worten: die Rechtfertigung für die tägliche körperliche Überwältigung und Beeinträchtigung des Gefangenen ist selbst produziert worden. Durch diese „planvolle Konzepte“ („taz“) sollte Sigurd Debus körperlich und psychisch gebrochen werden. Und das alles unter dem Vorwand der „ärztlichen Hilfe“

E. IKAH

Lutz Taufer im Knast mißhandelt

Ohne jeden erkennbaren Anlaß wurde Lutz Taufer in der Zeit vom 8. bis zum 30. März von Beamten der JVA Schwalmstadt fünfmal brutal mißhandelt. Sein Anwalt hat inzwischen Strafanzeige gestellt, die von der Marburger Staatsanwaltschaft bearbeitet wird.

nen beteiligt und seine Zustimmung mit anderen Gefangenen aus der RAF gefordert. Im Laufe der Verhandlungen zur Beendigung des Hungerstreiks soll ihm zugesagt worden sein, nach Cello verlegt zu werden. Ein entsprechender Antrag nach Abbruch des Hungerstreiks wurde dann aber nach achtmonatiger Bearbeitung im Dezember 1981 abgelehnt (Presse-Erklärung der Grünen v. 12.4.). Daraufhin ist Lutz am 23. Februar in den Hungerstreik getreten, den er am 5. März nach Rücksprache mit den Gefangenen aus Cello unterbrochen hat (Erklärung der GBAI der JVA Marburg). Die Angriffe gegen ihn mehren also in einem direkten Zusammenhang mit der Ablehnung seiner Verlegung, sodaß das heimische Justizministerium und das Bundesjustizministerium die unmittelbare Verantwortung für die Vorgänge in der JVA Schwalmstadt tragen. So erklärte ein Sprecher des heimischen Justizministeriums gar, man sei sich der Gefahr durchaus bewußt gewesen, daß es „zu Übergriffen kommen könne“ („FR“, 8.4.).

Am 26. März hat Lutz dann erneut seinen Antrag auf Verlegung nach Cello gestellt, die für ihn unter diesen Umständen auch den einzigen wirksamen Schutz gegen weitere Mißhandlungen mit wünschiger gefährlichen Körperschäden darstellt, zumal er seine Verletzungen auch nicht durch einen Arzt seines Vertrauens behandeln lassen durfte (Erklärung der GBAI). Obwohl das heimische Justizministerium der Justiz eine „schnelle Entscheidung“ des Gerichts zugesagt hatte (Pressemitteilung des Anwalts v. 6.4.), kam die Entscheidung erst am 30. April. Inzwischen mußte Lutz am 29. und 30. März weitere Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Immerhin fiel die Entscheidung diesmal positiv aus, sodaß Lutz endlich nach Cello verlegt wurde, wo auch Karlheinz Dellow, Andreas Vogel, Heinz Heritz und Knut Folkerts sitzen („FR“, 8.4.).

E. IKAH

Lutz Taufer im Knast mißhandelt

Ohne jeden erkennbaren Anlaß wurde Lutz Taufer in der Zeit vom 8. bis zum 30. März von Beamten der JVA Schwalmstadt fünfmal brutal mißhandelt. Sein Anwalt hat inzwischen Strafanzeige gestellt, die von der Marburger Staatsanwaltschaft bearbeitet wird.

Am 27.3. wurde Lutz von mehreren Bullen nach einem Privatbesuch mit Gewalt aus dem Besucherzimmer gezerrt, auf dem Flur zu Boden gedrückt und unter der Drohung, ihm mit den Schuhen „in die Presse“ zu treten, wurden seine Arme und Füße verdreht. Anschließend wurde er durch den Knast geschleift, wobei er mit der Wirbelsäule über Treppentufen gezerrt wurde. Dabei wurde ihm noch zweimal in die Nieren und an den Kopf getreten. Auf der Kammer ließ man ihn dann zu Boden fallen und ließ ihm die Kleidung vom Leib.

Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich eine Woche später, als Lutz morgens durch Treten gegen die Tür seiner Zelle darauf aufmerksam machte, daß er zum Hofgang geführt werden sollte. Fünf Beamte stürzten sich auf ihn und schlugen ihm mit Schlagstöcken dermaßen auf den Kopf, daß er sofort stark blutete. Dann hat man ihn in die sogenannte Beruhigungszelle im Keller der Anstalt verschleppt, wobei er wieder, diesmal mit dem Kopf, auf die Treppentufen aufschlug. Die Zelle, in die er geschleppt worden ist, gilt wegen ihrer niedrigen Temperaturen als „Einkeller“ (Strafanzeige des Anwalts v. 1.4.).

Den tätlichen Übergriffen gingen offenbar „ständige Auseinandersetzungen“ voraus, angeblich „weil sich Taufer nicht an die Vorschriften halte“ – so das heimische Justizministerium („FR“, 8.4. 82). Tatsächlich dürfte für die Eskalation in der Vollzugsanstalt ursprünglich sein, daß bis dahin die Zusagen der Justizbehörde Taufer nach Cello zu verlegen, nicht eingehalten worden und Lutz Taufer hatte sich im Frühjahr letzten Jahres am Hungerstreik der RAF-Gefange-

nen beteiligt und seine Zustimmung mit anderen Gefangenen aus der RAF gefordert. Im Laufe der Verhandlungen zur Beendigung des Hungerstreiks soll ihm zugesagt worden sein, nach Cello verlegt zu werden. Ein entsprechender Antrag nach Abbruch des Hungerstreiks wurde dann aber nach achtmonatiger Bearbeitung im Dezember 1981 abgelehnt (Presse-Erklärung der Grünen v. 12.4.). Daraufhin ist Lutz am 23. Februar in den Hungerstreik getreten, den er am 5. März nach Rücksprache mit den Gefangenen aus Cello unterbrochen hat (Erklärung der GBAI der JVA Marburg). Die Angriffe gegen ihn mehren also in einem direkten Zusammenhang mit der Ablehnung seiner Verlegung, sodaß das heimische Justizministerium und das Bundesjustizministerium die unmittelbare Verantwortung für die Vorgänge in der JVA Schwalmstadt tragen. So erklärte ein Sprecher des heimischen Justizministeriums gar, man sei sich der Gefahr durchaus bewußt gewesen, daß es „zu Übergriffen kommen könne“ („FR“, 8.4.).

Am 26. März hat Lutz dann erneut seinen Antrag auf Verlegung nach Cello gestellt, die für ihn unter diesen Umständen auch den einzigen wirksamen Schutz gegen weitere Mißhandlungen mit wünschiger gefährlichen Körperschäden darstellt, zumal er seine Verletzungen auch nicht durch einen Arzt seines Vertrauens behandeln lassen durfte (Erklärung der GBAI). Obwohl das heimische Justizministerium der Justiz eine „schnelle Entscheidung“ des Gerichts zugesagt hatte (Pressemitteilung des Anwalts v. 6.4.), kam die Entscheidung erst am 30. April. Inzwischen mußte Lutz am 29. und 30. März weitere Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Immerhin fiel die Entscheidung diesmal positiv aus, sodaß Lutz endlich nach Cello verlegt wurde, wo auch Karlheinz Dellow, Andreas Vogel, Heinz Heritz und Knut Folkerts sitzen („FR“, 8.4.).

E. IKAH

bei neuen Besuchern im Einzelfall geprüft werden soll, ob eine Trennscheibe notwendig sei. Darüberhinaus wurde dem mit einem Jahr von den Verteidigern gestellten Antrag für eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens stattgegeben.

Nach seiner Verhaftung hatte sich Boock von der RAF abgesagt und in einem Interview im „Spiegel“ eine angeblich von der RAF geplante, unmittelbar bevorstehende Aktion verurteilt. Diese Erklärungen „haben bei der Bundesanwaltschaft zu Hoffnungen geführt, sie könnten Herrn Boock als „Kronzeugen“ gewinnen. Dem hat

bei neuen Besuchern im Einzelfall geprüft werden soll, ob eine Trennscheibe notwendig sei. Darüberhinaus wurde dem mit einem Jahr von den Verteidigern gestellten Antrag für eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens stattgegeben.

Nach seiner Verhaftung hatte sich Boock von der RAF abgesagt und in einem Interview im „Spiegel“ eine angeblich von der RAF geplante, unmittelbar bevorstehende Aktion verurteilt. Diese Erklärungen „haben bei der Bundesanwaltschaft zu Hoffnungen geführt, sie könnten Herrn Boock als „Kronzeugen“ gewinnen. Dem hat

bei neuen Besuchern im Einzelfall geprüft werden soll, ob eine Trennscheibe notwendig sei. Darüberhinaus wurde dem mit einem Jahr von den Verteidigern gestellten Antrag für eine Therapie durch einen Arzt seines Vertrauens stattgegeben.

Endlich: Haftverschönerung für Ilse Schwipper!

„Aufgrund der bei Frau Schwipper vorliegenden psychopathologischen Veränderungen...“ In der Zeit des forensisch-psychiatrischen Berichtes wird die aktuelle als auch die gesamte Verhandlungs- und Haftfähigkeit zu verneinen.“ Nach diesem Befund des Gutachters Prof. Dr. Cabanac im Weimarer Schmeckerprozeß blieb dem Gericht kaum eine andere Wahl: Am Nachmittag des 4. Mai wurde Ilse Schwipper nach siebenmonatiger Unterwerfung endlich freigesprochen.

Schon im Sommer letzten Jahres hatte Prof. Dr. Cabanac vorausgesagt, daß die schwerkranke Ilse Schwipper allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf gesundheitliche Besserung habe. Als dann auch von der Gutachterin Frau Dr. Barth ein lebensbedrohlicher Gesundheitszustand Ilse wegen starker Depressionen und akuter Selbstmordgefahr festgestellt worden war, beschloß im Juni letzten Jahres die 13. Große Strafkammer die Haftverschönerung. Doch dieser Beschluß wurde auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Kammergericht wieder aufgehoben.

Der Schmeckerprozeß drohte in seiner dritten Auflage in den letzten Monaten mehr und mehr zu einem Prozeß ohne Ende zu werden. Nicht nur der jahrelange Boykott der Wahrheitsfindung durch die Ermittlungsbehörden und Geheimdienstliche machte nun die Aufklärung der Todesumstände Ulrich Schmuckers so schwierig, wegen des katastrophalen Gesundheitszustandes von Ilse konnte zudem nur durch schnittlich vier Stunden pro Woche verhandelt werden. Immer wieder

„Aufgrund der bei Frau Schwipper vorliegenden psychopathologischen Veränderungen...“ In der Zeit des forensisch-psychiatrischen Berichtes wird die aktuelle als auch die gesamte Verhandlungs- und Haftfähigkeit zu verneinen.“ Nach diesem Befund des Gutachters Prof. Dr. Cabanac im Weimarer Schmeckerprozeß blieb dem Gericht kaum eine andere Wahl: Am Nachmittag des 4. Mai wurde Ilse Schwipper nach siebenmonatiger Unterwerfung endlich freigesprochen.

Schon im Sommer letzten Jahres hatte Prof. Dr. Cabanac vorausgesagt, daß die schwerkranke Ilse Schwipper allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf gesundheitliche Besserung habe. Als dann auch von der Gutachterin Frau Dr. Barth ein lebensbedrohlicher Gesundheitszustand Ilse wegen starker Depressionen und akuter Selbstmordgefahr festgestellt worden war, beschloß im Juni letzten Jahres die 13. Große Strafkammer die Haftverschönerung. Doch dieser Beschluß wurde auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Kammergericht wieder aufgehoben.

Der Schmeckerprozeß drohte in seiner dritten Auflage in den letzten Monaten mehr und mehr zu einem Prozeß ohne Ende zu werden. Nicht nur der jahrelange Boykott der Wahrheitsfindung durch die Ermittlungsbehörden und Geheimdienstliche machte nun die Aufklärung der Todesumstände Ulrich Schmuckers so schwierig, wegen des katastrophalen Gesundheitszustandes von Ilse konnte zudem nur durch schnittlich vier Stunden pro Woche verhandelt werden. Immer wieder

„Aufgrund der bei Frau Schwipper vorliegenden psychopathologischen Veränderungen...“ In der Zeit des forensisch-psychiatrischen Berichtes wird die aktuelle als auch die gesamte Verhandlungs- und Haftfähigkeit zu verneinen.“ Nach diesem Befund des Gutachters Prof. Dr. Cabanac im Weimarer Schmeckerprozeß blieb dem Gericht kaum eine andere Wahl: Am Nachmittag des 4. Mai wurde Ilse Schwipper nach siebenmonatiger Unterwerfung endlich freigesprochen.

Schon im Sommer letzten Jahres hatte Prof. Dr. Cabanac vorausgesagt, daß die schwerkranke Ilse Schwipper allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf gesundheitliche Besserung habe. Als dann auch von der Gutachterin Frau Dr. Barth ein lebensbedrohlicher Gesundheitszustand Ilse wegen starker Depressionen und akuter Selbstmordgefahr festgestellt worden war, beschloß im Juni letzten Jahres die 13. Große Strafkammer die Haftverschönerung. Doch dieser Beschluß wurde auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Kammergericht wieder aufgehoben.

Der Schmeckerprozeß drohte in seiner dritten Auflage in den letzten Monaten mehr und mehr zu einem Prozeß ohne Ende zu werden. Nicht nur der jahrelange Boykott der Wahrheitsfindung durch die Ermittlungsbehörden und Geheimdienstliche machte nun die Aufklärung der Todesumstände Ulrich Schmuckers so schwierig, wegen des katastrophalen Gesundheitszustandes von Ilse konnte zudem nur durch schnittlich vier Stunden pro Woche verhandelt werden. Immer wieder



Ein rechtes Lehrstück — Verteidiger berichten über den Nürnberger „KOMM“-Prozeß

Die Strafverteidiger Ehrig, Kempf und Mäffert haben soeben im „konkret Literatur Verlag“ eine Dokumentation über Ablauf und schließlich Aussetzung des Nürnberger „Komm“-Massenprozesses vorgelegt, die ein wahres Lehrstück über bundesdeutsche Rechtsanständigkeit ist. Sie eignet sich vorzüglich für die Diskussion mit „föko“-Fetischisten und linken Sozialdemokraten.

Sie läßt sowohl die historischen als auch die politischen Dimensionen erkennen, die hinter diesem Prozeß stehen: Beseitigung demokratischer Beschränkungen der Staatsgewalt bei der Niederschlagung von Demonstrationen und Protesten der Bevölkerung.

Besonders interessant ist die Herausarbeitung der historischen Kontinuität des reaktionären Demonstrationsrechts — Strategien, die ihre Argumente heute wieder wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten nahezu unverändert auf die auch von den Nazis so hoch geschätzten Theorien der „Massenpsychologie“ von Gustave Le Bon u.a. stützen. Des weiteren enthält das Buch alle einschlägigen Fakten und Hintergrundmaterialien zum Prozeß selbst sowie zur justizpolitischen Auseinandersetzung um den Prozeß und seine Einstellung.

Statt einer second-hand-Beschreibung lassen wir die Autoren mit ihrem Vorwort selbst zu Wort kommen.

»Wir haben jahrelang gewartet und das KOMM genau beobachtet. Und am 5. März haben wir geerntet sozusagen.«

Polizeihauptkommissar Walter Müller,
Stellvertretender Leiter der Kripo Fürth

Die Ernte ist verhegelt.

Vom 3. bis zum 24. November 1981 verhandelte die 13. Große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth an acht Tagen gegen zehn von insgesamt 66 Angeklagten, denen die Staatsanwaltschaft Landfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch vorwirft, begangen in der Nacht vom 5. auf den 6. März 1981, als eine Demonstration vom Nürnberger Jugend- und Kommunikationszentrum KOMM durch die Nürnberger Altstadt und wieder zurück ins KOMM gezogen war. 168 Personen wurden Stunden nach dem Ende der Demonstration im KOMM festgenommen, 142 führte die Staatsanwaltschaft den fünf Haftrichtern vor. Gegen 141 Personen wurden Haftbefehle im Hektographieverfahren erlassen.

Gefangen im Alter zwischen 15 und 52 Jahren wurden so lange in Haft gehalten, bis sie vor dem Haftrichter Aussagen gemacht hatten; Untersuchungshaft bis zu zwei Wochen in den Haftanstalten Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth, Amberg, Aichach, Kronach und München.

Am 16. Juni 1981 erhob die Staatsanwaltschaft 68 Anklagen in drei Blöcken. Die 7. und die 13. Strafkammer sowie die Jugendkammer des Landgerichts Nürnberg erhielten die Anklageschriften — identisch in dem, was vorgeworfen wurde —, um darüber zu entscheiden, ob die Anklage zur Verhandlung zugelassen werde. Die 13. Strafkammer ließ die Anklage gegen alle siebzehn Angeklagten zu und teilte sie in zwei Verfahren. Das Verfahren gegen zehn Angeklagte sollte den Auftakt aller KOMM-Verfahren bilden.

eröff.

Am 16. Juni 1981 erhob die Staatsanwaltschaft 68 Anklagen in drei Blöcken. Die 7. und die 13. Strafkammer sowie die Jugendkammer des Landgerichts Nürnberg erhielten die Anklageschriften — identisch in dem, was vorgeworfen wurde —, um darüber zu entscheiden, ob die Anklage zur Verhandlung zugelassen werde. Die 13. Strafkammer ließ die Anklage gegen alle siebzehn Angeklagten zu und teilte sie in zwei Verfahren. Das Verfahren gegen zehn Angeklagte sollte den Auftakt aller KOMM-Verfahren bilden.

Am 25. 2. 1981 war in den »Nürnberger Nachrichten« ein Interview mit dem Polizeipräsidenten der Stadt erschienen:

»Herr Präsident, Ministerpräsident Strauß hat an Innenminister Tandler geschrieben, »wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die Welle der Gewalttätigkeit auch bei uns spürbar werden kann. Ich halte es daher für notwendig, daß Sie schon jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit sich solche Vorgänge nicht ereignen können«. Unsere Frage: Haben Sie, Herr Präsident, vom Innenminister bereits entsprechende Anweisung erhalten? Wie schätzen Sie die Entwicklung für Nürnberg ein?

Kraus: Die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Innenministers sind mir natürlich bekannt. Sie werden ja auch in internen Mitteilungen bekanntgemacht.«

Nur einen Tag vor den nächtlichen Ereignissen in Nürnberg gab der bayerische Ministerpräsident Strauß in seiner Aichermittwochrede in Passau die Parole aus:

»Wir sind in Bayern von Hausbesetzungen größeren Umfangs bisher verschont geblieben ... Und wir haben in Bamberg wie in Nürnberg und in München dafür gesorgt, daß den Chaoten keinerlei Auftrieb gelassen wird. Denn wenn man die ersten drei Hausbesetzungen hinnimmt, dann kann man sicher sein, daß innerhalb von 14 Tagen 50 und innerhalb eines weiteren Monats 100 Häuser besetzt sind wie in Berlin. Und dann werden diese Hausbesetzer häufig zu einem Kern neuer terroristischer Aktionen, neuer gewalttätiger Gruppen.

Ich kann in aller Höflichkeit, aber auch in aller Entschiedenheit, nur ein Wort der Warnung aussprechen: Wir haben das in Bayern nicht geduldet, wir dulden es nicht und wir werden es nicht dulden. Wir werden unserer Polizei jede Rückendeckung geben, die zur Erfüllung ihres Auftrages notwendig ist.«

Als das KOMM umstellt war und die Polizei die Auskunft gegeben hatte, die Eingeschlossenen würden zur Feststellung der Personalien ins Polizeipräsidium gebracht und danach wieder freigelassen, haben es sich zwei Staatsanwälte, an Ort und Stelle anwesend, anders ausgedacht, sich rückversichert und anders entschieden. Es sollte ein Exempel statuiert werden,

ein Exempel für Berlin, damals vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, für Frankfurt und anderswo. Es sollte vorgeführt werden, daß Strafverfolgung wegen Landfriedensbruchs auch dann möglich sei, wenn man nicht jedem einzelnen Demonstranten einen Steinwurf nachweisen kann; daß deshalb auch eine ganze Demonstration verhaftet werden könne. Wir haben Großes vor, packen wir sie alle!

Durch extensive Auslegung der Gesetze sollte erreicht werden, was in mehreren parlamentarischen Anläufen zur Gesetzesänderung mißlang: das Demonstrationsstrafrecht auf den Stand von 1871 zurückzudrehen, wie es bis zur 3. Strafrechtsreform des Jahres 1970 gegolten hatte. Muß nach der geltenden Gesetzesfassung des § 125 Absatz 1 Strafgesetzbuch bei Teilnahme an einer Demonstration, in deren Verlauf es zu Gewalttätigkeiten kommt, dem einzelnen eine direkte Beteiligung an Tötlichkeiten nachgewiesen werden, so war dies in der von 1871 bis 1970 geltenden Fassung nicht notwendig. Es galt relativ uneingeschränkt das Prinzip »mitgehen« — mitgefangen. Das bloße Verweilen in der »gewalttätigen Menschenmenge« wurde mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Das gesetzte Ziel war groß. Das Ergebnis polizeilicher Ermittlungen war klein. Manipulation bei den Ermittlungen und bei der Zusammenfassung dieser Ermittlungen zu einer Akte, die Gericht und Verteidigung vorzulegen war, sollte das Mißverhältnis zwischen gesetztem Ziel und den Tatsachen ausgleichen. Die Manipulation blieb nicht verborgen.

Nach acht Verhandlungstagen setzte das Landgericht Nürnberg am 24. November 1981 das Pilot-Verfahren aus. Die Aussetzung war der sichtbarste Ausdruck dafür, daß die Justiz im ersten Anlauf an der Größe des gesteckten Zieles gescheitert war. Ob das Ziel jetzt jemals noch erreicht werden kann? Der Vorsitzende der 13. Strafkammer, Hans Manger, sagte, als er die Akte schloß: »Ob und wann es weitergeht, weiß kein Mensch.« Das Gericht entschied, daß nachermittelt werden müsse und daß die Angeklagten danach Stellung nehmen können. Dann erst wird das Gericht erneut zu entscheiden haben, ob die Anklage zuzulassen, also in dem Sinne »schlüssig« ist, daß eine Verurteilung der Angeklagten erwartet werden kann.

An der Parteilichkeit des bayerischen Staatsministeriums der Justiz gibt es keinen Zweifel. Zwar getroffen, aber unverdrossen verfolgt es weiter das ten Zieles gescheitert war. Ob das Ziel jetzt jemals noch erreicht werden kann? Der Vorsitzende der 13. Strafkammer, Hans Manger, sagte, als er die Akte schloß: »Ob und wann es weitergeht, weiß kein Mensch.« Das Gericht entschied, daß nachermittelt werden müsse und daß die Angeklagten danach Stellung nehmen können. Dann erst wird das Gericht erneut zu entscheiden haben, ob die Anklage zuzulassen, also in dem Sinne »schlüssig« ist, daß eine Verurteilung der Angeklagten erwartet werden kann.

An der Parteilichkeit des bayerischen Staatsministeriums der Justiz gibt es keinen Zweifel. Zwar getroffen, aber unverdrossen verfolgt es weiter das gesteckte Ziel. Die Fernschreiber, die noch am 24. November 1981 den Zusammenbruch des Verfahrens mitteilten, waren kaum zur Ruhe gekommen, da wünschte sich Justizminister Hillermeier in einem Interview mit den »Nürnberger Nachrichten« ein Verfahren, »das wie viele tausend andere Prozesse lautlos abgewinkelt werden kann«. Drei Wochen später erklärte die Stimme seines Herrn, Justizpressesprecher Dr. Kasner — befragt, wie es weitergehe — gegenüber der Presse: »Es bleibt alles beim alten.« Der Aktenmanipulation folgt der Versuch aus Ministerium und der Justiz selbst, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Nichts belegt mehr die Verfolgungswut höchster Stellen und die Furcht vor einer öffentlichen Meinung, die mit dem Wissen um die Tatsachen und Zusammenhänge zur Kritik befähigt ist und »Krach schlägt«. Bereits die Massenverhaftungen am 5. März 1981 sind in der ganzen Bundesrepublik und im Ausland auf breiten Protest gestoßen. Der Protest ging weit in die Reihen der Justiz selbst, und er wurde dort, was für die Justiz beispiellos ist, auch geäußert. Entsprechend groß war die Aufmerksamkeit, mit der die Öffentlichkeit und die Presse die Verhandlung im ersten KOMM-Prozeß verfolgte.

Wir, Verteidiger im ersten KOMM-Prozeß, haben dieses Buch geschrieben, weil wir den rechtlichen Ausgangspunkt der Anklage offenlegen, den Gang des Prozesses bis zu seiner Aussetzung für jeden nachvollziehbar machen und weil wir damit die ebenso berechnete wie notwendige Kritik an solcher Justizpolitik unterstützen wollen. Daß es sich bei dem Aktendebakel der Staatsanwaltschaft um eine Panne, um ein Versehen der ermittelnden Beamten handeln sollte, wollen die, die an einer Neuauflage des Prozesses interessiert sind, der Öffentlichkeit glauben machen. Wir wollen aufzeigen, daß die offizielle Sprachregelung von »Panne« und »Versehen« eine Geschichte von geringerem Wahrheitsgehalt als ein Märchen ist und daß die Indizien für eine absichtsvolle Manipulation schon heute erdrückend sind. Wir machen in diesem Buch aus unseren Überzeugungen keinen Hehl, sind aber auch sicher, daß die Tatsachen, die wir dokumentieren, sie tragen.

Januar 1982

Verweigert Krieg, Gewehr Verweigert Waffentragen Ihr müßt schon etwas wagen Verweigert's Militär

Boris Vian (Strophe aus: „Der Deserteur“)

Wehrkunde-Konzeptionen im Bildungsbereich der Schule: Aufbau und Umsetzung

Teil 1



„Vom künftigen deutschen Soldaten...“

Im Jahre 1956 — noch bevor am 7. Juli im Bundestag das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht beschlossen wurde — begannen die Versuche der Bundeswehr, an den Schulen Fuß zu fassen. Freilich waren diese ersten Aktivitäten noch ganz von der Notwendigkeit bestimmt, Nachwuchs für die wiederentstandene Armee zu werben. Von „politischer Bildung“ war damals noch nicht die Rede.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt, Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung brachten es mit sich, daß die „freie Wirtschaft“ und die Bundeswehr gleichermaßen um die jungen Leute warben. Ja, zeitweilig waren die Unternehmerverbände von der zügigen Aufstellung einer 300.000-Mann-Streitkraft gar nicht so begeistert. (es würde „dankbar begrüßt werden, wenn eine Änderung der Rüstungsplanung es der Großindustrie gestattete, 100.000 oder 200.000 junge Arbeiter mehr zu behalten“, so schrieb damals das „Handelsblatt“ (1)).

Nachwuchswerbung war also das Gebot der Stunde — kein leichter Geschäft, wie folgender Bericht des „Spiegel“ deutlich macht: „Am Montag, dem 25. Juni, pünktlich um acht Uhr morgens, erschienen die Bundeswehr-Obersten Fritz Uebelhack, Chef des Stabes im Wehrbereich VI, Bayern, und Erich Rathmann, Leiter der Annahmestelle für Freiwillige, im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ... und wünschten den Kultusminister, Professor August Rucker

„Herr Minister, wir wünschen, im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ... und wünschten den Kultusminister, Professor August Rucker oder seinen Stellvertreter Hans Meinzolt zu sprechen. Staatssekretär Meinzolt ... war von seinem Minister mitgeteilt worden, das Kultusministerium müsse eine Werbeaktion für die Bundeswehr in Bayerns höheren Schulen die Wege ebnen. Bayerische Bedenken gegen eine solche Aktion waren in einem Gespräch ausgeblendet worden, das kurz zuvor Bundesverteidigungsminister Blank mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) gehabt hatte“ (2). In diesem Gespräch war vereinbart worden, daß Bayerns Primaner als erste von Offizieren der Bundeswehr über die Vorteile einer Offizierskarriere unterrichtet werden sollten, wofür Hoegner auch im bayerischen Kabinett plädierte: „Nachdem wir diese Wehrmacht haben, wird nicht anderes übrig bleiben, als sie mal zu Wort kommen zu lassen“ (3).

Oberst Fritz Uebelhack und der Leiter der Annahmestelle für Freiwillige, Rathmann, wollten aus der Einzelheit vereinbaren. „Die Verhandlungen begannen mit der Bemerkung des Obersten, nach Bonner Anweisung müßten sie spätestens bis mittags 12 Uhr die Richtlinien für die Offizierswerbung erhalten haben, die das bayerische Kultusministerium für die rund 140 höheren Knabenschulen des Landes aufzustellen gedachte. Noch am selben Tage, so beteuerte Oberst Uebelhack ... sollten 62 Bundeswehr-Offiziere vom Obersten bis hinab zum Hauptmann in die bayerischen Schulorte eilen“ (4).

Von Staatssekretär Meinzolt wurde empfohlen, die ganze Aktion als Berufsberatung zu deklarieren, die aber den Arbeitssündern zu Da die Abiturienten bereits vor ihren mündlichen Prüfungen standen, über die Arbeitsämter aber so schnell nichts zu erreichen war, wurde eine Entscheidung

im September 1961 wurde vorzeitig durch eine „Indiskretion“ ein Entwurf der beiden CDU-Kultusminister Mayer-Vorfeld und Göller zum Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht“ bekannt, der auf Veranlassung von Kriegsminister Apel eine stärkere Verankerung des Themas „Bundeswehr“ im Unterricht gewährleisten soll. Vorausgegangen war dem Entwurf eine noch einhaltende Kampagne, in deren Rahmen die Wehrunwilligkeit größerer Teile der Jugend bejammert und wirksame Gegenmaßnahmen gefordert wurden. Diese Kampagne ist als eine Reaktion auf die wachsende Friedensbewegung zu werten, als ein Versuch, über die Schulen in eine propagandistische Gegenoffensive zu gehen und so die für einen Krieg notwendige „Wehrbereitschaft“ in die Einsicht des „verteidigungs- und sicherheitspolitischen“ Offensivbefehles der Bundeswehr im Rahmen der NATO (wieder)herzustellen — wie hierzulande die Militäristen und Herrschenden gerne ihre Eroberungs- und Neuaufteilungsinteressen verpacken. Der Versuch der Militäristen, Einfluß auf die Schule, auf den Bildungsbereich zu bekommen, ist bereits nicht neu. Schon Anfang der siebziger Jahre gab es ähnliche Bemühungen, die allerdings nicht so erfolgreich waren. Und die ersten Erlasse der Kultusminister zur pflichtigen Behandlung des Themas datieren in die 50er Jahre (siehe dazu Tabelle der Erlasse).

Aber dieser Entwurf von Mayer-Vorfeld und Göller, dem entsprechendes von den SPD-Kultusministern Krollmann und Giergensohn folgte, stellt insofern eine erhebliche Verschärfung dar, als hiermit von den regional sehr unterschiedlichen, teilweise „Kann-Erlasse“ mit Hinzuziehung von KdV'm (in 6 Bundesländern), nun eine einheitliche und bundeseinheitliche Regelung angeordnet wird, die zudem bis ins Detail methodische und didaktische Vorstellungen vorschreibt und eine Hinzuziehung von KdV'm (CDU-Papier) nicht vorseht. Und — obwohl es hierzulande angeblich keine Wehrkunde wie in der DDR gibt, hat der Unterricht das verordnete Ziel, den Schüler/innen die Notwendigkeit der Bundeswehr „einsichtig zu machen“. Die etrarmen Befürworter erhalten ihren notenmäßigen Bonus, die anderen werden dann vielleicht ihre Prüfung nicht bestanden haben, weil ihnen „der verteidigungspolitische Auftrag der Bundeswehr“ nicht einsichtig zu machen war. In Bayern bereits geschehen.

In dieser Untersuchung wollen wir im ersten Teil die Geschichte der Wehrkunde in der BRD von 1966 bis heute — so weit uns zugänglich — nachzeichnen, und im zweiten Teil den systematisch gestrafften und auf seinen „politischen Bildungsauftrag“ hin effektiven Propagandasystem mit seinem Paradebeispiel, dem Jugendoffizier („Atomspriengkopf in nationaler Verfügungsgewalt“) darstellen sowie Versuche der Einflußnahme der Militäristen an den Schulen

Eine kurze Anmerkung ist notwendig: Jugendoffiziere und Wehrkunde sind nur eine Front des Versuchs der Militarisierung der Jugend: zu nennen sind das nun schon längere Zeit stattfindende Roll back im bildungspolitischen und pädagogischen Bereich („Mut zur Erziehung“, „den Kindern ihre Grenzen zeigen“, „gegen den Liberalismus an den Schulen“, „gegen die Experimente“, „Darstellung der deutschen Grenzen in den Schulbüchern“, „Eliteausbildung — Begabtenförderung“, „Freund-Feind“-Propaganda in Schulbüchern z.B. Geschichte, Sozialkunde-Büchern usw.), um nur ein paar Stichworte zu sagen. Das alltägliche Sägebälgeressei in den Medien, der enorme Aufschwung militärischer Computer-Kriege, Spielzeuge, sogenannter „nur“-Science-Fiction-Filme, die den 3. Weltkrieg vorwegnehmen, (oder andere Spiele, wie z.B. „Risko“ ... Länder erobern ...) die Repressionen gegen Antimilitaristen, radikale Demokraten (Berufungsverbot, Schikane gegen KdV'm), die Aussetzung demokratischer Rechte, Rassismus, sind andere wirksame Fronten.

Diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Perspektiv- und Zukunftslosigkeit der Jugend (Jugenderbeitslosigkeit usw.) bildet ein nicht ungünstiges Klima für ein militaristisches Bewußtsein. Die KdV'm machen einen relativ geringen Prozentsatz bei den insgesamt Wehrpflichtigen aus und kommen in der Regel von Gymnasien u.ä., ein großer Teil der Jugend steht in der Bundeswehr eine (wie auch immer geartete) Notwendigkeit. Und der Einsatz hochqualifizierter Propagandaoftiziere, die Jeane und „Haartracht bis an die Grenze des Erlaubten“ tragen, gegen eine relativ kleine Zahl von Widerspenstigen ist im wesentlichen als ein politischer, ideologischer Überzeugungs- und Abwehrkampf zu sehen, gegen diesen Stachel, der das System auf diese und jene Art oder absolut und Frage stellt.

Natürlich geht es auch um die Selektion und den Aufbau von neu dienenden Führungskadern, sowohl im militärischen als auch im politischen und ökonomischen Bereich. (Die Herrschenden diskutieren ja heute schon ganz offen, warum das Schulsystem z.B. nicht nach dem Muster der „Siemens-Schule“ u.ä. zu organisieren sei). Und es geht auch, im Zusammenhang mit dem geplanten Kultusministerkonferenz-Erlass, um die tagtägliche Probe, wie weit militarist heute wieder gehen kann und wo die Grenzen sind, die es zu durchbrechen gilt. Freilich — das Problem der Herrschenden ist und bleibt es hoffentlich möglichst lange — wie sich diese Pläne durchsetzen lassen.

Ein Genosse aus Freiburg und Kinderkornmission KBHamburg

vereinbart, die sämtliche Direktoren der höheren Knabenschulen am 25. Juni 1956 zuzug; „Das Bundesministerium für Verteidigung beabsichtigt, noch in dieser Woche in allen in Frage kommenden höheren Schulen, an denen Reifeprüfungen abgelegt werden, Aufklärungslehrgänge über die Berufslaufbahn des aktiven Offiziers durchzuführen ... Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus ist damit einverstanden, daß die Schüler der achten und neunten Klasse an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Die Teilnahme ist freiwillig“ (2).

Bereits am nächsten Tag meldeten sich 62 Offiziere bei 31 Direktoren bayerischer höherer Lehranstalten mit Broschüren „Vom künftigen deutschen Soldaten“, und den „Laufbahnvorschriften“. Der „Spiegel“ berichtet weiter: „In Vorträgen vor dem Primaner — die im Münchner Max-Gymnasium dem Major Jeszeler einen Totenschädel mit Papierhelm auf das Rednerpult stellten — erläuterten die Offiziere, das neue deutsche Heer lehne Männer ab, die nur eine Versorgung suchten. Viel Geld sei nicht zu verdienen. Die Bundeswehr müsse sich nicht

an eine „Schule der Nation“ wenden zu wollen. Politischen Fragen mußten die Herren auf Bonner Anweisung hin freundlich, aber bestimmt aus dem Wege gehen, „solange sie auf dem neutralen Boden der Schule standen“. In mehreren Fällen jedoch gelang es aber der Eloquenz einiger Obersten, die leuchtenden Primaner nach dem offiziellen Teil vom „neutralen Boden der Schule“ wegzulocken und andersorts die Diskussion fortzusetzen. Sies wurden die Offiziere gefragt, wie es um die Befehlsgehalt stehe, und stets hatten die Offiziere zu antworten, der Soldat sei ermächtigt, einen Befehl nicht auszuführen, wenn er an der Rechtmäßigkeit des Befehls zweifle. Selbstverständlich müsse der Soldat das Risiko, einen Befehl zu verweigern, selbst tragen“ (3).

Aufgrund der damals starken antimilitaristischen Einstellung des überwiegenden Teils der Bevölkerung beschloß sich die Bundeswehr in diesem ersten Versuch der Wehrpropaganda an den Schulen streng auf eine „reine“ Nachwuchswerbung. Werbemaßnahmen wurde verboten, den politischen Auftrag der Bundeswehr offensiv an Schulen zu vertreten — im Gegensatz

zur heutigen Praxis. Aber selbst derart „bescheidene Bemühungen“ stießen auf Widerstand. Der Münchner Stadtrat debattierte nach Abschluß der Werbeaktion über die Frage, wie man künftig derartige „Sonderaktionen“ verhindern könne. Einstimmig wurde das Kultusministerium aufgefordert, derartige Aktionen nur noch über die Berufsberatung abzuwickeln. Der damalige Kultusminister Rucker entsprecht diesem Beschluß mit einer eilig gefertigten Verfügung.

Abbau des „diffusen Staatsgefühls“ der Jugend...

Da der Einsatz der „Werbemaßnahmen“ zudem noch sein eigentliches Ziel, die Werbung von Offiziersanwärtern, verfehlt hatte — von 7.500 Abiturienten ließen sich gerade 54 die Bewerbungs-

Fragebögen aushändigen — kündigte auch das Bundesverteidigungsministerium den Verzicht auf solche Werbemaßnahmen an.

Aufgrund dieser Erfahrungen gab das Verteidigungsministerium Ende 1957 eine „psychologische Studie von Abiturienten zum Zwecke der Offizierswerbung“ in Auftrag, die zum ersten Mal die Konzeption des Jugendoffiziers als zentraler Träger jugendbezogener Propagandaaarbeit entwickelte.

Den Abiturienten wird zwar „insofern öffentlicher Ernst“, „Wunsch nach Pflichterfüllung“ und „Bindung an Gott und bleibende Werte“ bescheinigt, doch bedauernd konstatiert: „daß das Gefühl, daß Verteidigung auch sie selbst betreffe, und, bedingt durch die Nachkriegsdisziplinierung (sic!), das Vertrauen in den Offizier als Person und Persönlichkeit“ offensichtlich fehle (3). Zwei prinzipielle Voraussetzungen, nach denen auch heute noch gearbeitet wird, wurden empfohlen: „Erstens die Kenntnis der inneren Verfassung derer, die angesprochen werden sollen; zweitens die Kenntnis der Mittel und Wege, durch die die Ju-

gendlichen für die gewünschten Ziele gewonnen werden können“. Deshalb wurden bereits damals eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen: „Besonders Offiziere sollen „mit psychologisch-pädagogischen Fragen in Kurzlehrgängen vertraut gemacht werden“ (5). Denn „die größte Werbechance“ liegt „nach wie vor in der persönlichen Begegnung zwischen Offizieren und Jugendlichen“ (6).

Ogleichzeitig hebt die Studie aber auch schon auf weitergehende Ziele als lediglich Nachwuchswerbung ab. Es sei eine lohnende Aufgabe, das „diffuse Staatsgefühl“ und das „passive Verhalten zur Bundesrepublik“ abzubauen, vor allem mit dem Argument, daß Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat dem Feind im Osten diene.

Angesprochen werden sollen jugendliche überhaupt, denn „jeder junge Deutsche ist potentieller Soldat, und Öffentlichkeit wird (für die Bundeswehr, d. Verl.) primär als Öffentlichkeit für den militärischen Nachwuchs angesehen“ (7).

Im März 1958 schrieb die mit der Werbung beauftragte Abteilung Fd B VII im Verteidigungsministerium an den damaligen Generalinspektor Heusinger: „Es will aber scheitern, daß mit den bisherigen Maßnahmen allein der große Bedarf an ungeübten Freiwilligen, besonders an Offizieren auf Zeit, nicht gedeckt werden kann. Mit der Jugend muß auf jede Art und Weise Kontakt hergestellt werden ... um staatsbürgerliches Bewußtsein zu fördern und Wehrbereitschaft und Wehrwillen zu steigern.“ (48).

Ebenso wie in der bereits angeführten Studie gefordert, sollen Offiziere — „Führeroffiziere, sonstige im Umgang mit der Jugend geschulte Offiziere, Offiziersanwärter und besonders befähigte Unteroffiziere“ (9) — in „Kurzlehrgängen zu Offizieren für die Jugendarbeit ausgebildet werden“. Daraufhin befahl Heusinger am 8. September 1958, „Wehraufklärung und Freiwilligen-Werbung durch systematische praktische Jugendarbeit zu intensivieren“ (10). Er ordnete an, „bis zum Frühjahr 1959 zwölf Lehrgänge zur Einweisung junger geeigneter Offiziere“ durchzuführen.

Wehrunterricht als „Staatsbürgerliche Erziehung“

Die „Standardlehrpläne“ für diese Ausbildung sahen damals ein einwöchiges Ausbildungsprogramm vor: Ein Sozialpädagoge zur „Situation der Jugend heute“ usw. (8. dazu Kasten „Ausbildung der Jugendoffiziere“). Auch Unteroffiziere erhielten eine ähnliche Ausbildung (11).

Am 27. 4. 1959 verkündete ein weiterer Befehl Heusingers die Schaffung eines „hauptamtlichen Jugendoffiziers für jede der zwölf Bundeswehrdivisionen ... der ausschließlich für die Aufgaben der Nachwuchswerbung einzusetzen ist“ (12).

In der Bundeswehr war noch umstritten, welche Aufgabe der Jugendoffizier haben sollte. In einer längeren Arbeit über Jugendoffiziere (13) wird der Widerspruch zwischen „Nachwuchswerbung“ und „Staatsbürgerlicher Bildung“ im Auftrag des Jugendoffiziers als „Kampf zweier Linien“ innerhalb der Bundeswehr dargestellt, in dessen Verlauf sich die zweite Konzeption durchgesetzt habe. Es verhält sich aber

eher so, daß sich beide „Aufträge“ hervorragend ergänzen und eigentlich nicht zu trennen sind, wie es die Verantwortlichen selbst einschätzen. Von erfolgreichen Einsätzen der Jugendoffiziere geht natürlich zumindest indirekt auch eine Werbung aus. Aber auch die Freiwilligenwerbung, die der Deckung des Personalbedarfs der Streitkräfte dient, ist letztlich ein Instrument der inneren Führung“ (14). Dieser Disput ist nicht ganz unwesentlich, spricht die Bundeswehr doch immer davon, daß die Jugendoffiziere lediglich „Informationen geben würden, gegenüber der berechtigten Einsicht, daß hier gar so von ihnen offen oder versteckt, oder allein durch ihre Anwesenheit in der Schule „Wehrkunde“ betrieben wird, ein Vorwurf, der bis heute entschieden bewritten wird.

Darüber hinaus gelang der Bundeswehr erst mit der Vorgabe eines „bildungspolitischen Auftrags“ der wirkliche Zugang zu den Schulen.

In diese Richtung zielen bereits eine Reihe von Maßnahmen, die in dem Befehl zur Schaffung des hauptamtlichen Jugendoffiziers empfohlen werden: — mit dem „Besuch des Divisionalkommandeurs beim Schulleiter“ oder der „Einladung der Lehrerschaft ins Offizierskorps“ und einer „Aussprache über gemeinsame Probleme der Erziehung“ will man sich des Wohlwollens wichtiger Erziehungspersonen („Multiplikatoren“) versichern (15). (Siehe dazu auch Diagramm 1, das die verschiedenen Verzweigungen zwischen Lehrkörper und Bundeswehr anzeigt.)

— Vorgesehen sind in dem Befehl auch die „Teilnahme (Jugendliche) am lässlichen Dienst“ und die „Betreuung von Sommerlagern“ durch Jugendoffiziere (16).

Denn „die Beziehung zu Härte und Selbstverzicht ist ja wichtig nicht nur im Hinblick auf militärische Erziehung, sondern der Jugendunterweisung überhaupt“ so General Heusinger in einem Interview (17).

Im Zusammenhang mit der Schaffung des „Hauptamtlichen Jugendoffiziers“ wurde auch der Post „Nachwuchswerbung“ verdoppelt und nach dem selben Jahr traten Vertreter von Bundeswehr und Kultusministerien zu einer Tagung zusammen. Um der Parole „staatsbürgerliche Erziehung“ wurde die Arbeit der Bundeswehr in den Schulen auch auf Seiten der Kultusbehörden verbindlich geregelt. Auf dieser Tagung grenzte die Bundeswehr endgültig den Auftrag des Jugendoffiziers als „Öffentlichkeitsarbeit“ gegenüber reiner „Nachwuchswerbung“ ab. „Kategorie“ — so wurde dieses Vorgehen später von dem Leiter des Jugendoffiziers verantwortlichen Referats 2 im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums, O. Graf Schwerdt genannt (18).

Diese „Kriegsbild“ hatte Erfolg. Ergebnis der Tagung war schließlich eine gemeinsame verabschiedete „Empfehlung“, dahinter verborgen sich sehr weitgehende Maßnahmen, die die jetzigen Verschärfungen der Wehrkunde-Praxis theoretisch schon teilweise vorgezeichnet.

Da ist neben „bewährten“ Maßnahmen die Rede von „der Aufstellung von Kontaktlehrern unter der Lehrerschaft“.

Da ist neben „bewährten“ Maßnahmen die Rede von „der Aufstellung von Kontaktlehrern unter der Lehrerschaft“, von der „Teilnahme von Lehrern am staatsbürgerlichen Unterricht der Truppe, (d.h.) Übernahme von Referaten durch Lehrer beim staatsbürgerlichen Unterricht in den Kasernen und vor dem Offizierskorps“ (19).

Auch die Beteiligung von Lehrern an (internen Bundeswehr-) „Fortbildungskursen zur staatsbürgerlichen Bildung“ wurde auf Seiten der Bundeswehr auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Die ersten Kontaktgespräche zur Anbahnung der Zusammenarbeit auf Landesebene sollten deshalb auf „neutralem Boden stattfinden, da eine Initiative auf dem Verordnungswege Anlaß zu Mißdeutungen bieten könnte“ (20). Man war sich in der Bundeswehr sehr wohl darüber im Klaren, daß diese „Empfehlungen“ Maximalforderungen waren, die sich nur schrittweise durchsetzen lassen würden, und sicherlich dürfte auch die alte Kaufmannswelt eine Rolle gespielt haben, die da heißt: „mindestens doppelt soviel fordern, um das Mindeste von dem zu bekommen, was man haben will“. Gleichzeitig dürften diese „Empfehlungen“ auch eine Art Testballon gewesen sein, um zu prüfen, wie weit man bereits gehen konnte. Die „Empfehlungen“ waren bis dahin der weitgehendste Versuch, das Bildungswesen zu militarisieren.

Daß diese Pläne nicht unumstritten hingenommen wurden, mögen zwei Beispiele deutlich machen.

1959 wurde vom Direktor des Kölner Apostelgymnasiums ein Artikel aus der Schulleitung „Saphir“ entfernt, der sich kritisch mit dem Stil der Bundeswehr auseinandersetzte. Der Autor wurde seines Chefredakteurpostens enthoben (21).

1960 wurde ein 44-jähriger Volksschullehrer versetzt, weil er in einer Zeitung ein fiktives Gespräch zwischen dem damaligen Verteidigungsminister Strauß und dem bayerischen Kardinal Wendel veröffentlicht hatte (22).

„Wir leben in einer umfassenden Kulturkrise...“

Eine Zeilung konnten die Jugendoffiziere trotzdem ohne große Probleme ihrem Auftrag nachkommen. Disziplinierung an den Schulen und Staatsbürgerkundeunterricht, der den Schülern die Pflichten und Tugenden des braven Staatsbürgers einpaukte, sorgten für relative Ruhe. Auch ließ — bedingt durch die sich ankündigende Wirtschaftskrise Mitte der sechziger Jahre — der arbeitsmarktfähige Mangel an jungen Wehrpflichtigen nach, die für eine Karriere als Berufssoldaten in Frage kamen. Mitte der 60er Jahre begannen große Teile der Jugendlichen, den gesellschaftlichen Konsens des CDU-Staates in Frage zu stellen. Mit der Großen Koalition deutete sich auch auf der politisch-parlamentarischen Ebene eine Kräfteverschiebung an. Angesichts des Vietnam-Krieges entstand eine neue, breite antimilitaristische und antimilitaristische Bewegung, in deren Verlauf die Bildungsinstitutionen und das gesamte System in Frage gestellt wurden.

„Die Unruhe in der heutigen Gesellschaft, die sich zunehmend anrichtet, staatliche Autoritäten in Frage zu stellen, hat vor den Kasernen ... Nicht halt gemacht. Der „lange Marsch“ durch die Institutionen hat auch die Streitkräfte erreicht. Auftrag und Funktion, Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten sowie Sinn und Zweck des militärischen Dienstes werden von einer kritischen Generation, die durch den Staat nicht für immer für sich als verbindlich anerkennen will, mehr und mehr in Zweifel gezogen.“

Nur der Wehrbeauftragte Heusinger (1969 im Vorwort zu einem Buch mit dem bescheidenen Titel „Der Soldat zwischen revolutionärer Jugend und Establishment“ (23).

Der damalige Kriegeminister Schröder forderte 1969 im Bundestag, in den Schulen sollten mehr „Informationen über Pflichten der Landesverteidigung“ vermittelt werden. Trotz des zuvor geschickten Initiatives zur Militarisation der Schulen schien dieser Appell offensichtlich notwendig — das Konzept, das so auch umgesetzt sein sollte, schien nicht befriedigend zu greifen.

Die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer war 1965 von 1.519 (Anteil der Soldaten 217) auf 19.363 (Anteil der Soldaten 1.981) 1970 gestiegen (Siehe auch Tabelle Nr. 1, andere Zahlen sprechen von über 20.000 KdV-lern).

Diese Entwicklung führte zu einer breiten Kampagne von Offizieren, Journalisten sowie Politikern aus dem Umfeld der Bundeswehr, die in „alarmierenden“ Beispielen das Bild einer deuniformierten, wehrunwilligen und der Agitation bundeswehrfeindlicher Gruppen hilflos ausgeliefert Jugend zu vermitteln versuchten.

Man kann in diesem Zusammenhang von einer Wehrkunde-Lobby sprechen, die sich um halboffizielle Bundeswehrzeitschriften wie „Wehrkunde“ und „Wehrwissenschaftliche Rundschau“ formiert hatte.

Gerhard Baumann, führender „Wehrkunde-Experte“ 1969: Das Bild, das sich ihm nach Lektüre einiger Schülerzeitungen bot, sei so katastrophal, daß er nur noch in den zu jener Zeit in Feuilletonbeiträgen über die Jugendunruhen sehr gängigen Sätzen ausbrach: „Wir leben in einer umfassenden Kulturkrise, in die sich auch die Schule, Schüler wie Lehrer, einbezogen sehen“ (24). Er konstatiert: „Die 30 befristeten jungen Männer ... sollen dann nach der Einberufung verpflichtet werden, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen... Sie stellen nicht nur die moralische Qualifikation des Autoritätsanspruchs der älteren Offiziere in Frage, sondern fragen auch, wozu und gegen wen die Recht und Freiheit verteidigt werden sollen, in deren Träger sie ein Establishment sehen...“ (24).

Die Jugendoffiziere erledigten ihren Auftrag nur noch unzureichend. Viele Schulen lehnten ihren Besuch ab. Das Bewußtsein über die Funktion der Bundeswehr, wohl aber auch die berechtigten Angst vor unliebsamer Öffentlichkeit und Unruhen an den Schulen und im Lehrerkollegium war beträchtlich gewachsen. Warben dennoch Jugendoffiziere für den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, dann mußten sie angesichts der „Kanonaden“ kritischer Schülerfragen „die Waffen strecken“ (25).

Die SPD sorgt für „Reformen“

Es blieb dem „Reform Kanzler“ Willi Brandt und dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt vorbehalten — neben den Versuchen von Blank, Schröder, Leber — die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gründlich zu „reformieren“. Am 19. November 1970 drängte Brandt hinsichtlich in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder: „... muß beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Existenzsicherungspolitik.“ „Daher ist an der hohen auf dem Bildungsweg die Arbeit der Jugendoffiziere und Jugend-

unteroffiziere ermöglicht und erleichtert. Ich würde es begrüßen, wenn andere Länder diesem Beispiel folgen für den Lehrer, der es vorzieht, sich selbst und seiner Klasse ein Urteil durch Augenschein zu ermöglichen, stehen die Kasernen der Bundeswehr offen... Ich wäre dankbar, wenn die Ministerpräsidentenkonferenz darauf hinwirken könnte, daß die Notwendigkeiten und Probleme der Landesverteidigung in den Schulen allgemein mehr Beachtung finden“ (26).

Der Brandt Brief an Helmut Kohl, damaliger Vorsitzender der Ministerkonferenz, war zentraler Anstoß für alle darauf folgenden Wehrkunde-Maßnahmen.

In der Zeitschrift der CSU-nahestehenden Sendel-Stiftung wird daraufhin vermerkt: „Kein Bundeskanzler hat so konkret und richtig den allgütigen Punkt 'Bundeswehr — politische Bildung' angesprochen.“ (27).

Am 1. Oktober 1970, also ein Monat vor dem Brandt'schen Brief, wurde bereits unter Kriegsmünster Schmidt die bisherige Informations- und Pressearbeit seines Ministeriums in einem sogenannten „Informations- und Pressestab“ (IPSab) zusammengefaßt, in dem die bisherige Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr zentral organisiert und systematisiert wurde (siehe Diagramm). Dieser IPSab sollte mindestens so optimal organisiert und wirksam sein, wie die besten entsprechenden Organe in der Wirtschaft.

Die Ausbildung der Jugendoffiziere wurde von Schmidt ebenfalls neu geregelt. Sie wurden direkt dem IPSab unterstellt, ihre Zahl wurde erhöht (siehe dazu Abschnitt „Der Jugendoffizier“ und Kasern).

Kriegsminister Schmidt im Bundestag: „Die jungen Menschen werden auch in der Schule nicht sonderlich auf die Notwendigkeit des Wehrdienstes vorbereitet... An manchen Schulen scheint es zum guten Ton zu gehören, auf die eine oder andere Weise den Wehrdienst zu vermeiden oder zu umgehen. Von dieser Beistellung können auch manche Lehrer nicht ausgenommen werden“ (28).

Propagandistischer Angelpunkt dieser scharfen Angriffe und zentralen Thema der Bundestagsdebatte war die sogenannte „Wehrgerechtigkeit“. Es wurde die Behauptung aufgestellt, daß Ersatzdienstleistende gegenüber Wehrdienstleistenden bevorzugt seien bzw. daß nur jeder vierte oder fünfte anerkannte KdV-ler wegen mangelnder Plätze letzten Endes zum Ersatzdienst herangezogen werde (29). Die Konsequenzen sollten eine stärkere Bevorzugung des Bundeswehrsoldaten und die massive Verankerung der Bundeswehr im Schulunterricht sein (30).

Der Hauptverwand der UfW veröffentlichte nach einem vorherigen Schriftwechsel zwischen Schmidt und dem damaligen UfW-Vorsitzenden Leber eine ausführliche und ungewöhnlich scharfe Stellungnahme, in der er entschieden Widerstand gegen die Einführung eines Faches „Wehrkunde“ und gegen jede andere Form

von Wehrpropaganda in den Schulen ankündigte.

Der Erfolg der Brandt/Schmidt Erklärungen ließ nicht lange auf sich warten. Am 17.11.71 erließ Baden-Württemberg Kultusminister Maier einen Erlass zur „Berücksichtigung der Landesverteidigung im Schulunterricht“. Wie im Brandt Brief bereits angekündigt, ging es auch in dem Erlass darum, den Schülern „die Aufgaben der Bundeswehr ... so verständlich zu machen, daß sie ... als Notwendigkeit (gesperrt v. Verf.) anerkannt werden können“.

Aufgegriffen wurden nochmals Heusingers Kontaktvorschläge zwischen Lehrern/Schülern und Bundeswehr sowie „die Berücksichtigung von Fragen der Bundeswehr auch in der Lehrerfortbildung“ (31).

Als Unterrichtshilfen werden ausschließlich Bundeswehrmaterialien angegeben, KdV-ler mit keinem Wort erwähnt.

Hahn „Wehrkunde-Erlass“, (so wird dieser jedenfalls in den Registerbänden der Landesdrucksachen benannt) veranlaßt die Militärs zu Schwärmerien, das ist die Richtung, die für uns in Frage kommt“, meinte der niedersächsische Korvenkapitän und CDU Landtagsabgeordneter Heinz-Dietrich Drape, als sich Kultusminister Oetters (SPD) dort ebenfalls an einem Wehrkundeerlaß abblühte (32).

Nach und nach folgten auch andere Bundesländer mit ähnlichen Erlassen und Richtlinien: Saarland Februar 1972, Niedersachsen Juni 1973, Bayern Februar 1973. Die Erlasse waren allerdings keineswegs die ersten, wie der Brandt Brief weismachen wollte. Sämtliche Bundesländer außer Hamburg, Bremen, Hessen und Saarland verfügten schon vor 1970 über solche Erlasse. Die damalige Herausgabe von neuen Wehrkunde-Erlassen kann nur als demonstrative, verschärfende Maßnahme zur Wehrerziehung gewertet werden; zumal das in den Erlassen genannte bereits je nach Bundesland zwar unterschiedliche, aber gängige Praxis war. Die alten Erlasse wurden von der Bundeswehr als „hilfreich“ bzw. „sehr hilfreich“ kategorisiert (33).

Und selbst die Tatsache, daß die drei SPD-Bundesländer sich damals weigerten, gemäß dem Brandt-Brief einen Wehrkunde-Erlass herauszugeben, bestärkte die Arbeit kaum, wie Oberst Hallmann am Beispiel Hessen erläuterte:

„... was nicht publiziert wird, aber kein Geheimnis mehr darstellt — stehen wir seit ungefähr anderthalb Jahren in engem Kontakt mit dem hessischen Kultusministerium... Dort sind Kommissionen gebildet worden, die für die verschiedenen Schularten und für die Lehrerfortbildung Curricula erarbeiten mit Lernzielvorgabe über Sicherheitspolitik, Landesverteidigung, Friedens- und Konfliktforschung...“ (34).

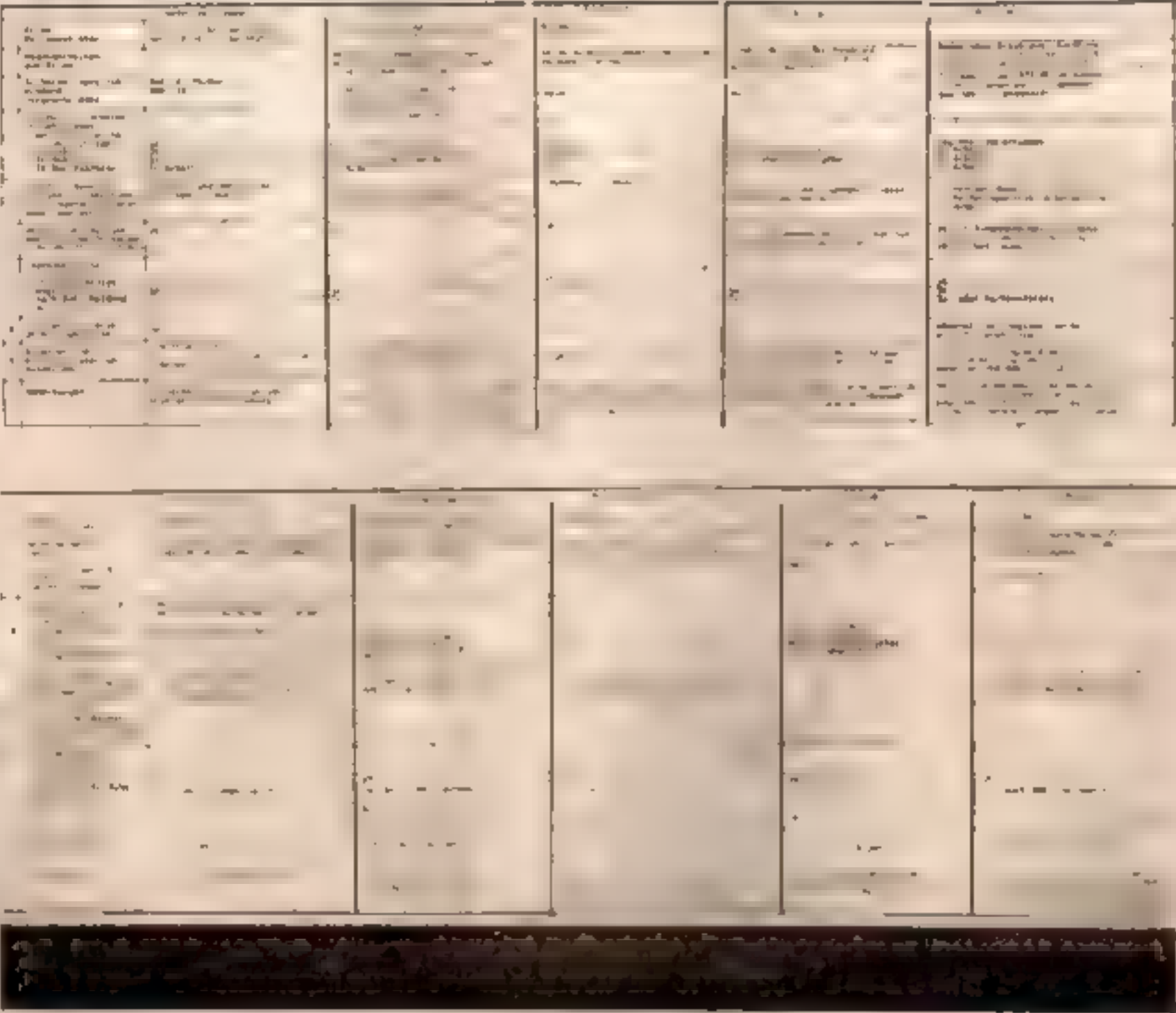
Dieses subtile Vorgehen hatte auch den Vorteil, wütenden Widerstand seitens der GEW und Schülerorganisationen aus dem Wege zu gehen. So versuchte z.B. in Baden-Württemberg ein Heidenheimer Schülerkomitee, einen landesweiten Schulstreik zu organisieren, was allerdings an der fehlenden Koordination scheiterte. Für die „Wehrkunde“ waren die durchgesetzten Erlasse lediglich ein erster Anlaß, die Wirksamkeit der Unterrichts- und Jugend über die Notwendigkeit der Bundeswehr zu diskutieren. Diesmal anhand von Schulbuchanalysen und Kritiken an einzelnen (Rahmen-) Lehrplänen, die noch mehr zugunsten weiterer Wehrkunde-Maßnahmen verändert werden sollten.

Der damalige Bundespräsident Scheel jammerte auf der 22. Kommandeursagung in Saarbrücken 1978: „Eine Durchsicht aller 81 zur Zeit für die Abschlußklassen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zugelassenen Sozialkundebücher zeigt... Mehr als 90 % der Bücher führen weder 'Bundeswehr' noch 'Wehrpflicht' noch 'Kriegsdienstverweigerung' im Inhaltsverzeichnis auf. Bei mehr als zwei Drittel der Bücher fehlen die Begriffe auch im Sachwortverzeichnis“ (35).

Dennoch, in der Zeit von 1970 bis etwa 1978 schien es für die Militärs zwar nicht ganz so wie gewünscht zu verlaufen, aber man baute im Geheimen hinter den Kasernenlaken am System der Jugendoffiziere, was die fachliche, ideologische und systematische organisatorische Ausrichtung betraf, und sammelte vor allem Erfahrungen „von der Schulfrente“, die ausgewertet und in aktive Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt wurden. (Siehe dazu im Kapitel „Der Jugendoffizier“ und Kasern zur Ausbildung der Jugendoffiziere). Dennoch, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg nach wie vor.

Aus ihrem stillen Treiben wurden die Militärs zum zweiten Male aufgescheucht anläßlich der öffentlichen Aufmerksamkeit, die die bis dahin sehr im Stillen verlaufenden Rekrutenverordnungen vor allem in der Jugend erfuhren.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Fortsetzung von voriger Seite

„Krieg dem Krieg“ gegen „Wir müssen wieder Flagge zeigen...“

1978/79 fanden die ersten „Öffentlichen Verteidigungen“ unter ganz unerwartet heftigem Protest statt. Starke Anti-Kriegs-Demonstrationen in den betroffenen Städten und ein eigenharter „Schwarzer Dienstag“ sorgten für Aufregung. Über 10.000 Jugendliche lieferten sich in Bremen eine Schlacht mit der Polizei. „Grund zur Sorge“, „Anschlag auf die Solidarisität“ wurde konstatiert. Im Jahre des 25-jährigen Jubiläums der Bundeswehr der bisher heftigste und schärfste Widerstand seit der „Ohne-mich-Bewegung“ und der Ostermärschen.

Ein Vierteljahrhundert in Freiheit und Frieden und Wohlstand“, bemerkt die verschrobenste bürgerliche Presse, „aber die Zahl derer, die es nicht wissen und nicht wissen wollen, weil sich solche Erkenntnisse nicht mit ihrem Lebensgefühl und ihrer Anspruchshaltung verträgt, ist in den letzten Jahren größer geworden. Wo alles selbstverständlich ist — der Wohlstand, die Freiheit, der Frieden — nimmt der Respekt vor dieser Leistung ab“ (36).

Kriegsminister Apel kündigte seinen Besuch bei der Kultusministerkonferenz an (siehe dazu Kapitel „Der Herrschaftsanspruch des Kommunismus...“). Und versuchte, mit diversen Tagungen unter dem Motto „Bundeswehr und Jugend“ in die Offensive zu gehen. So eine zweitägige Tagung „Bundeswehr und Gesellschaft“ mit über 50 Teilnehmern — Vorträgen aus dem öffentlichen Leben, Kirchen, Parteien, Hochschulen, Jugendverbänden usw. Unter anderem nahmen daran teil:

★ Der Konstanzer Politikwissenschaftler Thomas Ellwein: „Die Bundeswehr sei in die Gesellschaft integriert. Dies treffe jedoch nicht auf den Auftrag der Bundeswehr zu. Er werde in großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt“ (36a ff).

★ General Brandt, der sich sorgte, ob „das Problem Friedenssicherung durch Verteidigungsfähigkeit dem Bürger noch ausreichend einsichtig zu machen“ sei;

★ Der Vorsitzende des Deutschen Sportjugend, Erika Dienst: „Über die Bundeswehr außerhalb der Kasernen werde zu wenig gesprochen, und zu wenig Informationen“ seien darüber vorhanden.

Weiterhin nahmen u. a. teil der Vorsitzende der Jungsozialisten Wilb Piccyk, der Bundesjugendsekretär des DGB, Hannes Brauser, der Frankfurter Soziologe von Friedburg, der Vorsitzende der Jungdemokraten, Lutz.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

Der Kriegsbeauftragte Berkhan klagt in seinem Jahresbericht 1980, daß bei „vielen jungen Bürgern vielfach kein Verständnis mehr für die Notwendigkeit und den Sinn ihrer Einberufung bestehe“. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sei von 45.000 (1978) auf 34.000 (1980) gesunken. FDP'ler Möllemann verlange nach einer Offensive in Sachen Sicherheitspolitik und in den Schulen sollte „Friedensvermittlung zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden“ (37). Die Bundestagsabgeordnete Hohn (SPD) und Weiblich (CDU) gaben Berkhan recht, angesichts der etwa „100 sogenannten Friedensworkshops und -tagungen, die allein 1980 von politischen und kirchlichen Gremien der Bundeswehr veranstaltet wurden“.

Fazit der „Welt“: „Wenn man zu der Einsicht komme, die Bundeswehr sei als Institution akzeptiert, nicht aber ihr Auftrag, würde das nichts anderes bedeuten, daß die Mehrheit der Bevölkerung zu der 'schizophrenen Meinung' komme, wir könnten und sollten uns zwar die kostspielige Bundeswehr leisten, aber ihre Existenz habe dennoch keinen Sinn, weil die Bundesrepublik entweder nicht verteidigungswert sei oder weil eine Verteidigung angesichts der heutigen Kriegswaffen ohnehin sinnlos sei und nur zur Vernichtung des eigenen Landes führe. Diese letzte These wird freilich von fachlich unbekannten Lehrern und Medien gern verbreitet. Wenn in Schulen und Medien dieses Landes 'Revolution' 'Gestaltung' und der Kampf von 'Freiheitsbewegungen' welcher Couleur auch immer als vorbildlich hingestellt werden, die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats dagegen als sinnlos dargestellt wird, dann wird darin ein weiteres Vergehen offenkundig“ (36a).

linische Wissenschaften, Bonn), Hans-Dietrich Baxian (Religionspädagogik, Bonn), der Dezernent für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche, Werner Lichtwark — die alle im Beirat für innere Führung“ beim Kriegsministerium mitarbeiten.

Die bedeutungsvolle Einsammlung auf das Thema gibt ein für die Öffentlichkeitsarbeit zuständiger Oberstleutnant, der das Bild der Jugend in gewissen Kreisen wahrheitsgetreu darstellt. „Sie lebt ihre private Freiheit über alles“, will tun können, was sie mag. Die Gruppe, in der sie zumeist ihre Freizeit verbringt, ist die höchste Instanz (die auch entscheidet, ob der junge Mann zum Bund geht oder den Wehrdienst verweigert. Fast die Hälfte aller Jugendlichen sind heute Einzelkinder (die auch an den Konsumvorstellungen der Erwachsenen orientieren, und sie empfinden, wenn sie eingeladen werden, den von der Kirche des Wehrdienstes diktierten Konsumverzicht schmerzhaft. Musik, Disco, Sport, das eigene Auto und Ausdrucks- und Mittel ihrer individualistisch gewonnenen Freiheit.“ Den Staat sehe der Durchschnitt der Jugend als „Service-Zentrum für ihre persönlichen Wünsche“, den sie negativ beurteilt, „wenn er mit der Heranziehung zur Wehrpflicht die persönlichen Freiheiten behandelte. Rund 17 Prozent aller Jugendlichen — 1,5 Millionen — neigen zu alternativen Kulturen... meist junge Menschen mit höherer Schulbildung oder Studenten. Allen aber ist gemeinsam, daß sie substantielle Unterschiede zwischen freiheitlichen und kommunistischen Staaten nicht kennen.“ Womit ein wesentlicher Auftrag der Wehrpropaganda an Schulen umrissen ist.

Fazit der Tagung: Der „Beitrag für innere Führung“ drang massiv darauf, „daß die Kultusminister viel energischer dafür sorgen müßten, die Lehrpläne in den Schulen mit dem Thema 'Friedenssicherung durch die Bundeswehr' anzureichern... (Die) Mentalität in unseren staatlichen Schulwesen, das zu vernachlässigen“, müsse abgebaut werden, und es müsse vorerst sein damit, „daß man sagt, derjenige habe die Supermoral, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch nehmen viele Lehrer sehen nur ihre persönliche Versorgung, nicht jedoch, daß sie auch eine Verpflichtung für den Staat übernommen hätten.“ Es sei schlimm, daß Erwachsene formulieren, was Jugendliche fühlen: „es geböre eine Pflicht der Erwachsenen, aufgrund ihrer Erfahrungen und ihrer Einsichten in die politische Realität ein besseres Wissen und Gewissen der Jugend gegenüber auch Neuzugeworbenen.“

Auf die Klage eines Offiziers, er würde ja gerne mit der Jugend diskutieren, die aber nicht mit ihm, gab ihm Kriegsminister Apel den Rat: „Wir dürfen uns natürlich nicht demütigen lassen. Wir lassen uns nicht zum Abstrich derer machen, die ihre Aggressionen uns gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

gegenüber abgeben wollen. Wenn die bloßen wollen, dann geh' ich noch heute. Und hab' dann früh Feierabend...“ (38).

Dieses von Meyer-Vorfeld und Goller entworfene, noch nicht für die Kultusministerkonferenz vorgesehene „Arbeitspapier“ sieht die historische Ausgangslage wie folgt: „Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es nicht an Versuchen der Konzeptionen gefehlt, ihren Nachbarn in Europa nach über das bereits von ihr kontrollierte Gebiet hinaus auszudehnen. Daß diese Bedrohung bisher abgewehrt werden konnte, ist in erster Linie einer Friedenspolitik zu verdanken, die diese Realitäten berücksichtigt. Grundlagen für die Behandlung des Themas sind die einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die in internationalen Verträgen... eingegangenen Verpflichtungen.“

Diese „Exkursfrage“ und „die Komplexität des Themas erfordert gerade in diesem Feld sachgerechte Informationen für die umfassende Urteilsbildung der Schüler.“ Die Fachlehrer verfügen über das notwendige Wissen und sind gehalten, die Schüler nicht in einseitiger Weise zu beeinflussen.“ Den Schülern sei „Notwendigkeit und Auftrag der Bundeswehr als Teil unserer Friedenspolitik“ ein „sichtbar“ zu machen.

Die Lehrer werden „ermahnt“, das Gespräch auch mit jenen Schülern zu suchen.

— „Die die Wehrpflicht für berechtigt und notwendig halten, aber wegen der vermeintlich fehlenden Wehrberechtigung eine skeptische Haltung einnehmen“.

— „die dem Wehrdienst wegen z. Z. unerfreulichen Randerscheinungen skeptisch gegenüberstehen“.

— „die zwar die Verteidigungsbereitschaft befürworten, aber eine konkrete, auf militärischem Potential beruhende Verteidigungspolitik ablehnen“.

Auf keinen Fall solle die „Würdigung... vor dem Hintergrund eines Feindbildes erfolgen. Nicht Erziehung zum Haß, sondern Verständigungsbereitschaft unter realistischer Einschätzung gegebener Möglichkeiten“, was die „Behandlung anderer Konzepte nicht“ ausschließt, jedoch sollten die Aufgaben der Bundeswehr „so verständlich gemacht werden, daß sie... als notwendig anerkannt“ (gespart, d. Verf.) werden könnten. Im zweiten Abschnitt wird die seitdem bekannte Behauptung des „Überlegenheits und der Herrschaftsanspruch“ des Kommunismus bewiesen, verbunden damit, daß eine „aktuelle militärische Bedrohung“ nach aller Erfahrung nur durch die Bereitschaft zur Verteidigung mit militärischen Mitteln wirksam begegnet werden kann.

Hervorgehoben wird, daß „Wehrdienst Friedensdienst“ sei, und daß die „Allgemeine Wehrpflicht“ besonders geeignet sei, „das Bewusstsein der Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen nicht nur bei den Wehrpflichtigen selbst, sondern auch im ganzen Volk wachzuhalten.“ Und daß die „Allgemeine

Militärputsch in Guatemala Zeit zum Luftholen, aber keine Wende der Diktatur

Der folgende Bericht über den Militärputsch in Guatemala, über die ersten Eindrücke der Tage danach und über die Hintergründe erreichte uns von einem Genossen, der zur Zeit in Guatemala lebt. Dieses Land wird oftmals als nächster „Dominostein“ genannt — nach Nicaragua und El Salvador. Wie dort wütet seit Jahrzehnten die Obermacht im Bündnis

mit den USA mit faschistischen Methoden. Neben der politischen erstickt gegenwärtig auch die militärische Opposition. Nach den Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador soll der Militärputsch offensichtlich frühzeitig Weichen stellen. Was sich tatsächlich ändert, beschreibt dieser Bericht.

Am Dienstag, den 23.3.82, erlebte Guatemala den 3. Staatsstreich seiner jüngeren Geschichte. Das Regime des General Lucas García wurde zwei Wochen nach den Präsidentschaftswahlen am 7.3. von einer Gruppe junger Offiziere gestürzt. Eine dreiköpfige Militärjunta übernahm die Macht. Zwei neuen Präsidenten und Verteidigungsminister ernannte sich General Efraín Ríos Montt. Zusammen mit General Horacio Echeverría Maldonado Schaad (Innenminister) und dem Coronel Jorge Luis Cordillo (Regierungssprecher) bildet er die neue Regierung. In den ersten Erklärungen wurden Frieden, Arbeit und Garantie der Menschenrechte versprochen, aber auch hartes Vorgehen gegen die Guerrilla.

Der Putsch war offensichtlich lange und gut vorbereitet. Morgens um 9 Uhr umzingelten Soldaten mit Panzer und schweren Geschützen den Nationalpalast im Zentrum von Guatemala-Stadt. Gleichzeitig wurden das Hauptquartier der Nationalpolizei, der Flughafen und die wegen ihrer Grausamkeit berüchtigten „cuorpo de detectives“ und „comando 6“ der Nationalpolizei umstellt und abgesiegt. Alle Radiostationen des Landes sendeten Marschmusik. Nachrichten gab es keine. Schon vorher waren in den wichtigsten Kasernen des Landes die Kommandanten von den ausländischen Offizieren kurzerhand abgesetzt worden. Nur in Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt Guatemalas, ist es dabei zu einem kurzen Schußwechsel gekommen. Nach Stunden der Verhandlungen, in die sich auch der amerikanische Botschafter eingeschaltet haben soll, wurde die Macht an die neue Militärjunta übergeben. Einzelfall mußten die Regierungsgesandten mit erhobenen Händen den Nationalpalast verlassen. Das Parlament wurde nach Hause geschickt, die Wahlen vom 7.3. annulliert.

Die neue Junta rechtfertigt ihren Putsch mit Anklagen gegen das alte Regime. Die Regierung Lucas hätte eine korrupte und unwürdige Minderheit im Land repräsentiert. Nur durch Wahlbetrug in den Jahren 1974, 1978 und auch jetzt (1982) hätte sie sich an der Macht halten können. Korruption, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte — all das sei Grund für die internationale Isolierung Guatemalas, für Kapitalflucht, für den wirtschaftlichen Bankrott. Ehre und Glaubwürdigkeit der Armee ständen auf dem Spiel.

Was die Lucas-Clique hinterlassen hat, kommt in der Tat einer Bankrotterklärung gleich. Die Devisenbestände der „Banco de Guatemala“ sind auf Null gesunken. Auf dem Schwarzmarkt wird 15-20 % über dem offiziellen Wechselkurs gezahlt. Die Wachstumsrate des Kaffee Exports Guatemalas in den letzten 2 Jahren liegt unter der El Salvadors. Auf vielen Fincas haben die Arbeiter seit Monaten keinen Lohn mehr gesehen, nur Naturalien wurden „gezahlt“. Oft trauen sich die Grundbesitzer aus Angst vor „ihren“ Arbeitern nicht mehr auf das Land. Wer kann, bringt sein Geld in die USA, mit Investitionen ist nichts mehr. Und das ganze Ausmaß der Repression läßt sich nur schwer beschreiben. Seit 1978 sind mindestens 13.000 Leichen gefunden worden. Hinzu kommen die Tausende von Verschwundenen, die nie wieder aufgefunden sind. Angst und gegenseitiges Mißtrauen kennzeichnen die Aera Lucas. Und dann die vielen Guatemalteken im Exil. Allein in Mexiko sollen es 6.000 sein.

Versprochen wird von der neuen Junta, jetzt alles besser zu machen. Kein Ausnahmezustand, keine Verletzung mehr der persönlichen Freiheiten und die Wiederherstellung demokratischer Institutionen. Schluß mit Gewalt und Morden. Neuwahlen werden angekündigt, ohne allerdings ein Datum zu nennen. Die Isolierung soll überwunden und es sollten wieder Investitionsanreize gefunden werden. Eine „despolitization“ des Landes soll eingeleitet werden, d.h. die Beschneidung aller im Privatbesitz befindlichen Waffen. Denn die verschiedenen paramilitärischen Banden hätten eine derartige Autonomie erreicht, daß das Gewaltmonopol der Armee in Frage gestellt war. „Nur das Militär darf Waffen tragen“. Vor allem gilt dieser Aufruf aber der Guerrilla. Sie solle doch, bitte, die

Waffen abgeben. Wer sich widersetzt, werde in Zukunft standrechtlich erschossen und nicht mehr ermordet — so die neue Definition!

Nach den ersten knappen Informationen über den Staatsstreich herrschte in der Hauptstadt eine gespannte Abwartungsstimmung. Niemand wußte etwas Genaues. Es passierte auch nichts. Nur die Läden waren innerhalb von 2 Minuten geschlossen, die Innenstadt wie ausgestorben. Einige Neugierige wagten sich zu der Militärbesetzung um den Nationalpalast. Vereinzelt wurden auch Soldaten beglückwünscht. Als am Abend General Ríos Montt den gescheiterten Putsch im Radio bekanntgab, kochten in der ganzen Stadt Knallkörper. Allgemeine Zufriedenheit über die Absetzung des verhaßten Lucas-Regimes. Aber auch Unsicherheit, ob tatsächlich was anders

Efraín Ríos Montt im sein 10 Jahren Brigadegeneral. Seine militärische Ausbildung erhielt er u.a. in Fort Gulick (Kanalzone von Panama), Fort Bragg (North-Carolina/USA) und in einem Trainingszentrum der italienischen Armee. Als Generalstabschef befahl er in den Jahren 1972/73 verschiedene Massaker an Indios im Hochland Guatemalas. 1974 war er Präsidentschaftskandidat der Christdemokratie, die damals nur durch Wahlbetrug scheiterte. Später wurde er als Militärrat nach Spanien abgeschoben.

Die beiden anderen Junta-Mitglieder sind bisher wenig in Erscheinung getreten. Echeverría Maldonado Schaad war Kommandant einer Kaserne und General der Ehrengarde. Coronel Luis Cordillo Martínez war Befehlshaber von Quetzaltenango. Militärisch wurde er

institutionen wie Bauämtern, Wasserwerken, Elektrizitätsgesellschaften. Namen und Vergehen werden kaum genannt. Nur manchmal Vermutungen in der Presse, die das Ausmaß der Korruption ahnen lassen. So soll der ehemalige Chef der Zollverwaltung in den Handel mit harten Drogen von Südamerika nach den USA verwickelt sein. Aber meist heißt es nur, „Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung sollen den Gerichten übergeben werden“. In Guatemala glaubt niemand so richtig, daß dabei was herauskommen wird.

Was die „despolitization“ angeht, ist bislang nicht viel geschehen. In ein, zwei Häusern wurden Waffen und Munition beschlagnahmt. Aber bei wem? Nur der Ex-Minister Ruiz wurde namentlich erwähnt, in dessen Haus auch ein Kellergang mit Folterinstrumenten ausgehoben wurde. Aber der guatemalteke Presse war dies nur eine kleine Notiz wert. Von der „Todeschwadron“ und der „Geheimen Antikommunistischen Armee“ spricht niemand. Auch die Entlassung der Privatarmee von Mario Sandoval ist für die Junta kein Thema. Immerhin sind dies wohl mindestens 3.000 gut ausgebildete und -gerüstete Leute, mit Kampferfahrung auf der Seite der Na-

tion. Gefahr dabei ist aber, daß in der Legitimität zu guatemalteken Bedingungen die Aktivitäten der Volksbewegung schnell die Leichen von morgen sein können. Und dies auch trotz der Ankündigung von Ríos Montt in der mexikanischen Zeitung „Exelsior“, er sei bereit, eine Delegation von AI zu empfangen und sie einzuladen, um sich über die Menschenrechte in Guatemala zu informieren. Die Geschichte Guatemalas ist voll von Beispielen, wo „junger Offiziere“, einmal an der Schalttafel der Macht, schnell in das Fahrwasser der abgewirtschafteten Generalstabschefs kommen. Zum anderen ist auch die Möglichkeit eines Gegenputsches nicht ausgeschlossen. Zwar sind die Herrschaften um Lucas im Moment zum Schweigen verurteilt. Aber unläßt werden sie die neue Entwicklung auf Dauer nicht mit ansehen wollen. Und sie werden bei der traditionellen äußerst konservativen Armee Guatemalas wieder mehr Einfluß gewinnen, wenn sich herausstellen sollte, daß die neue Junta im Kampf gegen die Guerrilla auch nicht mehr Erfolge vorweisen kann.

Dem Aufruf, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern, haben die Guerrilla-Organisationen natürlich nicht entsprochen. Ein Kommuniqué der EGP (Ejército Guerrillero de los Pobres) bezeichnet den Putsch als eine Farce und einen Trick, womit das „Heer der Reichen“ wieder Boden gewinnen will. Laut EGP sind die Offiziere und Soldaten vom 23.3. dieselben, die vorher mit Lucas unter einer Decke steckten. „Sie waren die Komplizen von Lucas, und jetzt wollen sie auf einmal Demokraten sein!“

Der Junta war wohl klar, daß ihr Friedensappell bloß propagandastischen Wert hat. In keinem Moment seit dem Putsch hat das Militär seine Aktionen ausgesetzt. Dialog oder Verhandlungen mit der Guerrilla, davon ist keine Rede. Was sich aber ändern wird, ist die Art und Weise des Vorgehens gegen die Subversion. Kritisiert wird an der alten Regierung, sie sei der Guerrilla nur militärisch begegnet, habe aber verkannt, daß diese nicht nur mit den Waffen kämpfte. Die Junta will nun mit sozialen Veränderungen in den Gebieten beginnen, wo die Guerrilla operiert. „Von heute an wird das Heer Aktionen durchführen, die Blind, Armut und sozialer Unfriede, Hunger, Mord, Verbrechen, das soziale Unglück beseitigen“. Damit wird auf ein Rezept zurückgegriffen, das schon einmal in Guatemala seine Anwendung gefunden hatte. Mitte der 60er Jahre bestand die Offensive des Militärs im Osten des Landes gegen die damalige Guerrilla auch aus einer Kampagne der „acciones civicomilitares“. Man versorgte die Campesinos mit Nahrungsmitteln, Ärzten und Zahnärzten, wurden zu ihnen geschickt sowie Wege und Bewässerungskanäle gebaut. Doch abends kamen im Schutze der Dunkelheit Soldaten, verkleidet als Guerrilleros, um die Menschen in den Dörfern zu mißhandeln und um zu töten. Schon heute in den Zeitungen wieder Berichte auf, die Guerrilla häuften in verschiedenen Dörfern Frauen und Kinder getötet.

Abszuwarten bleibt, wie weit die neue Junta eine demokratische Öffnung tatsächlich zuläßt. Und wenn, wird sich diese wohl mehr in der Hauptstadt bemerkbar machen. Auf dem Land dürfte es in dieser Hinsicht wohl kaum Veränderungen geben. In Guatemala-Stadt ist bis jetzt zumindest ein offensiver Klimus zu merken. Kritik wird wieder geübt und gegenseitiges Mißtrauen beginnt sich aufzuweichen. Interessant wird es bestimmt!

Rehan Meitz

(1) MLN = Bewegung der nationalen Befreiung/Revolutionäre Partei, 1954 mit der US-Intervention entstanden, die mehrere paramilitärische Banden kontrolliert



José Ventura

wird. Ein Vorfall gibt sehr deutlich die Stimmung vieler Guatemalteken wieder: Am Nachmittag des 23., als der Erfolg des Putsches noch nicht feststand, wurde das Haus von Donald Alvaréz Ruiz gestürmt. Vorher war seine Leibgarde von Militärs entworfen worden, er selbst hielt sich allerdings in Miami auf. Ruiz, Ex-Innenminister und Vorsitzender der PID (Partei der Institutionenwertenden Demokratie), ist wohl der verhaßteste Mensch der alten Regierung. Mehrere Hunderte Menschen forderten vor seinem Haus. „Wir wollen den Kopf von Donald!“ Und da dieser nicht zu bekommen war, räumten sie aus seinem Haus alles aus, was irgendwie zu transportieren war. Von Dutzenden Whiskyflaschen bis zum Kühlschrank und dem Elektroherd.

Die Parteien, die den „Wahlsieger“ vom 7.3. — Anibal Guevara — unterstützt hatten, hielten sich mit Stellungnahmen bedeckt zurück. Die Präsidentschaftskandidaten der „Unión Opositora“ und der ultrarechten MLN (Movimiento de la Liberación Nacional), Maldonado Aguirre und Mario Sandoval, waren erscheinungsweise zufällig auf Reisen in den USA. Nach ihrer Rückkehr weiterleiteten sie in der Huldigung der neuen Regierung. Auch die Unternehmer Partei CAN (Central Auténtica Nacional) schloß sich dem an. Fast wörtlich gleichen sich die Erklärungen der Christdemokratie und der MLN. Gemeinsam rufen sie ihre Mitglieder zu Jubeldemonstrationen auf, an denen jeweils etwa 5.000 Menschen teilnahmen.

Wer sind nun die neuen Machthaber Guatemalas? Der Putsch wurde vorbereitet von einer Gruppe junger Offiziere, die ihre Anzahl auf ca. 900 angibt. Einzufriedenheit herrschte innerhalb des Offizierscorps seit geraumer Zeit. Im August vergangenen Jahres erschien in der „Marea“ (Nicaragua) ein Interview, wo einige guatemalteke Offiziere ihren wachsenden Unmut über Korruption und Ineffizienz der Armee gegen die Guerrilla äußerten. Bestimmte Offiziere und auch schon damals einen Staatsstreich nicht ausschlossen. Doch als sich am Abend des 23. die neue dreiköpfige Junta präsentierte, waren ihre Mitglieder alles andere als junge Offiziere

ausgebildet in der Akademie „Aguas Negras“ (Brasilien) und als Dachangel-Experte in Fort Sherman und Gulick (Panama-Kanalzone).

Der Junta beigeordnet ist ein Beraterstab von 6 Offizieren. Viele der eigentlichen „Macher“ des Putsches haben hier ihre Posten bekommen. Ein buntes Gemisch, darunter einige MLN-Aktivisten (1). Noch ist nicht genau durchschaubar, welchen Einfluß dieses Gremium auf die Regierungspolitik haben wird.

Die Glaubwürdigkeit der Junta wird sich u.a. daran erweisen, wie weit sie die alten Regierungs- und Repressionsstrukturen beseitigt. Heute, fast 2 Wochen nach dem Putsch, sind konkrete Anklagepunkte gegen die Ex-Regierung noch nicht erhoben. Der gestürzte Präsident Lucas García und ebenso sein Bruder Benedito (ehemals Generalstabschef) befinden sich wohl auf ihren Fincas. Den meisten Ex-Ministern und dem Fast-Präsidenten Guevara geht es ebenso. Zwar haben sie keine politische Bewegungsfreiheit mehr, wenigstens momentan, aber „wir wollen keine Revanche“, so Ríos Montt, „was in den letzten Jahren geschehen ist, kann man nicht rückgängig machen“. Der Chef der Nationalpolizei, General Germán Chapina, gilt als einer der größten Verbrecher Tausende von Guatemalteken sind unter seinem Befehl entführt, gefoltert und ermordet worden. Die Junta hat nun diesem Mann in Ehren entlassen, ihn für seine wertvollen Dienste gedankt und genau den Coronel an seine Stelle gesetzt, den Guevara auch dafür vorgesehen hatte, Ponca Nulch.

Und neuer Kommandant des berüchtigten „cuorpo de detectives“ wurde einer der ehemaligen Stellvertreter. Wesentliche Änderungen hat es also nicht gegeben, nur die kosmetisch korrigierte man ein wenig. So werden die Angehörigen einer der Zentralen für Mord und Folter, des „Comando 6“ der Nationalpolizei, in Zukunft ihre Zivilkleidung ablegen und Uniformen tragen müssen.

Während man die dicken Fische weitgehend ungeschoren läßt, werden von der Regierung 30 Ex-Funktionäre gesucht, 20 befinden sich in Polizeigewahrsam. Meist sind es Leiter von In-

tionalgarde Somoza. In dieser Hinsicht wollen die neuen Generale wohl nicht „despolitisieren“.

Trotzdem, Entführungen und Morde sind seit dem Putsch spürbar zurückgegangen. Kaum gibt es noch Anzeigen von „Verschwundenen“ in den Tageszeitungen. Das politische Klima, die offizielle Propaganda ist jetzt gegen die Mörder, die sich spürbar zurückhalten. Die Rückendeckung fehlt, und das schafft Unsicherheit.

Die größten Auswüchse der Korruption und der Gewalt werden sicherlich einige Zeit unterbleiben. In begrenztem Rahmen werden auch demokratische Rechte zugelassen werden. Schon beginnen sich Interessen zu formulieren. Die das Lucas-Regime überlebenden Reste von Gewerkschaften fordern höhere Löhne und garantierte Preise für Grundnahrungsmittel. Erstmals seit Jahren melden sich in Zeitungsanzeigen die „Central Nacional de Trabajadores“ (CNT) und das „Comité Nacional de Unidad Sindical“ (CNUS). Sie verlangen ein „Ende der Verhaftungen, Verfolgungen, Folter, Morde und Massaker, deren Opfer in der Vergangenheit Tausende von Gewerkschaftlern waren“. Fast alle Führer der CNT und der CNUS — soweit sie noch am Leben sind — befinden sich im Exil. Beide Organisationen sind aktive Mitglieder der „Frente Democrático contra la Represión“ (FDR), was sie in den Anzeigen auch extra hervorheben. Die Junta hatte in den ersten Stellungnahmen Freiheit der Gewerkschaften zugesichert. Allerdings wurde dies schon einige Tage später dahingehend eingeschränkt, „solange sie sich nicht politisch engagieren“.

Seit langer Zeit fand in diesem Jahr auch wieder in der Vorosterwoche der karnevalistisch-politische Umzug von Studenten der staatlichen Universität San Carlos statt. Anlaß ist der traditionelle „huella de dolores“ (Schmerzensein), wo alles und jeder zur Kritik und Verpöhlerei freigegeben ist. Es war sogar möglich, die Streikzentren („No Nos Tientes“) auf den Straßen der Innenstadt relativ frei zu verkaufen, die an ihrer Sympathie für die Guerrilla keinen Zweifel läßt.

Auf dieser Ebene wird es sicher ein vorsichtiger Anwachsen und Ausnutzen legitimer Möglichkeiten geben. Die

PERU — MASA

Frauenbrochüre Indianische Frauen zur Kolonialzeit/ Campesinas/ Frauen in Slums/ Frauenbewegung/ Frauengruppen in Peru. Weitere Ausgaben zur Agrarproblematik, Unterernährung! Preis DM 2,40 Porto. Zu beziehen durch Peru-Gruppe, c/o Kerner, Postfach 1801, 2008 Hamburg 13, Konto: Martin Kerner, BfA Hamburg, Konto Nr. 44 70 47 - 203

El Salvador: Das Ergebnis der Wahlen

Noch nie wurde das Volk von El Salvador so von der bürgerlichen Presse belächelt wie in den Tagen nach der Wahl vom 28. März.

„Diese Wahlen waren eine Demonstration gegen die Gewalt. Das Volk wünscht den Frieden“ (1). „... ein Volk, das sich trotz vielfach fehlender Transportmittel und großer Gefahr nicht davon abhalten ließ in sengender Hitze stundenlang anzustehen, um sein Wahlrecht wahrzunehmen“ (2).

Auch die Reaktionen aller Länder waren sehr zufrieden: MdB Lenz, (D), redete von einem „Akt der Selbstbefreiung“ und Halg von einem „Beweis für die Macht der Demokratie“ (3).

Der Grund für den Jubel liegt in der Einschätzung, daß „der große politische Verlierer der Wahlen in El Salvador“, die FMLN/FDR sei (1). Auch so mancher, der mit dem Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes sympathisiert, war ein wenig überrascht, als er in der „Tagesschau“ die langen Wahlenschlangen vor den Wahllokalen sah. Dies ist Grund genug, noch einmal im Detail auf den Wahlvorgang einzugehen.

Die Wahlbeteiligung wurde erzwungen

Am meisten freuten sich die Reaktionen in aller Welt über die angeblich so hohe Wahlbeteiligung in El Salvador. Der US-Botschafter Hinton nannte sie sogar „superphantastisch“ (2). Hiermit dürfte es in gewisser Weise recht haben, es scheint sich hier tatsächlich um reine Phantazahlen zu handeln.

Da es in El Salvador keinerlei Wahlregister gibt, kann die Anzahl der Wahlberechtigten nur geschätzt werden. Die Regierung legte die Zahl der Wahlberechtigten auf 1,5 Millionen fest. Angenommen wurden über 1,1 Millionen Stimmen abgegeben, erwartet hatte man nur 0,3 bis 0,6 Millionen (9). Diese Rechnung ist die Grundlage für den Jubel. Aber sie stimmt vorn und hinten nicht.

Die Zahl der Wahlberechtigten liegt mit Sicherheit weit höher. Sogar die konservative Londoner „Financial Times“ schätzt auf 2,1 Millionen (3). (Die Gesamtbevölkerung beträgt knapp 3 Millionen, Männer und Frauen ab 18 Jahren waren wahlberechtigt). Daß die Zahl der abgegebenen Stimmen nach oben manipuliert wurde, ist ebenfalls sehr wahrscheinlich, da die wenigen ausländischen Beobachter nie die Wahlurnen der fast 1.000 Wahllokale nach oben manipuliert wurde, ist ebenfalls sehr wahrscheinlich, da die wenigen ausländischen Beobachter nie und nimmer die fast 5.000 Wahllokale „beobachten“ konnten, und alle Parteien erklärt hatten, es sei ihr gemeinsames Ziel, daß es eine möglichst hohe Wahlbeteiligung geben würde (3). Die FMLN/FDR beschuldigte den zentralen Wahlrat ebenfalls, die Zahlen mit Hilfe des Computers nach oben manipuliert zu haben (11).

Nach den Wahlen warfen viele Parteien den Christdemokraten, die den zentralen Wahlrat kontrollierten, Wahlbetrug vor. So behauptete die ARENA, daß die PDC mehrere hunderttausend zu ihren Gunsten ausgefüllte Stimmzettel in den Osten des Landes gebracht hätte (12). D'Aubusson nannte die Wahl „einen tödlichen Schwind“, der „im Voraus völlig arrangiert gewesen“ sei (13). Erst nachdem US-Botschafter Hinton alle Parteien aufforderte, ihre gegenseitige Anklagebeschuldigungen einzustellen (3), hörte man nichts mehr davon.

Die langen Wahlenschlangen in der Hauptstadt, die die Junta stolz den internationalen Medien präsentierte, sind auch nicht unwesentlich darin begründet, daß es dort für über 300.000 Wahlberechtigte nur ganze 11 Wahllokale gab. Im Schnitt also 23.000 Wahlberechtigte pro Wahllokal (zum Vergleich: Bei den Hamburger Bürgerstimmwahlen am 6. Juni sind es durchschnittlich 780 Wahlberechtigte pro Wahllokal) (3).

Trotzdem bleibt unbestritten, daß relativ viele Salvadorianer zur Wahl gingen. Aber auch dafür gibt es andere Gründe als die, die Reagan & Co. uns weismachen wollen. In El Salvador besteht gesetzliche Wahlpflicht. Nach der Stimmabgabe bekam jeder Wähler einen mit Hilfe von Infrarotlicht sichtbaren Strich in seinen Ausweis. Das geschah angeblich um doppelte Stimmab-

gaben auszuschließen. Ein anderer Effekt ist natürlich, daß die „Sicherheitskräfte“ genau kontrollieren konnten, wer das Gesetz befolgt hat und wer nicht. „Drei Wochen vor der Wahl erklärte ein Handwerker aus einem Flecken in der Nähe von Chalatenango etwas verlegen: Ich werde wählen am 28. Wenn ich das nämlich nicht tue, dann machen sie mir am 29. die Bude zu ...“. Der Lehrer in diesem Ort gab unumwunden zu, er wolle zwar nicht wählen, er habe aber keine Möglichkeit, sich so zu verhalten, wegen der Lage in der er steckt“ („was tun“, 15.4.82). Den Angehörigen im öffentlichen Dienst, in den Banken und vielen anderen Betrieben wurde angedroht, sie bekämen ihr Gehalt nicht ausgezahlt, wenn sie diesen Strich nicht vorweisen könnten (3).

„Freie und geheime Wahl“

Wie frei und geheim diese Wahlen waren, wird selbst in den Jubelberichten eines Hochreaktionären „FAZ“-Korrespondenten deutlich. Hier die paar „Auserwählten“, die ihm passiert sind: „Die Wahlkabinen standen bisweilen zu nah an den Wählern, mitunter wurden auch einige Beobachter der Parteien neben den Kabinen gesehen. Dann gehen die Senores und Senoras an den Wahlstisch unter dem die durchsichtige Urne hängt, er steht nicht abseits und er ist nur in Brusthöhe abgesichert. Nicht an der Urne stehen hier mit unterhändig Armen zwei ARENA-Beobachter, die man nicht zum Freunde haben möchte. Unter den vielen hundert Wählern treffen wir zwei christliche Demokraten, die erklären, sie hätten Angst an die Urne zu gehen“. Trotz allem ist sich der Korrespondent mit den drei Beobachtern der CDU/CSU natürlich darin einig, daß diese Wahl „sauber und frei“ war (14).

Das Ergebnis

Von den 60 Sitzen der verfassungsgebenden Versammlung erhielten die Christdemokraten nur 24, die ARENA 19, die PCN 14, die AD 2 und die PPS erhielt einen Sitz. Die ultrarechten Parteien haben also zusammen eine klare Mehrheit von 36 Stimmen und die Befürchtungen der USA, daß ihr Liebling Duarte die Wahlen verliert, haben sich bestätigt. ARENA-Chef d'Aubusson erklärte sich sofort nach der Wahl zum Sieger und verkündete, er werde mit den drei anderen Parteien der extremen Rechten eine „Regierung der nationalen Einheit“ bilden, an der die Christdemokraten nicht beteiligt werden sollten (3).

Die US-Regierung kam dadurch in eine etwas berikle Lage. Sie hat zwar nichts gegen diese Art und Weise einzuwenden, auf die die Faschisten den Krieg gegen die Bevölkerung führen wollen. Aber mit Hilfe der Christdemokraten konnte man das bisher im Ausland immer noch einigermaßen als „Demokratie“ verkaufen. Das US-Interesse an den Wahlen war je gerade, die Junta noch demokratischer aussehen zu lassen. Mit einem so offenen Faschisten wie d'Aubusson an der Spitze, der sogar Duarte Scheinreformen verweigert und jede Art von Gespräch mit der Opposition strikt ablehnt, ist das nur schwer möglich.

Die USA verfahren zweigleisig. Einerseits versuchten sie, d'Aubusson wieder ein wenig gesellschaftsfähig zu machen, indem z.B. sofort das für ihn bestehende Einreiseverbot in die USA aufgehoben wurde (15); andererseits schalteten sie sich direkt in das Machtgerangel um die neue Regierung ein. Botschafter Hinton lud Vertreter aller Parteien am Tag nach der Wahl in seine Residenz zum Mittagessen ein, wo er versuchte, ihnen eine Koalition mit den Christdemokraten schmackhaft zu machen (15). Viel erreichte er nicht, denn am Tag darauf verkündeten die vier Parteien noch einmal, daß sie das „Gesellschaftsmodell der Christdemokraten genauso ablehnen wie den Kommunismus“ (10). Reagan erklärte in einer Fernseh-Pressekonferenz, ein Abbruch der von Duarte eingeleiteten „Reformen“ wurde Washington bezüglich der Unterstützung für El Salvador in eine „sehr schwierige Lage“ versetzen (16).

Der Hintergrund dafür ist, daß Reagan Ende Juli wieder dem Kongreß berichten muß, ob in El Salvador die Wirtschafts- und Sozialreformen fortgeführt und die Menschenrechte eingehalten werden, wovon die weitere Lieferung von Militärhilfe abhängig gemacht werden soll (17). Der Lösungsvorschlag der USA scheint zu sein, daß die Faschisten die einflußreichen Posten bekommen, die Christdemokraten auch etwa 3 der 11 Ministerposten erhalten und jemand zum Staatspräsidenten gemacht wird, der noch möglichst wenig Dreck am Stecken hat. D'Aubusson ist inzwischen Präsident der verfassungsgebenden Versammlung geworden. LS-Kommentar: Dies ist ja nicht gleichbedeutend mit der Wahl zum Staats- und Regierungschef („NZZ“, 27.4.82). Zum neuen Kommandanten der Streitkräfte wurde ebenfalls ein ARENA-Mann ernannt (18). Und für das Amt des Staatspräsidenten hat man sich inzwischen auch auf einen bononigen Demokraten geeinigt. Es ist Alvaro Magana, „konservativ, aber flexibel“ („NZZ“), der Duarte Reformen für überkritisch hält, aber nicht im Grundsatz dagegen ist („SZ“, 3.5.82). Und wenn das noch nicht zur demokratischen Legitimation des neuen Präsidenten reicht, der wird mit dem Hinweis beruhigt, daß die ARENA und d'Aubusson gegen ihn gestimmt haben und daß ihm von rechtsaußen irgendwas schon einmal der Vorwurf gemacht worden ist, „ein Linker zu sein“ („SZ“, 3.5.82). Unabhängig davon, daß die USA mündige Mahnungen ergoßen haben, das Gesagte um den Präsidenten betrug und sich auf einen Kandidaten zu stützen, hatte US-Botschafter Hinton schon vor der Nominierung Maganas bekanntgegeben, daß die USA ihre Wirtschafts- und Militärhilfe „auf jeden Fall aufrechterhalten werden“ („NZZ“, 27.4.82).

So ist nun also die Demokratie in El Salvador eingeleitet. Seit Ende April ist wieder der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt worden, der für die Wahlen kurzfristig aufgehoben worden war. Die Armee hat — nach Regierungsangaben — mit Unterstützung der Luftwaffe, verschiedene Orte „gesäubert“ mit dem Ziel die Guerilla zu vernichten („NZZ“, 1.5.82). Eine weitere große Offensive der Regierungstruppen wird Mitte Mai erwartet, wenn die in den USA ausgebildeten Sondereinheiten (477 Offiziere und 900 Soldaten) zurückgekehrt sind.

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission

Quellen:

- (1) „Bild“, 1.4.82
- (2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)“, 31.3.82
- (3) „Der Spiegel“, Nr. 14/82
- (4) „Die Welt“, 5.4.82
- (5) „Die Tageszeitung (taup)“, 28.3.82
- (6) „Der Spiegel“, 29.3.81
- (7) „Frankfurter Rundschau (FR)“, 15.8.81
- (8) „Der Spiegel“, 9.12.81
- (9) Vorläufiges Endergebnis H. „FAZ“, 1.4.82
- (10) „Der Spiegel“, 2.4.82
- (11) „FAZ“, 3.5.82
- (12) „FR“, 1.4.82
- (13) Martin Gester in „FAZ“, 30.4.3.82
- (14) „Der Spiegel“, 5.4.82
- (15) „FR“, 2.4.82
- (16) „FAZ“, 1.4.82
- (17) „Der Spiegel“, 28.4.82
- (18) „Der Spiegel“, 30.4.82

**Bombenerfolg in
El Salvador!!
102%
Wahlbeteiligung!!**

Tja, man glaubt es kaum, aber dieses Ergebnis erhält man durch einfache Rechnung mit den „Bleiben“ der Presseberichterstattung. 1,45 Millionen Wahlberechtigte (lt. „Neue Zürcher Zeitung“, 28.3.82), 1,48 Millionen abgegebene Stimmen (lt. „Frankfurter Rundschau“, 3.4.82).



Verhandlungen — Kehrtwendung Reagans?

Die Krise um die Malvinen hat El Salvador und Mittelamerika weitgehend aus dem Schlagzeilen verdrängt, ein Nebeneffekt, der den USA durchaus gelegen kommen dürfte.

Durch die Wahlen in El Salvador wurde die rechtsradikale Mafia weiter legalisiert und in höchste Staatsämter gehievt, und selbst der einschlägigen Presse bereitet es einige Mühe, dies aus Stabilisierung der Demokratie zu verkaufen.

Zum anderen hatte sich im März und April doch einige Kritik gegen Reagan Mittelamerikapolitik geregt. „FAZ“ und „NZZ“ zeigten sich einhellig unzufrieden mit diesem großen Partner, insbesondere nachdem die US-Regierung sich plötzlich bereit erklärte, Verhandlungen aufzunehmen und den mexikanischen Verhandlungsvorschlag zu akzeptieren.

Dieser Vorschlag beinhaltet — Verhandlungen zwischen allen Beteiligten zur Beendigung des Bürgerkriegs in El Salvador — Nichtangriffsverträge zwischen Nicaragua und USA und auch zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn (Honduras, Guatemala, El Salvador). — Aufnahme von Gesprächen zwischen USA und Cuba. — Verpflichtungen der USA, keine Umsturzversuche gegen die FSLN-Regierung in Nicaragua zu unterstützen. — Aufrüstungsbeschränkungen in Nicaragua, wobei die USA hier auf ihre Hauptforderung nicht verzichten werden. — Aufrüstungsbeschränkungen in Nicaragua, wobei die USA hier auf ihre Hauptforderung nicht verzichten werden. — Ebenso wie Vietnam kein internes Problem gewesen sei, sei auch El Salvador keines. Da russische Waffen und russische Hilfe in Zentralamerika eine Rolle spielen, trage die Sowjetunion auch eine eindeutige Verantwortung für die friedliche Lösung („SZ“, 16.3.82).

Gleichzeitig wird öffentlich darüber spekuliert, ob durch die demnächst notwendige Ablosung Brezhnev ein zeitweiliges Machtvakuum entstehen könne, das der Westen auszunutzen müsse. Wohl in diesem Rahmen wurde Cuba in einer Rede von Halg aufgefordert, die Fronten zu wechseln. Er gab zu verstehen, daß die USA für die Länder des sozialistischen Lagers mehr an Wirtschaftshilfe leisten könnten als die problembeladene und technologisch rückständige Sowjetunion („SZ“, 24./25.4.82).

Unter diesen laufen alle militärischen Aktivitäten und Drohungen weiter. Zur Zeit läuft das Manöver „Ocean Venture“, das 8. Manöver in der Karibik seit Oktober 81, bei dem eine Invasion in Puerto Rico geübt wird. Die Verhandlungen der USA mit Honduras und Kolumbien über neue US-Stützpunkte scheinen sich einem erfolgreichen Abschluß zu nähern. Nicaragua protestierte Mitte April gegen zwar vor der Küste aufgetauchte nordamerikanische Marineschiffe und beschuldigte Washington, weitere Vorbereitungen für eine militärische Intervention zu treffen („SZ“, 17./18.4.82).

Denwegen bleibt die Forderung so dringend wie immer: Keine US-Intervention in Mittelamerika. Schluß mit dem Völkermord in El Salvador.

te, der unter Folter zum Geständnis gezwungen worden war, er sei ein nicaraguanischer Militärausbilder.

Diese — wenn nicht diabolische, so aber allzu offene — Lügenkampagne hat wahrscheinlich mit dazu beigetragen, die Opposition (auch in den USA) zu vergrößern, und sie hat die Schwierigkeit erhöht, Militär- und Wirtschaftshilfe durch die dafür zuständigen Gremien (Kongreß und Senat) zu bekommen.

Die Bereitschaft zu Verhandlungen, unabhängig wie ernsthaft diese dann geführt werden, kann hier etwas Wind aus den Segeln nehmen. Außerdem scheinen Verhandlungen mit Rücksicht auf Kanada, Venezuela und Kolumbien notwendig. Diese Länder spielen in Reagan Kampfbilan eine nicht unbedeutende Rolle zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Region, und sie sollen durch eine Zusammenarbeit in Mittelamerika enger in die US-Politik eingebunden werden.

Und schließlich scheint die neue Verhandlungsbereitschaft der USA als Mittel benutzt zu werden, den direkten Druck gegen die Sowjetunion zu erhöhen. Halg betonte auf einer Pressekonferenz, daß Verhandlungen nicht viel bringen werden, es seien vielleicht regionale und zeitlich begrenzte Lösungen möglich, mehr nicht. „Urheber und Anheizer der karibischen Spannungen“ sei nach wie vor die Sowjetunion. Das Problem El Salvador sei nicht nur aus inneren Ursachen entstanden. „Ebenso wie Vietnam kein internes Problem gewesen sei, sei auch El Salvador keines.“

Da russische Waffen und russische Hilfe in Zentralamerika eine Rolle spielen, trage die Sowjetunion auch eine eindeutige Verantwortung für die friedliche Lösung („SZ“, 16.3.82).

Gleichzeitig wird öffentlich darüber spekuliert, ob durch die demnächst notwendige Ablosung Brezhnev ein zeitweiliges Machtvakuum entstehen könne, das der Westen auszunutzen müsse. Wohl in diesem Rahmen wurde Cuba in einer Rede von Halg aufgefordert, die Fronten zu wechseln. Er gab zu verstehen, daß die USA für die Länder des sozialistischen Lagers mehr an Wirtschaftshilfe leisten könnten als die problembeladene und technologisch rückständige Sowjetunion („SZ“, 24./25.4.82).

Unter diesen laufen alle militärischen Aktivitäten und Drohungen weiter. Zur Zeit läuft das Manöver „Ocean Venture“, das 8. Manöver in der Karibik seit Oktober 81, bei dem eine Invasion in Puerto Rico geübt wird. Die Verhandlungen der USA mit Honduras und Kolumbien über neue US-Stützpunkte scheinen sich einem erfolgreichen Abschluß zu nähern. Nicaragua protestierte Mitte April gegen zwar vor der Küste aufgetauchte nordamerikanische Marineschiffe und beschuldigte Washington, weitere Vorbereitungen für eine militärische Intervention zu treffen („SZ“, 17./18.4.82).

Denwegen bleibt die Forderung so dringend wie immer: Keine US-Intervention in Mittelamerika. Schluß mit dem Völkermord in El Salvador.

Lateinamerika-Kommission

Presse- erklärung

12. April (Ostermontag) 1982

Das Mittelamerikakomitee Ostwestfalen-Lippe hat heute das Hermannsdenkmal bei Detmold symbolisch besetzt. Mit dieser Aktion, die gegen 17.00 Uhr beendet wurde, wollen wir gegen die massive Einmischung der Vereinigten Staaten in El Salvador und die El Salvador-Politik der Bundesrepublik protestieren. Denn auch die Bundesregierung leistet ihren Beitrag zu dem von den Vereinigten Staaten inszenierten Völkermord in El Salvador.

— Sie unternimmt keinerlei Versuche, deutsche Waffenlieferungen (z.B. G3-Gewehre der Firma „Heckler & Koch“) an die Junta El Salvadors zu unterbinden.

— Mit 800.000 DM hat sie die Umsiedlung salvadorenscher Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Honduras/El Salvador ins Landesinnere von Honduras mitfinanziert. Damit ist der Weg für eine direkte Intervention aus Honduras durch eine, von den Vereinigten Staaten geführte Interventionssarmee (Argentinier, Chilenen...) freigelegt.

— Die Bundesmarine nahm mit der Fregatte „Augsburg“ im Rahmen eines Nato-Mandats an Interventionen vor El Salvador teil.

— Mit der symbolischen Besetzung des Hermannsdenkmals wollen wir den folgenden Forderungen an die Bundesregierung Nachdruck verleihen:

— Kein neuer deutscher Botschafter nach El Salvador.

— Anerkennung der FDR/FMLN

— Unterstützung des Verhandlungsvorschlags der FDR/FMLN

— Unterstützung des Verhandlungsvorschlags der FDR/FMLN für eine politische Lösung des Konflikts.

Eden Pastora: Bruch mit der sandinistischen Revolution

Eine der international bekanntesten Personen des Befreiungskampfes gegen das Somoza-Regime in Nicaragua hat ihren vollständigen Bruch mit der sandinistischen Befreiungsfront erklärt.

Der als „Commandante Cero“ 1978 bei der Ertüchtung des Nationalpalastes in Managua zum Volkshelden gewordene Eden Pastora hat die Führung der FSLN von Costa Rica aus dem Verstoß an den nationalen Interessen beschuldigt.

In einer Situation, da die US-Imperialisten und ihre verschiedenen Helfer im zentralamerikanischen Raum nichts unversucht lassen, um Nicaragua international zu isolieren, trifft der Schritt Pastoras die Bemühungen der sandinistischen Führung um eine neue Vereinigung aller auf nationale Unabhängigkeit bedachten Kräfte als schwerer Schlag. In seiner politisch ausgesprochen düsteren Erklärung knüpft Eden Pastora zur Untermauerung seiner Vorwürfe gerade an den Punkt an, an denen die Reagan-Regierung und die rechte Opposition seit geraumer Zeit ihre Propagandakampagne gegen den Prozeß der sandinistischen Revolution in Nicaragua führen, ohne jedoch für seine Behauptungen die Beweise zu bringen, die die US-Regierung bisher immer schuldig geblieben ist.

— Eden Pastora betont seine aufrichtige Liebe zur individuellen Freiheit und sein Desinteresse für „doktrinaire Konzepte“. Er unterstreicht, daß die Revolution „wirklich nicaraguanisch“ sein müsse und wirft der FSLN-Führung vor, „keine Politik, tatsächlicher Blockfreiheit“ zu betreiben, sondern das Land in den Ost-West-Konflikt hineinzuwickeln. Mit etwas drastischen Worten sagen es Haig und Reagan, wenn sie die Sandinisten anklagen, sie hätten ein totalitäres Regime errichtet und Nicaragua zum „Sprungbrett Moskaus“ („FAZ“, 11.3.82) bzw. zu einem zweiten Kuba gemacht.

— Pastora fordert das nicaraguanische Volk auf, sich solange für einen Krieg

bereit zu halten, wie „sich auch nur ein ausländischer Soldat auf dem Boden der Heimat aufhält“. Er im März wurde in den USA eine neue Medienkampagne eröffnet, in der behauptet wird, in Nicaragua seien 70 sowjetische Militärberater und 2.000 kubanische Soldaten (FAZ, 11.3.82) stationiert. Richtigstellungen und Demos von nicaraguanischen Regierungsbehörden schenken Pastora ebenso wenig zu kum-

26.3.82). Immerhin hat Pastora angekündigt, so bald es geht, in die Wälder der Atlantik-Region zu gehen, um die Situation höchstpersönlich zu erkunden.

— Klage führt er auch über das Fehlen eines Investitionsklimas für die Privatwirtschaft, mit dem allein der Aufschwung einer gemischten Wirtschaft angeregt werden könne, er fordert Pluralismus und freie Wahlen.



Commandante Cero beim Abflug nach der Kommandoaktion im Nationalpalast

men wie die US-Propagandaspezialisten.

— Selbst eine der widerwärtigsten Lügen aus der CIA-Küche greift er auf: die angebliche Verfolgung und Ermordung der Miskito-Indianer. Er denunziert die Sicherheitsorgane und das Militär, sie hätten über die Indianer ein „Regime des Terrors“ errichtet. Die Unrichtigkeit dieser Meldungen ist inzwischen von einer ausländischen kirchlichen Delegation, der sich auch zwei Mitarbeiter der „faz“ anschließen konnten, bestätigt worden („faz“,

auch wenn es in Nicaragua ein Parteienspektrum mit einer politischen Breite und einem Aktionsradius wie in keinem Land der „westlichen Demokratien“ gibt — und dies trotz des Ausnahmezustandes.

Die scharfe Abgrenzung Eden Pastoras von marxistischen und sozialistischen Vorstellungen und sein Treuebekenntnis zur offiziellen Kirche Nicaraguas (die sich schon vor über einem Jahr zum Sprecher der inländischen Bourgeoisie gemacht hat) ist angesichts der ausschließlich moralischen und reli-

giösen Beweggründe, die er früher zur Legitimierung des bewaffneten Kampfes gegen Somoza gegeben hat, nicht erstaunlich, auch Aktionen wie das Einsammeln und Vernichten marxistisch-leninistischer Literatur in seinen Kampfverbänden der ehemaligen sandinistischen Südfrent gehören zu diesem Hintergrund. Sein jetziges Vorgehen geht darüber jedoch weit hinaus — er macht sich zum Kronzeugen aller Verteufelungskampagnen gegen das neue Nicaragua. Versicherungen und Unzufriedenheiten, die Angst vor der Isolation von den Nachbarvölkern und vor einer neuerlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen werden von ihm in einer Weise aufgegriffen, die dessen Unterstützung bringt, die wieder zu klar geregelten und abgesicherten Ausbeutungsverhältnissen zurück wollen.

Bisher hat Pastora von keiner Befreiungsbewegung oder auch nur fortschrittlichen politischen Strömung in Lateinamerika Anspruch bekommen. Der Zusammenschluß der guatemaltekischen Befreiungsorganisationen UMGU, für die Pastora nach seinem Weggang aus Nicaragua zeitweilig gearbeitet hat, hat eine Erklärung zu seinem Schritt veröffentlicht. Darin gibt die URNG ihrer Empörung über die „ungläublichen, verurteilenden und unverantwortlichen Erklärungen (...) von Eden Pastora“ Ausdruck (sua „faz“, Nr. 81), und sie gab gleichzeitig bekannt, daß sie sich von Pastora wieder getrennt habe. Auch Pastoras enger Kampfführer, der spätere Vizekommunist Jose Vazquez, der Nicaragua mit ihm zusammen im Sommer 81 verlassen hatte, distanzierte sich ebenfalls von der Erklärung Pastoras, obwohl er nach wie vor in Opposition zur Regierung steht.

(Die Zitate aus Pastoras Erklärung vom 15. April stammen aus der „faz“ vom 29.4.82).

Lateinamerika-Kommission

US-Destabilisierungspolitik gegen Nicaragua

Nach dem Sieg der Sandinisten und dem offenkundigen Scheitern von Carters Zentralamerika-Politik erklärten sich die USA zunächst bereit, das neue Nicaragua mit Wiederaufbauhilfe zu unterstützen. Selbstverständlich wäre dies in keinem Fall eine großzügige Geste gewesen, sondern lediglich ein Ausgleich für den verursachten Schaden und den seit Jahrzehnten herausgepreßten Profit.

Während Somoza immer (mit einigen Unterbrechungen) auf prompte Zuweisung der umfangreichen US-Militär- und Wirtschaftshilfe rechnen konnte, dauerte es nun jedoch mehr als ein halbes Jahr, bis konkrete Zusagen gemacht wurden und die ersten Gelder fließen. Verwirrt wurde ein vergleichsweise kümmerlicher Kredit von 75 Mio Dollar für 1980, zweckgebunden für Sozialerleichterungen und Schulen, sowie einer über 9,6 Mio Dollar zum Kauf von Weizen in den USA.

Seit dem Amtsantritt von Ronald Reagan ist jedoch auch dieser Politik der hinterhändigen Versprechungen ein radikales Ende bereitet worden. Seit Januar 1981 demüht sich die US-Regierung offen, die vorhandenen Schwierigkeiten in Nicaragua zu vergrößern. Sie tut alles, um den wirtschaftlichen Neuaufbau zu sabotieren und um die relative politische Stabilität zu zerstören. Dies geschieht mit dem Ziel, die sandinistische Regierung zu stürzen. Als erste Maßnahmen sperrte Reagan die Auszahlung von 15 Mio Dollar, die von dem 75-Mio-Kredit noch nicht überwiesen worden waren; ebenso wurde der 9,6-Mio-Dollar-Weizenkredit nicht ausbezahlt und gleichzeitig wurde ein Weizenembargo gegen Nicaragua verhängt. An den Außenbüros des engsten Beraterstabes von Außenminister Haig, dem ehemaligen CIA-Offizier Dr. Giovanni, läßt sich erkennen, daß der Zeitpunkt der Kreditsperrung sorgfältig ausgewählt wurde. „Die wirtschaftlichen Bedingungen werden um den Dezember 1981 verschlechtert und können zumindest eine begrenzte Unzufriedenheit provozieren, wenn die gegenwärtige Ernteperiode im Mai und Juni 1981 beendet wird, dann wird das Land ein schweres Finanzdefizit zu haben, falls es nicht massive Hilfe von außen erhält.“ (zit. aus: El Nuevo Dia, 10.2.81).

Im März und April 1981 verhängten

die USA ihre Boykottmaßnahmen, gut vorbereitet durch eine Kampagne in den Massenmedien des „freien Westens“, in denen Nicaragua als Vasall der Sowjetunion dargestellt wurde, der eigene Truppen nach El Salvador geschickt habe und der Ströme von Waffen aus Kuba an die salvadorianische Guerrilla weiterleite. Dazu wurde eigens ein „Weißbuch El Salvador“ erstellt und in einer großen Show-Veranstaltung der Presse vorgelegt. Dieses Machwerk wurde jedoch kurz darauf ausgerechnet von dem regierungstreuen rechtskonservativen „Wall Street Journal“ als „Mischung von Halbwahrheiten, Fälschungen und leeren Behauptungen entlarvt.“ (zit. „faz“, 13.3.82). Unbedrückt davon drohten der Präsidentenberater Edwin Meese und Außenminister Haig Kuba und Nicaragua eine absolute Seeblockade bzw. andere „militärische Optionen an, falls die „Einnischung“ in El Salvador nicht beendet werde.“ (FAZ, 24.2.81, „faz“, 9. und 10.11.81).

Seither blieb es nicht bei drohenden Worten. Seit Oktober 1981 hat die US-Kriegsmarine 8 Seemanöver in der Karibik abgehalten, wobei in der Nähe der nicaraguanischen Grenze auf honduranischem Gebiet eine Landübung durchgeführt wurde. Bei dem Manöver „Ocean Venture 82“, das bis Mitte Mai andauern soll, wird auch eine simulierte Invasion Puerto Ricos geübt („FAZ“, 31.3.82).

Die verbalen Drohungen aus Washington müssen also sehr ernst genommen werden. Nicaragua wird so gezwungen, ständig auf das Schlimmste gefaßt zu sein. Seit dem provokatorischen Landmanöver an der honduranischen Atlantikküste und in der Nordostregion große Verbände der sandinistischen Volksarmee und der Volksmiliz stationiert, was große Summen aus dem bereits arg überstrapazierten Staatshaushalt verschlingt. Zudem kommen viele der Milizangehörigen aus wichtigen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbereichen, wo durch die immer häufigere Alarmierung der Milizen Produktionen ausfallen. So verwenden die USA ihre Invasionstherapie als Mittel, die nicaraguanische Wirtschaft durch die notwendigen Militärausgaben totzulegen.

Die Verteidigungsanstrengungen der sandinistischen Regierung werden dann wiederum benutzt, um eine internationale Kampagne zu starten. Z.B. präsentierte ein hoher Beamter der CIA und ein Beamter des US-Verteidigungsministeriums im März 82 in einer neuerlichen, dramatisch aufgezogenen Show-Veranstaltung der Presse Fotos von Militärlagern in Nicaragua, die US-Spionageflugzeuge aus großer Höhe geschossen hatten. Bei dieser Gelegenheit erklärte man der Presse, es gebe in Nicaragua 70 sowjetische Militärberater, mehr als 6000 kubanische, unter ihnen 2000 Soldaten. Nicaragua sei im Begriff, seine Armee auf 30.000 zu verstärken und 50 bis 75 moderne sowjetische Kampfpanzer zu kaufen. 3 Flughäfen seien zu Stützpunkten für sowjetische MiG-23-Kampfflugzeuge ausgebaut worden. Nicaragua werde dadurch zum Sprungbrett Moskaus für größere militärische Operationen ausgebaut und stelle eine politische Bedrohung für seine mittelamerikanischen Nachbarn dar (nach FAZ 11.3.82). Daß es ca. 1400 kubanische Lehrer und Hunderte von kubanischen Ärzten in Nicaragua gibt, aber kubanische Soldaten ebenso wie sowjetische Militärberater zu finden und, können nicaraguanische Behörden richtigstellen, so oft sie wollen — die Hetzkampagne der US-Stellen zur internationalen Isolierung Nicaraguas wird deshalb nicht eingestellt. Selbst ein Gerücht, Nicaragua werde in Vietnam 1000 (!) Flugzeuge des Typs MiG-15, die die US-Truppen dort zurückgelassen haben sollen, kaufen, war den US-Behörden nicht dümm genug, um es der Presse zu vermitteln. Nicaragua hätte nicht einmal Spielplätze für so viele Flugzeuge, geschweige denn Piloten oder Geld dafür („faz“, 6.4.82).

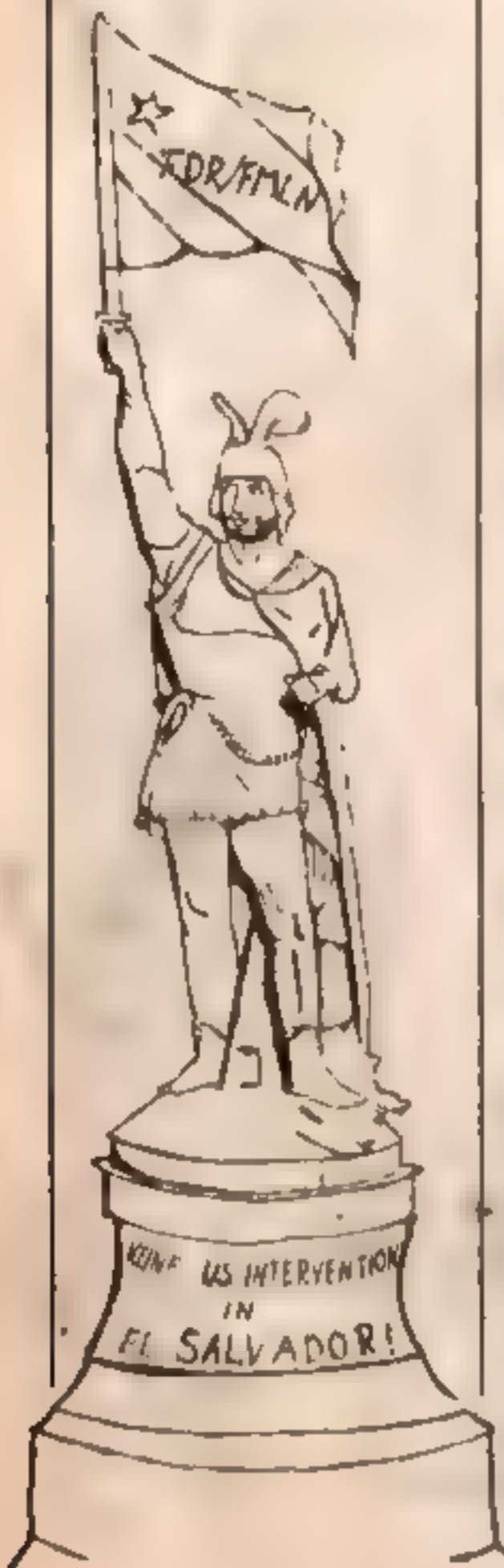
Ein weiteres beliebtes Thema sind die angeblichen Völkermord-Praktiken der Sandinisten gegenüber den Miskito-Indianern in der Atlantikregion. Es wurden Meldungen verbreitet, sandinistische Truppen hätten über 200 Indianer ermordet — was von Indianervertretern selbst als Falschmeldung bezeichnet wurde. Im Februar verwendeten US-Außenminister Haig und die UNO-Botschafterin Kirkpatrick Fotos von ermordeten und grausam verurteilten Miskitos aus dem Jahre 1978, die Indianer waren wegen angeblicher

Zusammenarbeit mit den Sandinisten von Somozas Nationalgarde umgebracht worden („faz“, 13.3.82).

Die schweren Spannungen, die heute zwischen dem Volk der Miskito-Indianer und den Sandinisten bestehen, nutzen US-Stellen jedoch um einen regelrechten Krieg in der Nordostregion an der Grenze zu Honduras zu initiieren. Zwar ist hier eine direkte US-Beteiligung nicht nachweisbar, es werden jedoch Hunderte von Miskitos, die nach Honduras geflohen sind und sich in dortigen Miskito-Gebiet niedergelassen haben, in primäre Lager geprügelt. Die einzige Möglichkeit, sich etwas für den Lebensunterhalt zu verdienen, besteht darin, den konterrevolutionären Truppen von Ex-Nationalgardisten beizutreten, die an der gesamten nicaraguanisch-honduranischen Grenze Trümpferlager unterhalten und ihre Terroraktionen gegen Nicaragua zu einem Untergrundkrieg im Grenzraum ausgeweitet haben. Reaganisiert und ausgebildet wurden diese Verbände in der Umgebung von Miami Florida, wo auch jetzt noch mehrere solcher Lager bestehen. Mit größter Unterstützung aus „privaten“ US-Quellen werden die Ex-Nationalgardisten Somoza mit modernsten US-Schnellfeuerwaffen ausgerüstet und betreiben von dort aus mehrere leistungsstarke Radiostellen. Nach der Sprengung zweier strategisch wichtiger Brücken im Norden Nicaraguas übernahm die „Nationale Befreiungsarmee“ in Miami die Verantwortung für diesen Sabotageakt.

Unmittelbar zuvor hatte die „Washington Post“ bekanntgegeben, daß Reagan die Aufstellung einer paramilitärischen Truppe aus Lateinamerikern durch den CIA gebilligt und hier für 19 Mio Dollar bereitgestellt habe. Aufgabe des 500 Mann starken Verbandes soll es sein, von Honduras aus Sabotageakte und Anschläge gegen Kraftwerke und Brücken in Nicaragua durchzuführen (s. „faz“, 11.3.82). Gerechtfertigt wird diese Maßnahme wieder einmal mit angeblichen Waffenlieferungen Nicaraguas an die Guerrilla in El Salvador.

Lateinamerika-Kommission



Betrifft: Malvinen

Im Zusammenhang mit dem im AK 220 erschienenen Artikel zum Malvinen-Konflikt habe ich einige Ergänzungen zu machen, die die dort vertretene Meinung, es handle sich um einen „durch und durch absurden Krieg“, um eine Weltkrise, die „völlig überraschend“ kam, stark relativiert. Der Krieg ist m. k. für die Herrschenden Argentiniens und Großbritanniens keineswegs absurd; dafür bietet lediglich der Hinweis auf die innenpolitische Notlage beider Länder keine ausreichende Erklärung. Die innenpolitischen Schwierigkeiten geben nur dem Anschein für die Kriegshandlungen ab, sind aber nicht als eigentliche Ursachen zu betrachten.

Geostrategische Interessen

Offenbar existieren schon länger Öl- oder weniger getriebene Studien über Öl- und Gasvorkommen in besagter Region. Die argentinische Tageszeitung „Clarín“ erwähnt eine britische Studie von 1976, die die voraussichtlichen Einkünfte aus dem zu fördernden Erdöl auf jährlich 400 Mio US Dollar beziffert („Clarín“, 12.7.81).

Im April und Mai letzten Jahres wurden in den Gewässern zwischen Feuerland und den Malvinen zwei große Erdölfindungen ausgemacht. Wie die staatliche argentinische Erdölgesellschaft YPF mitteilt, beträgt die Schätzung 1.650 m³ Fördermenge täglich, während die andere Bohrtiefe zusätzlich 500 m³ Öl täglich fördern soll („Clarín“, 12.10.81).

Ähnlich Maggie Thatcher gab es erstmals in dem Moment, als die YPF die internationalen Ölmultis aufforderte, sich an ihren Forschungsprogramm zur Ausbeutung der Erdölreserven in den unstrittigen Gewässern zu beteiligen, ohne die Briten um Erlaubnis zu bitten. Für diesen Fall drohte die britische Regierung mit gigantischen Schadensersatzklagen („El Cronista Comercial“, 21.5.82). Die argentinische Bourgeoisie fühlte sich empfindlich um ihre Ausbeutungsansprüche gepöbeln. Freimütig wurde auf einen weiteren Zusammenhang hingewiesen: „Wenn wir sehen, daß auch Chile mittels einiger kleiner Inseln im Beagle-Kanal Anspruch auf unsere Atlantik-Gewässer anmeldet, dann sehen wir uns vieler Möglichkeiten in diesen Gewässern beraubt“ („El Cronista Comercial“, 21.5.81). In demselben Artikel wird darauf spekuliert, daß die argentinische Erdölversorgung, die jetzt bereits ohne Importe auskommt, zukünftig zur Hälfte aus dieser Region besittet wird. In der Tat wären mit einer Einverleibung der Malvinen durch Argentinien beträchtliche Möglichkeiten der Machterweiterung gegeben. Dabei geht es nicht nur um die 200 Meilen-Zone der Malvinen, zu denen auch die ca. 1.500 km entfernte Insel South Georgia gehört. Zugleich verbessert sich für Argentinien die strategische Ausgangslage für ihre Ansprüche auf die An-

tarikta.

Unter den 14 Mio km² der Antarktis verbergen sich Gas- und Erdöl-vorkommen in einem Maße, daß sie die jetzigen Energievorkommen ersetzen könnten. Außerdem sollen hier die größten Kohlevorkommen der Erde lagern sowie enorme Mengen an Eisenerz. Darüber hinaus befinden sich hier Quarz, Zink, Molybdän, Silber und vermutlich Diamanten, ebenso wie eine große Menge Magnesium. In den Gewässern gibt es große Mengen Krill, eine für die Zukunft sehr wichtige Ernährungsquelle („resistencia“, März 81).

Der Status der Antarktis ist heute nicht eindeutig geklärt. Ansprüche haben eine Reihe von Staaten angemeldet, u.a. Argentinien, Großbritannien und Chile auf teilweise sich überschneidenden Gebieten. Mit der Linienverbindung der Malvinen würden demnach auch die britischen Besitzansprüche auf die Antarktis zur Disposition stehen, die sich aus dem Besitz der Malvinen herleiten. Aus dem Beagle-Streit mit Chile dürfte Argentinien als Sieger nach Punkten hervorgehen. Insgesamt würde Argentinien im südlichen Südamerika eine Hegemonstellung bekommen, die sie mit entsprechender militärischer Präsenz abheben müßte. Im Falle einer erfolgreichen Okkupation wären die argentinischen Militärs einen weiteren Schritt in Richtung Energie- und Rohstoff-Gigant gelangt. Atomenergie, Wasserkraft, Erdöl und Erdgas verschaffen dem Land weitestgehend Autarkie, wodurch der Traum der Herrschaft nach einer argentinischen Großmacht näherückt.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zum argentinischen Atomprogramm, das maßgeblich mit westdeutscher Hilfe ermöglicht wird.

Bis 1987 sollen insgesamt vier Atomkraftwerke vom Typ Avacha II (400 Megawatt-Schwerwasserreaktor) fertiggestellt werden („El Cronista Comercial“, 13.2.79). Daß Argentinien diese nicht zur Energieversorgung benötigt, ist nur sehr deutlich schon bald wird dieses Land in der Lage sein, eigene Atomwaffen herzustellen. Erst kürzlich gab der Atomminister Carlos Madero bekannt, daß sein Land als erstes in Lateinamerika eine Atomwaffen-deponie errichten werde („NZZ“, 23.3.82).

Interessant ist m. E. auch, daß es gerade die Sowjetunion ist, die auf dem Energiesektor eine relativ enge Kooperation mit den argentinischen Generalen betreibt.

Interessant ist m. E. auch, daß es gerade die Sowjetunion ist, die auf dem Energiesektor eine relativ enge Kooperation mit den argentinischen Generalen betreibt. Die SU hat sich im letzten Jahr zum wichtigsten Außenhandelspartner Argentiniens entwickelt und wird bald auch Uran 235 an die Generalen liefern („NZZ“, 23.3.82). Dennoch hält sie sich militärisch völlig aus dem Konflikt heraus. Die kürzlich erfolgte Zusage der USA, England sowohl wirtschaftlich als auch militärisch zu unterstützen, muß zugleich als Warnung verstanden werden, daß sich die Beziehungen zwischen Argentinien und der SU gefälligst in nur sehr engen und von den USA begrenzten Rahmen zu bewegen haben.

Kanonen statt Butter

Schließlich ist in der bisherigen Berichterstattung zu wenig die Rolle des Rüstungsexporteurs BRD beleuchtet worden, die man durchaus als verbechtend bezeichnen kann. Die BRD ist in entscheidendem Maße für die Aufrüstung der argentinischen Junta verantwortlich und damit auch für den jetzigen Kriegszustand.

„Seit dem Militärputsch 1976 erhielt Argentinien unter anderem folgende Rüstungsmaterial aus der Bundesrepublik geliefert bzw. zugesagt: — Fünf Transportflugzeuge F 27 von Fokker/VFW im Wert von 35 Mio DM; — 200 Kampfpantzer TAM, entwickelt von Thyssen-Henschel, im Wert von 200 Mio DM, mit 105-mm-Kanonen, der Pantzer wird in Argentinien nach Lizenzen gebaut; — 100 Schützenpanzer TAM, die zum Weiterexport nach Pakistan und VR China vorgesehen waren; — Flugabwehrkanonen des Waffenkonzerns Rheinmetall auf dem Umweg über Spanien; — Panzermotoren von Krupp-Maffei; — zwei U-Boote des Typs TR 1700, entwickelt und gebaut von Thyssen Nordseerwerke im Wert von 319 Mio DM, einschließlich Produktionskosten.“

„Sechs Fregatten „Meko 360“, entwickelt von Blohm + Voß, im Wert von etwa 1,8 Milliarden DM. Bereits 1974 hatte Argentinien zwei U-Boote der Firma Howaldt Werke Kiel in Dienst genommen. Bei dem U-Boot der Thyssen Nordseerwerke hatte die Bundesregierung sogar eine staatliche Hermausgabe vergeben. Zusammen mit dem U-Boot wurden Konstruktionspläne für den Bau von fünf weiteren U-Booten und die dazu notwendige U-Boot-Werftanlage geliefert.“ („NZZ“, 24.3.82).

Damit steht die BRD den argentinischen Faschisten die Mittel zur Verfügung, die sie zur Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes benötigen. Die U-Boot- und Panzermodelle wurden teilweise eigens für argentinische Verhältnisse entwickelt. Mit den Rüstungsexporten ist gleichzeitig Technologie exportiert worden, wodurch Argentinien selbst wiederum zum Waffenexporteur hochgerichtet wurde. Argentinien exportiert heute bereits Flugzeuge, Panzer und Raketen („resistencia“, April 82).

In den jetzigen Kriegshandlungen sind nachweislich mindestens zwei erst kürzlich von der Hamburger Werft Blohm + Voß gelieferte Kriegsschiffe beteiligt („Spiegel“, 12.4.82).

In den jetzigen Kriegshandlungen sind nachweislich mindestens zwei erst kürzlich von der Hamburger Werft Blohm + Voß gelieferte Kriegsschiffe beteiligt („Spiegel“, 12.4.82).

Insgesamt ist mit dieser Krise der Krieg im westeuropäischen Bewußtsein wieder ein bißchen alltäglicher geworden. Wenn ein Malvinen-Konflikt Menschen sterben, so geht das auch auf das Konto sozialdemokratischer Politik von „Arbeitsplätze durch Rüstung“.

So einschonend britischer Kolonialbesitz im Jahre 1982 auch sein mag, den Bewohnern der Malvinen kann man derzeit nur wünschen, nicht in die Abhängigkeit der argentinischen Götter zu geraten.

Ma., Lateinamerika-Kommission

Frankreich: Bei den Faschisten nichts Neues ...

Anfang Februar griff in Ivry ein Kommando von 200 ehemaligen Fallschirmjägern die Arbeiter einer besetzten Kaserne an.

Mitte Februar versuchten in Clichy aufgebracht höhere Angestellte — mit Eisenstangen bewaffnet — einen Streik zu brechen. Ein großes Arbeiterverloer dabei das Leben. Beide Aktionen waren von den Unternehmenseleitungen geplant und organisiert worden.

Wie nicht anders zu erhoffen, hat der Sieg der Linksparteien vom vergangenen 10. Mai keineswegs einen Rückgang der faschistischen Aktivitäten und Formierung zur Folge gehabt. Nach wie vor werden die Urheber von faschistischen Attentaten selten gefunden. Polizeiliche Ermittlungen sind genauso schleppend wie früher auch.

Ein ehemaliger Fallschirmjäger, heute als Leibwächter hoher (rechter) Politiker tätig, J.-L. Chailot, erklärte in einem Interview („Journal du Dimanche“, 23.10.81): „Wir, meine Freunde und ich, können es nicht ertragen, die Linke und die Kommunisten in diesem Land an der Macht zu sehen. Es gibt verschiedene Gruppen, die die Regierung stürzen wollen.“

Am 9.12.81 bekannte sich jemand in einem anonymen Telefonat zu einem Waffendeckel: „Wir werden weiter in Frankreich und Italien Waffen kauen, um Gruppen auszurüsten und um den Marxismus zu bekämpfen.“

Chirac, der heutige Leader der rechten französischen Opposition, meinte gegenüber dem englischen „Guardian“: „Unter den heutigen französischen Bedingungen können manche Extremisten in die Versuchung von Gewalt und illegalen Aktionen kommen.“ Die Rechtsextremisten sind in verschiedenen Milieus gut verankert. Daran erinnerte der Admiral Sanguinetti (PS) in einem Interview mit „Libération“ vom 11.12.81.

„Die überwiegende Mehrheit der Reserveoffiziere steht rechts. Es gibt eine Freundschaftsgesellschaft der ehemaligen Fallschirmjäger, die einen Tag überhört. Sie wird von Chateau-Jobert präsidentiert, ein ehemaliger OAS-Offizier. Die ehemaligen OAS-Angehörigen haben eine enorme Arbeit geleistet. Man trifft sie in Argentinien, überall. Der General Gardy, ehemaliger Fremdenlegationsinspektor, ist heute Berater der Regierung in Buenos Aires in Sachen Subversionsbekämpfung. Der Kolonel Trinquart veranstaltet Konferenzen in argentinischen Militärschulen. ... Fällt Ihnen nicht auf, daß auf einem RPR-Kongreß vor zwei Monaten über die Ersetzung von Francois Mitterrand in 1, 2 Jahren diskutiert wurde, wo man ihn doch nur durch Mord ersetzen kann? Fällt Ihnen nicht auf, daß alle heutigen Generale von Valéry Giscard d'Estaing nominiert worden sind?“

Es ist denkbar, daß eines Tages ein militärisches Unternehmen von Politikern gesteuert und unterstützt wird. Demzufolge ist denkbar, daß ehemalige Militärs sich heute schon auf diesen Tag vorbereiten.“

Nach wie vor werden Faschisten von der Presse verharmlost.

Zum Beispiel, als ein gewisser Patrick Bago im Dezember 1981 festgenommen wurde: er hatte gegen zwei sozialistische Abgeordnete in Boulogne-sur-Mer Morddrohungen ausgesprochen (übrigens ist er ein ehemaliger Fallschirmjäger). Die Presse schrieb: „Es gibt kein Kommando Delta in Boulogne-sur-Mer. Das sogenannte Kommando Delta bestand nur aus ihm alleine.“

Oder als ein gewisser Lucien Lemaire Ende November 1981 verhaftet wurde: In seiner Wohnung fand man mehrere Waffen, eine auf seinen Namen ausgestellte Karte, die ihn als Parlamentarierkandidat auswies. Eine Postkarte beim Verteidigungsministerium und einen Plan für ein Attentat gegen Mitterrand. Die Presse schrieb: „Ein Mythoman.“

Derlei Beispiele gibt es mehr. Der

Grund, weshalb so wenig und so erfolglos ermittelt wird, ist einfach: Die Verantwortlichen innerhalb der französischen Polizei sind immer noch die gleichen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie seit dem 10. Mai 1981 ihre Meinung geändert haben. Insofern können die Aussagen von Sanguinetti zur französischen Armee auch auf die französische Polizei angewandt werden.

Es versucht sich leider von selbst, daß die Ermittlungen über die Morde an Henri Curjel, Pierre Goldman, Laid Sebal oder zum Anschlag in der Rue Copernic absolut keinen Schritt weitergekommen sind.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt, daß es Vieles zu tun gäbe ...

Faschistische Attentate und Aktionen

- Im Juli bekam der Innenminister Defferre zwei schriftliche Morddrohungen, unterschrieben von „Honneur de la Police“ („Ihre der Polizei“). Also von der gleichen Gruppe, die sich seinerzeit zur Ermordung von Pierre Goldman und zum Mordversuch gegen J.-P. Vigier bekannte.
- Im September wurde ein Denkmal in Blaue (Rhén) mit Sprengstoff angegriffen. Die Täter, eine Gruppe namens „Schwarze Wolfe“, wurden verhaftet (13 Verhaftungen, darunter drei westdeutsche Nazis).
- Anfang November wurde ein Pariser PS-Büro völlig zerstört. Hinterlassen wurden Hakenkreuze.
- Mitte November wurden zwei Autos der sowjetischen Botschaft in Brand gesteckt.
- Ende November wurden in Paris Verkäufer der KPF-Zeitung „L'Humanité Dimanche“ von Kommandos angegriffen. Der jüdische Sänger Serge Gainsbourg wurde zusammengeschlagen, in Arras wurde ein PS-Mitglied auf der Straße überfallen.
- Am 1. Dezember griffen drei Mitglieder der faschistischen Partei PFN die Pariser Agentur der argentinischen Fluggesellschaft „Air Algérie“ an; am gleichen Tag erhielten zwei „Libération“-Journalisten Morddrohungen, falls sie weiterhin zur Affäre von Boulogne-sur-Mer ermitteln (s.o.).
- Obenfalls Anfang Dezember wurde ein AKW-Gegner in Bordeaux von 4 Männern, die sich als Polizisten auswiesen, mit Mord bedroht.
- Weiterhin im Dezember: Bombenattentat gegen eine polnische Transportgesellschaft in Paris (als Täter zeichnete die Gruppe „Charles Martel“ verantwortlich), Kommandoangriff auf eine Werbeagentur in Paris, die mit Ländern des „Ostens“ zusammenarbeitet, Sprengstoffanschläge auf die Büros der kommunistischen Zeitung „La Marseillaise“ in Montpellier.
- Im Januar: Zerstörung eines Pariser Cafés, wo ausländische Arbeiter verkehrten; Molotow-Cocktails gegen den Sitz der „Aéroflot“ in Marseille; Zerstörung des Büros der KPP in Brant; Molotow-Cocktails gegen das Föderationsbüro der PS in Charleville-Mezieres.
- Parallel zu diesen Attentaten und Überfällen muß noch erwähnt werden: Anfang Oktober wurde ein beträchtlicher Waffenhandel zwischen Frankreich und Belgien entdeckt, 9 Faschisten wurden verhaftet.
- Mitte Oktober wurden zwei Tonnen Sprengstoff bei einem sogenannten „Sammeln“ in Nancy aufgespart.
- Mitte November wurden verschiedene Waffen in einer Kaserne in Poix und in Orleans geklaut. Am 25. Oktober wurde ein illegaler Waffenkonvoi in Montpellier der Polizei.
- Übrigens: Unter den Verhafteten bei der französisch-belgischen Waffenschmuggel befindet sich ein gewisser Paul Barril. Es ist Vize-Kommandant der „Interventionsgruppe der Nationalen Gendarmen“. Bei der Polizei auch nichts Neues ...

Lesetip zur Imperialismus-Schulung

Eduardo Galeano: „Die offenen Adern Lateinamerikas“

Das Gesicht des Imperialismus sieht von seinen Metropolen aus betrachtet ganz anders aus als von seinem ausgehöhlten Hinterland her. Eduardo Galeano, Historiker, Journalist und Revolutionär aus Uruguay, hat die Geschichte der Ausbeutung und Vandalisierung einer dieser Regionen geschrieben. „Unsere Niederlage war seit jeher die ununterbrochene Bezauberung des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgerufen und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren, den der Imperien und ihrer einheimischen Aufsteiger. Durch die koloniale und neokoloniale Aneignung vereweltet sich das Gold in Altsilber und die Nahrungsmittel in Gift. ... Lateinamerika ist die Region der offenen Adern, von der Entdeckung bis zu unsere Tage hat sich alles zuerst in europäischen, nachher in nordamerikanischen Kapital verwandelt, und als solcher hat es sich in ihren Machtzentren angehäuft und häuft sich weiter an. Alles, die Schätze der Natur und die Fähigkeiten der Bevölkerung, die Produktionsmethoden und die Klassenstruktur jedes Ortes sind von auswärts durch seine

Einladung in das weltumfassende Getriebe des Kapitalismus bestimmt worden.“

Galeano beschreibt, wie das Gold und Silber Lateinamerikas die Entwicklung des europäischen Kapitalismus finanzierte und zugleich zum Fluch der indischen Bevölkerung wurde, wie die Fruchtbarkeit des Landes sich in Hunger für die Massen verwandelte, wie seine Bodenschätze es zum strategischen Rohstofflager für die USA verdammt. Wie die imperialistischen Kriege unter den jungen Staaten Lateinamerikas ausgetragen, um Zolleinkünfte abzurufen, und Blutbäder, um Regierungen zu stürzen, die ihr Land den alles umschlingenden Saugarmen des Weltmarktes entziehen wollten.

Das Buch will eine Geschichte der Ausplünderung bieten und zugleich das derzeitige Schicksal des Kontinents darstellen; es stellt nebenbei die Konquistadoren in ihren Kavalen und die Technokraten in den Feilschen, Herman Cortes und die Marineinfanterie, die Landroge des Königreiches und die Missionen des Weltwirtschaftsfonds, die Gewinne der Sklavenhändler und die Dividenden

der General Motors.“

„Ich weiß“, so der Autor, „daß manche es als Satire ansehen, wenn ich in diesem Buch in einer Sprache über Wirtschaftspolitik schreibe, als handle es sich um einen Liebesroman oder um ein Abenteuerbuch.“ Gerade die Sprachgewalt Galeanos (die historische Fakten und wirtschaftliche Genauigkeit keineswegs zu kurz kommen läßt) macht das Buch zu einer so beeindruckenden Lektüre. Die oft an den „Canto general“ Pablo Nerudas erinnert. Es ist, glaube ich, eine gute Ergänzung zu der gelegentlich vieldiskutierten trockenen Schulung der Imperialismus-Texte und der Aneignung postkolonialen Grundlagenwissens.

Jo., Erlburg

Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Erw. Neuauflage. Buppertal 1981. Die Taschenbuchausgabe erscheint im Peter-Hammer-Verlag (gemeinsam mit der Arbeitergemeinschaft Dritte-Welt-Läden und der GEPa) und kostet 9,80 DM.

PLO und imperialistische Lösung im Nahen Osten

Interview mit dem Genossen Umar, Mitglied der zentralen Führung der Arabischen Volksbefreiungsbewegung.

AK: Wie ist die Arabische Volksbefreiungsbewegung entstanden?

Umar: Die Arabische Volksbefreiungsbewegung existiert seit November 1979 als eigenständige arabische Organisation. Unsere Kämpfer arbeiteten von 1967 bis 1979 in Al-Fatah (1), viele hatten in Al-Fatah Führungspositionen auf unterschiedlicher Ebene inne. Wir sprechen also als ganz junge Organisation auf dem Hintergrund einer 13-jährigen Erfahrung.

Welches waren die Gründe für unsere Trennung von Al-Fatah? Al-Fatah ist, was die Politik und Ideologie betrifft, keine homogene Organisation. Ihre Führung rekrutierte sich aus den reaktionärsten Schichten des Kleinbürgertums, sie vertrat von Anfang an eine rechte Linie innerhalb der Al-Fatah. Sie begnügte sich damit, ganz allgemeine Lösungen aufzustellen und ganz allgemeine Prinzipien festzulegen. Deshalb hat es in Al-Fatah eine ständige Auseinandersetzung über politische, theoretische und praktische Fragen gegeben. Die Auseinandersetzungen zwischen den Kämpfern, die heute in der Arabischen Volksbefreiungsbewegung sind, und den anderen Strömungen innerhalb von Al-Fatah, verstärkten sich anlässlich der Kämpfe in Jordanien 1970 (2) und auf dem 3. Bewegungskongress von Al-Fatah 1971, auf dem die Verantwortung für die Niederlage der palästinensischen Revolution, die im Ergebnis der nicht gelassenen Unabhängigkeitskongress von Al-Fatah 1971, auf dem die Verantwortung für die Niederlage der palästinensischen Revolution, die sie durch das reaktionäre jordanische Regime erlitten hatte, der Führung von Al-Fatah angelastet wurde. Der Kongress sprach der Führung das Misstrauen aus und regelte in einem Statut die innerorganisatorischen Beziehungen. Trotz dieser Erfolge der fortschrittlichen Strömung innerhalb Fatahs wurde die Führung, mit einigen positiven Veränderungen, bekräftigt.

In der Folgezeit ignorierte die Fatah-Führung diese Beschlüsse, sie ignorierte das innerorganisatorische Statut und begann Cliquen aufzubauen, die innerhalb der Organisation die Rolle von Sicherheitskräften spielten.

AK: Welche Beschlüsse wurden außer dem Statut nicht eingehalten?

Umar: Auf politischer Ebene war folgender Beschluss gefasst worden: Ziel der Befreiungsbewegung ist, die gesamte palästinensische Erde durch den bewaffneten Kampf zu befreien. Entsprechend wurden folgende Wege abgelehnt: Verhandlungen und Versöhnung mit dem Feind, seine Anerkennung und jede Form von politischer Lösung, was auf dem Hintergrund des damals diskutierten Rogers-Plans betrachtet werden muß (2a). Die Lösung der Fatah-Führung. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten, wurde zurückgewiesen, stattdessen die grundsätzliche, enge Zusammenarbeit mit den arabischen Massen gefordert. Ebenfalls beschlossen wurde die Zusammenarbeit in einer Vereinigten Patriottischen Front auf palästinensischer Ebene auf der Grundlage der Charta der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und den Prinzipien: Gleichberechtigung der Beziehungen zwischen den Organisationen, politische Auseinandersetzung als Mittel zur Lösung von Widersprüchen zwischen den Organisationen, Verzicht

innerhalb der PLO gab es seit ihrer Gründung erhebliche Widersprüche über folgende Frage: Auf welchem Wege kann Palästina befreit werden? Welche Politik muß die palästinensische Widerstandsbewegung gegenüber den reaktionären arabischen Staaten verfolgen? Wie sieht es mit der Demokratie innerhalb der PLO aus?

Tiefgreifende Differenzen in diesen Fragen gab es sowohl zwischen den einzelnen Widerstandsorganisationen innerhalb der PLO (die nicht, wie man annehmen könnte, alle palästinensischen Organisationen umfaßt, s. unten) als auch zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb von Al-Fatah, die von PLO-Chef Arafat angeführt wird. Offensichtlich wurden diese tiefgreifenden Differenzen, als die zweitgrößte Widerstandsorganisation, die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) im September 1974 wegen dieser Fragen ihre Arbeit im Exekutivkomitee der PLO niederlegte und mit einigen anderen Organisationen die „Front zur Ablehnung kapitulantenistischer Lösungen“ bildete.

Diese Differenzen und Widersprüche wurden gerade in der BRD von Seiten der PLO-Vertretung totgeschwiegen, die Organisationen der Ablehnungsfront praktisch für nichtexistent erklärt. Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes nur dann akzeptiert, wenn die Standpunkte der rechten PLO-Führung möglichst kopflos nachgebetet wurden.

Mit der Politik der „nationalen Einheit“, die nach dem Jerusalem-Besuch Sadats eingeschlagen wurde, und die zu dem Bemühen der linken Organisationen führte, wieder im Exekutiv-Komitee der PLO mitzuarbeiten, wurden die linken Organisationen nicht mehr so vollständig ignoriert. Zusammenarbeit und Diskussionsmöglichkeiten verbesserten sich auch hier.

Die tiefgreifenden Differenzen sind damit aber keineswegs aufgehoben, denn gerade 1978 kam es zu schweren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kräften innerhalb der PLO.

Eine linke Strömung innerhalb von Al-Fatah zog daraus die Konsequenz, Al-Fatah zu verlassen und in einer gesamtarabischen Front für die Befreiung Palästinas und die Demokratisierung der arabischen Staaten zu arbeiten. Sicher kann man sich darüber streiten, ob dieser Schritt nicht in die politische Absicht führte. Das Interview ermöglicht, Einblick in die Differenzen innerhalb der PLO zu gewinnen, die, wie gesagt, allzusehr totgeschwiegen werden. All diese Fragen müssen aber diskutierbar sein, auch z.B. der Anspruch ermöglicht, Einblick in die Differenzen innerhalb der PLO zu gewinnen, die, wie gesagt, allzusehr totgeschwiegen werden. All diese Fragen müssen aber diskutierbar sein, auch z.B. der Anspruch ermöglicht, Einblick in die Differenzen innerhalb der PLO zu gewinnen, die, wie gesagt, allzusehr totgeschwiegen werden.

Nahost-Kommission

von Gewaltanwendung bei der Lösung von Widersprüchen, Kritik und Selbstkritik, Vertiefung des politischen Bewusstseins bei den Kämpfern.

Damals wurde von dem Kongress die Politik der Fatah-Führung zurückgewiesen, die Spaltung zwischen den Organisationen schürte und den gesamten palästinensischen Widerstand zu dominieren versuchte. Damals wie heute ist die PLO-Führung praktisch der Al-Fatah-Führung untergeordnet (3).

Auf ideologischer Ebene wurden keine eindeutigen Beschlüsse gefaßt, weil die Auseinandersetzungen zwischen den rechten und linken Strömungen stark und heftig waren. Sie wurden von uns innerhalb der Organisation von 1971 bis 1979 fortgesetzt.

Der 4. Al-Fatah-Kongress fand erst 1980 statt, obwohl er nach dem Statut alle zwei Jahre stattfinden muß. Ein eindeutiges Zeichen für die Stärke der Auseinandersetzung innerhalb von Al-Fatah.

Unter dem Pfling die Fatah-Führung ihre Beziehungen zu den arabischen Regimes und zu den arabischen Führern weiter umknetbar nach dem Oktober-Krieg 1973 legte sie die Lösung eines Palästina-Staates vor, damit verzichtete sie auf das Ziel, die gesamte palästinensische Erde zu befreien, d.h. sie akzeptierte die politische Lösung (4). Einige linke palästinensische Organisationen und ein Teil der fortschrittlichen Kräfte innerhalb von Al-Fatah unterstützen ebenfalls diese Position.

Open diese Entwicklung entstand die palästinensische Ablehnungsfront außerhalb der PLO (5). Wir betrachteten uns — obwohl zu diesem Zeitpunkt in Al-Fatah organisiert — als Bestandteil der Ablehnungsfront. Politisch sind wir dieser Linie bis heute treu geblieben.

Die Organisationen der Ablehnungsfront haben nach dem Jerusalem-Besuch Sadats 1977 eine andere Position eingenommen. Sie schritten zu Al-Fatah zurück und fügten sich unter dem Einfluß der Führung von Al-Fatah innerhalb der PLO auf eine Lösung zum Palästina-Staat (5). Sie rechtfertigten ihr Vorgehen damit, daß sie anstrebten, die Verhältnisse in der PLO von innen her zu verbessern (6). In Wirklichkeit waren die Differenzen zwischen der Führung von Al-Fatah (d.h. der PLO-Führung) und Sadat rein taktischer Art. Wie sollte der Ausgleich bewerkstelligt werden?

Seit dieser Zeit haben Treffen und Verhandlungen zwischen Führungsmigliedern von Al-Fatah und Vertretern zionistischer Kräfte und Organisationen in Israel stattgefunden. Beteiligt waren auf palästinensischer Seite: Sami, der Berater Kreisky, Ezzedine Khabak, PLO-Vertreter in Frankreich, er fiel dort einem Anschlag zum Opfer, Said Hammami, PLO-Vertreter in Großbritannien, der ebenfalls einem Anschlag zum Opfer fiel. Auf zionistischer Seite nahmen an den Gesprächen u.a. General Melchior Benad und Uri Avneri, Herausgeber der Zeitung Ha-

lam Hatz, sowie andere zionistische Führer. Zur Zeit arbeiten sie in Israel unter der Bezeichnung Friedensbewegung. Ebenfalls waren Geheimverhandlungen zwischen der PLO-Führung und dem US-Imperialismus im Gange (7). Bekannt ist der Rücktritt von Andrew Young. Er erfolgte, nachdem dieser sich mit dem PLO-Vertreter bei den Vereinten Nationen, Tarazi, getroffen hatte. Die Führung von Al-Fatah hat die Beschlüsse des Kongresses übergeben und begonnen, die palästinensische Frage durch Verhandlungen zu lösen.

Das hat die Differenzen so vertieft, daß ein Zusammenkommen nicht mehr möglich war. Wir betrachten die palästinensische Revolution als Bestandteil der arabischen Revolution, deren Feinde des imperialistischen Lager mit den USA an der Spitze, die zionistische Weltbewegung in ihrem Aufenthaltsort Israel und die reaktionären arabischen, vom Imperialismus abhängigen Kräfte und Regimes sind. Die Führung der PLO versucht immer noch, mit der Führung des US-Imperialismus zusammenzukommen, in der Annahme, sie

zum Beispiel und Verbindungen zur PLO versucht immer noch, mit der Führung des US-Imperialismus zusammenzukommen, in der Annahme, sie seien Freunde und Verbündete. Sie streben einen Palästina-Staat in der Nachbarschaft von Israel an. Yasser Arafat hat kürzlich den Fatah-Plan (8) angenommen, der eine Anerkennung Israels vorsieht. In Tokio erklärte er, das Problem sei nicht, daß wir Israel anerkennen, sondern Israel zu überzeugen, daß es uns anerkennt.

Diese linienweise offenkundig gewordene Politik wurde in der Vergangenheit praktiziert, allerdings durch verschiedene Redensarten verschleiert. Wir, die wir aus der Al-Fatah-Organisation kommen wissen das viel besser als andere.

Wir betrachten den Klassenkampf als auf der Tagesordnung stehend, die Al-Fatah-Führung hingegen meint, dies sei eine spätere Frage. Die PLO und Al-Fatah-Führung betrachten den Widerstand als eine absolut regionale Frage, die ausschließlich Palästina betrifft. Die Arabische Volksbefreiungsbewegung sieht ihren Kampf auf palästinensischer Ebene als Bestandteil des Kampfes auf der gesamten arabischen Ebene an, obwohl die Palästina-Frage eine zeitbedingte Priorität hat. Wir betrachten den Inhalt der augenblicklichen Epoche als Kampf zur Realisierung der Volkodemokratie, als eine Etappe der Realisierung der Sozialistischen Revolution.

Palästina-Veranstaltung

Am 22.9.82 findet im 18. UH im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee, Hamburg, eine Veranstaltung zur aktuellen Lage im arabischen Raum anlässlich des 34. Jahrestages der Besetzung Palästinas statt, u.a. wird der Film „Schlacht um Jerusalem“ gezeigt. Veranstalter: Deutsch-Arabisches Solidaritätskomitee

Auf dem Hintergrund dieser langen Erfahrung glauben wir nicht daran, daß es möglich ist, die Strukturen der PLO und der Al-Fatah unter Beibehaltung dieser Grundlagen zu erneuern. Der Neuaufbau der Organisation setzt die Zerstörung voraus.

Wir betrachten uns nicht als eine Abspaltung von Fatah, sondern als ein revolutionäres Produkt, das im Rahmen von Fatah entstanden und gewachsen ist, aber im übrigen eine gesamtarabische Dimension angenommen hat. Wir betonen stets, daß unsere bereits ausgedehnte Organisation noch im Entwicklungsstadium ist.

Wenn wir uns nach der Trennung von Fatah keiner anderen Organisation angeschlossen haben, bedeutet das nicht, daß wir auf Dauer eine eigenständige Organisation bleiben, sondern, daß wir uns einer anderen Kraft anschließen, wenn die Bedingungen und die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

AK: Da sprachst von linken Organisationen und innerarabischen Verhandlungen der Al-Fatah, die nach 1973 den Mini-Staat-Vorschlag unterstützten. Welche waren das? Auch die Auflösung der Ablehnungsfront wurde sehr kurz gestreift, worauf ist die zionistische Front?

Umar: An der Spitze der Organisationen, die den Mini-Staat-Gedanken gefordert haben, ist die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (DPLF) zu nennen (9). In Al-Fatah waren es einzelne Persönlichkeiten, z.B. Majid Abu Sharrar. Er war einer der ersten, der die Idee eines Mini-Staates propagiert hat und er ist kürzlich einem Anschlag zum Opfer gefallen (10). Er war Mitglied im Zentralkomitee von Al-Fatah und verantwortlich für die einheitliche Information der PLO. Er war einer der linken Führer in Al-Fatah, im weiteren ist Abu Saleh zu nennen, ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees. Dann gibt es noch eine unendliche Funktionäre aus der zweiten oder dritten Linie, die den Mini-Staat-Gedanken vertreten. Uns verbindet mit ihnen eine politische Auseinandersetzung während der letzten zehn Jahre.

Weiter ist die As-Saika zu nennen, die dem syrischen Regime folgt, und die Palästinensische Kommunistische Partei, die Teil der Jordanischen Kommunistischen Partei ist (11). Sie alle haben zunächst den Palästina-Staat-Gedanken vertreten.

AK: Zunächst? Umar: Ja, zunächst.

AK: In dem letzten Interview, das Majid Abu Sharrar gab, hat er sich doch ganz klar gegen die Fatah-Initiative ausgesprochen, die er als amerikanische Politik ablehnt, d.h. doch auch Ablehnung des Mini-Staat-Gedankens.



Militär als Statthalter Imperialistischer Interessen in der „3. Welt“

In den 50er Jahren wurden einige Berichte und Dokumente aus Regierungs- bzw. Geheimdienstkreisen bekannt, die sich mit der Ausweitung oder Erhaltung des imperialistischen Einflusses in unterentwickelten gebieten beschäftigten. 1959 empfahl ein Bericht des Präsidenten-Ausschusses unter Draper (damals war Eisenhower US-Präsident) über Militärhilfe-Programme im unterentwickelten Anhang („Study über US-Militärhilfe-Programme in unterentwickelten Gebieten“) folgende Strategie: Die Streitkräfte der unterentwickelten Länder sollen als „Transaktions-Riesen“ für eine sozio-ökonomische Reform und Entwicklung im Interesse der Imperialisten dienen. Ihnen gebührt als einzige effektive Alternative zu einer „kommunistischen“ Entwicklung die volle finanzielle Unterstützung (ökonomisch und militärisch) der USA. Im konkreten soll das Offizierscorps an den Regierungen beteiligt werden, die innere Sicherheit erhöhen und einen effektiveren Gebrauch von den ökonomischen Ressourcen des Landes und der ausländischen Wirtschaftshilfe machen. Eine CIA-Studie für den „Draper-Ausschuss“ hob die Bedeutung der Militärhilfe für diese Zwecke hervor.

Unschwer ist, ob in dem o.a. Bericht eine spezielle Palästina zu Libyen enthalten war oder nicht. Aber die im Folgenden skizzierte Politik des US-Imperialismus deutet sehr stark auf die Übernahme dieser Empfehlungen – auch im Falle Libyens – hin.

Libyen fest in imperialistischer Hand

Als Folge des 2. Weltkriegs war die ausländische Präsenz im damaligen libyschen Königreich vorwiegend britisch und amerikanisch – im Gegensatz zum übrigen Nordafrika, das unter französischer Vorherrschaft stand (1). Britische Soldaten bildeten die libysche Armee aus, und die USA hatten eine wichtige Militärbase in Wheelis (2), eine 150 Millionen Dollar-Investition. Seit 1951 unterstützten sowohl Großbritannien als auch die USA die libysche Wirtschaft stark, wobei die USA mit 1955 ein Großteil des Haushaltsdefizits trugen. Die intensive Unterstützung auf militärischer Ebene wurde später durch eine Veröffentlichung des Außenministeriums bestätigt: Die USA finanzierten Mitte der fünfziger Jahre eine 50%ige Vergrößerung der libyschen Armee, desgleichen Mitte der Sechziger.

Frühzeitig (1957) machten sich die USA Gedanken, wie es nach dem Tod von König Idris, der zunächst Garant ihrer Interessen war, weitergehen sollte. So heißt es in einem Dokument des Generalstabs (Joint Chiefs of Staff): „Am besten wird den Interessen der USA gedient, wenn Schritte unternommen werden, eine Fortsetzung der politischen Atmosphäre in der libyschen Regierung zu sichern, die für die Fortdauer der derzeitigen Militärbase-Abkommen verantwortlich sein wird.“ Auch hier wird der US-Regierung empfohlen, auf die Streitkräfte zur Sicherung der politischen Stabilität zu setzen.

Durch die bedeutenden Ölfunde ab 1959 bekam Libyen neben der militärstrategischen auch eine wirtschaftliche Bedeutung für die Imperialisten. Die Ölförderung lag zum großen Teil in der Hand amerikanischer Konzerne. Auf der anderen Seite brachte der Verkauf der Konzessionen auch zunehmendes Reichtum für eine kleine Oberschicht, die eng mit Regierungskreisen und der Monarchie verknüpft war. An der 1964, also ein Jahr vor dem Putsch, ausgesprochenen Warnung der USA an König Idris, daß die gewährte Militärhilfe nicht die Erhaltung seines Throns bedeuten würde, wird deutlich, daß es bereits auf eine andere Kraft, nämlich die Militärs, setzten (3). So ist es auch nur konsequent, daß das neue Ghaddafi-Regime – eben jene „freien Offiziere“ – schon wenige Tage nach dem Putsch anerkannt wurde. Wenige Monate später, nach einer Warnung des CIA vor einem Komplott, ließ Ghaddafi mehrere Mitglieder des Revolutionärs verhaften. Selbst 1971 noch verbanden CIA und britischer Geheimdienst einen Putschversuch der royalistischen Opposition.

Libyen gerät unter Beschuß

Daß die USA doch nicht ganz auf den „richtigen Mann“ gesetzt hatten, zeigte sich an Ghaddafis nun folgenden



der Politik der nationalen Unabhängigkeit: Schließung der Militärbasen, Verstaatlichung des Ölsektors (mit allerdings nicht unerheblicher Entschädigung) sowie einer veränderten Außenpolitik: militäntere Unterstützung der Palästinenser. Anfang 1973 verließ der US-Botschafter Libyen und wurde nicht ersetzt. Schon ein Jahr zuvor begannen die USA mit „Aufklärungsflügen“ über Libyen, nachdem Libyen Waffen von der Sowjetunion gekauft hatte (4). Etwa zur gleichen Zeit wurden die sowjetischen Berater aus Ägypten rausgeworfen und das Sadat-Regime kehrte in das weltliche Militär- und Wirtschaftssystem zurück. So wurde Ghaddafi aus imperialistischer Sicht zum Hauptfeind in dieser Region.

Etwa 1977 schaltete sich Frankreich in die Auseinandersetzung ein. Begründet wurde das mit der wachsenden Zusammenarbeit mit Ägypten, seiner traditionellen Vorherrschaft in Nordafrika und der zunehmenden Kooperation mit dem CIA. „The Middle East“ berichtete, daß der Verstoß für den französischen Geheimdienst von Sadat befohlen wurde, von Ägypten aus Guerilla-Operationen nach Libyen zu unternehmen. Für den 5. August 1980 war vom französischen Geheimdienst eine Militärrevue geplant, eingeleitet durch eine großangelegte Pressekampagne in den französischen Medien, Gründung einer Anti-Ghaddafi-„Befreiungsfront“. Im ägyptischen Grenzgebiet sowie der massiven Stationierung ägyptischer Truppen an der Grenze zu Libyen. Der Aufstand sollte in der Garnison von Tobruk (unweit der ägyptischen Grenze) unter Führung des von den Franzosen rekrutierten Chefs der Militärischen Sicherheit dort, Shehbi, stattfinden. Doch das Komplott scheiterte bis auf kurzfristige Meutereien in einzelnen Bataillonen, die durch Verhandlungen der libyschen Regierung beigelegt wurden, die Anführer flüchteten nach Ägypten. General d'Estaing lehnte eine direkte militärische Intervention ab, die der Geheimdienst nach dem libyschen Eingreifen im Tschad gefordert hatte, wegen der hohen Importabhängigkeit von libyschem Öl und mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sechs Monate vor der Wahl. Stattdessen begannen mit Ägypten und Sudan Verhandlungen über Geheimaktionen gegen Ghaddafi.

Nach dem Wahlsieg Mitterlands übernahm Ronald Reagan wieder die Initiative in der anti-libyschen Politik. Nach „Newsweek“ beinhaltet die CIA-Strategie für die „Störenfriede“ imperialistischer Interessen folgende Elemente:

- + Diplomatische Isolierung des Landes;
- + Entfaltung einer Propaganda-Kampagne;
- + Mobilisierung einer Opposition;
- + Militärische Aktionen von Nachbarländern aus, wenn „nötig“ mit direktem Eingreifen der USA.

Anhand dieser Punkte wird in dem „CounterSpy“-Artikel die US-Politik der letzten Jahre gegenüber Libyen untersucht.

Isolierung

Die diplomatische Kampagne gegen Libyen läuft schon seit einiger Zeit. Laut State Department ist die amerikanische Regierung gewillt, Aktionen gegen Libyen zu ermutigen (5). Der Leitlinie, daß bei den Akzio-

nen gegen Libyen die afrikanischen Staaten selber die Führung übernehmen sollten, entsprach das Vorgehen Marokkos, das mit Erfolg verhindert hat, daß die OAU sich in der libyschen Hauptstadt Tripolis traf. Andere afrikanische Staaten beugten sich der „Empfehlung“, ihre Gegnerschaft zu Libyen durch Verurteilungen oder den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu demonstrieren. Die Möglichkeit Libyens, engere Beziehungen zu seinen Nachbarn zu entwickeln, wurde durch gezielte Militärhilfe der USA für Tunesien, Ägypten und Sudan eingeschränkt. So erhielt Tunesien M-60-Panzer, um das weitere „Abenteuer“ Libyens einzudämmen. Auch mit Marokko und Algerien wurden Gespräche über US-Militärhilfe geführt. Im Libanon von der Notwendigkeit zu befreien libysche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wurden dort 100 Green Berets (militärische Elitekräfte) zu Ausbildungszwecken gesandt. Libyen brach daraufhin prompt die Beziehungen zu Libyen ab.

Den USA gelang es, auch nicht-afrikanische Länder in die Kampagne gegen Libyen einzufassen. So berichtete das „Wall Street Journal“, daß die USA Frankreich, Italien, die BRD und England zu einer härteren Linie gegen Libyen erpressen könnten, obwohl diese Länder viel ausgedehntere wirtschaftliche Beziehungen zu Libyen haben. Die Reagan-Administration verhinderte außerdem im Sommer 1981 durch energische Intervention von Haig und Weinberger einen Staatsbesuch Ghaddafis in Italien.

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen

Sommer 1981 durch energische Intervention von Haig und Weinberger einen Staatsbesuch Ghaddafis in Italien.

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen

Die Propaganda-Kampagne gegen Libyen hat fünf Hauptthemen:

1. Ghaddafi ist der Schutzheld des Terrors;
2. Libyen ist militaristisch und imperialistisch;
3. Libyen ist ein Sowjet-Satellit;
4. Ghaddafi ist ein verrückter und „der gefährlichste Mann der Welt“;
5. Libyen wird schlecht und nicht entsprechend den Bedürfnissen des Volkes verwaltet, das libysche Regime ist repressiv und es gibt in Libyen eine wachsende Opposition, die wert ist, unterstützt zu werden.

Welches sind die Quellen der „Desinformation“ über Libyen? Ein großer Teil der lancierten Meldungen über den libyschen Terrorismus kamen und kommen aus Ägypten, Marokko, Tunesien und aus israelischen Quellen. Meldungen, wie jene, daß Carlos an der libysch-sudanesischen Grenze sei und die Ölfelder der Gegner Libyens angreifen wolle, wurden vom der falschen Radio-Station „Stimme des Libanon“ ausgestrahlt. Die halbamtliche ägyptische „Middle East News Agency“ (MENA) behauptete im Juni 1981, daß König Khaled bei seinem Besuch in England Ziel eines Anschlages sei. Diese Geschichte wurde von vielen englischen Blättern mit der Angabe zitiert, der Anschlag solle von Carlos, zwei palästinensischen Gruppen und mit der Rückendeckung Ghaddafis unternommen werden. Gegenstand ständiger Propagandamedien waren angebliche Anschlüsse auf Ghaddafi. Diese Geschichten nehmen, wie etwa die im Januar 1981, in der ägyptischen Zeitung „Al-Ahram“ ihren Anfang und gelangten dann in das BBC-Programm und westliche Hintergrundkommentare.

Eine Liquidierungskampagne gegen libysche Dissidenten wurde entfacht, nachdem im April 1977 ein ägyptischer Saboteur und seine Komplizen hingerichtet worden waren – die ersten Hinrichtungen in Libyen seit 1969.

Andere Todesurteile gegen Mordanschläge waren grundsätzlich nur gegen Abwesende ausgesprochen worden. Auch die Liquidierung anderer Opponenten ist nach Aussagen der libyschen Regierung nicht zentral gesteuert, wofür auch die geringe Bedeutung der Betroffenen spricht. Nachdem eigentlich jedem klar war, daß die sogenannte Liquidierungskampagne nicht existierte, berief die amerikanische Regierung ihre Diplomaten mit eben dieser Begründung aus Libyen ab. Die Mordanschläge über den Einmarsch im Tschad und über die angeblich nicht am Ölreichtum teilhabende Bevölkerung sind durch Regierungs- oder regierungsnahen amerikanischen Berichten selbst entkräftet worden. Tausend Häuser gebaut und vierhundert Millionen Bäume gepflanzt, das jährliche Durchschnittseinkommen ist von 1.700 auf 10.000 Dollar gestiegen. Die Intervention im Tschad, wohl die Welturaufführung eines Interventionen, der auf Bitten des angeblich besetzten Landes freiwillig wieder abzieht, dient Ägypten, Tunesien und Israel u.a. zur Rechtfertigung des immer stärkeren Ausbaus ihrer Militärapparate.

Schaffung und Mobilisierung einer Opposition gegen Ghaddafi

Für „Unruhegebiete“ im Nahen Osten und Nordafrika sehen US-Pläne drei Formen direkter militärischer Aktionen vor: Einsatz von Schiffen, Einsatz von Marine, Einsatz paramilitärischer Gruppen von Emigranten des jeweiligen Landes (US-Außenminister Haig nannte diese Pläne „Triple Squeeze“ („Dreifaches Druck“), wobei als „fourth squeeze“ zur Verhinderung eines sowjetischen Eingreifens auf Seiten ihres „Klienten“ die nukleare Drohung tritt).

Für die Anwendung dieser Methode im Falle Libyens spricht die vom CIA entwickelte und praktizierte Strategie der Stellvertreterkräfte und die von Haig favorisierte Lösung, eine Mischung aus subversiven Exil-Libyen und Soldaten einzusetzen, die Washington als nationale Befreiungsbewegung ausgeben und anerkennen könnte.

Was hingegen bisher bei Anti-Ghaddafi-Demonstrationen zu Erschöpfung trat, gehört mehr oder weniger zur alten monarchistischen Opposition. Weder innerhalb noch außerhalb Libyens gibt es Anzeichen für eine sich konsolidierende linke oder irgendwie fortschrittlich geartete Oppositionsbewegung. Keine libysche Bevölkerungsguppe in Libyen wäre nach „Wall Street Journal“ bereit, mit diesen Exilkräften zusammenzuarbeiten. Der einzige Ansatzpunkt für eine gewisse Unzufriedenheit bestimmt Teile der Bevölkerung, die von den als hart empfundenen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die private Geschäftswelt, gegen hohe Spareinlagen und große Erbschaften

letzte Oppositionsbewegung. Keine normale Bevölkerungsguppe in Libyen wäre nach „Wall Street Journal“ bereit, mit diesen Exilkräften zusammenzuarbeiten. Der einzige Ansatzpunkt für eine gewisse Unzufriedenheit bestimmt Teile der Bevölkerung, die von den als hart empfundenen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die private Geschäftswelt, gegen hohe Spareinlagen und große Erbschaften

Militärische Vorbereitungen gegen Libyen

Libyen steht an „vorrangiger“ Stelle in Haigs „Triple Squeeze“-Plan. Libyen ist praktisch eingekreist. In der ägyptischen westlichen Wüste stehen amerikanische Bereitschafts- und Stationierungskräfte die tchadischen Guerilla-Streitkräfte Hebrä (bekämpft die von Libyen unterstützte Regierung im Tschad, Anm. AK) im Sudan an der Grenze zum Tschad erhalten versteckte Hilfe, die 6. Flotte patrouilliert im Golf von Syrien, und von Tunesien aus finden Aufklärungs- und Verteidigungsoperationen statt. Diese „Vororgemaßnahmen“ und das ständige Anwachsen der Militärhilfe sind „ein langfristig angelegtes Unternehmen, das darauf abzielt, Ghaddafi von außerhalb seines Landes unter Druck zu setzen.“

Vom Weißen Haus sind diese Pläne niemals dementiert worden, dementiert wurde nur, daß in ihnen auch ein Mordanschlag auf Ghaddafi enthalten sei. Der Kolonialist Jack Anderson wies auf Enthüllungen von Plänen hin, die den Einsatz von Kältern, getarnt als Soldaten Ghaddafis, vorsahen, ebenso langsam wirkende Gifte. Man könne diese Einzelheiten, so phantastisch sie klingen, nicht ignorieren, seitdem die Operationen gegen Kuba bekannt geworden seien. In einer Reportage der „New York Daily News“ vom 17. Mai 1981 wurde festgestellt: „Die Reagan-Administration feilt an einer geheimen Strategie, um Ghaddafi mit Hilfe ägyptischer und anderer gemäßiger arabischer Staaten zu kippen.“ Solche Pläne würden zwar nicht die Ermordung einschließen, man würde aber Ägypten und andere Länder, die sich von Ghaddafi bedroht fühlen, ermutigen, ihre militärischen Schritte zu unterstützen oder einen Putsch zu unterstützen. Sollten diese Versuche fehlschlagen, könnten die USA von betreffenden Ländern Hilfe in Aussicht stellen, meinte ein amtlicher Sprecher. Die Operation gegen Ghaddafi würde in einer Form laufen, daß die USA immer sagen könnten, sie seien nicht darin verwickelt.

Auch der Vorfall im Golf der Syria sollte einseitig Libyen einschließen und andererseits Alliierte sammeln. Einige Fakten belegen das. Die „Washington Post“ berichtete, daß nach dem Vorfall, Regierungssprecher hätten gesagt, „die Grundentscheidung für die Marineübung vor der libyschen Küste wurde von Reagan selber Ende Juli im Nationalen Sicherheitsrat gefällt.“ Im Pentagon habe eine Diskussion stattgefunden, ob man die ganze Sache nicht bis nach dem Sommer verschieben sollte, weil sich in den Sommerferien einige Hundert amerikanische Bürger zusätzlich in Libyen aufhalten würden. Die Kommandanten der Marineeinheit sollten, wenn extra nach Washington berufen und vom Generalstab auf ein einheitliches Verständnis der Operationsregeln eingeschworen werden.

Gleichzeitig mit diesem Begegnung hatte Ägypten an den libyschen Grenzen ein Landmanöver veranstaltet. Zwar behaupteten die US-Offiziere, daß es sich hierbei um einen Zufall gehandelt habe, waren aber trotzdem neugierig, wie Ghaddafi wohl reagieren würde. Ägypten ist überhaupt der zentrale Faktor in allen militärischen Überlegungen gegen Libyen. Einerseits besteht eine langjährige Feindschaft, andererseits stehen seit Januar 1981 mindestens 100.000 Mann an der ägyptisch-libyschen Grenze, und die Bewaffnung Ägyptens soll sich im Laufe des Jahres 1982 verdoppeln. Alle Inszenierungen militärischer Aktionsprojekte gehen von Ägypten aus. Libyen ist ein gemeinames ägyptisch-libysches Vorgehen gegen Libyen werden immer wahrscheinlicher, der heutige israelische „Verteidigungsminister“ Sharon hielt sich im Mai 1981 auf ägyptische Einladung im Grenzgebiet auf.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

- 1) Seit 1912 war Libyen italienische Kolonie, die während des zweiten Weltkrieges von Großbritannien, aber auch von amerikanischen und französischen Truppen besetzt wurde. 1949 beschloßen die Vereinten Nationen, ein Königreich in dem damals außerordentlich armen Libyen zu errichten. 1951 wurde der dem Westen treu ergebene Emir Idris, der einer der Führer im Widerstand gegen die italienischen Kolonialisten/Faschisten war, als König eingesetzt. Das Königreich finanzierte sich durch die Abgaben für Militärbasen der imperialistischen Staaten. Erst 1959 wurden die großen Erdölreserven Libyens entdeckt.
- 2) West-Bas bei Tripolis, die die USA schon 1970 ein Jahr nach der Machtübernahme Ghaddafis verlassen mußten. Auch Großbritannien hatte Truppen stationiert, Frankreich durfte im Kriegsfalle die Militärbase benutzen.
- 3) Unter Idris hatte sich eine beginnende Opposition herausgebildet, die Einflüsse der Baath-Partei und auch der Moslembrüder machten sich bemerkbar, die Offiziere waren vor allem von dem libyschen Nationalen Revolutionsrat, Idris vertrat, durch eine stärkere Hinwendung zu den arabischen Staaten und Nationen des Panarabismus sowie durch verbale Unterstützung der Frontkämpfer gegen Israel dieser Opposition die Spitze zu nehmen. Während einer Auslandsreise wurde er am 1. September 1969 gestürzt – ohne großes Aufheben.
- 4) Die USA hatten offensichtlich die Konsequenz Ghaddafis, der von Anfang an unüberwindlicher Führer des Revolutionärs war, unterschätzt. Zwar war und ist Ghaddafi antikommunistisch und reaktionär islamisch eingestellt, und in seiner Politik auch konsequent. Andererseits begann er sich bald als Nachfolger Nazzis zu fühlen und beanspruchte auf dem Hintergrund des von ihm vertretenen Panarabismus, die arabische Front gegen Israel anzuführen, der er nach vor der Sowjetunion, die Hauptfeind betrachtete. Hier stürzte er mit seinen Palästinenser die US-Politik im Nahen Osten einmalig und Wandel wurden zwar mit den imperialistischen Staaten aufrechterhalten, mit wofür allerdings rütelte er sich zunehmend in der Sowjetunion aus. Militärische Berater der Sowjetunion allerdings sollen erheblich mehr unter Kontrolle des libyschen Regimes stehen, als das beispielsweise in Ägypten der Fall war (vgl. Libyen-Artikel in „Orbis“, Winter 1981). Die jahrelange Konsequenz einer Politik der nationalen Eigenständigkeit mit Hauptstoß gegen Israel ist der Hauptgrund für die Anti-Libyen-Politik der USA.
- 5) Ghaddafi in den Geheimnissen zu den Camp David Abkommen befindet sich ein Putsch. In dem Ägypten anerkannte Unterstützung für den Fall eines Konfliktes mit Libyen zugesichert wird.

Kein Bock mehr auf Kommunismus

Über die Zukunft der einstmal größten westdeutschen ML-Organisation, des KBW, scheint nun sehr bald eine Entscheidung fällig zu werden. Bereits im Oktober 1981 hatten Gerichte über eine anstehende Selbstauflösung des KBW die Ründe gemacht. Die 6. Bundesdelegiertenkonferenz des KBW (14.-18.11.81) erwies sich als unfähig oder unwillig, irgendein Problem zu lösen oder auch bloß anzupacken. Die Tendenzen zur Selbstauflösung haben seither offensichtlich zugenommen. Ein anschauliches Bild dieser Stimmungslage bietet der Artikel „Über meine Unlust im KBW“ von Gerd Koenen, einem der bekanntesten KBW-Funktionäre („KVZ“, 16.4.82). Koenen (Anm. 1) plädiert ohne viel Umschweife für die Liquidierung des KBW „als selbstständiger, zentralisierter politischer Verband“. Er verwirft darauf – was übrigens auch der redaktionelle Vorgespann bestätigt – „daß er seine „Unlust“ im KBW mit „vielen“ anderen Genossen (und vielleicht auch Genossinnen?) teilt. Eher beiläufig erfährt man auf diese Weise, daß kürzlich auch Bernhard Peters aus dem KBW ausgetreten ist. Peters war (neben Hans-Gerhard „Joachim“ Schmieder und Volker Lehmann) einer der drei KBW-Spitzenfunktionäre („Sekretäre“), die auf der 6. Bundeskonferenz gewählt wurden. Peters war „verantwortlich für die politische Zeitung“, d.h. er war in konventioneller Ausdrucksweise Chefredakteur der „KVZ“.

Die „Unlust“ am eigenen Verein macht also vor der Chefetage nicht mehr halt, und man kann nicht einmal behaupten, daß die noch nicht so auflösungswillige ~~„Kommunistische Arbeiterbewegung“~~ wenigstens irgendein positives Konzept hat, wie es vielleicht weitergehen könnte.

Wer sich da klammheimlich oder lauthals freut, daß es wieder mal eine der „ML-Sekten“ und „K-Gruppen“ erwischt hat, mag das immanhin tun. ~~„Koenen“~~ läßt sich mit einer solchen Haltung allerdings gar nichts. Liegt man die ~~„Kommunistische Arbeiterbewegung“~~ des Genossen Koenen etwas genauer, so kann man in seinen Beschreibungen und in seiner Rationalkität auch einige Probleme organisierter sozialistischer Arbeit heute und in diesem Land wiedererkennen.

Wird der KBW aufgelöst?

Der KBW hat sich auf seiner 6. Bundesdelegiertenkonferenz im November 81 auf das Liquidieren seiner Programmatik und seiner politischen Ansprüche beschränkt. „Außer Kraft gesetzt“, d.h. per Beschluß annulliert, wurde das gesamte Programm des KBW (Anm. 2) mitsamt einiger anderer programmatischer Texte. Beschlossen wurde stattdessen ein wesentlich von Schmieder entworfenen Torno, eine Art „provisorisches Programm“, das – nachdem aus dem ursprünglichen Entwurf noch alles Strittige entfernt wurde – kaum noch etwas anzeigt außer dem totalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit ebenso wie mit der gesamten Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung. Man stand, auch wenn das von Schmieder und anderen Bewahrern des KBW bestritten wurde, so ziemlich mit leeren Händen da.

Hier setzt die Kritik von Gerd Koenen an: „Der KBW heute ist eine ganz andere Organisation als er vor 1980 war (Anm. 3), und das ist das Beste, was man von ihm sagen kann. Aus unserer Geschichte läßt sich jedenfalls positiv keine politische Identität mehr begründen“. Er selbst fühlt sich „am Lichtjahre, so weit bis drei Lichtjahren weit, von diesem schwarzen Loch entfernt; und ob links oder rechts davon ist mir schnuppe“. (Mit dem schwarzen Loch ist der alte KBW gemeint. Gerd Koenen ist vermutlich die bisher anschaulichste Beschreibung des Verhältnisses vieler Leute aus den „K-Gruppen“ zu eigenen politischen Vergangenheit gelungen). Es sei dann, schreibt Koenen weiter, von Tellen des KBW (namentlich vor allem H.-G. Schmieder) versucht worden, eine neue programmatische Basis an Stelle der soeben an bloß verworfenen zu schaffen. Diesen Versuch lehnt Koenen (ebenso wie B. Peters, den er in diesem Zusammenhang zitiert) ab: „Ich bestreite den Wert dieser ganzen Methode der Theoriebildung, mit der bisher versucht wurde, dem KBW seine neue programmatische Basis zu summieren. Und ich bestreite dementsprechend auch – jedenfalls für den Augenblick – die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Organisation der Revolutionäre, die nach einer kritischen Theorie und Politik auf die Praxis und in der Praxis der Arbeiterklasse und kämpfenden Bewegungen wirken soll“, wobei letzteres ein Zitat aus Schmieders Entwurf zu einer neuen Programmatik ist. (Hervorh. bei Koenen).

Mit dem Versuch einer Rekonstruktion des KBW auf irgendwelchen neuformulierten Grundlagen wurde „eine wirklichen Bestandsaufnahme der heutigen Gesellschaft weitgehend“ ausgewichen. Überhaupt sei „das Begriffsgebäude des Marxismus als in der Hauptsache „Kritik der politischen Ökonomie“ gar nicht in der Lage, „alle wesentlichen gesellschaftlichen Erscheinungen“ abzubilden. „Nicht nur Verengungen des Marxismus in Gestalt des „Marxismus-Leninismus“ sind zu überwinden, sondern die Anwendung des Marxismus selbst als systematischer Verengung der Erkenntnis“. „So sind es auch zu gut wie alle wirklichen theoretischen Entdeckungen dieses Jahrhunderts von Nicht-Marxisten gemacht worden. Die Marxisten waren ausschließlich mit Revolutionstheorie befaßt, stieß

mit der Wissenschaft von den Stufen menschlicher Entwicklung und Höherentwicklung. Der ganze Universalismus des Marxismus-Leninismus kam letztlich doch nur auf eine Einpunkt-Doktrin hinaus, auf das Herausfinden eines bestimmten politischen Durchbruchpunktes. Dieser einmal erreicht, versagte die Doktrin den Dienst, bzw. sie wurde zur Mäule ganz eigener Interessen und Bestrebungen.

Gerade aus diesem Grund war der revolutionäre Sozialismus bisher auch niemals eine mehrheitsfähige politische Konzeption; es fehlte schlichtweg die Vorstellung von einer Höherentwicklung der Gesellschaft. Aus dieser Schwäche heraus, und keineswegs infolge der Diktatur der Bourgeoisie, hat es die große Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft bisher politisch vorgezogen, sich innerhalb des Kapitalismus Entwicklungsplethyme zu erkämpfen (die der auch hergegeben hat), als sich auf das Abenteuer einer Revolution mit reichlich unklarem Ausgang einzulassen“ (Anm. 4).

Aus diesem Szenario zieht Koenen die Schlußfolgerung: „Nicht unser Endziel des Kommunismus –, ebenso wenig der von seinen nachmarxistischen Verengungen befreite Marxismus als allgemeine Theorie und auch nicht die kommunistische Tradition der Arbeiterbewegung – können im Ernst als Grundlage besonderer politischer Organisation dienen“. Der KBW solle sich auflösen, zugunsten einer Mitarbeit an der Herausbildung neuer Organisationsformen, vor allem bei den Grünen und Alternativen Listen.

Was Gerd Koenen mit seinen eben zitierten weitestgehenden Betrachtungen recht hat, so ist die Schlußfolgerung selbstverständlich logisch: Der KBW hat jeden positiven Daseinszweck verloren und erweist sich sogar als Hemmschuh für diejenigen, denen der außer ererbte schlechte Ruf des KBW, sein K-Gruppenimage und vielleicht schon das bloße Wort „kommunistisch“ nur noch ein Klotz am Bein sind.

Gibt es ein Leben nach dem Tode?

Freilich springt Koenen nicht gleich ab; er ist auch immer noch Redakteur der „KVZ“. Er macht sich durchaus seine Gedanken, wie es weitergehen könnte nach einer Selbstauflösung des KBW: Die KBW-Mitglieder könnten dann je „versuchen, einen pragmatischen Rahmen zu finden, um ihren politischen Diskussionszusammenhang untereinander zu wahren, vornehmlich um die politische Zeitung und/oder theoretische Zeitschrift herum, sowie in Form von Arbeitsgruppen“. „Gegebenenfalls“ könnten sogar „bundesweite Delegiertenversammlungen, die sich aus gegebenem Anlaß abspiegeln“, stattfinden – wobei Koenen offen läßt, wie nach einer Auflösung der Organisation eigentlich noch irgendjemand delegiert werden könnte, wer solche Versammlungen einberufen könnte usw. Die Einstellung der „KVZ“ fordert Koenen nicht, aber die Redaktion müsse „sich selbst tragen“, und zwar z.B. durch „Förderarbeit, die die Stelle der bisherigen Beitragsabführung an die Zentrale einnehmen könnten“. Autonom tragen und verwalten müssen sich nach den Vorstellungen Koenens auch die diversen Unternehmungen des KBW

(Buchvertrieb Hager, Sendler-Verlag). Hingegen solle der mit Millionen-Investitionen aufgebaute Satz- und Druck-Betrieb des KBW sowie sein Eigentum an Grund und Gebäuden (namentlich die große Frankfurter Zentrale) „vergesellschaftet“ werden, wofür Formen „sicher zu finden“ seien, konkrete Vorschläge dazu macht Koenen in seinem „KVZ“-Artikel nicht.

Abschließend geht Gerd Koenen auf einen im KBW-Rest vermutlich noch häufig einzutreffenden Einwurf gegen eine Auflösung ein: „Vor allem Genossen in den mittleren und kleineren Orten“ seien in Sorge, nach einem Wegfall des KBW auf sich allein gestellt „in einzelnen Bürger- oder Friedensinitiativen oder ihrem Gewerkschaftskingel zu verrecken“. Ihnen ruft Koenen aufmunternd zu: „Geht von euch, den Personen, aus, und trefft euch in der Zusammenkunft, zu dem Thema, so häufig wie ihr es wollt und braucht. Wahrscheinlich wird sich schnell zeigen, daß man da viel mehr Lust einbringen kann als in eine Zelle des KBW. Das ist das beste Mittel gegen Unlust und Langeweile“.

Das ist sicher gut gemeint und mag manchem ein Trost sein. Zu fragen bleibt aber doch, welchen Zutrauen dieser Trost hat. Vor allen theoretischen Einwänden und Spekulationen müssen hier die Erfahrungen bei der Auflösung der „KPD“ (Frühjahr 1980) zu Wort kommen. Keineswegs fehlte es der „KPD“ damals an Vorständen und konkreten Vorstellungen, wie man nach Liquidierung des Vereins – dann eben in allerlei freien Arbeitsgruppen, lockeren Arbeitskreisen, neuen Publikationsformen usw. – in organisierter Zusammenhängen weiterarbeiten würde. Die Argumente, daß man sich dann sogar viel besser als bisher politisch arbeiten könnte, waren damals fast wortgleich mit dem Trostspruch Gerd Koenens. Tatsache ist aber, daß heute, gerade zwei Jahre später, keinerlei arbeitende Strukturen und Zusammenhänge der aufgelösten „KPD“ mehr zu erkennen sind. Versuche, irgendwelche Zusammenhänge, Treffen usw. noch aufrechtzuerhalten, gingen praktisch sowieso bloß von der „Gruppe der 99“ aus, d.h. von jener Fraktion der „KPD“, die sich am stärksten und längsten der Auflösung widersetzt hatte und die immerhin noch an ein paar „sozialistischen Prinzipien“ hatte festhalten wollen. Ohne daß sich das nachträglich präzise ermitteln läßt (und wozu denn auch?), kann jedenfalls festgestellt werden, daß irgendwann im Verlauf 1980, spätestens 1981 die letzten Ansätze gemeinsamer Strukturen einst eingeschlafen sind.

Daß es dem KBW nach seiner Auflösung wesentlich anders gehen würde, ist kaum zu begründen. Die bewußt beschlossene Liquidierung einer Organisation drückt aus, daß besonders politische Zwecke, die am Fortbestehen der Organisation begründet könnten, nicht mehr gesehen werden. Gerd Koenen drückt das in der These aus, daß weder das kommunistische Endziel noch der Marxismus ein Fortbestehen des KBW als besonders Organisation derzeit begründen könnten. So etwas läßt sich nur behaupten, wenn man entweder die bisherigen politischen Zwecke der Organisation insgesamt für falsch hält oder wenn man diese Zwecke, soweit sie teilweise noch begründet erscheinen mögen, in anderen Organisations-

zusammenhängen (Grüne und Alternativen Listen, Frauengruppen, Gewerkschaft usw.) hinreichend aufgehoben meint. Wenn der KBW als Organisation überflüssig ist – weil er keine für wert geachteten besonderen Inhalte mehr zu vermitteln hat – dann ist es geradezu müßig, sich nach Auflösung des KBW noch in irgendwelchen neuen Strukturen weiterhin zu treffen. Für solche speziellen Strukturen, die ja zusätzliche Belastung neben der Arbeit in Alternativen Listen, Baumininitiativen usw. bedeuten würden, würde dann jegliche politische Motivation fehlen. (Gewiß gäbe es auch dann noch soziale Motive, einige der alten Kontakte, soweit diese Teil des menschlichen Umfelds sind, aufrechtzuerhalten. Aber das berührt kaum das politische Problem).

Abgesehen von der Frage nach den besonderen Inhalten des KBW gibt es auch ein allgemeines Problem: Das „traditionelle Politikverständnis“ – Menschen treffen sich in einer gemeinsamen Organisation, um ihre politische Arbeit zu koordinieren und um politische Auffassungen systematisch in ihre Arbeitssysteme „einzutragen“ – gilt heute insgesamt als zutiefst veraltet. Damit verbinden sich heute negativ besetzte Formeln wie „Jehonistische Kaderpartei“, „Demokratische Zentralismus“, „Instrumentalisierung“ usw. Die Einsicht in die Notwendigkeit organisierter revolutionärer Arbeit muß erst in der praktischen Erfahrung zurückerobert werden.

Wohl nicht zufällig haben auch die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Sammlungsverband ehem. KPD-Mitglieder) ihren politischen Orientierung entliehen. Eine neue Orientierung stünde allenfalls zur Erarbeitung an, und es fragt sich am Ende, ob sich eine solche Arbeit eigentlich lohnt und ob sie unbedingt vom KBW als eigenständiger Organisation entliehen werden sollte.

Wohl nicht zufällig haben auch die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Sammlungsverband ehem. KPD-Mitglieder) ihren politischen Orientierung entliehen. Eine neue Orientierung stünde allenfalls zur Erarbeitung an, und es fragt sich am Ende, ob sich eine solche Arbeit eigentlich lohnt und ob sie unbedingt vom KBW als eigenständiger Organisation erfolgreich entsprechend angepackt werden kann. Große Teile davon, was der KBW heute noch praktisch und programmatisch vorhat, werden offenbar durch die Grünen Partei bereits abgedeckt (Anm. 5).

Bei der brennenden Frage, was der KBW heute eigentlich noch Besonderes vertreten will, daß nicht schon anderswo in größerer und wirkungsvollerer Zusammenhängen aufgehoben ist, stößt man auf nichts anderes mehr als die besondere Stellung des KBW als „internationaler Lager“. Für den KBW ist die Sowjetunion das Hauptfeld und Hauptkerngebiet. Hieraus lassen sich alle noch vorhandenen Spezialitäten des KBW herleiten. Der KBW hat gegen den Krefelder Appell polemisiert, hingegen den als Konkurrenz zu Krefeld gedachten Aufruf des DGB unterschrieben. Der KBW hat die Anti-Brechnew-Demonstration der Grünen am 22.11.81 in Bonn unterstützt, und er begrüßt die Anti-DKP-Kampagne von Bahro und anderen maßgeblichen Grünen. Der KBW fordert Sanktionen und Handelsboykott gegen Polen und die Sowjetunion. Der KBW unterstützt in Hessen massiv die Altkandidatur der Grünen und sieht sich als militante Speerspitze gegen den Aufbau eines Wahlbündnisses. Der KBW polemisiert gegen den Organisationsaufbau der Demokratischen Sozialisten, weil ihm diese Richtung allzu DKP-freundlich und „traditionsozialistisch“ zu sein scheint.

Bei all diesen Dingen steht der KBW natürlich der grünen Richtung um Bahro, Hopfenberg u.a. sehr nahe. Er unterscheidet sich von diesen lediglich durch die Systematik und die Beharhaftigkeit, mit der er seine Anliegen verfolgt: Frontbildung gegen die Sowjet-

KBW – Bewahrer ohne Alternative

Die Stimmengänge von Koenen und anderen, die leckgeschlagene Schiff doch gleich vollends auf die Riffe zu setzen, könnten zum Erfolg führen. Denn auch der Gegenseite fehlt inzwischen eine politische Konzeption, die ein Festhalten am KBW begründen könnte. Zwar behauptete Hans-Gerhard Schmieder unmittelbar vor der 6. Bundesdelegiertenkonferenz noch: „Andererseits stehen wir nicht vor einem Kahlhieb. In der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es die Richtung der revolutionären Kommunisten, an die wir in der Behandlung der jetzigen Probleme der proletarischen Weltrevolution anknüpfen können, auch wenn diese Richtung nicht einfach mit der III. Internationale identisch ist, während sie vorher in der II. Internationale weitgehend unterdrückt wurde. Diese Richtung nahm ihren theoretischen Ausgangspunkt vom kommunistischen Manifest und findet ihn auch heute noch immer in diesem Pro-

„Der durch die Schrecken des Kapitalismus 'wild' gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'Mode'-Strömung bis zur 'Tollheit' fortzureißen zu lassen – all das ist allgemein bekannt. Aber die theoretische, abstrakte Anerkennung dieser Wahrheiten bewahrt die revolutionären Parteien noch keineswegs vor den alten Fehlern, die stets aus unerwarteten Anlässen, in etwas neuer Form, in früher noch nicht gekannter Verhüllung oder Umgebung, unter originellen – mehr oder weniger originellen – Umständen auftreten“.

(Lenin, „Der 'linke Radikalismus'...“, 1920)

gramm. Es ist auch nicht so, daß wir auf die brennenden Probleme der jetzigen Situation überhaupt keine Antwort geben könnten, auch wenn die Antworten unvollständig sind und oft nur eine theoretische Anhaltspunkte bieten. Das jedenfalls ist die Auffassung von vielen Genossen innerhalb des KBW“ („Kommunisten und Klassenkampf“, Sonderheft Oktober 1981). Die Einschränkung, die Schmieder im letzten zitierten Satz machte, dürfte heute noch weitaus stärker gelten. Den „revolutionären Kommunismus“ als besondere Richtung aus dem Wust der Geschichte und ihrer komplizierten Widersprüche herauszufiltern, ist ein Unternehmen mit enormen Schwierigkeiten. Und jedenfalls stellt das höchstens eine Aufgabe, aber noch keineswegs eine eigene praktische Richtungsbestimmung dar. Zudem schwingt im KBW die Zahl derer zu, die überhaupt den Begriff „revolutionärer Kommunismus“ verdrängt ist und die grundsätzlich etwas ganz anderes wollen, ohne dies genauer bezeichnen zu können oder zu wollen. Es fragt sich sogar, ob Schmieder selbst heute noch die Aussage, die er dazu vor einem halben Jahr gemacht hat, unausgesprochen wiederholen würde.

Der KBW hat sich mit der Annulierung seiner sämtlichen programmatischen Grundlagen auf der 6. Bundesdelegiertenkonferenz jeder Festlegung auf eine besondere politische Richtung entledigt. Eine neue Orientierung stünde allenfalls zur Erarbeitung an, und es fragt sich am Ende, ob sich eine solche Arbeit eigentlich lohnt und ob sie unbedingt vom KBW als eigenständiger Organisation entliehen werden sollte. Eine neue Orientierung stünde allenfalls zur Erarbeitung an, und es fragt sich am Ende, ob sich eine solche Arbeit eigentlich lohnt und ob sie unbedingt vom KBW als eigenständiger Organisation erfolgreich entsprechend angepackt werden kann. Große Teile davon, was der KBW heute noch praktisch und programmatisch vorhat, werden offenbar durch die Grünen Partei bereits abgedeckt (Anm. 5).

Bei der brennenden Frage, was der KBW heute eigentlich noch Besonderes vertreten will, daß nicht schon anderswo in größerer und wirkungsvollerer Zusammenhängen aufgehoben ist, stößt man auf nichts anderes mehr als die besondere Stellung des KBW als „internationaler Lager“. Für den KBW ist die Sowjetunion das Hauptfeld und Hauptkerngebiet. Hieraus lassen sich alle noch vorhandenen Spezialitäten des KBW herleiten. Der KBW hat gegen den Krefelder Appell polemisiert, hingegen den als Konkurrenz zu Krefeld gedachten Aufruf des DGB unterschrieben. Der KBW hat die Anti-Brechnew-Demonstration der Grünen am 22.11.81 in Bonn unterstützt, und er begrüßt die Anti-DKP-Kampagne von Bahro und anderen maßgeblichen Grünen. Der KBW fordert Sanktionen und Handelsboykott gegen Polen und die Sowjetunion. Der KBW unterstützt in Hessen massiv die Altkandidatur der Grünen und sieht sich als militante Speerspitze gegen den Aufbau eines Wahlbündnisses. Der KBW polemisiert gegen den Organisationsaufbau der Demokratischen Sozialisten, weil ihm diese Richtung allzu DKP-freundlich und „traditionsozialistisch“ zu sein scheint.

Bei all diesen Dingen steht der KBW natürlich der grünen Richtung um Bahro, Hopfenberg u.a. sehr nahe. Er unterscheidet sich von diesen lediglich durch die Systematik und die Beharhaftigkeit, mit der er seine Anliegen verfolgt: Frontbildung gegen die Sowjet-

KBW Südhessen: Heillosos Hin und Her

wen und ihre bundesdeutsche Agentur, die DKP. Hier parallelisieren also noch besondere politische Zwecke des KBW als eigenständige Organisation gesucht werden. Ein Anschluß an die ISP / „Moderne Zeiten“ scheitert unter diesem Gesichtspunkt vermutlich aus. Schon die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“, die eine sehr viel gemäßigte Variante der außenpolitischen Thesen des KBW vertreten, haben in der ISP einen schweren Stand und stehen dort derzeit auf verlorenem Posten.

Als einziger interessanter Daseinszweck des KBW bleibt also das Vortreiben und Zuspitzen vorhandener Tendenzen bei den Grünen u.ä. („Vaterlandsverteidigung“) im Sinne einer eindeutigen antilukewischen Stoßrichtung. Auch die Befürworter einer Aufrechterhaltung des KBW werden sich fragen müssen, ob gerade für diesen Zweck der KBW in seiner hergebrachten Form wirklich noch den optimalen Rahmen bieten kann. Wenn man sich von anderen Richtungen im wesentlichen nur noch durch eine besondere Betonung der „Vaterlandsverteidigung“ unterscheidet, dann ist es nicht klug, sich die angestrebte Wirksamkeit durch anrührende Beteuerungen wie „kommunistisch“ selbst zu schmälern. Hinzu kommt der ganz spezielle schlechte Ruf des KBW. An diesen drei Buchstaben weiter festzuhalten, nachdem sie ohnehin nur noch ein paar fragwürdige Bruchstücke alter Inhalte und Ansprüche umhüllen, läßt sich rational nicht rechtfertigen.

Alle Umstände sprechen also auch aus der Perspektive der KBW-Bewahrer dafür, für ihre speziellen politischen Zwecke nach anderen organisatorischen Formen und Titeln zu suchen. Zweckmäßig wäre ein neuer Zusammenschluß, der in Inhalt und Selbstdarstellung („Lernen ist tot“, „Wir sind jenseits vom linken Ghetto“) wegzudeckelt mit der ISP / „Moderne Zeiten“ identisch sein dürfte, aber der in der Verurteilung des „Traditionssozialismus“ noch radikaler sein müßte und der sich von der ISP vor allem durch militante Frontbildung gegen Sowjetunion und DKP unterscheiden müßte.

Kl., Hamburg

Für steherrschende Wandlungen in seiner Politik ist der KBW schon immer gut gewesen. Seit einem guten Jahr jedoch kann einem bei den Irrungen und Wirrungen dieser Organisation grübeln schon der Atem stocken. Nach dem Prinzip „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ wüßte der KBW in Südhessen zusätzlich wichtiger politischer Entscheidungen mehrfach im Kader um 100 Grad herum, im Grunde fast das, was er gestern als vollkommen falsch definierte und pflegt lange Freundschaften mit ehemaligen Erzfeinden, ta ist daran zu erinnern, daß dies in sich völlig widersprüchliche Praxis von einer Organisation gelebt wird, die unterstellt das „richtige Programm“ zum absoluten Feind hochhält und dem alten Konzeptions „KB Nord“ Prinzipienlosigkeit und Opportunismus vorwirft; denn der KB hatte es vor einem Jahrzehnt gesagt, das Programm Kammal des KBW sei irrelevant für die Heranbildung einer kommunistischen Strategie und Taktik in Westdeutschland zu bezeichnen. In Frankfurt brach sich derzeit ein Zweckbündnis von Grünen, Spontis („Pflanzentrend“) und KBW zusammen. Vergessen ist die Furchenlinie, von der der KBW einst hoffte, die wurde dem „arbeitslosen“ Cohn-Bendit-Mainstream beibringen. Vorläufer ist aber auch umgekehrt die moralische Kränkung der Spontis, die es ihnen früher angeblich verbot, mit den Unterstellten eines Pol Pot gemeinsamen Kiste zu machen. Von nun an soll zusammengepackt werden... — gegen die Ängste der Herabsetzung und ihre Wermutsträger in der Friedensbewegung. Die Kandidatur des KBW in Südhessen werden anhand eines Verhältnisses zu den Grünen und zum Volksbegehren gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen.

Als in der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main Anfang 1981 über die Forderung eines Volksbegehrens diskutiert wurde, traf dieser Vorschlag beim KBW auf scharfe Ablehnung. Die Forderung der Volksbewegung in ganz Hessen sei im kleinster Weise erreicht, argumentierte dieselbe Organisation, die Jahre zuvor

trotz Kritik und Einwänden aus der Frauenbewegung eine bundesweite Unterschriften-Kampagne „Volksentscheid gegen den § 218“ durchgeführt hatte. Kurz vor einem entscheidenden BI-Plenum ließ es in der „KVZ“ Nr. 12 (16.3.81) unter der Überschrift „Volksbegehren jetzt kein richtiger Schritt“.

„Der Widerstand muß überhaupt erst wieder breit aufgestellt werden, und die Unterstützung aus ganz Hessen wird vor allem dadurch vergrößert, daß weiter in der betroffenen Region gekämpft wird.“ Ein Volksbegehren in der jetzigen Situation würde — ob man will oder nicht — von der Hauptaufgabe ablenken, den Widerstand in unserer Region so mächtig zu machen, daß der Baubeginn im Herbst ein noch größeres politisches Risiko für die Landesregierung wird, als sie es schon erlebt hat.“ Dies war ein beliebtes Argument der Gegner eines Volksbegehrens: Künstlich wurde ein Gegensatz zu den Aktivitäten „vor Ort“ aufgebaut. Heute kann kaum ernsthaft bestritten werden, daß die Mobilisierung via Volksbegehren ganz wesentlich dazu beitrug, daß der Widerstand unmittelbar im Wald so „mächtig“ wurde.

Weiter merkte die „KVZ“ sehr weise an, daß man die Arbeiter gewinnen müsse. Freilich sind für keine von Linke ungesetzte Aktion in Hessen jemals so viel Arbeiter gewonnen worden wie für das Volksbegehren. Schließlich brachte der KBW noch den originalen Vorschlag in die Debatte: „Wenn es uns so im Herbst gelingt, den Massenwiderstand gegen die Startbahn erneut und größer als bisher zu demonstrieren, wenn wir bis dahin für die Unterstützung in ganz Hessen was getan haben, wäre ein Volksentscheid auf wesentlich soliderer Grundlage erneut zu erwägen, wenn dann noch nötig. Jetzt aber muß man ihn ablehnen“ (ebenda). Mensch fragt sich, ob hier die reine Blindheit spricht, oder ob einfach wahllos irgendwelche Argumente gegen das Volksbegehren rumgetragen werden sollten. Wie hätte wohl ein Volksbegehren nach Baubeginn, nach Rodung des Waldes, um dessen Inhalt es schließlich ging, erfolgreich auf dem Weg gebracht werden können?

Das BI-Plenum schloß sich nicht den KBW Argumenten an, sondern entschied sich für das Volksbegehren.

Das BI-Plenum schloß sich nicht den KBW Argumenten an, sondern entschied sich für das Volksbegehren. Daraufhin entbrannte im KBW eine kontroverse Debatte. In der „KVZ“ Nr. 19 (4.5.81) wurden die Chancen der Volksbewegung recht optimistisch aus dem Ergebnis der hessischen Kommunalwahlen berechnet. Die Grünen, die Alternativen Linke und handhabende Bürgerinitiativen hätten landesweit je nach einmal 5 % erhalten. In der zweiten Phase des Volksbegehrens seien aber 20 % der Wählerheften zu gewinnen. „Die Niederlage beim Volksbegehren ist absehbar und dieser Volksentscheid-Testballon kann der Bewegung gegen die Startbahn West den Rücken brechen. Er liefert Bänke der demokratischen Legitimation des Startbahn-Baus“. Schade, daß die Landesregierung ihre Erfolgsaussichten nicht so hoch einschätzte wie der KBW, sondern lieber auf Nummer Sicher ging und das Volksbegehren unterdrückte.

Bekanntlich wurden schon im ersten Durchgang 300 000 Unterschriften gesammelt — statt der vom KBW vermittelten maximal 120 000. Und selbst nach Ablehnung des Volksbegehrens durch die Landesregierung und den hessischen Staatsgerichtshof gaben bürgerliche Meinungsumfragen den Startbahngegnern noch 30 % (wobei die Tatsache, daß in den neun Monaten zuvor keinmal Umfrage-Ergebnisse veröffentlicht wurden, durchaus so interpretiert werden kann, daß die Startbahngegner zu diesem Zeitpunkt noch besser abschnitten).

Da der KBW eine Mehrheit gegen den Startbahnbau für unmöglich hielt, entwickelte er vorabredend eine Argumentation, wonach es unemulaklich sei, die Bevölkerung ganz Hessen über eine Angelegenheit abstimmen zu lassen, die doch nur eine bestimmte Region betreffe. „Als angeblich demokratisches Mittel ist das Volksbegehren unzulässig, gerade weil es das Prinzip, daß die Interessen der konkret betroffenen Bevölkerung entscheiden, außer Kraft setzt, und darin auch die Gefahr einer Niederlage liegt.“ („KVZ“, 11.5.81).

Außerdem sei es „ebenso nicht geeignet, was von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist zu hören. Nämlich die Verkehrs- und Militärkonzeption der Bundesregierung, diese kann auch nicht in Hessen geklärt werden.“ Im selben Artikel wurden dann aber doch zwei taktische Gründe gefunden, die es erwägenswert erscheinen ließen, das Volksbegehren zu unterstützen, die damit verbundene Kampagne und eine eventuell zu erreichende Versögerung

des Baubeginns. Voraussetzung dafür sei, daß „die Einheit hergestellt werde. Diese „Einheit“ mußte gerade darin bestehen, daß das Volksbegehren prinzipiell in diesem Fall kein demokratisches Mittel ist, und daß die Berechtigung des Kampfes gegen die Startbahn nicht aus der Abstimmung in anderen Teilen Hessens abgeleitet oder in Frage gestellt werden kann.“ Kapriolen oder Dialektik, das ist hier die Frage.

Der große Pendelschlag erfolgte in der „KVZ“ vom 12.6.81. „Im KBW hat eine Debatte zum Volksbegehren stattgefunden, die sich auch in der Bezirksausgabe Frankfurt der KVZ niedergeschlagen hat. Das hat den KB im „Arbeiterkampf“ vermuten lassen, der KBW sei gegen das Volksbegehren. Das ist nicht der Fall. Der KBW ist auf der Gründungsversammlung der „Arbeitsgemeinschaft“ beigetreten.“ Alles klar? Nur der AK hatte anscheinend was in den fäulichen Hals gekriegt. Pendel haben allerdings die Linke, auch wieder zurückgeschlagen. Als das Volksbegehren nicht zugelassen wurde, empfand der KBW dies beinahe als glückliche Fügung, was an sich logisch gewesen wäre bei dem negativen Erfolgsaussichten, die er dem Unternehmen ausgestellt hatte. Stattdessen übergehe er, daß es eigentlich von Anfang an ein untaugliches Instrument gewesen sei. Und das sollte keineswegs der letzte Pendelschlag sein (s.u.).

Neue Liebe: die Grünen

Ähnlich konsequent verfolgt der KBW seine Politik gegenüber der Wahlbewegung bzw. gegenüber der Grünen Partei. Vorausgesetzt werden muß, daß sich der KBW anläßlich der hessischen Kommunalwahlen vor einem Jahr erstmals auf Bündnisgespräche eingelassen hatte. Diese scheiterten (mit wenigen Ausnahmen) am Alleinvertragsanspruch der Grünen. Der KBW lehnte es damals noch herousch ab, sich der grünen Machtpolitik zu beugen, und setzte, soweit er personell dazu in der Lage war, eigene Kandidaturen dagegen, in einigen kleineren Orten auch mit Unterstützung anderer Gruppen. Dabei veräumte er es nicht, dem KB, der sich ein Vorgehen als aussichtslos ablehnte, kräftige Seitenhiebe zu verpassen („Opportunismus gegenüber den Grünen“). Das Ergebnis dieser Kandidaturen war so, wie es verläufige Linke vorhergesehen hatten. Dennoch schien der KBW enttäuscht zu sein. In der „KVZ“ wurde eine ausführliche Kritik an den KBW Kandidaturen publiziert.

Bereits am 20.6.81 beschlossen die hessischen Grünen, 15 Monate vor den Landtagswahlen, mit einer Offenen Liste ihres Partei anzutreten. Die „KVZ“ (3.7.81) kommentierte: „Die Grünen weiter gegen Wahlbündnisse/Elbe-Bericht, den man nicht unbedingt ablehnen muß.“ Die Grünen, heißt es, würden ihren Kurs, den sie bereits bei den Kommunalwahlen verfolgt hätten, weiterführen. Die „KVZ“ erapert daran, daß in Frankfurt die Präsenz des KBW einer der Gründe war, weshalb die Grünen ihren Alleingang durchzogen. Ein halbes Jahr später unterstellte die „KVZ“ (12.2.82) ein breites Wahlbündnis zu den Landtagswahlen — entsprechend der Stimmung in der BI. „Bestenfalls können sich die politischen Kräfte, die in diesem Kampf gegen die Startbahn und anderen gewonnen wurden, in den Köhren ausdrücken. Dabei springt immer mehr ins Auge, daß die alleinige Kandidatur der Grünen das nicht leisten kann.“ Dem KBW sprang diese Erkenntnis bald wieder aus dem Auge. Wohlwollend sieht er mittlerweile fast, die Grünen hätten sich mit einem „fortschrittlichen Wirtschaftsprogramm“ Mühe gegeben. Freilich gibt es dabei ein Dilemma: „Große Teile der Grünen vollziehen offensichtlich das noch nicht einmal nach, was zumindest jetzt auf der Mitgliederversammlung als Programm beschlossen wurde“. Intern wird der KBW noch deutlicher. Die Grünen hätten die Forderung nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln teilgenommen, ja dezentralisiert in ihr Wahlprogramm übernommen (es scheint darüber weniger Debatten gegeben zu haben als über den Ausbau des Radwegenetzes.). Von daher sei fraglich, ob sie überhaupt dahinter stehen würden.

Doch wer ein (wenigstens partiell) „richtiges“ Programm hat, kann sich der Sympathien des KBW sicher sein. Da schingen alte Denk-Mechanismen voll durch. „Eins können die Grünen allerdings für sich verbuchen, daß sie halt in Sachen Programm einen Vorsprung haben.“ („KVZ“, 3.3.82). Die Grünen seien für Erhaltung von Arbeitsplätzen, für Selbstverwaltung in Betrieben, gegen die Planwirtschaft des real existierenden Sozialismus usw.

Auf einer Reihe von Veranstaltungen in Südhessen findet allerdings der Vorschlag, ein breites alternatives Wahl-

bündnis zu schaffen, großen Beifall. Das Plenum der Startbahn-Bis beschließt mit großer Mehrheit, Grüne und Alternative zum gemeinsamen Vorgehen aufzufordern. Die Prognose der „KVZ“, daß eine Alleinkandidatur der Grünen nicht in der Lage sein würde, die Bewegung der Startbahngegner hinter sich zu bekommen, findet Bestätigungen. Doch der KBW ist inzwischen zu neuen Ufern aufgebrochen. „In Südhessen läuft momentan eine ziemlich verquere Diskussion über die Formen der Beteiligung an den Landtagswahlen im Herbst“ („KVZ“, 12.3.82). Zwecks Ausrichtung lädt der KBW zu einer Mitgliederversammlung.

Am 3.4. fand in Frankfurt das erste landesweite Unterstellertreffen für eine Alternative Liste statt. Die Anwesenheit der DKP auf diesem Treffen nutzten M. Horacek (Grüne) und D. Cohn-Bendit zu hysterischen Attacken, denen sich die „KVZ“ (3.4.) genüßlich anschloß: „Alternative Hochspiel in Hessen/DKP-Trittbrettfahrer auf Ascha-Liste“. Die Alternativen würden versuchen, mit „völlig kaltoosen Wahlkalkülen“ (wie sie von der „KVZ“ früher ähnlich vertreten worden waren — Anm. AK) die Grünen unter Druck zu setzen. „Die Veranstalter legen überzeugend dar, wie sie die linken Gewerkschafter „binden“ wollen: Die Arbeiterlöhne der heute nichtarbeitenden Soziologen dürfte ebenso wenig fehlen wie häßliche Sprüche Moskau-er Oligarchen gegen die „Rost- und Raketenpolitik“ in hessischer Mundart“. Nein, das ist nicht die „FAZ“, das ist immer noch die „KVZ“. Meisterschaft wurden „Möchtegern-Parteiaufbauer und Landtagskandidaten“ ausgemacht, denen der Beschluß der Startbahn-Bis zu den Landtagswahlen gerade recht gekommen sei. „Die DKP stellt die Truppen für die Ascha-Liste, um wieder gesellschaftsfähig zu werden. Schubert will die DKP nicht, braucht sie aber, um die Suppe der AL-Diskussion am Kochen zu halten, sonst wird das Projekt nicht koalitionsfähig gegenüber den Grünen“.

Mag sein, daß dem KBW — runde 40 „Organisten“ im Winter — schlicht die Gänse durchgingen. Seinen Partnern in dieser Frage dagegen, den grünen Funktionären, darf man nicht unterstellen, sich von blinden Emotionen hinreißen zu lassen. In der Römer-Fraktion der Grünen wurde gewiß kühn berechnet. Wie kann man den Alternativen wie auch den Demokratischen Sozialisten am meisten schaden? Welches ist die „grünste“, „medienwirksamste“ Formel? Jedenfalls fanden die neuen Bündnispartner bald darauf auf einer 1. Mai Veranstaltung des KBW in Frankfurt zusammen. C. B. angekündigt waren Schmeierer (KBW) und Tiern (Grüne), aber auch andere grüne „Spitzenfunktionäre“ aus Hessen traten an. Man war sich einig, der AL die bloße Teilnahme der DKP um die Ohren zu schlagen und die demokratischen Sozialisten gar als „Subsystem der DKP“ zu brandmarken.

Doch zurück zum KBW. Er verteilte auf dem erwähnten landesweiten AL-Treffen ein Flugblatt („Wann wir die Kandidatur der Grünen unterstützen“), in dem er pikanteserweise das Volksbegehren belächelt, um von dieser Warte aus den Bürgerinitiativen zu raten, vom Parlamentarismus die Finger zu lassen: „Das beantragte Volksbegehren war der Versuch, die Legitimität des Widerstands zu stärken, gerade auch angesichts der Tatsache, daß sich im hessischen Landtag, obwohl demokratisch (?) gewählt, kein Finger krümmt gegen den Startbahnbau. Insofern war die Unterschriftensammlung und die Aktionen praktische und massenhafte Kritik des Parlamentarismus.“ Das Volksbegehren war schon die Konsequenz aus der Lehre, daß starke Minderheiten in der Bevölkerung ihre Interessen gegen die Interessen der Herrschenden nicht alleine über Parlamente durchsetzen können. Diesen Erfahrungen würde es völlig widersprechen, wenn man meinte, man könne den Kampf gegen die Startbahn jetzt einfach im Parlament fortsetzen oder man solle die Kräfte der Bewegung auch nur darauf konzentrieren. Dies widerspricht unmittelbar „völlig“ der bisherigen Einschätzung des Volksbegehrens durch den KBW wie auch seiner früheren Haltung in der Wahlfrage. Sei's drum. Aber warum dann eine Kandidatur der Grünen, ja überhaupt irgendeine Kandidatur unterstützen? Wir sehen die Möglichkeit eines dauerhaften Bündnisses über den Weg der Aufrundung und um ein Programm der gesellschaftlichen Umgestaltung, wozu die Grünen einen Anstoß vorgelegt haben, die Linke noch nicht. Wenn dem KBW nichts mehr einfällt, dann jongliert er mit Programm Argumenten.

L., KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

1) Bernd Koenen ist für das Ressort „Ausland“

Anmerkungen

1) Bernd Koenen ist für das Ressort „Ausland“ Mitglied der Redaktion des KBW. Seit Anfang „KVZ“ Hauptredakteur ist er vor allem mit Arbeiten über die neuen K. beauftragt. In seinen Arbeiten erweist er die Vertreter der harten orthodoxen, verdrängten Richtung im KBW. 2) Der KBW verdankt seinen relativ großen Einfluß in der Linken vor allem dem Umstand, daß er sich auf der Basis eines umfangreichen Programms gründete und den Anspruch erhob, mit diesem Programm über eine eigenständige Handlungsebene für die politische Praxis zu verfügen. Die Auslieferung des Programms bezeichnet also den vollständigen Bankrott des KBW.

3) Das Datum bezieht sich darauf, daß 1980 eine starke Fraktion (etwa ein Drittel der damaligen Mitgliederzahl) aus dem KBW ausgeschlossen wurde, die heute unter dem Namen BWN (Bund Westdeutscher Kommunisten) existiert. Der BWN setzt im wesentlichen die Tradition des alten KBW fort, während die Mehrheitsfraktion des KBW sich nach der Spaltung sehr schnell in entgegengesetzte Richtung entwickelte.

4) Wie fast alle Dogmatiker, die sich in ihr Gegenteil konvertiert haben, neigt auch der Genosse Koenen zu Übertreibungen. Wenn Koenen glaubt, daß so gut wie alle theoretischen Entwicklungen dieses Jahrhunderts von Nicht-Marxisten gemacht worden seien, so ist ihm entgegenzuhalten, daß es in diesem Jh. kaum einen bedeutsamen Kopf auf dem Gebiet der Philosophie, der Naturwissenschaften etc. gegeben hat, der nicht gegen (a) vom wissenschaftlichen Sozialismus (Marxismus) beeinflusst war bzw. ist. Viele der größten Köpfe dieses Jahrhunderts haben sich sogar selbst ausdrücklich als Sozialisten und Marxisten verstanden, manche von ihnen waren sogar sogar Mitglied einer kommunistischen Partei.

Auch der Vermerk Koenens, daß „die große Mehrheit der Gesellschaft“ so bisher vorgezogen habe, sich im Kapitalismus einzurichten, ist eine Übertreibung zu machen. Eine Bemerkung hat der beim Eingangs über die Klugheit dieser Entscheidung über die Volksbewegung nicht zu überlesen ist, geht sehr kurz. Immerhin ist dieser freie Willensentscheidung „der Gesellschaft“ durch mit Faschismus und Krieg gelegentlich häufig nachgeholfen worden.

In Übrigen trifft diese These Koenens (der revolutionäre Sozialismus sei bisher niemals eine mehrheitsfähige politische Konzeption gewesen) in dieser Hinsicht nicht zu. Auf der BRD aber bestimmt in der Kritik zu dem Koenen scheint einer derart beliebten Tendenz zu folgen, die relative mediale Kohärenz der arbeitenden Klassen mit der allgemeinen Bourgeoisie in den imperialistischen Metropolen für die Wahrheit allerseits als Maß zu halten — und dabei gelegentlich zu übersehen, daß die Verhältnisse in der Dritten Welt ganz anders sind.

b) Hans-Joachim Schmieder glaubt, daß die Grünen bei der Entwicklung einer programmatischen Perspektive von vornherein nicht nur von der Kritik des imperialistischen Kapitalismus

ausgingen, sondern auch von der Kritik des Sozialismus, der sich in der Imperialismus und den von ihm beherrschten Ländern herausgebildet hat. Das ist ein sehr großer, freigelegter Blickwinkel und in der Sozialismus eine entscheidende Rolle. Daß sie ihre Perspektive jenseits dieser beiden Ausbeuter- und Unterdrückungsgeheimnisse suchen und dabei in den konkreten Bedürfnissen und Werten ihrer Beherrschung Kriterien suchen, die über die Formulierungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus hinausgehen. Durch diese Mehrheit — man könnte es auch Gewalttätigkeit nennen — die den neuen Impulsen der Bewegung seit den 60er Jahren durchaus entspricht, haben sie ein gut Teil des historischen Vermittels der Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken, wie innerhalb der Linken selber, übersprungen und sind damit dem Bedürfnis dieser Bewegung, einen neuen Anstoß zu nehmen in der Umwälzung von Produktion und Gesellschaft, entgegengekommen. Deshalb darf die Linke nicht zurückbleiben.“ („KVZ“, 16.4.82).

Und (nach dem Vorwurf, die Sozialismus-Vorstellungen der Demokratischen Sozialisten seien am Modell von DDR etc. orientiert: „Umgekehrt tragen die Grünen das Wort Sozialismus nicht in ihrem Namen und kommt es wohl auch sonst in ihren grammatikalischen Dokumenten nicht vor. Dennoch haben sie mit ihrer Betonung der Notwendigkeit, die Produktion auf Bedürfnisse-Medigung und Gebrauchswerte auszurichten, damit sich Mensch und Natur entfalten können, mit ihrem Beharren auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, mit ihrer Kritik der Arbeitslosigkeit etc. bisher mehr dazu beigetragen, aus der Kritik des Kapitalismus den Begriff der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln als die Demokratischen Sozialisten in ihrem fleischigen Haus. Man hat“ („KVZ“, 28.2.82) — wobei es schwerer erkennbar primär nicht um Kritik, die in der Teil sozial unzulässigen Ökonomie geht, sondern um Verteidigung der unzulässigen Seiten der Grünen Partei. Schmeierer geht in seinem fröhlich gewonnenen Entwurfismus für die Grünen sogar einen jeglichen unbegründeten oder zumindest kleinteilig präzisieren.

Wie rasch der Schwank zu den Grünen verlaufen ist, zeigt sich an der Tatsache, daß der KBW noch im Frühjahr 1981 bei den hessischen Kommunalwahlen mit Alleinkandidaturen oder KBW-dominanten Wahlbündnissen gegen die Grünen antrat. Demnach kann der KBW-Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt-Südhessen noch zu einer wenig euphorischen Bewertung der Grünen Partei. „Die Grünen können die Alternative nicht sein in ihrer Programmatik. Finden sich die antikapitalistische und sozialistische Strömung in den Gewerkschaften nicht wieder. Ein Ergebnis davon ist, daß die starken Bündnisgewinne der Grünen keine Niederlage der CDU, wenn Untergründe Führung kann die Reaktion nicht geschlagen werden.“ („KVZ“, 30.3.82).

Die beiden letzten Ausgaben des „Arbeiterkampf“ haben ausführliche Kritiken an der Marxistischen Gruppe publiziert. Sie gipfeln darin, daß die MG eine „ausschließlich destruktive Politik“ betreibt — ein dünner Vorwurf an eine kommunistische Organisation. Einige Anmerkungen zu Eurer Kritik wollen wir uns nicht sparen.

Kompromißlose Kritik — keine erfolgsversprechende Methode der Opposition

Der Befinder der Frage „Die ‚Marxistischen Gruppen‘ — linker als Poona?“ wirft uns den Vorwurf an die „Untersuchung der wirklichen politischen Bewegungen“ vor. Dazu folgenden aktuell: Mit ihren „konjunkturellen“ Abschlüssen um die 4% haben die deutschen Gewerkschaften sehr tarifpartnerschaftlich erneut die Einkünfte ihrer Mitglieder gekürzt, für die ein Teil ihres nötigen Konsums damit zum nicht mehr bezahlbaren „Luxus“ gemacht wird. Mit ihrer Unterschrift sichert die Gewerkschaft dem Kapital vertraglich zu, daß die von ihr vertretenen Arbeiter auch im Laufe des nächsten Jahres für real weniger Lohn ihre Dienste bringen. Diese Gewerkschaft **per se** ist der dem Kapital jede nur erdenkliche Freiheit, die billiger gewordene Anwendung seiner Arbeiter durch höhere und produktivere Leistung noch lohnender zu machen. Das ist der Erfolg des DGB: die Gewährleistung, weil mitverantworteter Ausbeutung bei absoluter und relativer Lohnkostensenkung. Fällt also eine solche Vertretung ihrer Interessen können sich die Arbeiter nicht leisten!

Diese Politik gegen die Loyalität zur staatsbürgerlichen Gewerkschaft und gegen die Barmäglichkeit gegenüber den Ausbeutungsmethoden des Kapitals konnte Euer Korrespondent auf unserer Veranstaltung „DGB — Politik auf Kosten der Arbeiter“ in aller Ausführlichkeit zur Kenntnis nehmen. Ihm wollte als Einwurf freilich nur einfallen, was die Linke bis in ihren Abgang hinein zu dem Maßstab ihres Treibens gemacht hat — der Erfolg ihres Opportunismus, also die Suche nach „Anknüpfungspunkten“, mit denen man die eigenen Hoffnungen als eingebildete „Massenbewegungen“ in der Welt wußte. Und hinsichtlich dessen hält er unsere Kritik am DGB seit zehn Jahren vom Fortschritt der Bewegung überholt: „Die Referenten rechnen mit der Politik des DGB ab. Was sie vorbringen, ist größtenteils ebenso richtig wie bekannt — jedenfalls für Leute, die sich nicht erst seit gestern zur sozialistischen Bewegung zählen... „Aber ja doch...“ ist man geneigt zu sagen. Zieht vor die Betriebe, verteilt Euer Manifest, und ihr werdet genauso auf die Schnauze fliegen wie wir vor zehn Jahren auch!“ (AK 218). Das ist schon gelungen! Da werden zehn Jahre Erfahrung in konsequentem Opportunismus zum selbstgerechten „Argument“, mit dem man alle Kritik

verteilt Euer Manifest, und ihr werdet genauso auf die Schnauze fliegen wie wir vor zehn Jahren auch!“ (AK 218). Das ist schon gelungen! Da werden zehn Jahre Erfahrung in konsequentem Opportunismus zum selbstgerechten „Argument“, mit dem man alle Kritik lausig wegstreckt, die eine Gegenkraft zum DGB '82 begründet, und den alten Hoffnungen von gestern zugerechnet. Aber nicht genug damit. Die bewusste Verabschiedung vom eigenen „Arbeiterkampf“ als längst inopportun gewordenen „Bedingung“ linken Selbstverständnisses dient auch noch für den wohlmeinenden Ratschlag, wie Selbstverleumdung zu vermeiden geht — mit der Kritik bloß nicht praktiziert werden! Von ähnlicher Güte ist der Beweis, mit dem Euer Korrespondent „das Argumentationsgebäude der MG aus den Augen heben“ will. Ohne einen Gedanken darauf zu verwenden, daß die Loyalität der Mitglieder die Stärke einer Gewerkschaft ausmacht, die in ihren Lohnsenkungen auch noch die Basis aus den „traditionell kampfstarken Betrieben“ mit 7,5%-Forderungen aufmarschieren läßt, um daran ihre Kompromißbereitschaft, sprich ihre dem Wohl der Nation verpflichtete Verantwortung zu demonstrieren, ungeachtet dessen genügt ihm für seine Behauptung des „Widerstands“ zwischen Basis und Führung“ des DGB die Berufung auf ein nun fortschrittliches, gegen den DGB gerichtete Bewußtsein der Arbeiter: „Was die MG zur großen Gemeinsamkeit DGB — Strauß vorbringt, erhebt Anspruch, für den ganzen DGB einschließlich seiner Mitglieder zu gelten... Eine Auseinandersetzung damit bedarf es an dieser (!) Stelle nicht. Sie wird sicher vor den Betriebsräten selbst geführt werden („Strauß-Wir“!). Hoffentlich sind die Vertreter auch gut zu Fuß.“ Also schon wieder auf die Schnauze fliegen! Erst winkt Euer Korrespondent ab und erklärt die Arbeiter zum hoffnungslosen Fall, jetzt bieten sie in der umgekehrten Eigenschaft Anlaß für die Prognose keine Chance für ein „Massenfut gegen den DGB“. Sei drum. Euren Berichterstatter treibt eine andere Sorge um: „Denn tatsächlich

Der Artikel „Opposition oder Opportunismus“ wurde uns von der Marxistischen Gruppe (MG) mit der Bitte um Abdruck übergeben. Die MG interpretiert ihren Text als Antwort auf zwei Artikel, die in den letzten Monaten im AK veröffentlicht wurden: „Zu Besuch bei der Marxistischen Gruppe“ (AK 218) und „Die MG — linker als Poona?“.

Eine Antwort auf die in den beiden Artikeln angeschnittenen Fragestellungen und Kritiken können wir allerdings im vorliegenden Text der MG nicht erkennen. Wenn die MG beispielsweise auf unsere Kritik an ihren bloß pauschalen, zynischen und rein äußerlichen Polemik gegen sämtliche politischen Bewegungen erwidert: Das sei eben die einzig richtige „konsequente“ Beurteilung all dieser Bewegungen, und der KB sei gegen jede ernsthaftige Kritik an diesen Bewegungen — dann wird man ihre Replik schwerlich als Beitrag zu einer Diskussion um die praktischen Aufgaben revolutionärer Politik verstehen können. Und wenn die MG **wirlich** glauben, die Bonner Demonstration am 10. Juni richte sich nicht gegen Reagan, Bundesregierung und NATO, sondern im Gegenteil als Unterstützung der Bundesregierung gemeint (wenn das behaupten sie in ihrem Artikel!), dann sind sie dümmere als die herrschenden Meinungsmacher: Die versuchen zwar auch gelegentlich noch, der Friedensbewegung ihre eigenen imperialistischen Zwecke zu unterstellen, aber sie machen immerhin nicht den Fehler, selbst an ihre Konstruktionen zu glauben.

Keine Antwort also auf die in AK 218 und AK 220 an die Adresse der MG gerichtete Kritik, sondern nur eine erneute Selbstdarstellung, wie sie von der MG ohnehin permanent in ihrer reichend großer Auflage in ihren Flugblättern gegeben wird. Was spricht trotzdem für Abdruck dieses Textes im AK? Eigentlich gar nichts.

AK-Redaktion

Antwort der Marxistischen Gruppen an den KB

Opposition oder Opportunismus

geht es nicht (nur) um die Organisationsfrage, sondern (viel umfassender) um die Politikfrage. Darin liegt der fundamentale Unterschied der MG zu allen anderen linken Gruppen. Was immer in Sachen linker Betriebsarbeit angestellt worden ist und wie unbeholfen das teilweise auch gewesen sein mag: — eigene, „linke“ Lohnforderungen — Unterstützung der DGB-Forderungen als „Mindestforderungen“ — Satzungsstreit, Kampf um Mitgliederrechte im DGB — oppositionelle Betriebsratskandidaturen, alles war geprägt von dem Versuch, politisch zu sein, in der Arbeiterschaft real etwas in Bewegung zu setzen.“ (AK 218).

Für dieses Anliegen, „etwas in Bewegung zu setzen“, ist die Frage, was die Aktivitäten der Gewerkschaft oder „oppositionelle Betriebsratskandidaturen“ den Arbeitern eigentlich **bringen**, ein denkbar ungeeigneter Blickwinkel. Kanzler, Rodenstock und Loderer sind sich einig, daß die deutsche Arbeiterschaft vom Wohlergehen „unserer exportabhängigen Wirtschaft“, den Bedürfnissen des Staatshaushalts und westlicher Freiheit für Polen **bewegt** zu sein hat und nicht von der Frage nach dem eigenen Auskommen. Und wo sich vom Kanzler bis zum letzten Stammtischpolitiker alle einig sind, sei der Bedarf an politischer Aktivität, mag auch der KB nicht zurückstehen: die Kritik der laufenden Ausbeutung ist kein Anliegen für ein „Politikverständnis“, das sich seinen Opportunismus als Notwendigkeit zugutehält. Also begraben man ungenutzt realitätsfremde die „Hoffnungen der Linken“ auf die revolutionäre „Massenlinie“ Arbeiterklasse, die ein „schlafender Riese“ ist und wendet sich den „wirklichen politischen Bewegungen“ zu. Denen tut die MG anrecht

Linke Politik — die Perspektive austauschbarer „wirklicher Bewegungen“

„A l l e s (!), was sich an **wirklicher** politischer Bewegung ergibt (Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, etc.) haben wir (wir!) in der MG **nur** Hohn und Spott wert.“ (AK 220) Legendäre muß doch linker Werteschatzung würdig sein! Dieweiliger läßt sich kaum sagen, daß sich Kritik der Taktik der „Massenverankerung“ unternehmen, also zu unterbleiben hat. Wie sonst sollte eine Auseinandersetzung mit der Friedens- oder der Anti-AKW-Bewegung, die gegen deren staatsreue Positionen polemisiert, dem Verdikt verfallen, daß sie die Bewegungen **gibt**! Ungewöhnlich „wirklich“! „Daß auf der Ebene der Wahlen in den letzten Jahren irgendwas ins Rutschen gekommen ist, gilt der MG als „Spinner“ und „Freiungsdämon.“ (AK 220) Das ist eben der Unterschied: Daß „Irgendwas“ ins Rutschen gekommen ist“ ist auch offensichtlich eine prinzipielle Begründung wert. Die Wahlbewegung haben wir nicht für eine Erlösung, sondern für ein erkennbares Angebot an Liebhaber demokratischer Herr-

schaftsformen; der Parteien, die das Volk mit ihrem reinen Willen zur Machtausübung apassieren und es entsprechend frei von jeder Rücksichtnahme als Manövriermasse einsetzen, wollen diese Leute nur eines vorhalten, im Parlament muß die demokratische Ideologie mit Sitz und Stimme vertreten sein, derzufolge die Politik auf die Anliegen ihrer Bürger achten sollte — vorausgesetzt, sie verstehen ihre „Alternativen“ so glaubwürdig und „konstruktiv“ vorzutragen wie die GAL. Seitenweise zitiert Euer Autor Begründungen für eine korrekte Opposition und resümiert, daß ihm der Zweck solcher Kritiken verborgen geblieben sei — weil er offensichtlich stets einen anderen sucht. Bei der Friedensbewegung: Wir werfen ihr vor, daß sie in ihrem Anliegen von einer praktischen Kritik, ja sogar von einer Kenntnisnahme der Taten und Pläne der Politik nicht wissen will. In Bonn will sie sich als den lebendigen Beweis vorführen, daß der „Frieden in Freiheit“ mit einer weltweiten Friedensbewegung auch ohne die „neuen Atomraketen“ zu haben ist. Für die Glaubwürdigkeit dieses Ideals liefert die Friedensbewegung Beweise am laufenden Band: In und vor Bonn werden Abgrenzungserfolge demonstriert — keine Demonstration gegen Reagan, den maßgeblichen Oberimperialisten zu haben ist. Für die Glaubwürdigkeit dieses Ideals liefert die Friedensbewegung Beweise am laufenden Band: In und vor Bonn werden Abgrenzungserfolge demonstriert — keine Demonstration gegen Reagan, den maßgeblichen Oberimperialisten

Atomraketen“ zu haben ist. Für die Glaubwürdigkeit dieses Ideals liefert die Friedensbewegung Beweise am laufenden Band: In und vor Bonn werden Abgrenzungserfolge demonstriert — keine Demonstration gegen Reagan, den maßgeblichen Oberimperialisten, lieber eine mit einem US-Pfaffen, der die amerikanischen Überlegenheit „einfrieren“ möchte, keine Demonstration gegen die NATO, lieber eine für „politische Lösungen“ von Afghanistan bis El Salvador; deshalb schon gar keine Demonstration gegen die eigenen Politiker, die man lieber für die „politischen Lösungen“ auf der ganzen Welt beauftragen will, als machen sich Schmidt und Genscher nicht dauernd selbst prinzipiell zuständig für die Durchsetzung der beschlossenen NATO-Linie, ob in Polen, in der Türkei oder sonstwo. Für Euch verbleibt eine Kritik am friedensbewegten Nationalismus von unten wegen der Fiktion von „Tendenzen“. „Nur daß diese in der Friedensbewegung vorhanden **Tendenzen** und Teilintentionen einfach pauschal der **gesamten** Bewegung angelastet werden und daß mal soeben 100000 Menschen brutal in dieselbe engel's Schubkarre gestopft werden.“ (AK 220) Ja, wen meint die Differenzierungskritik mit Euren Andeutungen eigentlich? Was Euer Beitrag zum „Spektrum“ der Friedensbewegung angeht, den dürfte man bei den Vorbereitungsverhandlungen für eine Hamburger Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels verfolgen. Da ist Euer Wunsch nach einer „mehr gegen“ die NATO gerichteten Demonstration in Hamburg als Beileid um Berücksichtigung in der „möglichst breiten Einheit“ aufgetreten — stets begleitet von der eifrigst behandelten Bereitschaft, alles zu vertreten, was den „wirklichen Stand der Bewegung“ repräsentiert. Eine gelungenen Vorführung, wie die „Vielfalt“ der Friedensbewegung als dem „Argument“ „möglichst breite Einheit“ konsequent von jeder opponierenden Position gabraut wird. So genügt sich linke Politik heutzutage selbst: Die Teilhabe an „Irgendwas“ Massenbewegungen, die an keinem Punkt eine Opposi-

tion gegen die imperialistischen Politik sein wollen, wird ergänzt um eine exclusive Übung — „Widersprüche wahrnehmen“, „Entwicklungstendenzen erkennen“ (AK 220). In einem Atemzug erklärt ihr die Bewegungen für „beschränkt“ und gerade in ihrer Beschränktheit zur Gelegenheit und Hoffnung für ihre linken Liebhaber — eine Gelegenheit, die vor Kritik in Schutz genommen werden muß, in der Festlegung, welche „Entwicklungs“-Chancen ihr wo gerade ausmachen wollt, seid ihr sehr frei. Bei einer Diskussion über die Startbahn-West-Bewegung fängt Euer linker Berichterstatter folgendermaßen zu „differenzieren“ an: „Ich widerspreche nicht frontal, sondern versuche es mit differenzierender Gewalt. Gewiß gibt es konservative Aspekte, Motivationen, Interessen in einer solchen Bewegung. Aber bei der Startbahn doch viel weniger als z.B. (!) in Gorbelen, weil (!) die Klassenverhältnisse im Rhein-Main-Bollingszentrum anders (!!) sind als im „Zonenrandgebiet“. Da muß man nicht urend daran werden, daß der KB vor nicht allzu langer Zeit in und mit Gorbelen den Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Bewegung hochleben ließ, der von der heute gültigen „Bedingung“ Startbahn-West aus gesehen ziemlich rigoros abgeurteilt wird. Wie viel Fortschrittlichkeit ist denn eigentlich länger Zeit in und mit Gorbelen

den Kristallisationspunkt der fortschrittlichen Bewegung hochleben ließ, der von der heute gültigen „Bedingung“ Startbahn-West aus gesehen ziemlich rigoros abgeurteilt wird. Wie viel Fortschrittlichkeit ist denn eigentlich „viel weniger“ Konservatismus als „z.B. in Gorbelen“? Offenbar habt ihr Euren Fortschritt dahingehend abgeklauert, die ausgesprochen „konservativen Aspekte, Motivationen, Interessen“, sofern sie sich nur **massenbewegen**, als gute Gelegenheit zu schätzen, deren fortschrittliche „Entwicklungstendenzen“ ihr Euch nach Betreiben mit Phrasen linker Gelehrsamkeit vorführt. Eure prinzipielle Wertschätzung der „wirklichen Bewegungen“ paart sich regelmäßig mit Erhabenheit über deren „Defekte“, die „natürlich“ zu einer Bewegung gehören und deshalb auch kein Gegenstand konsequenter Kritik zu sein haben. „Und zum zweiten hat natürlich (!) jede wirkliche politische Bewegung ihre Defekte, ihre Defizite, ihre Beschränktheiten und Absonderlichkeiten.“ (AK 220). Und damit erklärt ihr jede Kritik an den „politischen Bewegungen“ für unzulässig, die sich nicht Eurer selbstgerechten Maßstabs annimmt, irgendwelche „Defizite, Defekte“ usw. abzuhaken, um sich

an den **konstruktiven** „Teil der Bewegung“ anzuhängen. Mit der Methode laßt sich mit „jeder wirklichen politischen Bewegung“, so falsch sie auch liegen mag, lässig aussöhnen und gleichzeitig als ihr kritischer Kopf miteinmachen.

MG-Kritik — Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit

Ganz so, als ginge es darum, die geungene Überwindung der Kinderkrankheiten Eurer Opportunismus, des „linken Radikalismus“, zu rechtfertigen, fällt Euren „Kritikern“ an der kompromißlosen Opposition gegen die Macher des Imperialismus konsequent nichts anderes auf, als daß damit nicht Euer Opportunismus zu machen ist — es ist also um eine Verücktheit handeln muß: „Es geht (der MG) darum, den Aufbau der eigenen Organisation ausdrücklich mit der Gegnerschaft zu **alle** real existierenden Oppositionsbewegungen zu begründen. Sage keine(r), diese Methode sei uns unbekannt. Auch im KB gab es Zeiten, in denen die eigene Identität“ — offenbar das Problem des KB, seit es ihn gibt — „ähnlich gefunden wurde. Was galt uns schon eine, sei es auch große (!) Berufsverbote-Demonstration, wenn dort nicht der Kampf gegen die Fachisterung geführt wurde? Was eine Vietnam-Aktion, die nicht den Sieg im Volkskrieg propagierte? Gerade die Nicht-Teilnahme an solchen Aktivitäten bestärkte uns in der Zuversicht, selber richtig zu liegen. Und damals waren wir ohne Zweifel (personell) stärker als heute. Offenbar gibt es unter Linken ein Identitätsbedürfnis, das sich ungern in Massenbewegungen auf die Probe (!) stellen läßt. Die MG ist derzeit der wichtigste Sammelpunkt für dieses Bedürfnis.“ (AK 218).

Ein für allemal. Für dieses Bedürfnis sind wir kein Sammelpunkt. Dafür für eines, das den NATO-Gipfel am 10. Juni in Bonn für Grund genug hält, öffentlichen Protest einzulegen — gegen Ronald Reagan, den gewählten, schrankenlos herrschenden Führer der USA, die keine zweite Weltmacht neben sich d d i e n wollen und dafür einen Weltkrieg mit allen „Optionen“, einschließlich Atomkrieg, riskieren und vorbereiten.

— gegen Schmidt, Genscher, Kohl und Strauß, die regierenden und „oppositionell“ misregierenden Fanaliker einer Weltmacht NATO, in der die BRD als bester Satellit der USA und daher als zweite Führungsmacht aktiv an einer Weltherrschaft beteiligt ist, von deren Wucht und Unversämlichkeit die Nazis nicht zu träumen wagten;

— gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaft“, die dem westlichen Block ein gutes Stück seiner weltpolitischen und strategische Bewegungsfreiheit garantiert;

— gegen die Demonstration einvernehmlicher Kriegsbereitschaft, zu der die Führer der westlichen Nationen, diese Macher des Imperialismus, Sachbearbeiter der Kriegsvorbereitung und Befehlshaber der Krafteinfälle, sich in Bonn zusammenfinden.

Die NATO-Führer haben allen Kompromissen abgeschworen und damit den großen Krieg auf die weltpolitische Tagesordnung der nächsten Jahre gesetzt. Kompromißlos müssen daher auch Protest und Gegnerschaft gegen die NATO-Politik sein. Und ebenso kompromißlos eine Demonstration, die nicht für die menschenfreundlichen Ideale imperialistischer Politik eintritt und schon gar nicht für die unbekannte weltpolitische Unschuld der BRD, sondern ohne wenn und aber gegen den Nato-Imperialismus und gegen die deutsch-amerikanische Kriegselianz.

Marxistische Gruppe
(!) „Neue Bekannte alte Politik, Zu Besuch bei der Marxistischen Gruppe“, AK N 219 (II) Die MG-linker als Poona“, AK N 220



Die Entwicklung der USPD (Teil 1)

Seit die Gründung einer neuen Partei links von der SPD konkrete Gestalt annimmt, macht in der Linken der Rückblick auf historische Parallelen die Runde. Der Vergleich der Demokratischen Sozialisten mit der alten USPD, der bislang zahlenmäßig und einflussmäßig größten und bedeutendsten Linkspartei der SPD hat Hochkonjunktur. Tatsächlich gibt es Parallelen und Anknüpfungspunkte (So nannten sich ja auch die hessischen Vorläufer der DS nicht zufällig „Unabhängige Sozialdemokraten Deutschlands“, USD). Allerdings werden solche vergleichenden Rückbetrachtungen allzuoft von eindeutig identifizierbaren Hintergedanken geleitet. Am deutlichsten wird dies wohl daran, daß im Mittelpunkt zumeist der Aspekt der Spaltung und - gleichgesetzt - des Scheiterns der USPD steht. So soll von vornherein die Sinnlosigkeit des Projektes DS aufgezeigt werden (Was für nicht wenige zugleich Grund genug ist, ihre Mitgliedschaft in der SPD nicht weiter in Frage zu stellen). Wir wollen demgegenüber den Versuch unternehmen, die Aspekte der USPD-Entwicklung, die für Sozialisten interessant sind, genauer zu untersuchen und die historischen Erfahrungen nutzbar zu machen. Wir beschränken uns hier (erst einmal) auf die Phase der Gründung der USPD, und dies in wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten:

- Was waren die Konstitutionsbedingungen der USPD („objektive Faktoren“ und innerparteiliche Situation)?

- Entlang welcher politischen Debatten verlief dieser Prozeß (Krieg und Frieden)?

Inbesondere der letzte Punkt scheint uns von besonderem Interesse, da das US u.a. als wichtiger Blindspot im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen einige Bedeutung zukommen konnte.

Zur Entwicklung der SPD

Die SPD wurde 1869 in Konkurrenz zum Allgemeinen Deutschen Arbeiter Verein Lassalle gegründet, der einen reformistischen Staatssozialismus vertrat. Die konsequente antimilitaristische Haltung der SPD, ihre Solidarität mit der Pariser Commune (1871) führten zum Niedergang des ADAV und einem wachsenden Einfluß der SPD. 1875 vereinigten sich beide Strömungen in Gotha, allerdings ohne offene Diskussion über die prinzipiellen Differenzen. Im monarchistischen Deutschland war die SPD die einzige Organisation mit Massen einfluß, die für eine demokratische Republik eintrat. Trotz schärferer Verfolgung (Sozialistengesetze) gelang es ihr, ihren Masseneinfluß stetig auszubauen. Hatte die Delegierten in Gotha noch 25.000 Mitglieder vertreten, so wuchs diese Zahl in den folgenden Jahren enorm an, 1906 waren es bereits 390.000, 1909 über 630.000 und 1914 mehr als eine Million. Von 455.000 Wählerstimmen 1877 steigerte sie sich bis auf 4,2 Millionen 1912, womit sie die stärkste Reichstagsfraktion stellte. In dieser Hinsicht war sie zweifellos die Partei der Arbeiterklasse vor dem Weltkrieg.

Der Prozeß der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Partei hatte bis zum Zeitpunkt des Kriegsbegins zur Herausbildung dreier wesentlicher Strömungen innerhalb der Partei geführt:

— Die „offenen Reformisten“ traten in ihrem Organ, den „Sozialistischen Monatsheften“, „entschieden für die Kolonialpolitik und die weltpolitischen Ziele der deutschen Bourgeoisie ein“ (1). Sie erklärten, „der deutsche Handel und die deutsche Industrie müßten ihren gerechten Anteil an den Absatzgebieten der Welt haben. Die Arbeiterklasse müsse die Kämpfe ihrer Bourgeoisie um den Weltmarkt unterstützen und damit die Grundlage für bessere Löhne schaffen.“ (2) Die Reformisten standen auf dem „Boden der Entwicklung“, d.h. sie propagierten den friedlichen Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus.

— Das „Zentrum“ um Kautsky und den Parteivorstand vertrat die Auffassung, „der Imperialismus sei zwar eine nicht zu leugnende Erscheinung, es sei aber nicht wahr, daß er eine unvermeidliche Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sei. Die Interessen des Handels- und Bankkapitals und anderer Schichten der Bourgeoisie seien gegen den Imperialismus gerichtet, der hauptsächlich von der Rustungsindustrie betrieben werde. Es gelte, jene der Eroberungspolitik feindlichen Schichten zu unterstützen.“ Ingesamt verteilten die Zentralsen damit — ähnlich wie die Reformisten — den „friedlichen Übergang“, die „Klassenversöhnung“ (3).

— Im scharfen Widerspruch zu diesen beiden opportunistischen Strömungen standen die Linksradikele um Rosa Luxemburg, Karl Radek und Karl Liebknecht. Sie erklärten entsprechend der Auffassung des Baader Manifests, daß „der Imperialismus die unvermeidliche Politik des modernen, in Kartellen und trustartigen Unternehmungen zusammengeschlossenen Industrie- und Bankkapitals ist“, die unvermeidlich zu gewaltsamen Kriegen führt. Um den Kriegstreibern zu begegnen, sei es notwendig, „den Kampf gegen alle Erscheinungen des Imperialismus, die wachsende Teuerung, den Militarismus“ zu mobilisieren. (4) Die Vertreter der Revolutionierung der Massen fanden sich nach den Reichstagswahlen 1912 in der Minderheit. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten zählten zu den Reformisten.

1914: In der Stunde der Gefahr

Daß der offene Übergang der SPD ins

Lager des Sozialchauvinismus, belegt mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, (s. hierzu: AK 209 „Die SPD und die Kriegskredite“ und AK 312 „War für die SPD 1914 der Sündenfall?“) das bisherige relativ friedliche Nebeneinander dieser Strömungen beendet, wird aus der Schilderung der innerparteilichen Zustände durch den späteren USPD-Mitbegründer Eugen Prager deutlich: „Eine besondere Rolle spielen in jenen Tagen einige Leute, die sich bisher als waschechte „Marxisten“ ausgegeben hatten, jetzt aber ihre Vergangenheit vergaßen und nach einem Zögern den Anschluß an die kriegsbegeisterte Mehrheit fanden (So) der „Marxist“ Paul Leusch, der am 3. August gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt und wehklagend ausgerufen hatte, daß die Fraktion die Eingeweide der Internationale blößegelegt habe.“

... Nicht lange aber dauerte es, so schrieb er zahllose kriegsbegeisterte Artikel für die Parteipresse und wälzte dicke Bücher, worin er „marxistisch“ nachwies, daß die Fraktion gar nicht anders habe handeln können. Und was wurde nicht alles an Leichen und Verwundungen, um diese unerhörte Verleumdung aller sozialdemokratischen Grundsätze zu beschönigen und zu verteidigen! Marx, Engels, Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel wurden als Schwärzungen für Kreditbewilligung aus den Gräbern gerufen. Ihre Schriften wurden bis in das letzte Ecken durchstöbert, um aus ihnen Belege zu finden, daß dieser Krieg ein gerechter Krieg sei, und daß eigentlich nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse ihre heiligen Güter zu verteidigen habe.“ (2)

Diesem erzpatriotischen Getöse konnte die Partei nicht nur wenig entgegenzusetzen, u.a. da sie über keine nennenswerten Publikationsmittel verfügte. Entscheidender war aber die Tatsache, daß sie dies kaum versuchte. Waren noch auf der Fraktionsitzung vor der Kreditbewilligung 14 Abgeordnete dagegen aufgetreten, stimmte die SPD im Reichstag dennoch einstimmig für die Kredite (mit K. Liebknecht). Eine der Grundlagen dieser Haltung war eine völlig falsche Einschätzung, wie weit und wie bewußt sich die Mehrheit der Partei auf die Seite der Vaterlandsverteidigung geschlagen hatte: „... Auch die Minderheit rechnete noch damit, daß die Partei im übrigen dennoch eine oppositionelle, eine Politik des Klassenkampfes auch während des Krieges treiben werde... Man trug Bedenken, sich in dieser gefährlichen Lage, in der man die Partei trotz alledem verweigerte, von der Mehrheit dieser Fraktion öffentlich zu trennen. Aus diesen und zahlreichen anderen Gründen kam kein öffentliches Minderheitsvotum zustande.“ (3). Das Resultat: „Die innerhalb der Sozialdemokratie immer gebildete Praxis, Minderheitsvoten nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern vor den Augen der Gegner nur geschlossen abzustimmen, war stärker als Argumente gegen die Bewilligung.“ (4). Daß es sich aber keineswegs nur um eine Disziplinfrage handelte, macht folgende Aussage Pragers deutlich: „Ich meine, die Fraktion in ihrer Gesamtheit hätte schon damals erkennen können, daß es sich um den Beginn eines Eroberungskrieges handelte, für dessen Ausbruch die deutsche Regierung in vollem Umfang verantwortlich zu machen war.“ (5). Eine Einschätzung, die der Mehrheit schlicht Unwissenheit und Irrtum unterstellt, und damit die gravierenden Differenzen zu vertuschen und abzuweichen suchte, um im Gegenzug die Parteidisziplin zum Primat der eigenen Politik zu machen. Diese Politik, die Einheit der Partei als Wert an sich über alle Gegensätze zu stellen, war eines der Wesensmerkmale des damaligen Zentrismus und ein wesentlicher Grund dafür, daß sich die Geburt der USPD so qualvoll und mühselig gestaltete. Um diese Politik in die Situation, in denen sich die Gegensätze an sich dermaßen unversöhnlich ausprägen

wie im August 1914 durchzusetzen und auch noch irgendwie plausibel zu machen, waren schon einige geistige Verrenkungen vonnöten: So erklärte z.B. das spätere USPD-Mitglied und damalige „Vorwärts“-Chefredakteur Stadthagen: „Wir müssen deshalb für die Kredite, um gegen den Zerkismus, nicht aber gegen die Arbeiter, und für die Freiheit in Deutschland und Rußland, sowie für eine Annäherung und Verbrüderung der Völker, insbesondere des französischen zu wirken... In der Fraktion stimmte ich gegen die so gestellte, im Plenum abgegebene Erklärung. Im Plenum stimmte ich trotzdem für die Bewilligung, weil Fraktionszwang ausgesprochen war und unter den obwaltenden Umständen eine Durchbrechung dieses Zwanges der Partei schwer geschädigt hätte.“ (6).

Der radikale Flügel der Partei war mit den Worten Liebknechts am 4. August „atomisiert“ worden. Es wirkte sich nun äußerst verhängnisvoll aus, daß sie als mehr als eine „Strömung“ der Partei und auch in der Arbeiterbewegung gesehen war, über keine Organisationsform, nicht einmal eine eigenständige Gruppierung in der Partei verfügte. Die Sperrung der Publikationsmittel durch den Vorstand führte für sie zu einem „Belagerungszustand“ (R. Luxemburg) in der Partei.

Beginnende Opposition

Beginnende Opposition

Bereits im Herbst 1914 wurde deutlich, daß der Krieg für Deutschland nicht in ein paar Wochen oder Monaten zu gewinnen war, sondern sich ein langwieriger Stellungskrieg entwickelte hatte. Dies und die Tatsache, daß zunehmend weniger von Verteidigungskrieg die Rede war, sondern immer offener weitgesteckte Annexionspläne an die Öffentlichkeit drangen, ließen in Verbindung mit der sich langsam verschlechternden wirtschaftlichen Situation den Widerstand gegen den Krieg langsam anwachsen.

In einzelnen Parteikreisen kam es zu Mißtrauenskundgebungen gegen die Reichstagsfraktion, die revolutionäre Arbeiterjugend begann Widerstandsaktionen zu organisieren. Einzelne

SPD-Linke, wie Luxemburg, Mehring, Duncker, Pieck und Karski versuchten, ihre Ansichten über ausländische Zeitungen zu propagieren, insbesondere in Berlin begannen sich innerhalb der Partei die oppositionellen Kräfte stärker zu sammeln. In die Zeitung „Lichtstrahlen“ konzentrierte sich die Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, in Bremen entstand die Gruppe der „Bremer Linksradikele“ um die Zeitschrift „Arbeiterpolitik“. In Stuttgart organisierte Clara Zetkin die Linken.

„Anfang November wurde in einer Sitzung der Berliner Parteifunktionäre heftig über die Kreditbewilligung gestritten. Strobel machte dort einstündige Ausführungen über die Kriegsergebnisse und wies nach, daß nur in schleunigem Friedensschluß das Heil liege. Der günstigste Fall für Deutschland sei eine Remispartie; nicht nur sozialdemokratische, sondern auch im bürgerlichen Sinne vaterländische Pflicht sei es daher, die Regierung mit aller Kraft zu einem Verständigungsfrieden zu drängen, den man jetzt noch haben könne, später vielleicht nicht mehr. Auf die Berliner Ortsvertreter blieben diese Ausführungen nicht ohne Eindruck, die anwesenden Mehrheitsler dagegen schlugen sie in den Wind; sie glaubten unerschütterlich an den Endsieg, an Kriegsentwässerung und Bruteileilung.“ (7) Sicherung der deutschen Grenzen, Friede ohne Annexionen, Verhandlungsmethoden, dies waren die Parolen, unter denen die zentralistische Opposition kämpfte.

Am 2. Dezember 1914 stand im Reichstag die zweite Kriegsanleihe zur Abstimmung. Wiederum beschloß die Fraktion (gegen 18 Gegenstimmen), im Reichstag einstimmig für die Kredite einzutreten. Auf einem Fraktionsrat der Oppositionellen erkannten zwar mehrere Abgeordnete die prinzipielle Verpflichtung zur Ablehnung der Kredite an, weigerten sich jedoch weiterhin, dies auch öffentlich zu tun. Einzig Karl Liebknecht lehnte auch offen im Reichstag die Kredite ab, gegen den ausdrücklichen Widerstand Kautskys und Haases. Dieser schritt Liebknecht — das Durchbrechen des innerparteilichen Burgfriedens — führte zu einem „ausdrücklichen Widerstand Kautskys und Haases. Dieser schritt Liebknecht — das Durchbrechen des innerparteilichen Burgfriedens — führte zu einem forschenden Auftreten auch anderer sozialdemokratischer Kriegsgegner. Auf zahlreichen Versammlungen wurde nicht nur über die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg diskutiert, sondern es wurden auch häufig Resolutionen gegen die Burgfriedenspolitik, für eine Politik des Klassenkampfes gegen den Krieg verabschiedet. Eine weitere Konsequenz der Reichstagsitzung war — aufgrund der Weigerung, Liebknechts Rede in die Protokolle aufzunehmen, die Gründung der „Spartacusbriefe“, die zu einem der zentralen Sammelpunkte des radikalen Flügels der SPD-Opposition wurden. Gegen Liebknecht selbst wurde vom SPD-Vorstand ein regelrechtes Kesseltreiben veranstaltet, sein Verhalten als „unverzeibar mit dem Interesse der deutschen

Sozialdemokratie“ erklärt. Liebknecht wurde als Sozialist im Februar 1913 in die Armee eingezogen.

Vom zentralistischen Flügel der Opposition gingen keine Aktivitäten aus, sie hielten weiterhin still, unterstützten keine mutigen die Mehrheitspolitik und hielten die Fäuste in der Tasche. Für einen eigenständigen Organisation oder offenen Austragen der Konflikte kamen für sie weiterhin nicht in Frage.

1916: Es geht voran ...

Zu Beginn des Jahres verstärkten die Linken ihre Aktivitäten weiter. Über die „Spartacusbriefe“ und zahlreiche Flugblätter versuchten sie, ihren Widerstand öffentlich zu machen. Im März stimmte außer Liebknecht auch Otto Rühle gegen den Eintrag der Regierung; etwa 30 weitere Abgeordnete waren einer klaren Stellungnahme durch Nichtanwesenheit zum Zeitpunkt der Abstimmung ausgewichen. Die Mehrheit stimmte dem Eintrag zu (ein für die SPD bis dahin einmaliger Vorgang) mit der Begründung: die Gründe, die zu ihrer Zustimmung zu den Krediten geführt hätten, seien nach wie vor gültig; an der Kriegslage habe sich nichts verändert. Das ganze Ausmaß der Vorstandsposition, aber auch der Grad der Anpassung der Zentralsen, wird etwas deutlicher, liest man, was Scheidemann erst kurz zuvor erklärt hatte: „... Größer als die Sorgen und Schmerzen müssen unser unbedingter Wille, unsere unerschütterliche Entschlossenheit sein. Wir wollen die furchtbare Zeit nicht nur in klarem Bewußtsein mit offenen Augen durchleben, wir wollen auch die Absichten unserer Feinde zu ahnden machen; wir wollen siegen! ... Ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siegel!“ (8).

„Die Bewilligung des Eisats gab der Opposition einen Agitationsmaterial. Die heiligen Meinungskämpfe über diese Frage auf fast allen Parteitagungen und die klaren Beschlüsse der Partei

Opposition guten Agitationsmaterial. Die heiligen Meinungskämpfe über diese Frage auf fast allen Parteitagungen und die klaren Beschlüsse der Partei waren den Mitgliedern noch in lebhafter Erinnerung. Die Opposition

nutzte das auch tüchtig aus, indem sie in einem kleinen Flugblatt schrieb: „Wir klagen die Reichstagsfraktion an, die bisherigen Parteigrundsätze und damit zugleich den Gedanken der Klassenkampfes verstoßen zu haben. Die Fraktion hat ...“ (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (1422) (1423) (1424) (1425) (1426) (1427)

Höre staune gute Laune

Ein Zitat von den Residents vorweg: „Ignorance of your own culture is not considered to be cool“. („Dein eigenes Kultur zu ignorieren ist uncool“). In den letzten Jahren hat die Musik — insbesondere die deutsche — eine interessante Entwicklung durchgemacht. Nachdem der Punk mehr oder weniger tot war, d.h. sich keine neuen Entwicklungen in der Punk-Musik mehr ankündigten (Auflösung der SEX PISTOLS, die CLASH ging zu einem großen Plattenkonzert), entwickelten sich aus der Punk-Musik neue Musikarten, die sich teilweise auf afrikanische Rhythmen und Instrumente stützten, teilweise auf Musik der 60er Jahre: Beat, Rockabilly, R&B und neuerdings auch Psychodelia. Deutsche Gruppen begannen zu diesem Zeitpunkt eine eigenständige Entwicklung (1978/79). Doch schienen die Vorzeichen nicht allzu gut: „Die Voraussetzungen für eine von den Bands und Fans selbstorganisierte Bewegung fehlten: es gibt keine eigene Rockgeschichte und entsprechend keine historische Bewusstheit. Die Entwicklung einer gesellschaftlich selbstbestimmten Artikulationsform bräuhete zur Voraussetzung, daß sich zunächst die Produktions- und Distributionsverhältnisse ändern. Preisfrage: Welche deutsche Gruppe wird es schaffen, ihren Interessen selbst wahrzunehmen?“ (Alfred Hübner in der Sonntagszeitung).

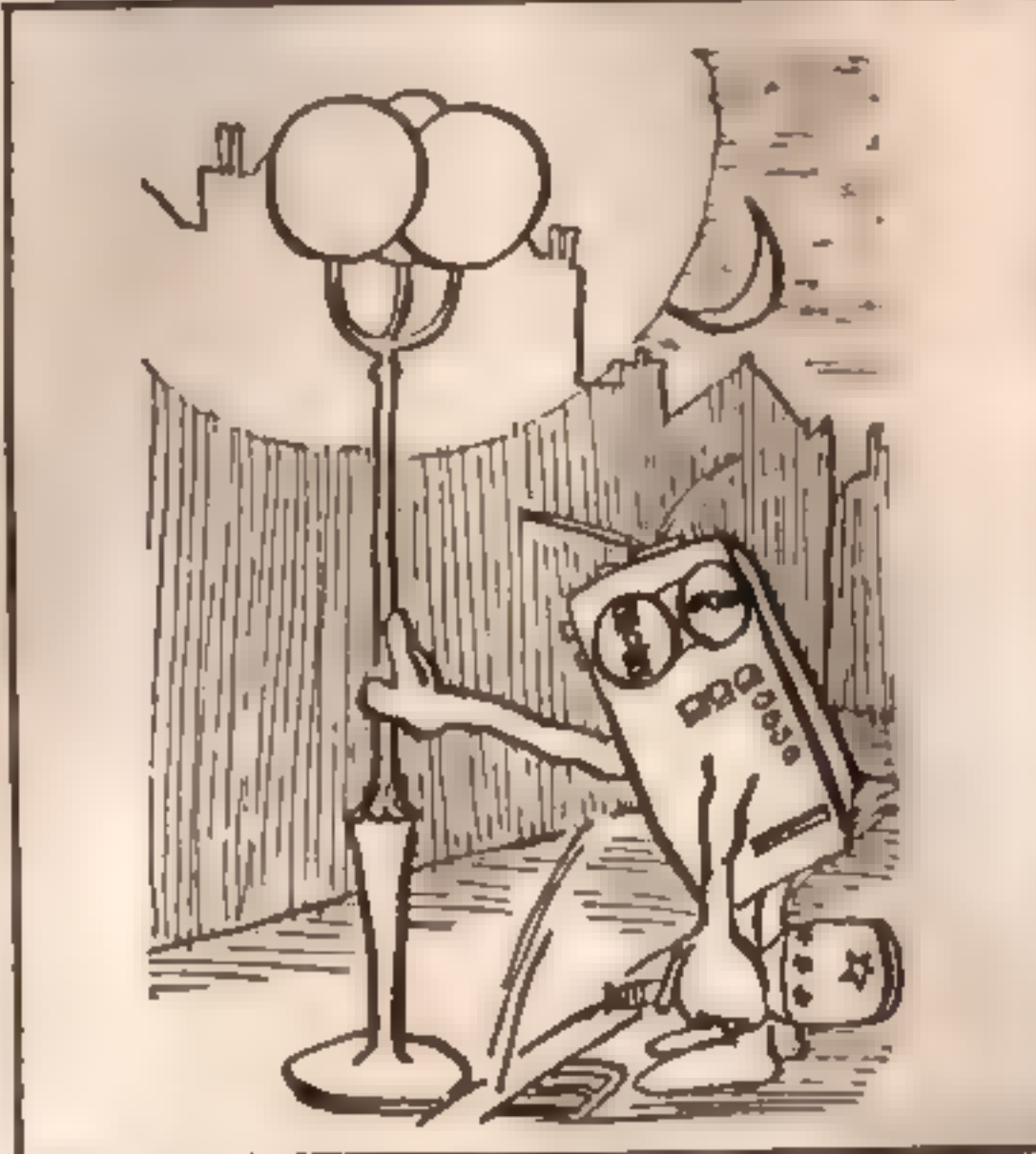
Es entstanden neue Labels, die unabhängig von den großen Plattenkonzerten agierten oder sogar LPs von den jeweiligen lokalen Gruppen rausbrachten. Es entstanden immer mehr Gruppen, die sich durch ihre herausragenden/festigen Namen auszeichneten: DIE TÖDLICHE DORIS, DEUTSCH AMERIKANISCHE FREUNDSCHAFT, FAHNLEIN FIEBELSCHWEIF usw.

Die Texte wurden deutsch: teils Nonsens-Texte, teils tiefgreifende oder politische Texte. Diese „politischen“ Texte zeigten, daß es auch ohne Parolenlieferung geht, daß es genügt, alltägliche Situationen zu beschreiben, um einen politischen Text zu machen. „Der Realismus, von dem ich spreche, kann sogar trotz der Ansichten des Autors in Erscheinung treten“ (N. Ungla).

Oft wird neuen Gruppen vorgeworfen, sie seien faschistisch, was sich auch schon durch ihre Namen zeigte (z.B. KRAFT DURCH FROIDE). Ich glaube, solche Sachen sind eher auf die Stiefheit der Linken, als auf die angeblichen Fascho-Gruppen zurückzuführen.

Der erste Mensch, der in einer Tonne die Niagarafälle hinunterfuhr, war eine Frau

Was unbedingt zu der neuen Musik gehört, ist Frauenmusik. Alles, d.h. unter sich oder mit Typen zusammen, und sie tun nicht mehr wegzudenkende Faktor der neuen Musik. Anfangen hat es zu Anfang der Punk-Zeit, als zunehmend Frauen Musik machten. Diese Entwicklung verstärkte sich. Bald gab es ausschließlich Frauengruppen, und zwar nicht als Vorzeigefrauen, sondern als Musikerinnen. In Großbritannien sind Frauen noch wichtiger als in der BRD, wo die Entwicklung erst beginnt. Als Gruppen oder Musikerinnen haben sie eine wichtige Rolle als



gegangen, gleich zur Industrie zu gehen, weil sie den Indus genauso kapitalistische Politik vorwerfen wie der Industrie. Ein anderer wichtiger Teil neuer Kultur sind die sog. Fanzenes. Sie kommen noch aus der Punk-Zeit und sind kleine, regionale Zeitungen, neuerdings sogar Cassetten. Sie berichten über Auftritte von Gruppen im jeweiligen Gebiet, machen Interviews mit lokalen Gruppen und liefern Rezensionen. Auf den Cassetten-Fanzenes sind sogar Anspielproben. Fanzenes sind wenig ver-

„Über die Notwendigkeit der Kritik. Bei der Linken geben sich viele damit zufrieden, die Authentizität dessen, was einer macht, zu akzeptieren und dieses Handeln zu unterstützen. Die Angst davor, ein Qualitätsurteil abzugeben, über die Handlungsweise anderer hat eine lähmende Wirkung auf die Linke. Entscheidungen über die Qualität (von Musik) sind ein Problem der sozialistischen Praxis. Die Leute haben Angst, zu sagen, dies ist schlecht, das ist gut, weil sie glauben, daß jeder, dem die Möglichkeit dazu gegeben wird, es was (wies) hervorbringen kann, hat scheidungen über Qualität seien daher Bestandteil einer Ideologie, die sie ab-

lieber zuviel als zu wenig



„Trendsetterinnen“: RAINCOATS, SLITS, MO-DETTES, AU PAIRS. Wenn es sich teilweise zufällig ergeben hat, eine Frauenband zu machen, ist es oft auch sehr bewußt. MALARIA z.B. lehnen es ab, nur Typen Musik zu machen.

Provinz/Fanzines/Unabhängige Vertriebe

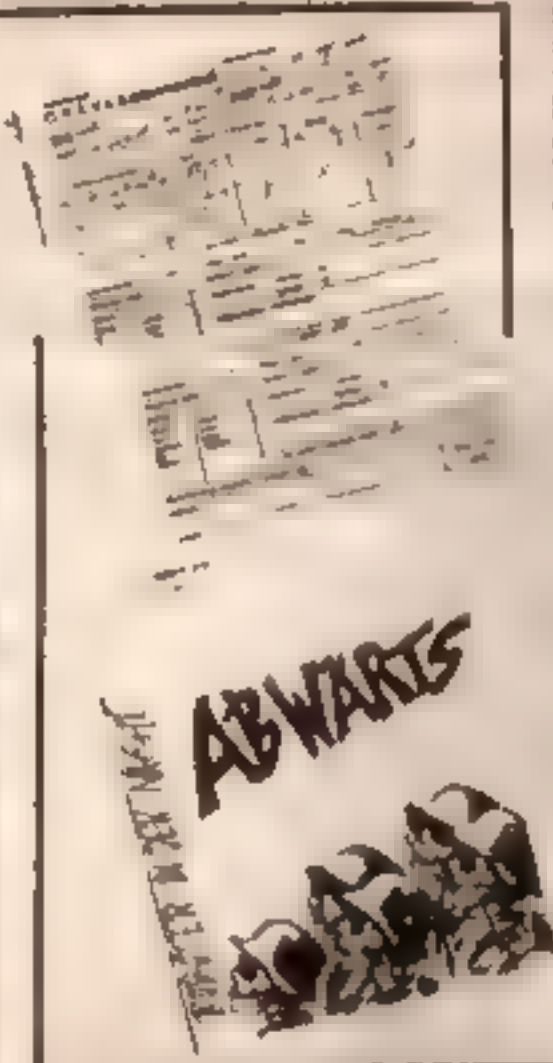
Die Verhältnisse änderten NoFun und ZuckZack und viele andere unabhängige Labels gründeten sich, und so konnten 79/80 Hans-A-Platz und S.Y.P.H. mit ihren ersten selbstproduzierten Platten aufwarten.

Die Indie-Platten sind kaum im „normalen“ Plattenhandel zu haben, sondern nur in den Läden der Vertriebe. La bahnen sich hier jedoch auch negative Entwicklungen an. Die Indies stehen in Konkurrenz zueinander, und in den großen Firmen gibt es eine Tendenz zum Aufkaufen der Indies, was



dazu führte, daß es relativ viele halb-unabhängige Labels gibt, oder daß die Labels unabhängig sind und der Vertrieb von den Gruppen getätigt wird. Einige Musiker sind deshalb dazu überge-

packt und layoutet, haben allerdings eine relativ kleine Auflage und somit Sammlerwert als Kunstwerk. Sie sind besonders in der Provinz wichtig, denn sie sind für die unbekannten Gruppen einzige Basis für Bekanntheit. Auch kann man aus der sogenannten Provinz einen Cassettenboom melden. Unbekannte Gruppen oder Einzelkünstler bekommen einfach ein Tape auf und überspielen es mehrere Male. In Berlin-West und im Ruhrgebiet gibt es schon Cassettenlabels. Selbst größere Indies wie Rough Trade bringen jetzt Cassetten heraus.



lehnen“ (O. Travis von ROUGH TRADE)

TJ., Kulturkommission unter Märbel von Ik tac



1978: Die Residents rüsten sich für ein wildes Wochenende

Unbarmherzig wie Papier ...

Was Sie schon immer über Punk wissen wollten, wird Ihnen auch in diesem Buch nicht verraten. Eine Besprechung über das Buch „(A)N(I)X(T) PUNK. Leben im toten Herz der Nische“. Die Autoren: Günter Franzen und Boris Pentz, Inhalt:

Jahrgang 47: Nylon und Schmorbraten
Pattex und Padagogik
Mr. Bowie meets Mr. Schmidt
Zmal Deuschroulell
Krieg der Zeichen
Müllabfuhr oder Deichbau
Unbarmherzig wie Beton
Yesterday heroes
Forever Young

Was will uns der Autor damit sagen oder was hat das mit der Hochbahn zu tun? Auschnitte aus der Inhaltsangabe des Last-Exit Buches, wo drinsteht, was ein Vater dabei hatte, als er, erstickt am Erbrochenem, gefunden wurde. Aha, bitte, das interessiert alle, die es wissen wollen, aber es gibt viele Leute, die wollen es nicht wissen.

Wie schreibe ICH ein Buch über Punk? Man/frau nehme: Ein Fremdwörterlexikon, ein altes Tagebuch, ein Geschichtsbuch, ein Buch „Die interessantesten Satzbauten der deutschen Literatur“. Man/frau lasse weg: Alles über Punk, seine Intelligenz (falls vorhanden ...) und überhaupt alles, was informativ sein könnte. Neue Deutsche Inhaltslosigkeit; die beiden Autoren, Günter Franzen und Boris Pentz, versuchen sich gegenseitig zu überbieten. Der Autor selbst: „Es gibt viele Wege, das Thema zu verfehlen“. Dieses Buch, erschienen in der rororo-panther-Reihe, ist einer davon. O-Ton-Franzen: „Es steckt in diesem Buch an allen Ecken und Enden — Montagen, Collagen, Fragmente. Weniger verstanden als kalkulierte formale Gestaltungsmittel, denn als Versuch, den fahelnden Schein einer Versöhnung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ich hasse Putzles. Ray Bradbury „Illustrierter Mann“ ist sich in Myriaden idiosyncratischer Körpersteile, schmerzhafter Empfindungen, Bilder und Geschichten auf.“ Ab damit! Dies ist nur eine kleine Kostprobe von dem Müll auf 107 Seiten. Dazu noch: „Manchen, die man nie vergißt“ von einem Ulrich Greßbächer: Einige plumpe, nicht zu beschreibende Beschreibungen. Nachdem festgestellt wurde, daß die Gewalt ein Dschungel konkurrierender Lügen ist, kommen die beiden Lichtblicke des Buches. Übrigens nicht von den Autoren. Zuerst Zotty: Sie beschreibt, wie sie zum Punk gekommen ist. „Punk kannte ich nicht definieren ...“. Genaue beschreibt sie jedoch ihr Lebensgefühl: „Fühlt sich leicht an, die Punk-Kultur nicht definieren ...“. Genaue beschreibt sie jedoch ihr Lebensgefühl: „... Es gibt echt coole Alts, die gut drauf sind, die haben ja nichts mehr zu verlieren. Wenn alle an den Punk kommen, und an den müssen sie eigentlich alle kommen, Wahnsinn, allen Wahnsinn. Aber die meisten haben's weggeschwungen, merken nichts und drohen die Scheiße, die läuft, gegen uns. Ich bin neulich nacht mit dem Taxi zum 'Schlitz' gefahren, weil ich hier nichts alleine rumlaufen wollte, und da sagt der Taxifahrer zu mir: 'Was biste denn nun, 'n Punk oder 'n Indianer? Und hat mich laufend verarscht. Die hab ich genug: 'Ich bin ihr TRIEB!' und bin ausgestiegen.“ — Das ist die beste Stelle im ganzen Buch. Man/frau kann sie sich also auszeichnen und einrahmen, so daß der Kauf des Buches überflüssig wird. Dann Dorotheas Reflexion. Sie beschreibt sich in ihrer Beschäftigung mit dem Punk, dem „Lebenswill der Verneinung“ (O-Ton Dorotheas Eltern). „Wenn ich in die U-Bahn steige, weiß ich, daß mich die Leute anstarren werden, weil sie auf Kleidungs-signale reagieren. Ich will auffallen, will protestieren, will mich zu meiner Meinung bekennen. Viele Fragen drängen sich mir auf: Hat es Sinn, in die Schule zu gehen, wenn die Zukunft ganz und gar unsicher ist? Hat es Sinn, mit 18 Jahren eine der großen Parteien zu wählen, während sie sich einander angeln und menschenfeindliche Politik betreiben? Hat es Sinn, nach Werten zu streben, die in unserer Gesellschaft gültig sind? Hat es Sinn, in einer derartigen Umgebung unter Druck und Stress zu leben?“ — Dorothea hat ihren Beitrag selbst geschrieben, Zotty wurde interviewt.

Es ist ja gerade sehr modern, über die Jugend von heute Bücher zu schreiben. Daß die Autoren sich profilieren müssen, ist ja schon und gut, aber in diesem Buch würden ein paar schöne Fotos mehr und gute Beiträge, wie z.B. von Zotty und Dorothea, reichen. Die Bemühungen der Grafik-Abteilung von Rowohlts waren rührend. Leben im toten Herz der Nische. Herzliches Beifall! B. und T.J. im Heraus der Kulturkommission

DER MUSSOLINI

Och in die Knie! Wackel mit den Hüften!
Klatsch in die Hände und tanz den MUSSOLINI!
Tanz den ADOLF HITLER! Beweg deinen Hintern!
Und tanz den JESUS CHRISTUS!
Und tanz den Kommunismus!

Den westdeutschen Linken im Rotbuch geschrieben: Daß radikaler Inhalt auch radikale Form hat, dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben! Da wird zwar ein Synthesizer-Ton gerade noch in Kauf genommen. Aber die Kunst der Neuen Deutschen Weite beschränkt sich im allgemeinen auf das „Es geht vorne“ von dem FEHLFARBEN.

Beim wahren Künstler ist das beschränkt sich im allgemeinen auf das „Es geht vorne“ von dem FEHLFARBEN. „Beim wahren Künstler ist das soziale Rezept, das er empfindet, Nebenache: die Quelle seiner Kunst, ihr belebender Geist, nicht das Ziel, das er sich bewußt steckt, ist das Ausdrucksgebende“ (Rosa Luxemburg). Klar, fragwürdig ist es schon, wenn Zuschauer auf dem DAF-Konzert die Hände zum Hitlergruß recken. DAF sollte klarstellen, ob sie so etwas will oder nicht, sollte in dem Zusammenhang argumentieren. Doch man/frau kann im allgemeinen sagen, daß die neuen Gruppen fortschrittlich sind. Fortschrittlich in jedem Fall insofern, als sie fortschrittliche/neue Musik machen. Relativ „links“ ist auch, daß nur selten „Liberalismus“ geübt wird. Liberalismus heißt nicht, sich neuen Zielen, Praktiken, Instrumenten zu öffnen, sondern Liberalismus heißt in diesem Zusammenhang, sich auf dem Gemachten auszuruhen, es auszunutzen, sich wegen des Kommerz-Erfolges der Industrie zu öffnen, und nicht, um etwas zu vernichten, oder erfolgreiche/radikale Musik zu machen, sich dabei aber zu verraten. Münderweile ist die NDW in aller Munde und eine Kommerzialisierung ist in vollem Gange. Levi's veranstaltet Festivals mit NDW-Gruppen. „Ideal“ kommt bald jedem Kind. K-Tel bringt einen NDW-Sampler raus.

Neue Avantgarde-Musik???

Seidem neu experimentiert wird, gibt es den Begriff der Avantgarde-Musik wieder. Das ist meist Zuhörermusik, teilweise auch anstrengend schrill, Jazz oder Funkklänge werden von Avantgardisten eingesetzt. Sogar folkloristische Instrumente spielen eine Rolle. Geige usw. Diese Entwicklungen haben auch auf andere Musikstile Einfluß gehabt: im Jazz gibt es wieder gute tanzbare Musik sowie im Funk Jazz. Man/frau sagt: „Die Musik hat heute einen Stand erreicht, den die Kunst vor 50 Jahren erreicht hat!“

MILITÖRK

Kebab-Träume in der Mauerstadt
Türk Kultur hinter Stacheldraht
Neu-Liebe in der DDR
Müjyet für die Sowjetunion
In jeder Imbissstube ein Spion
Im ZK Agent aus Türkei
Deutschland, Deutschland
Alles ist vorbei

(G. Delgado, DAF)

REDS —

Drei OSCARS für die Revolution?

REDS — das ist die politische Biographie John Reeds, des Autors des Tagebuchs der russischen Revolution, „Ten days that shook the world“.

Reed war mehr als nur ein Augenzeugen der Revolution: ein engagierter Internationalist, der im eigenen Land auf der Seite der radikalen Kriegsgegner stand. Damit ist REDS aktuell, nimmt Stellung gegen das Amerika Reagan.

Doch REDS ist mehr: Nämlich die Geschichte einer Beziehung, die an dem Widerspruch zwischen Liebe und Emanzipation fest erstickt. Ein Film also, der brennende Probleme unserer Situation anspricht — und trotzdem: made in Hollywood.

Das wohl Frappierendste an dem Film, der mitten in der Reagan-Ära anläuft, ist, daß sein Hauptinhalt um die Frage von Krieg und Revolution kreist. In mehreren Filmabschnitten stellt REDS das internationalistische Engagement Reeds heraus. Reed mischt sich 1916 als Journalist in die Debatten der Sozialistischen Partei ein, von der er öffentlich eine Stellungnahme gegen die Truppenmobilisierung verlangt. Im weiteren Verlauf des Films wird mit erstaunlicher Deutlichkeit auf die Auseinandersetzungen in der damaligen II. Internationale eingegangen und für den linken Flügel Partei ergriffen. Nach der Oktoberrevolution wird John Reed in das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei der USA gewählt, in

dem die Linken nun eine starke Position haben. Sie werden wenig später von den Rechten ausgeschlossen und mit Hilfe der Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt — von derselben Polizei, die (wie ebenfalls im Film gezeigt) Arbeiterversammlungen gewaltsam auflöst. Reed beteiligt sich daraufhin führend am Aufbau der Kommunistischen Arbeiterpartei der USA und kehrt als ihr Delegierter in die SU zurück.

Louise Bryant taucht vor einem Untersuchungsausschuß auf, der in seinem inquisitorischen Charakter wie ein Vorgriff auf den McCarthyismus wirkt; sie erklärt in dieser Anhörung ihre Parteinahme für die russische Revolution: Der US-Präsident Wilson versprach im Wahlkampf den Frieden, sechs Monate später standen die USA im Krieg. Die Bolschewiki versprachen, den Krieg zu beenden, sechs Monate später hatte Rußland Frieden.

Mehrfach stellt REDS den Weltkrieg als Auslöser der Revolution heraus, prangert er die Heuchelei der US-Politiker und die „Vaterlandsverteidigung“ der Sozialistischen Partei an. REDS nimmt Partei für eine internationalistische Position.

Warren Beatty, Regisseur des Films, spielt die Hauptrolle selbst. Als John Reed hält er internationalistische Reden, attackiert er den Sozialchauvinismus. Als Regisseur zeigt er die Verfolgung der Linken in den USA, berichtet von der Beteiligung der USA an der Intervention gegen die Sowjetunion, von der Zusammenarbeit von Rechtssozialisten und Staat gegen die Linken.

REDS macht historische Erfahrungen der Arbeiterbewegung in einer Form zugänglich, die mehr Menschen als jedes Flugblatt und jede schriftliche Beschreibung erreicht. Seine Helden sind sowohl aufgebauscht, daß ihr Äußeres ihre Bedeutung unterstreicht; athletische Vollblutrevolutionäre, bilderbuch-schöne Frauen, tatkräftige Geistes und hektische Funktionäre; die Kampfszenen erinnern etwas an Lawrence von Arabien, dramatische Musikuntermalung und ein großer Schuß Romantik, harsch am Kitzel vorbei. Soweit klassischer Hollywood-Stil.

Der Stil des Films mag manchem Linken böse Bauchschmerzen machen. Und in der Tat ist es paradox: Während die Linke den „Abschied vom Proletariat“ feiert und ihre ehemals überschwebende Identifikation mit der „frühen“ Sowjetunion zu verdrängen sucht, taucht ausgerechnet aus Hollywood ein Film auf, der alle positiven Gefühle für den russischen Oktober (wieder) aufwühlt. Die INTERNATIONALE in einer überfüllten Fabrik, rote Fahnen auf dem Winterpalais, Lenin und Trotzky im Smolny.

Die Begeisterung für die russische Revolution, die REDS herausstellt und nachvollziehbar macht, weicht bei den Filmfiguren langsam dem Zweifel der Ernüchterung. Emma Goldmann als Anarchistin und John Reed bekommen auf unterschiedliche Art Zweifel, als sich zeigt, daß die Revolution ihrer sozialistischen Zielsetzung nicht gerecht zu werden vermag. Der im Film von Smolny verkörperte Bürokratismus wird jedoch nicht zum Antikommunismus gewendet. Von allen Schwierigkeiten der Revolution strichelt REDS nur eine hervor: die Umsiedlung Rußlands durch die Interventionstruppen. REDS läßt keinen Zweifel an dem Versuch der USA, die russische Revolution durch Krieg zu ersticken, und konfrontiert diese Tatsache mit den Forderungen der US-Politiker, man kämpfe für die Welt-demokratie. Sofern dies in einem

Spielfilm überhaupt möglich ist, bemüht sich REDS um historische Objektivität. Er vermittelt Geschichte, verarbeitet historische Tatsachen. Daß dieser Film in den USA zu einem Kassenschlager zu werden scheint, soll uns nur recht sein. Denn REDS spricht aus, was selbst viele Linke längst wieder vergessen haben: Daß die Revolution die einzige Möglichkeit für das russische Volk war, den Frieden zu erlangen — und daß dieser Frieden gegen die Armeen der bürgerlichen Demokratien erkämpft werden mußte. Ein Film also, der die bis heute aktuelle Legitimierung der US-Außenpolitik als Welthüter der Demokratie durch historische Tatsachen widerlegt.

REDS ist inhaltlich alles andere als ein klassischer Hollywood-Schinken. REDS ist ein fortschrittlicher und ein aktueller Film. Da mag man den Hollywood-Stil verzeihen.

Die Frau an seiner Seite

Louise Bryant, eine junge schöne Frau, begegnet Reed in einer Phase ihres Lebens, wo sie versucht, aus dem spißig-konservativen Leben ihrer Kleinstadt auszubrechen. Sie schockiert als künstlerisches Akt-Modell, beteiligt sich an politischen Debatten und versucht, als Journalistin auch beruflich einen eigenen Weg zu finden. So begegnet sie Reed zunächst mit der Stärke einer Frau, die sich im Kampf weiß gegen die Fesseln ihrer bürgerlich-weiblichen Existenz.

Doch die Illusion dieser Stärke platzt sehr schnell. Als Reed Louise bittet, mit ihm zu kommen, stellt sie die Kernfrage: „Als was soll ich mitkommen? Als deine Freundin, Ge-“

ner Kleinstadt auszubrechen. Sie schockiert als künstlerisches Akt-Modell, beteiligt sich an politischen Debatten und versucht, als Journalistin auch beruflich einen eigenen Weg zu finden. So begegnet sie Reed zunächst mit der Stärke einer Frau, die sich im Kampf weiß gegen die Fesseln ihrer bürgerlich-weiblichen Existenz.

Doch die Illusion dieser Stärke platzt sehr schnell. Als Reed Louise bittet, mit ihm zu kommen, stellt sie die Kernfrage: „Als was soll ich mitkommen? Als deine Freundin, Ge-“



liebte, Konkubine, als was?“. Ihre Zuneigung zu Reed ist stärker als ihre Skepsis, und das Leben mit ihm verspricht einen Ausweg aus der Enge ihres Daseins.

Trotz des Rauschs der Verliebtheit stellt sich in der politischen Aufbruchstimmung der New Yorker intellektuellen-Szene die Frage „Als was?“ umso härter. Beispielsweise ist Louise Begegnung mit Emma Goldmann; die ältere, emanzipierte Anarchistin hat für die hübsche Frau an seiner Seite nur verachtungsvolle Gleichgültigkeit: Louise als mittel-mäßige Autorin politisch unerster Artikel, die sich engagieren will, doch unfähig ist, sich eine eigene Existenz zu erkämpfen, die ihre Umwelt zwingen würde, sie ernst zu nehmen.

Louise kämpft zwar, doch gegen Windmühlensflügel: Mit dem starken Reed an ihrer Seite, der politisch und persönlich glänzt, wo er nur auftritt, werden für die junge Frau Maßstäbe gesetzt, die ihr kaum Raum lassen für die mühevollen kleinen Schritte ihrer Emanzipation.

Bedrückend klassisch sind die Konsequenzen dieses Konflikts: In der Angst, die Bruchstücke ihrer Identität zusammenzuhalten, kann sie auch solidarische Kritik ihres Geliebten nicht akzeptieren; sie hat sich selbst wegen ihrer Besitzansprüche an Reed, die ihrem eigenen Ideal einer Partnerschaft mit allen Freiheiten widersprechen. Wie schwach ihre Ideale emotional verankert sind, zeigt sie, als sie ein Verhältnis mit dem Schriftsteller Eugene O'Neill beginnt, der um sie mit dem klassisch-männlichen

Versprechen wirbt, sie zum angehim-melten Mittelpunkt seines Lebens zu machen.

Louise bleibt immer wieder aus der Beziehung zu Reed, doch mit verzweifelter Ernsthaftigkeit erst dann, als das „Liebestösende Gift der eigenen seelischen Enge“ (A. Kollontai) so stark geworden ist, daß sie die Arbeit in einem Nachrichten-Büro an der französischen Kriegsfrente dem unbefriedigenden Leben an der Seite Reeds vorzieht.

Als er sie bittet, ihn ins revolutionäre Rußland zu begleiten, stellt sie ihre Bedingungen: eigene Arbeit, keine Abhängigkeit. Die Begeisterung für die russische Revolution, die gemeinsame Teilnahme an den „zehn Tagen, die die Welt erschütterten“, spült ihre alten Selbstzweifel und die Kleinlichkeit im Geschlechterkampf hinweg: Ihre Liebesbeziehung

„Noch heute ... gehört es zum sogenannten guten Ton, den bolschewistischen Aufstand ein „Abenteuer“ zu nennen. Ein Abenteuer war es, und eines der herrlichsten, das die Menschheit aufzuweisen hat.“ (John Reed)

blüht neu auf, verschmilzt mit gemeinsamer, solidarischer Arbeit, getragen vom Rausch der Revolution. Die rasante Umgestaltung der persönlichen Verhältnisse in der Teilnahme am revolutionären Geschehen wird im Film symbolisiert durch die rasche Szenenfolge von Erotik, Arbeit, Massendemonstrationen. Eine zum Klischee geratene Wunschvorstellung? Vielleicht, doch ist es ein sympathischer Traum. Und: Der Film selber nährt den Zweifel; es bleibt im Dunklen, was Louise eigentlich macht; als Reed aus der Rolle des Berichterstatters ausbricht und eine flammend-internationalistische Rede vor streikenden russi-

„Abenteuer“ zu nennen. Ein Abenteuer war es, und eines der herrlichsten, das die Menschheit aufzuweisen hat.“ (John Reed)

blüht neu auf, verschmilzt mit gemeinsamer, solidarischer Arbeit, getragen vom Rausch der Revolution. Die rasante Umgestaltung der persönlichen Verhältnisse in der Teilnahme am revolutionären Geschehen wird im Film symbolisiert durch die rasche Szenenfolge von Erotik, Arbeit, Massendemonstrationen. Eine zum Klischee geratene Wunschvorstellung? Vielleicht, doch ist es ein sympathischer Traum. Und: Der Film selber nährt den Zweifel; es bleibt im Dunklen, was Louise eigentlich macht; als Reed aus der Rolle des Berichterstatters ausbricht und eine flammend-internationalistische Rede vor streikenden russi-

Die rasante Umgestaltung der persönlichen Verhältnisse in der Teilnahme am revolutionären Geschehen wird im Film symbolisiert durch die rasche Szenenfolge von Erotik, Arbeit, Massendemonstrationen. Eine zum Klischee geratene Wunschvorstellung? Vielleicht, doch ist es ein sympathischer Traum. Und: Der Film selber nährt den Zweifel; es bleibt im Dunklen, was Louise eigentlich macht; als Reed aus der Rolle des Berichterstatters ausbricht und eine flammend-internationalistische Rede vor streikenden russi-

Der „Spiegel“ — vom Winde zur KVZ verweht

Durch ausführliche Kritiken — vom Lob bis zum Verriß — in fast allen bürgerlichen Zeitungen hat REDS eine außerordentliche Publizität erhalten. Die interessante Macht des Films und der (kultur)politisch ungewöhnliche Zeitpunkt, zu dem er vor allem in den USA auf den Markt gekommen ist, bewegt all die bürgerlichen Blätter, die mit der Artikel eines John Reed heute nie abdrucken würden.

Getreu dieser Doppelmoral wird über den „liberalen Geist des Films“ („Spiegel“) geplaudert, doch im Grunde kann die bürgerliche Kritik einen derartigen Film nicht verstehen, da sie mit der Begeisterung für revolutionäre und emanzipatorische Ziele nichts am Hut hat. Zu welcher Platitude sich dieses Unverständnis steigern kann, zeigt eine Komprobe des „Spiegel“-Kritikers Hellmuth Karasek, wonach nicht einer der Dämmersten: „Kommunisten? Ja, doch im Grunde ihres Herzens sind Reed und seine Gefährtin vor allem Menschen und Liebende. Während die Sowjetunion von einem Isoliergürtel umgeben nach innen und außen ums Überleben kämpft, ist John Reed damit beschäftigt, auf dem Moskauer Hauptpostamt glühend stammelnde Verzweiflungstelegramme nach den USA zu senden ...“ Sehnsucht mitten im Bürgerkrieg, Liebe und Kommunismus, tezt sie, wie kann man nur! Das KBW-Puschenmännchen blinzelt freudig-bewegt auf seinem Sterbebett ...

schen Arbeitern hält, steht Louise mit Tränen der Freude abseits. Die Verhältnisse lassen die Frage gar nicht erst zu — es ist klar, daß er redet. Obwohl sie, wie sich später in ganz wenigen Szenen zeigt, in der Lage ist, in amerikanischen Versammlungen politisch klar und agitatorisch zu sprechen — als sie allein auftritt.

Ihren persönlich-revolutionären Sprung macht Louise erst, als sie allein illegal ins von den weißen Truppen eingeschlossene Rußland geht (1919), um Reed zu suchen — ein lebensgefährliches Wagnis, zu dem sie nicht nur ihre Liebe treibt, sondern das sie auch als eine Herausforderung annimmt. Nach einer wochenlangen Reise, deren Beschwerden sie bewältigen gemeinsam mit den männlichen Helden der Revolution zuge-traut wird, findet sie Reed totkrank, von Sehnsucht und Zweifeln zermürbt.

Er begreift erst kurz vor seinem Tod voll die Tragik ihrer Liebe: Zu ihrer Hoffnung auf eine gemeinsame Rückkehr in die USA stellt nun er an sie ihre Frage „Als was?“. Trotz ihrer erreichten Stärke bleibt ihre Antwort auch jetzt noch unsicher: „Vielleicht als Genossin?“

Für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie ist die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau von einer überraschenden Sensibilität. Auch wenn der Zusammenhang von Revolution und Emanzipation manchmal zur klischeehaften Romantik gerät, ist es doch gerade dieser Zusammenhang, der den Film auch unter Frauen-Aspekten aufwühlender macht, als manches von

„Als was?“. Trotz ihrer erreichten Stärke bleibt ihre Antwort auch jetzt noch unsicher: „Vielleicht als Genossin?“

Für einen Hollywood-Film unter männlicher Regie ist die Darstellung der um ihre Emanzipation ringenden Frau von einer überraschenden Sensibilität. Auch wenn der Zusammenhang von Revolution und Emanzipation manchmal zur klischeehaften Romantik gerät, ist es doch gerade dieser Zusammenhang, der den Film auch unter Frauen-Aspekten aufwühlender macht, als manches von der links-bürgerlichen Mode hervorgebrachte Werk, das den rein persönlichen Geschlechterkampf zum Drama schlechthin erhebt und damit meist nur ein schales Gefühl der Ausichtslosigkeit hinterläßt.

REDS macht traurig und wütend, aber auch sehnsüchtig nach Verhältnissen, wo die Vereinbarkeit von Liebesbeziehung und Emanzipation mehr sein kann als eine romantisch-kurze Episode.

J. und Ch., Hamburg

bruchstücke zur Identität

bruchstücke zur Identität

Identität — hast du sie? Ich? wahllos können wir prothesen bekommen aus beliebigen Jahrhunderten oder Jahrzehnten oder auch kraftstrotzende proletariemuskel aus kunstfleisch manche belieben sich so zu begegnen manche leben von bloßer distanz keiner nation zugehörig keiner kultur ausgespuckt aus dem zerbröckeligen mund der geschichte

hinter uns traum von freiheit gleichheit brüderlichkeit unvollendet abgefaßt auferstanden von den toten allein durch den faschismus

hinter uns traum vom menschen in einem land die große historische unvollendet abgefaßt

verlorenes paradies

faschismus stalinismus doppelter exil?

ich suchte mich in unserer zeit

ich finde mich außerhalb

wenn überhaugt

heimatlosigkeit

nicht zu wissen

auf welchen gempisamen nenne

diese anhaltende kapitalisierung des globus

die equalisierung die nivellierung

unterschiedlicher kulturen

geschichten systeme

usen

gebracht werden wird

der kleinste heilt

barbari

wie heißt der größte

Ks, 13.2.82

Kälte, Rohheit und die beste aller Welten

Interview über eine „Bambule“-Aufführung

„Wer war noch — Ulrike Meinhof? Ist sie eigentlich gestorben, ermordet worden oder hat sie sich umgebracht? Und wann? Wer von dem Menschenrecht Gebrauch macht, sich für das rasch wechselnde Personal auf der politischen Szene nur oberflächlich zu interessieren, der kann diese Fragen (...) heute kaum noch beantworten“ — „FAZ“, 21.12.1979.

Seitdem das Frankfurter Schauspiel wieder einen Intendanten hat, seitdem die „Mitbestimmung im künstlerischen Bereich“, die Peter Palitzsch und sein Ensemble 1972 erkämpft hatten, vom scheinbar progressiven Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann wieder außer Kraft gesetzt worden ist (siehe AK 200), ist die bürgerliche Kritik dem Theater wieder wohlgesonnen. Konnten sich die „linken Schauspieler“ (Peter Iden in der „FR“) ehemals mühen wie sie wollten, unter Adolf Dresens Alleinherrschaft ist ihnen der Applaus so sicher wie das Amen in der Kirche.

Überdeutlich wurde dieser theaterpolitische Umschwung bei der Premiere von Ulrike Meinhofs Stück „Bambule“, das von Henning Rühle und Frank Moritz auf der Bühne des Kammertheaters inszeniert wurde. Einhellig gab sich die Kritik begeistert von der sorgfältigen Arbeit der Regisseure und Schauspielenden einerseits, und dem Betroffenheit auslösenden Stück, das zu einer Zeit geschrieben worden sei, als die Meinhof noch vernünftig war, andererseits.

„Bambule“ — das Stück

Ulrike Meinhof wollte 1968 eine Kolumne für „konkret“ über den „Eichenhof“, ein geschlossenes Heim für Mädchen in Westberlin, schreiben. Aus den Kontakten, die sie dort u.a. zu Irene Goergens knüpfte, entstand dann mehr: erst ein O-Ton Hörspiel für den Hessischen Rundfunk („Was hab ich davon, wenn ich auf Trebe gehe“; gesendet am 14.11.69) und später ein Fernsehspiel für den SWF, das von Eberhard Ippen verfilmt (und bis heute nicht gesendet) wurde.

„Bambule“ — das Stück

Für die bisher vier Inszenierungen (Zürich, Bochum, Bremen, Frankfurt) war das Fernsehspiel jeweils die Bearbeitungsgrundlage. Erzählt wird dort die Geschichte der Flucht von Irene und Monika aus dem Heim; Irene entkommt, Monika wird eingekerkert. Die beiden Handlungsstränge laufen weiter: Irene wird draußen mit einer „Freiheit“ konfrontiert, die ihr nur die Chance läßt, auf den Strich zu gehen, was das zwei seit längerem aus dem Heim entlassene Freundinnen tun. Monika kommt im Heim in den Bunker, wo die ziemlich sozialdemokratische Erzieherin, Frau Lack, ihr das Gefühl vermittelt, sie kümmere sich um sie. Die anderen Mädchen im Heim werden bei ihrer stumpfsinnigen Arbeit und in ihrer stumpfsinnigen Freizeit gezeugt, von Erziehung kann bei ihnen kaum die Rede sein. Möglichkeiten werden ihnen keine gegeben, sie werden angepaßt oder bestraft.

Vor allem wird immer wieder versucht, eine sich anbahnende Solidarisierung der Mädchen untereinander zu verhindern. Das gelingt, weil die Heimleitung immer wieder scheinbar unterschiedliche Interessen für die Insassen entstehen läßt und sie so gegeneinander ausspielt. Während Monika im Bunker sitzt, versuchen die anderen unter Leitung von Iv, sie durch einen Sitzstreik vor dem Bunker freizukriegen. Monika kommt raus, muß aber zur Strafe für ihre Flucht ins Kloster. Von der Heimleiterin wird ihr aber suggeriert, die Verlegung ins Kloster erfolge wegen der Streikaktion der anderen, gegen die Monika jetzt wütend angeht.

„MONIKA: Ihr Schweine, ihr Arschkriecher. Jetzt muß ich ins Kloster. Wegen Euch! Warum habt ihr das gemacht? Ihr habt die Schuld!“ (Bambule, S. 66).

Am Ende des Stückes schlagen die Frauen als Reaktion auf eine erzieherische Maßnahme alle kurz und klein, machen Bambule. Die Bullen kommen und schaffen wieder Ordnung. Dann ein Gespräch über die Aktion zwischen Iv und Irene:

„IV: Wir machen ne Aktion — was passiert? Bambule! Alles kaputt, die Bullen, aus, bums. (...) IRENE: Quatsch! Wer Terror macht, den schmeißt se raus. Wer sich gut führt, der wird vergewaltigt. (...) Wenn du dich fühlst, freuen se sich, daß se dich fertig gemacht haben. Dafür sind se dann nett zu dir, daß se dich kaputt gemacht haben. Noe, du! Ne!“

„Bambule“ — die Reaktion

Der Film, den E. Ippen für den SWF drehte, wurde nie gesendet. Im Mai 70 wurde er kurzfristig aus dem ARD-Programm genommen, weil gegen Ulrike Meinhof ein Haftbefehl wegen der Befreiung von Andreas Baader vorlag. 1973 sollten Ausschnitte aus dem Film als Illustration für den Dokumentarfilm „Gewalt aus dem Dunkel — Terrorismus in Deutschland“ dienen, ein Vorgehen, gegen das sich Filmregisseur Ippen damals zur Wehr setzte, denn er habe nicht einen Film über Terrorismus, sondern einen Film über Fürsorgeerziehung gedreht. Den ganzen Film wollte der SWF aber wegen seiner Länge von 88 Minuten nicht ausstrahlen. Seitdem ist das Werk im Giftschrank des SWF untergebracht und soll dort auch verbleiben. Den Film über Fürsorgeerziehung gedreht. Den ganzen Film wollte der SWF aber wegen seiner Länge von 88 Minuten nicht ausstrahlen. Seitdem ist das Werk im Giftschrank des SWF untergebracht und soll dort auch verbleiben. Den Film über Fürsorgeerziehung gedreht. Den ganzen Film wollte der SWF aber wegen seiner Länge von 88 Minuten nicht ausstrahlen. Seitdem ist das Werk im Giftschrank des SWF untergebracht und soll dort auch verbleiben.

Besonders die „FAZ“, die anlässlich der Premiere im Frankfurter Kammertheater jetzt scheinbar beklagt, daß der Peymannsche Uraufführungsversuch 1977 „den Politikern Späth und Filbinger so vortrefflich als eines der Werkzeuge (diente), dem Schauspielerektor sein Stuttgarter Grab zu schmelzen“ („FAZ“, 26.4.82), eröffnete damals als das Kesselstreben gegen das Vorhaben: „Ihr gedruckt vorliegendes Stück“ aufzuführen, ließe — pochend auf die Kunstfreiheit — ein Sympathiefeld für sie herzustellen (...). Aber es ist nicht seine (des Theaters) Sache, Sympathiefelder für jene Kräfte aufzubauen oder zu verstärken, deren krimineller Charakter sich (...) erst wieder erwiesen hat“ („FAZ“, 22.9.77).

Der Generalintendant des Württembergischen Staatstheaters verbot die Aufführung zwar nicht, untersagte aber die Proben in der Spielzeit 1977/78, ein Vorgehen, das den Stuttgarter Oberbürgermeister M. Rommel veranlaßte, dem empörten Peymann, der sich wegen dieser Quasi-Zensur beschwerte, zu antworten: „Da Sie selber sagen, Sie seien links, darf ich eine bedeutende Linke zitieren, die freilich mit dem Wort und nicht mit der Waffe gewirkt hat, Rosa Luxemburg: 'Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden!' Also lassen wir dem Generalintendanten den Freiheitsraum, der ihm im Interesse der Kunst eingeräumt ist. Mit freundlichen Grüßen“ (Zit. n. „FR“, 26.4.77).

Wahrscheinlich christdemokratische Toleranz... Die Premiere auf dem Theater fand dann 1979 unter Peymanns Regie in Bochum statt. Die Überschriften der Kritiken: „Wenn Peymann viel Bambule macht“ („Welt“, 21.12.79); „Gerichtigkeit für Ulrike“ („FR“, 31.12.79); „Requiem für Ulrike Meinhof“ („FAZ“, 21.12.79). Nach der Frankfurter Premiere haben sich die Gemüter noch mehr beruhigt: „Fürsorge — Sorge für wen“, fragt die „FAZ“ (26.4.82), und die „FR“ stellt lapidar fest: „Im Heim, in der Fremde“ (26.4.82).

Immerhin: Als das Zürcher Neumarkttheater seine Inszenierung 1981 als Quatschspiel in Mannheim im Nationaltheater aufführte, wurden die Programmhefte noch vom deutschen BOS

beschlagnahmt, weil die darin enthaltenen Meinhof-Texte in der BRD nicht verbreitet werden dürften.

Die Frankfurter Aufführung

In Frankfurt spielte sich das Stück in einem grauen Einheitsraum ab. Dort war deutsche Ordnung gefragt: acht Betten, acht Stühle, acht Spinde — alles in Reih und Glied. Penibel sauberer Kunststoffboden, kein Tageslicht, nur Neonröhren. Die Türen alle ohne Innenklinke, die große Schwingtür nach draußen ständig verschlossen.

Die Erzieherinnen waren eher sozialdemokratisch und liberal als offen brutal, die Mädchen saßen und saßen verstört und aggressiv, vor allem gegeneinander. Anstelle der Flucht zweier Mädchen am Stückanfang (wie im Original) stand die Ankunft einer Neuen, die sofort in die Rituale und Hierarchien eingepaßt wurde. „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, mündlichen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit“ (§ 1 Jugendwohlfahrtsgesetz). Wie diese freiheldemokratische Tüchtigkeit aussehen soll und muß, wurde in der sehr lapidaren und knappen Inszenierung sehr scharf herausgearbeitet. Tüchtig ist, wer sich anpaßt, wer nicht tüchtig sein will, wird kaputt gemacht, könnte die Faustformel dafür sein.

Fassaden

Was der Leser meint

Was der Leser meint

Aktuelle „Bambule“

In ihrer redaktionellen Ankündigung der „Bambule“-Premiere wird in einem Klammersatz gesagt, „geschlossene Heime“ existierten in der Bundesrepublik nicht mehr. Tatsache aber ist, daß in allen Bundesländern, mit Ausnahme Hessens und Hamburgs, Kinder und Jugendliche nach wie vor in geschlossenen Unterbringung verbracht werden. Umfragen der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungsreform (AFET), der internationalen Gesellschaft für Heimerziehung (IGH), des Bundesjugendkuratoriums, des Deutschen Jugend-Instituts u. a. in den letzten Jahren nennen Zahlen zwischen einigen hundert und weit über tausend! Vor allem aber: „Gewalt produziert Gegengewalt“, Druck Gegen Druck! Diese Beobachtung Ulrike Meinhofs hat nichts an Aktualität verloren! Die Mechanismen des alltäglichen Terrors des Engpasssystems, das Unterwerfensein, Abgestempeltsein, verwaltet werden; die ständig virulente Aggressivität, die in Zerstörung und Selbstzerstörung mündet — eben in „Bambule“, dies alles findet sich heute in geschlossenen Einrichtungen aller Prägung, aber auch in neuerbauten, modern konzipierten, therapeutisch geführten Einrichtungen wie z.B. dem Jugendhilfeszentrum der Rummelsberger Anstalten (dort wurde die geschlossene Abteilung von den Jugendlichen völlig demoliert). Günther Kaufmann, Frankfurt 80

Geschlossene Unterbringung

In der Meldung vom 12.4. über die „Bambule“-Premiere in Frankfurt-Kammertheater wird festgestellt, daß geschlossene Heime in der BRD heute nicht mehr existierten. Diese Information ist falsch, geschlossene Unterbringung gibt es bei uns nach wie vor; jedes Bundesland verfügt über eine öffentlich nicht bekannte Zahl von geschlossenen Abteilungen (meist innerhalb offener Großheime). Ausgenommen davon ist bislang seit wenigen Jahren Hessen, das die dafür vorgesehenen Jugendheime in zwei offenen Alternativ-Einrichtungen (aber auch in geschlossenen Abteilungen) anderer Bundesländer unterbringt. Auch in Hessen läßt sich jedoch eine Tendenz zur Wiederentführung registrieren. Zuerst gibt es nur Schätzungen darüber, wie viele Jugendliche in der BRD geschlossen untergebracht sind, genauere Angaben wurden von einigen Bundesländern — laut Studie des Deutschen Jugend-Instituts 1981 — verweigert, sondern fehlt nach eigenen Angaben dieses Zahlenmaterial.

Christa Sonnenfeld, für die Mitarbeiterinnen des Arbeitsbereichs „Heimerziehung und Alternativen“ im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt/M.

Leserbriefe in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7.5.82 (oben) und 10.5.82 (unten)

Frank Moritz hat zusammen mit Henning Rühle „Bambule“ inszeniert. Er hat um 1978 in Köln bei Hansgünter Heyme und Roberto Guilli assistiert und dort auch zwei erste eigene Arbeiten machen können. Regie geführt hat er dann in Tübingen und Nürnberg. Bei den Probenarbeiten für Günter Eickenbuschs „Auftritt gegen Rechts“, einem Stück gegen Neofaschismus, in dem Frank Moritz die Hauptrolle spielte, erlitt er eine Gehirnbildung und war anschließend sehr lange im Krankenhaus und in der Rehabilitation. „Bambule“ ist seitdem seine erste Inszenierung.

AK: Wie kamt ihr in Frankfurt auf die Idee, „Bambule“ zu machen?

FM: Henning und ich wollten erst „Bent“ (ein Stück über zwei Schwule im KZ von Martin Sherman, Anm. AK), dann haben die vom Haus uns aber vorgeschlagen, „Bambule“ zu machen. Das alte TAT hatte ja ein jugendliches Publikum das frei rumlief, weil die freien Gruppen im neuen TAT gar nicht interessierten. Dieses Publikum wollten wir jetzt auf das Haus ziehen, nicht nur dort hinziehen, sondern auch wirklich Stücke für sie machen. Da kommt jetzt ja auch der „Klassenfeind“ raus. Das ist uns, glaube ich, auch gut gelungen, die Vorstellungen sind restlos ausverkauft.

Das Stück hat ich erst schlecht gefunden, wir wollten das gar nicht machen. Aber dann fiel mir diese Situation von Eingeschlossenheit und von ewig drin zu sein und nicht raus zu kommen von der Rehabilitation her ein und dann gefiel mir das.

Bei mir hat das also zuerst gar keinen politischen Ansatz gehabt, wegen der Person von Ulrike Meinhof, bei mir war es zuerst eine rein persönliche Betroffenheit, weil mir Assoziationen eingefallen sind. Im Heim mußte du den Tatbestand der Verwahrlosung erfüllen, um da rein zu kommen, im Krankenhaus mußte du den Tatbestand Krankheit erfüllen. Das sind in vieler Hinsicht dieselben Institutionen, die von oben gelenkt werden. Ich hab darüber, um da rein zu kommen, im Krankenhaus mußte du den Tatbestand Krankheit erfüllen. Das sind in vieler Hinsicht dieselben Institutionen, die von oben gelenkt werden. Ich hab darüber auch mit dem Soziologen Herbert Nagl gesprochen, der vieles von seiner Arbeit her bestätigt hat.

AK: Den Vergleich von Heim und Krankenhaus finde ich schon sehr politisch...

FM: Ja, klar. Letztlich, finde ich, haben wir das Stück auch sehr politisch gemacht, aber nicht über so eine Ideologie, sondern über persönliche Erfahrungen.

AK: Ihr habt dramaturgisch sehr in die Vorlage von Ulrike Meinhof eingegriffen, hat z.B. die gesamte Außenwelt, in der sich Irene während ihrer Flucht bewegt, getrichen und das ganze Geschriebene auf einen einzigen Ort, den Aufrechterhaltung im Heim reduziert. Stattdessen habt ihr auf der Vorderbühne Transparenz oder so etwas gespielt, wo ihr Texte aus den Außenweltvorgängen der Vorlage verwendet habt.

FM: Die Außenwelt, das sollten bei uns Träume oder Rück Erinnerungen von den Mädchen sein. Was ich dann gut finde, ist, daß die Mädchen von ihren Träumen immer wieder eingeholt werden, daß die auch nicht von Mallorca oder Neckermann träumen, sondern davon, wie sie mal auf Trebe oder zu Hause waren, daß die Träume auch eine Hermetik haben. Uns hat interessiert, wie groß die Zerstörungen bei diesen Mädchen sind. Wenn da acht Frauen immer aufeinander sitzen, die Tür immer zu ist. Wenn wir das Stück so gelassen hätten — wir haben zum Beispiel nicht gewußt, wie das mit einer Lösungsmöglichkeit ist, ob wir einen Lösungsvorschlag in der Inszenierung machen sollen. Aber das konnten wir dann nicht. Wir hatten nur so eine Hoffnung, unsere Hoffnung ist, daß trotz der Eingeschlossenheit ein Leben möglich ist, auch ein lustvolles Leben irgendwie, schon sehr reduziert; die Mädchen spielen nicht Schach, aber die erzählen Witze und lachen sich dabei kaputt. Sie spritzen mit dem Feuerlöcher wie wild rum und haben eine heimliche Lust daran und lachen ... und dann kommt immer Druck, Druck, Druck. Auch so 'ne Lust, immer auf und ab zu gehen und irgend wann mal 'ne Flasche Schnaps mitzubringen, und wenn die leer ist, dann ist eben nichts mehr da. Das Stück, so wie es war, in seiner ganzen Konventionalität, war für uns immer langweilig.

AK: Durch dieses Übertragen der Situation in eine Allgemeinwelt geht eure Arbeit, wie es auch im Programmheft steht, vor allem gegen die Kälte und Rohheit in dieser Welt, und nicht

mehr, wie die Stückvorlage, ganz konkret gegen die Zustände in Heimen...

FM: Im Stück ist doch eine Schwarzwald-Malerei drin, bei der Erzieherin Frau Turm. Aber das Leben ist ja nicht schwarz-weiß, so einfach ist das nicht. Wir wollten mit unserer Inszenierung und Bearbeitung auch über das Stück hinausweisen, daß die Leute nicht nur feststellen, so und so ist es in Heimen, das ist aber schlimm, nur was haben wir damit zu tun? Wir wollten, daß auch ein emotionaler Bezug möglich wird. Auf der Premieren-Fest waren eine Menge Leute, die nichts mit Theater zu tun hatten und uns erzählt haben, daß sie sich nach dem Stück überlegt hätten, daß ihnen nie aufgefallen sei, wie wichtig es ist, immer eine offene Tür im Raum zu haben und so was.

Ich hab auch was gegen dieses Thesen- und Informations-Theater, wo dann auf der Bühne ein paar Statistiken über Heime gebracht werden und über Heimordnung und dann ist Schluß. Theater soll für mich was in Gang setzen, ich will im Theater assoziieren können, das ist ein kreativer Vorgang von Zuschauer und Künstler. Bei „Bambule“ ist es passiert, daß die Leute ein emotionales Verhältnis zu dem Stück bekommen haben, auch ein Verständnis für die Leute, die sich nicht so verbal ausdrücken können, die sich ganz anders artikulieren. Uns hat auch, wie die Ulrike Meinhof wohl auch, diese Kraft von den Mädchen dort drin interessiert, die sich nur mit Bambule und mit so einer Hackordnung äußern können, das aber auch wirklich machen.

AK: Ihr habt die Texte von den Mädchen recht beliebig verteilt, bei euch gibt es nicht mehr wie in der Vorlage eine Führerin wie die Iv, sondern die Rollen sind ziemlich gleichgewichtet.

FM: Das war mit der Reduzierung von Menschen in so einer Heiminstitution gemeint. Deshalb haben wir sie auch alle gleich gemacht, weil sie alle gleich Rollen und ziemlich gleichgewichtet.

FM: Das war mit der Reduzierung von Menschen in so einer Heiminstitution gemeint. Deshalb haben wir sie auch alle gleich gemacht, weil sie alle gleich reduziert sind. Wenn, wie im Stück, drei Figuren so wortreich auftreten, dann kommt ein Publikum leicht auf den falschen Dampfer. Die Monika im Stück spricht für mich wie eine Intellektuelle. Wenn sie sich so äußern kann, so reden kann, dann braucht sie keine Bambule mehr zu machen, sie würde dann mehr diskutieren. Das war vielleicht so 'ne Hoffnung von der Ulrike Meinhof, die sich leider nicht erfüllt hat.

AK: Das Stück ist, rein von den Personen, die auftreten, auch ein Frauenstück. Ihr wart im Stab aber wieder fast 'ne reine Männergruppe: Regisseur, Dramaturg. Nur die Bühnenplanerin (Anna Viebrock) und dann die Schauspielerinnen. Wie hat sich das ausgewirkt?

FM: Anna hat auch sonst viel in der Inszenierung mitgearbeitet, nicht nur das Bühnenbild und die Kostüme gemacht, sie war auch viel auf Proben. Dann hatten wir außerdem noch eine Regieassistentin und eine Kostümassistentin ... Das Stück hat anscheinend noch keine Frau machen wollen. In Bremen, Zürich, Bochum — immer haben Männer inszeniert ... Ulrike Meinhof hat das Stück wohl zu einer Zeit geschrieben, als sie sich von ihrem Mann (Klaus Rainer Röhl) getrennt hat. Die Männer in dem Stück sind auch alle sublimiert, richtig blöd. Wir haben uns auch bemüht, das wegzukriegen und haben lieber die Machtstrukturen von den Männern in den Vorgesetztenpositionen gegenüber den untergebenen Frauen dargestellt, z.B. in der Kaufhauszene, wo der Einsteller erst einen Tanz mit der Gisela tanzt und sie dann fallen läßt, weil sie keine Papiere hat. Das ist auch so ein Alptraum.

AK: Ihr habt eine Szene eingebaut, in der eure Iv (Isabella Mammola) mit dem E-Baum spielt und das Lied „Oh Rühlsdorf, du Mörder meiner Jugend“ singt und rhythmisch gegen das Verbot der Heimerziehung von der Frau Turm (Regine Vergara) angeht. Mir hat das sehr gut gefallen, für mich war das einer der theatralesten Momente in dem Stück und ich bin mir da auch was von Rock als Revolt erzählt. Wie seid ihr da drauf gekommen?

FM: Das war so ein Traum von der Iv, die ja immer mal so 'ner Müddelharmonika rumspielt und überhaupt viel mit Musik anfangen kann. Das hatte auch viel mit der Schauspielerin zu tun, die so 'ne Vorstellung hatte vom Auftreten vor Publikum. Wenn sie so richtig singt, haben wir gedacht, macht sie ei-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

BUNTE HILFE - STARTBAHN WEST

Bittet um Spenden
für Redaktionshilfe,
Anschaffung von
und Öffentlichkeitsarbeit

Spendenkonto:
Commerzbank AG Frankfurt
BLZ: 500 400 00
Kontonummer: 5458534
Barbara Krebs
(Kennwort: BUNTE HILFE)

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 6
6000 Frankfurt/Main
Tel.: 28 39 48



Karry-Mord: Doch kein „Unfall“

Vor einem Jahr, in den frühen Morgenstunden des 11.5.81, wurde der damalige hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP) in seinem Haus in Frankfurt-Seckbach erschossen. Karry war als überprüfter Startbahn West- und AKW-Betreiber, als erklärter Unternehmer-Freund und Gewerkschafts-Feind eine Art klassische Feindfigur aller Linken, Ökologen und Alternativen. Innerhalb des mittlerweile wohl bekannten Komplexes „Spendenaffären und zwielichtige Geschäfte aller Art“ wird seine Rolle als ehemaliger Bundesratsmitglied der FDP offenbar nur aus Gründen der Pietät verschwiegen. Dennoch war die „Szene“ nach der Tat in seltener Einmütigkeit der Meinung: „Das war keiner von uns“ (im weitesten Sinne). Ende Mai, knapp drei Wochen später, gab es dann die Sensation: Ein Schreiben, versehen mit dem Firmenschild „RZ“ (Revolutionäre Zelle), bekannte sich zu der Tat. Allerdings habe man den Minister nicht töten wollen: „Was Rebhuhn und Co. wissen, aber zurückhalten ...“, ist: Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall. Geplant war, durch mehrere Schüsse in seine Beine dafür zu sorgen, daß er länger das Bett hüten muß, als ihm und seinen Freunden lieb ist ...“ (Bekennerschreiben, zitiert nach „Pflasterstrand“ Nr. 107). Die Echtheit dieses Schreibens wurde damals bereits angezweifelt. Die „Frankfurter Rundschau“ merkte an, es sei ungewöhnlich, daß Bekennerschreiben erst zu einem so späten Zeitpunkt abgegeben werden, und sogar das LKA bemängelte, zum Tathergang enthalte der Brief wesentliche Unklarheiten.

7.5.82). Doch der Reihe nach! Als erstes kann heute festgestellt werden, daß mit hoher Sicherheit der/die Verfasser des Bekennerschreibens zu dem Mord/Karry mit der Tat selbst nichts zu tun hatte/a. Dies kann aus einer Serie der „Abendpost-Nachtausgabe“ unter dem Titel „Ein Jahr nach dem Mord/Frau Karry bricht ihr Schweigen“ geschlossen werden. Demnach läßt sich die „Unfall“-Version, wie sie in dem „RZ“-Brief enthalten ist, nicht aufrechterhalten. Auf einen wichtigen Widerspruch macht die Boulevard-Zeitung selbst aufmerksam. In dem Bekennerschreiben hatte es geheißen: „Hätten wir Karry umlegen wollen, hätten wir ein anderes Kaliber benutzt und vor allem seinen Kopf (bzw. seinen Oberkörper) ins Visier genommen. Das wäre wesentlich leichter gewesen“ (Hervorhebung AK). Dazu die „AN“ vom 7.5.82: „Eine Rekonstruktion am Tatort ergab ..., daß der Mörder nur die Möglichkeit hatte, Karry vom Becken schwärz bis zu den Fußspitzen zu treffen“. Der Oberkörper des Ministers war durch Frau Karry, die in dem Bett am Fenster schlief, verdeckt. Der Täter hätte Karry gar nicht in den Kopf oder in den Oberkörper treffen können“. Auch das Argument, bei einem geplanten Tötungsversuch wäre ein anderes Kaliber verwendet worden, sticht nicht. Zwar benutzte der Täter ein kleines Kaliber, andererseits jedoch sogenannte „Hochgeschwindigkeitsspatronen“, die die Eigenschaft haben, durch eine Schockwirkung ein tödliches Herz- und Kreislaufversagen hervorzurufen. Hierin ist anzumerken, daß die Presse diesen Umstand seltsamerweise erst sehr spät bekanntmachte; z. B. meldete die „Bild“ noch am 13.5.81 offenbar gezielt falsch, es habe sich um „Normalgeschosse“ gehandelt.

Aber es gibt noch eine zweite unübersehbare Ungereimtheit in dem Bekennerschreiben. Dort hieß es nämlich — als „Selbstkritik“ des Verfassers — man habe nicht bedacht, daß „ein — schmerzhaft — aus dem Schlaf Gerissener anders reagiert, panischer (und damit unberechenbar) als jemand, der wach ist“. Dies legt nahe, daß Karry durch eine „panische Reaktion“ so unglücklich aufschreckte, daß ihn dadurch ein Schuß — unbeabsichtigt — tödlich traf. Auch diese Version war schon vor dem RZ-Bekennerschreiben von der bürgerlichen Presse verbreitet worden: „Heinz Herbert Karry soll sich nach den ersten Schüssen aufgerichtet und gefragt haben: ‚Was ist denn hier los?‘ In dem Moment traf ihn der tödliche Schuß“ („Bild“, 15.5.81). Frau Karry gibt — ein Jahr nach den Geschehnissen — eine entscheidend andere Darstellung des Tathergangs: „Sechsmal schickte ein heimtückischer Mörder durch das offene Schlafzimmersfenster im Hochparterre über Frau Karry, die in dem Bett schlief, das am nächsten zum Fenster steht, hinweg auf den ebenfalls noch schlafenden Heinz Herbert Karry. Mein Mann richtete sich auf und fragte erstaunt: ‚Was ist denn los? Dann stand er auf und fiel um! Er lag einfach neben dem Bett umgefallen und nicht mehr aufzustehen“ („AN“, 5.5.82). Dies heißt, daß der Täter erst die Schüsse abgab und Karry danach reagierte. Oder anders ausgedrückt: Das Fickern bzw. Treffen wurde durch eine Reaktion Karrys offenbar gar nicht beeinflusst. Das Bekennerschreiben ist demnach, was den Tathergang angeht, eindeutig falsch (und im übrigen, das sei nur nebenbei bemerkt, auch nach „Sprache und Diktion“ nicht unbedingt „typisch“ für solche Produkte). Nicht zu halten ist aber auch, den Aussagen Frau Karry zufolge, die „Unfall“-Version insgesamt. Daran schließt sich unmittelbar die Frage an, weshalb diese Version vom LKA (denn nur von dort können die Informationen der „Bild“ oder „FAZ“ stammen) überhaupt verbreitet wurde. Dazu fällt uns als Erklärung nur ein, daß es anders nicht möglich gewesen wäre, die Tat den „RZ“, also „Linksextremisten“ oder „militanten Startbahngegnern“, anzuhängen. Denn die gezielte Ermordung eines Ministers wäre zumindest eine offenkundige und krasse Änderung in der bisherigen Politik der RZ. Diese Interpretation legt nahe, die Verfasser des Bekennerschreibens in derselben Ecke zu vermuten wie die Urheber dieser bewußten Desinformationskampagne, auf keinen Fall jedoch bei „Linksextremisten“ oder „militanten Startbahngegnern“. Spielen wir trotzdem den (vom LKA

nahgelegten) Fall durch, das Bekennerschreiben wäre „authentisch“, also irgendwie von Kreisen der RZ verfaßt, seine Verfasser gehörten jedoch nicht zu der Gruppe, die den Minister „liquidierte“ (deshalb die falschen Darstellungen). Dies wäre zunächst einmal ein für die RZ höchst ungewöhnlicher Vorgang. Zweitens wäre spätestens jetzt klar, daß die Verfasser des Bekennerschreibens, von ihrem Standpunkt aus gesehen, großen Mist gebaut haben. Sie hätten also eine Situation geschaffen, in der völlig unklar ist, ob unter ihrem eigenen Firmenschild Staatschutz-Provokationen laufen — die schlimmste Lage, in die sich eine „Querilla“ hineinmanövrieren kann. Mühen wäre es für sie allerhöchste Zeit, sich zu erklären. Oder, zur Abwechslung mal vom Standpunkt der Linken gesehen: Klären die RZ diese sonderbaren Rätsel nicht jetzt endlich auf, muß erstens der Bekennerbrieff zum Karry-Attentat eindeutig als Provokation gewertet werden, und zweitens müssen sämtliche Aktionen der RZ, mit besonderer Vorliebe aufgenommen werden.

Dies gilt auch für den Bekennerbrieff zu den schon erwähnten Brandanschlägen auf Frankfurter Baufirmen, über den sich das LKA so außerordentlich gefreut hat (weil es ihn nutzen kann, um die Startbahngegner wieder mit dem Karry-Attentat in Verbindung zu bringen). Ins Auge sticht zunächst, daß dieser Brief denselben Titel („Der Widerstand lebt“) trägt, mit dem just in derselben Woche der „umwelt-express“, die Massenzeitung der Startbahngegner, in der Auflage von ca. einer halben Million erschienen war. Das ist nicht sehr witzig, aber ... vielleicht mangelte es dieser Revolutionären Zelle an Phantasie, so daß sie Überschriften klauen mußte. Die Passage zu Karry, mit der das Schreiben endet, lautet wie folgt:

„Mit dem Wegfall von Karry, der treibenden Figur in der Landesregierung, hat die Bewegung mehr Spielraum bekommen. Folge seines Abgangs ist nicht nur die Rücknahme des WAA-Standorts Weihen, sondern auch die Verzögerung des Baubeginns (der Rodung) der Startbahn wie auch die veränderte Taktik bezüglich ihrer Durchsetzung. Diese Aktion der RZ hat wieder einmal gezeigt, daß die dominierenden Personen des Herrschaftsapparats eben doch nicht nur beliebige austauschbare Charaktermasken sind, daß ihr Fehlen Löcher reißt, die nur mühsam und auf Zeit zu stopfen sind. Es liegt an uns allen, die entstandenen Spielräume dafür zu nutzen, den Kampf voranzutreiben und offensiver zu machen. Schafft viele revolutionäre Zellen.“

Solche aber bitte nicht, kann man da nur anfügen. Vielleicht ist es ganz gut, diese Sprüche ein halbes Jahr später, also mit einem gewissen Zeitabstand, auf ihren Wirklichkeitsgehalt zu überprüfen. Es handelt sich nämlich um haarsträubenden Unsinn. Über die Rücknahme des WAA-Standorts Weihen spricht heute kein Schwein, weil längst ein neuer Standort benannt ist; man müßte total ahnungslos sein, um das als irgendwie gewichtigen „Erfolg“ zu bewerten; mit Karry bzw. seinem Wegfall hat der Vorgang weniger als nichts zu tun. Das für die Startbahn benötigte Areal ist perodet, und weshalb es eine veränderte („überale“???) Taktik geben soll, das müßte mal jemand den Bürgern von Mörfelden-Walldorf erklären. Dies behauptet nämlich höchstens der Polizeipräsident persönlich. Schließlich ist die entstandene „Lücke“ von einem neuen Wirtschaftsminister, Hoffie, „ausgefüllt“ worden, der politisch noch rechts von Karry agiert und nicht einmal volkstämmlich ist, hessisch babbelt, Appelwohlt und Rippenchen mit Kraut frißt, um das Bekennerschreiben zum Attentat zu zitieren).

Nun gibt es wiederum zwei Möglichkeiten. Entweder man bewertet auch dieses Bekennerschreiben als Provokation. Oder nicht. Dann könnten es vielleicht Leute gewesen sein, die Angriffe auf am Startbahnbau beteiligte Firmen für nützlich halten. Davon gibt es sicher relativ viele. Darunter könnten sich vielleicht Leute befinden, die auch den Karry-Mord für nützlich halten, und die vor allem der Meinung sind, daß dazu unbedingt etwas in einem Bekennerbrieff gesagt werden müßte. Das dürften ziemlich wenige sein. Verhält es sich so, würden wir raten, sich vor den Letzteren in acht zu nehmen.

KB/Gruppe Frankfurt

Fußball-Terror am Römer?



Anzeige

Anlässlich der Ereignisse am 1. Mai in Frankfurt hat die Frankfurter KB-Gruppe ein 12-seitiges Info veröffentlicht. Neben einer Pressedokumentation ist aus AK 220 die Untersuchung über die neue Qualität rechtsradikaler Politik unter Jugendlichen nachgedruckt („Hann-Bande wieder aktiv“). Das Info kann gegen Vorauskassa (0,80 DM + Porto) bestellt werden: Postlagerkarte 032776 B 6000 Frankfurt I

Apropos Apo...
Wieso Apo?
Na ja, das
A und O
ist die Apo!
Aber opa...!
Ich glaub
Du brauchst ein
Abo!
Oha...

Absender:

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—

○ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

Nichtzufrieden das bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

..... den
(Unterschrift)